Walter Löhde

# Das päpstliche ROM und das Deutsche REICH



WALTER LÖHDE

# DAS PÄPSTLICHE ROM UND DAS DEUTSCHE REICH

*Eine Dokumentation*

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG UND KULTUR

Reihe *Hintergrundanalysen*
Band 12

Herausgeber der Reihe: Roland Bohlinger

1991

Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, 2257 Struckum
Druck: Bäuerliche Druckerei, 2251 Hattstedt

ISBN: 3-922314-98-8

Tatsachen lassen sich nicht wegränkeln. Dieselben sind unerbittlich und dem Montaigne zufolge oft sogar unverschämt. Aber wer Unbehagen über sie empfinden mag, sollte das nicht dem schuld geben, welcher sie wahrheitsgetreu zur richtigen Zeichnung von Personen und Ereignissen zur Belehrung und Warnung aufdeckt und seinem Amte gemäß aufdecken muß.

Alexis de Tocqueville
*(Lettres contemporaines)*

*Walter Löhde*

# Das päpstliche Rom und das Deutsche Reich

## *Was ist ein „Kulturkampf"?*

Das Wort „Kulturkampf" ist Ende des 19. Jahrhunderts zu einem geflügelten Wort geworden. Es wurde i. J. 1873 von dem großen Arzt Rudolf Virchow geprägt. Virchow gebrauchte dieses Wort als Abgeordneter der Fortschrittspartei, als er am 17. Januar 1873 in der 28. Sitzung des Abgeordnetenhauses des preußischen Landtages zu den von der Regierung vorgelegten sogenannten „Maigesetzen" Stellung nahm. Virchow und seine Partei unterstützten jene Gesetze, und als ihm während seiner Rede der Zwischenruf „Materialist" von einem katholischen Zentrumsabgeordneten gemacht wurde, erklärte er:

„Nie habe ich von mir aus gesagt — noch werde ich es aussagen, daß ich Materialist sei. Im Gegenteil, als die jüngste Schule des Materialismus in Frankreich mich als den Ihrigen betrachtete und mich aufforderte, mich für sie zu erklären und meinen Namen in ihre Listen einzureihen, da bin ich offen aufgetreten und habe mich dagegen verwahrt, daß man aus dem Materialismus ein neues System der Dogmatik mache. Was uns interessiert, das ist die Freiheit der individuellen, religiösen Überzeugung oder des religiösen Glaubens. Denn die Hierarchie hat zuletzt keinen anderen Zweck als den Selbstzweck...

Was diese Gesetze verfolgen — und zwar ehrlich, offen, ausdrücklich verfolgen —, das ist die Emanzipation des Staates..."

Es handelte sich also für Virchow bei diesem „Kulturkampf" um die Verselbständigung des Staates gegenüber der Kirche, deren letzte Folgerichtigkeit die Trennung von Kirche und Staat ist, wie sie in Frankreich und den USA bestand und *de jure* heute noch besteht. Virchow sagte „Kulturkampf", weil die europäische Kultur seit der Verchristung der europäischen Völker von der Kirche her bestimmt und von dem aus dem Orient hervorgegangenen Christentum beeinflußt worden war. In dem Wahlaufruf der Fortschrittspartei vom 23. März 1873 wurde dazu gesagt:

„Aber obwohl sie (die Fortschrittspartei) dabei nur zu oft unterlegen ist, so hat sie es doch als eine Notwendigkeit erkannt, im Verein mit den anderen liberalen Parteien die Regierung in einem Kampfe zu unterstützen, der mit jedem Tag mehr den Charakter eines großen Kulturkampfes der Menschheit annimmt."

Virchow erläuterte das Wort dann noch einmal in seiner Rede am 16. Oktober 1876 zu Magdeburg. Er sagte, „daß es sich nicht um einen religiösen Kampf handle, nicht um einen konfessionellen Kampf, sondern daß hier ein höherer, die ganze Kultur betreffender Kampf vorliege, ein Kampf, der von diesem Standpunkte aus weiter zu führen sei".

Aus diesen Erklärungen jenes berühmten Arztes ist ersichtlich, daß es sich bei einem „Kulturkampf" um einen Kampf für die Glaubens- und Gewissensfreiheit handelt. Da aber die Kirche – zumal die katholische Kirche – eine solche Glaubens- und Gewissensfreiheit grundsätzlich nicht duldet, muß es notwendig überall dann und dort zu einem solchen „Kulturkampf" kommen, wenn und wo der Staat diese Freiheit für seine Bürger fordert und sich für zuständig erklärt, diese Freiheit zu gewähren und gegen kirchlichen Einspruch zu schützen.

Der englische Historiker Henry Thomas Buckle (1821 – 1862) hatte bereits in seiner aufsehenerregenden „*History of civilisation in England*" zu diesen, für die Kultur und die Staatsführung so entscheidenden Fragen geschrieben:

*"A careful study of religious toleration will prove, that in every Christian country where it has been adopted, it has been forced upon the clergy by the authority of the secular classes. At the present day, it is still unknown to those nations among whom the ecclesiastical power is stronger than the temporal power . . .*

*The increase of the power of the clergy is incompatible with the interests of civilisation. If, therefore, any religion adopts as its creed the necessity of such an increase, it becomes the bounden duty of every friend to humanity to do his utmost, either to destroy the creed, or, failing in that, to overturn the religion."*

(„Ein sorgfältiges Studium der Geschichte der religiösen Toleranz wird zeigen, daß sie in jedem christlichen Lande, wo man sie angenommen, der Geistlichkeit durch das Ansehen der weltlichen Stände

aufgezwungen wurde. Noch heutigen Tages ist sie bei den Völkern unbekannt, wo die geistliche Macht stärker ist als die weltliche ...

Eine vermehrte Macht der Geistlichkeit verträgt sich nicht mit den Interessen der Zivilisation. Wenn daher eine Religion die Notwendigkeit einer solchen Vermehrung zu einem Glaubensartikel erhebt, so wird es die ernstliche Pflicht jedes Freundes der Menschheit, alles zu tun, was in seiner Macht steht, entweder diesen Glauben zu zerstören, oder wenn das nicht gelingt, die Religion selbst über den Haufen zu werfen.")

Der englische Historiker hat also den „Kulturkampf" als eine Pflicht hingestellt, die er jedem „Freund der Menschheit" auferlegt.

Als Virchow jene Rede in Magdeburg hielt, schrieb der Jesuit Lehmkuhl über die „Gewissens- und Kultusfreiheit" in der jesuitischen Zeitschrift „Stimmen aus Maria Laach" (Seite 195 f.):

„Die katholische Kirche hält fest und hat es in der Neuzeit durch mehrere Päpste in feierlichen Erlassen ausgesprochen (Gregor XVI. *Mirari vos* vom 15. August 1832, Pius IX. *Quanta cura* vom 8. Dezember 1864), daß es eine irrige, verkehrte, ja wahnwitzige Behauptung sei, die der schmutzigen Quelle des Indifferentismus entstammt, wenn man als das jedem Menschen eigene Recht die Gewissensfreiheit proklamiert."

Und noch im Jahre 1903 — also nachdem der „Kulturkampf" lange beendet war — erklärte der Jesuit Laurentius:

„Gewissensfreiheit in dem Sinne, daß es der Willkür des einzelnen anheimsteht, Gott zu verehren oder nicht, ist, ebenso wie der religiöse Indifferentismus, der kirchlichen Lehre zuwider." [1])

Wo sich zwei so gegensätzliche Auffassungen gegenüberstehen und von zwei Machtgruppen vertreten werden, muß es zu einem Kampf kommen. Ein solcher Kampf ist aber nicht erst im deutschen Reich unter Bismarck entbrannt, sondern dieser Kampf — wenn man ihn allgemein als Kampf zwischen Kirche und Staat auffaßt — durchzieht die ganze abendländische Geschichte, seit sich die Kirche zu einer Macht neben dem Staat organisiert hatte.

---

[1]) Jos. Laurentius S. J.: *„Institutiones iuris ecclesiastici"*, *Freiburg i. B. 1903, Seite 656.*

In Deutschland begann dieser Kampf bereits unter Karl dem Franken — Karl dem Großen, wie er genannt wird. Dieser Kaiser war dem Klerus aus politischen Gründen sehr weit entgegengekommen. Er sah sich jedoch bald genötigt, in einer seiner Kapitularien zu rügen, daß sich die Geistlichen in die weltlichen Angelegenheiten einmischten. Es begannen hier bereits Streitigkeiten zwischen den Staatsbeamten und den Kirchenbeamten über ihre Zuständigkeiten. „Die Monarchie Karls des Großen" — schreibt Leopold v. Ranke — „schien sich in einen geistlichen Staat umwandeln zu wollen. Ich fürchte nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß es besonders die Deutschen waren, welche dieser Entwicklung entgegentraten; ja, daß ihr nationales Bewußtsein eben an diesem Widerstande erwachte."

Diese Behauptung fand Ranke während des „Kulturkampfes" im Bismarck-Reich bestätigt. Ranke selbst vertrat die Priorität, den Vorrang des Staates vor der Kirche. Er sagte:

„Meine Idee von Kirche und Staat ist, daß der Staat zuerst vorhanden sein muß und darnach die Kirche erscheint. Der Staat macht die Kirche möglich ... Es läßt sich doch die Priorität der bürgerlichen Gewalt vor der kirchlichen nicht in Abrede stellen. Die bürgerliche Ordnung bestand, als die kirchliche eintrat. [2])

Der Verlauf der Geschichte hat gezeigt, daß Ranke nicht geirrt hat. Denn je mehr sich das mittelalterliche deutsche Reich festigte, desto mehr wuchs der Widerstand des Staates, bzw. des deutschen Königs gegen die Herrschaftsansprüche der Kirche, bzw. des Papstes.

Im Mittelalter — um das Jahr 1000 herum — war der Papst als römischer Bischof nur der *primus inter pares*, ein Erster unter Gleichen. In Deutschland war er nur repräsentativ wirksam und hatte keinerlei Vorrechte, geschweige denn politischen Einfluß. Der Papst trat nur bei der traditionellen Krönung des deutschen Königs zum römischen Kaiser handelnd hervor. Auf den Synoden — selbst auf der römischen Synode — hatte der Kaiser

---

[2]) Leopold v. Ranke: „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation", München 1925, 1. Band, Seite 7, und Anm. zur Einleitung, CXIV.

bzw. der König die entscheidende Stimme. Ja, Papst Benedikt VIII. (1012 — 1024) nennt den deutschen Kaiser Heinrich II. (1002 — 1024) in der Urkunde für das Kloster Farfa seinen Herrn *(imperatoris Henrici domini nostri)*. Der Papst erbat jeweils vom Kaiser die Bestätigung der Synodalbeschlüsse. Am 6. Oktober 1028 trat die Vorherrschaft des Kaisers auf der Tagung zu Pöhlde deutlich in Erscheinung, indem der Kaiser Konrad II. (1024 — 1039) einen rein kirchlichen Bischofsstreit schlichtete und die Bistumsgrenzen festsetzte.

Der Kirchenhistoriker Albert Hauck schreibt über diese Vorherrschaft des Königs:

„Das deutsche Volk sah darin, daß sein König an der Regierung der Kirche Anteil nahm, kein Unrecht (wie es dem Volk später dargestellt wurde. Lö.). Denn seit der Erneuerung des Kaisertums war die alte Anschauung, daß dem Herrscher die Leitung der Kirche gebühre, wieder aufgelebt." [3])

Allerdings betrieb Konrad II. nur eine grundsatzlose Kirchenpolitik, indem er nur von Fall zu Fall eingriff, wenn er die Vorrechte des Staates bedroht sah. Dann setzte er aber seine Macht rücksichtslos ein, wie er dies im Falle des Erzbischofs Burchard von Lyon tat. Er ließ den Bischof festnehmen und einkerkern, ohne daß der Papst einschritt. „Die päpstliche Macht diente willenlos den politischen Zwecken des Kaisers", schreibt Hauck sehr richtig. Erst mit Papst Gregor VII. beginnt sich die Lage zugunsten des Papstes zu verschieben. Dennoch schrieb sogar der mönchische Geschichtsschreiber Lambert von Hersfeld (gest. 1088), die Zustimmung des Königs zur Papstwahl sei unbedingt notwendig. [4])

Zweifellos hatte diese Unterwerfung des Klerus unter die Herrschaft des Königs politische Gründe. Man bedurfte seines Schutzes. Das bezog sich nicht nur auf das militärische Gebiet, sondern die zerspaltenen Adelsparteien in Rom unterstützten

[3]) Albert Hauck: „Kirchengeschichte Deutschlands", 3. Teil, Seite 555, 9. Aufl. Berlin 1958.

[4]) „Die Jahrbücher des Lambert von Hersfeld", z. J. 1058, Seite 47, Berlin 1855.

die moralisch und geistig verkommensten Päpste, je nach Vorteil und Bedarf. Der Sprecher der römischen Signoren bestätigte dem deutschen König Heinrich III. (1039—1056) das Recht, die Päpste einzusetzen, indem er sagte:

„Wo die königliche Majestät anwesend ist, da steht uns die Zustimmung der Wahl nicht zu, und wo sie abwesend ist, seid Ihr durch euren Patricius vertreten. Denn er ist nicht des Papstes, sondern des Kaisers Patricius ... Wir bekennen, daß wir unverständig genug waren, Idioten zu Päpsten einzusetzen. Eurer Reichsgewalt gebührt es, der römischen Republik die Wohltat der Gesetze, den Schmuck der Sitten, und der Kirche den Arm des Verteidigers zu leihen." [5])

Heinrich III. setzte denn auch zunächst drei Päpste ab und den Bischof Suidgar von Bamberg als Papst Clemens II. ein. Nach dessen Vergiftung ernannte er weitere Päpste. Albert Hauck schreibt zusammenfassend:

„Mit einem Wort: wie es in Rom eine Regierungstradition über die Rechte des römischen Bischofs gab, die eine von dem jeweiligen Papst gewissermaßen unabhängige Existenz hatte, ebenso gab es in Deutschland eine Ansicht über die Rechte des Königs in der Kirche, die aufrecht erhalten wurde, mochte der König persönlich so oder so gesinnt sein. Die beiderseitigen Ansprüche waren nirgends gegeneinander abgegrenzt. Es kam nur deshalb nicht zum Streit, weil es keinen Papst gab, der Macht und Interesse hatte ihn zu beginnen." (A. a. O. Seite 579.)

Diese Lage ist zu beachten, um Bismarcks Absichten zu würdigen und richtig einzuschätzen. Er sagte nämlich zur Begründung der Kirchengesetze am 10. März 1873 im preußischen Herrenhaus: „... es handelt sich um die Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wieweit die Priesterherrschaft und wieweit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt."

---

[5]) Ferd. Gregorovius: „Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter", Stuttgart 1862, 4. Band, Seite 55.

Als Kanzler des neuen deutschen Reiches wollte er also nur die von den Päpsten den Königen des alten deutschen Reiches zugebilligten Rechte wiederherstellen und — was damals nicht geschah — richtig abgrenzen.

Aber diese Auffassung widersprach den Forderungen der inzwischen übermächtig gewordenen Kirche. Der Jesuit Chr. Pesch erklärte:

„Die Kirche hält an dem Satz fest, daß im Falle eines durch gütlichen Vergleich nicht beizulegenden Konfliktes zwischen Staat und Kirche nicht dem Staate, sondern der Kirche der Vorrang zuerkannt und ihre Gesetze beobachtet werden müssen.“ [6])

Und der Jesuit v. Hammerstein behauptete:

„Irgendwelche Superiorität der Kirche über den Staat ist nicht zu bezweifeln; dagegen ist jedes Hoheitsrecht des Staates über die Kirche nichts als eine rechtswidrige Usurpation.“ [7])

Vergleichen wir diese Verlautbarungen aus dem 19. Jahrhundert mit denen des elften, so sehen wir deutlich, wie sich die Auffassungen der Kirche geändert haben. Das beweist aber: nicht der Staat hat den sog. „Kulturkampf“ begonnen, sondern die Kirche, indem sie die tatsächliche und traditionelle Vorherrschaft des Staates zu bestreiten begann.

Ein sog. „Kulturkampf“ besteht also aus verschiedenen Elementen. Einmal ist es die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die in einem solchen Kampf erreicht oder erhalten werden soll. Außerdem sind es die Hoheitsrechte des Staates, welche gegen die Ansprüche der Kirche verteidigt oder errungen werden sollen. Diese Hoheitsrechte des Staates wurden durch die Errichtung des Papsttums im Lauf der Geschichte wachsend bedroht. Im Papsttum verknüpfte sich das römische Cäsarentum mit den christlichen Glaubensvorstellungen zu einer Macht, welche den Anspruch auf die Weltherrschaft erhob.

---

[6]) Chr. Pesch S. J.: „Die christliche Staatslehre nach den Grundsätzen der Enzyklika vom 1. November 1885“, Aachen 1887, Seite 50 f.

[7]) v. Hammerstein S. J.: „Kirche und Staat“, Freiburg i. B. 1883, Seite 117.

Dieser Anspruch der Päpste wurde – wenn er auch bereits früher mehr oder weniger wirkungsvoll gestellt wurde – i. J. 1302 durch die Bulle „*Unam Sanctam*" des Papstes Bonifaz VIII. (1294 – 1303) festgelegt. Im Jahre 1955 hat Papst Pius XII. einmal versucht, diese bloßstellende Bulle gesprächsweise zu verharmlosen. Dieser Versuch konnte allerdings nur kenntnislose Besucher jener Audienz beeindrucken. Jene Bulle erging *ex cathedra* und hat daher nach katholischer Lehre auch unbedingte Gültigkeit über Jahrhunderte. Der Jesuitengeneral Franz Xaver Wernz (gest. 1914) erklärte ausdrücklich:

„Papst Bonifaz VIII. hat in seiner Konstitution *Unam sanctam* am 18. November 1302, dessen Schlußsatz eine dogmatische Definition (d.h. einen Glaubenssatz) enthält, das richtige Verhältnis zwischen Kirche und Staat für ewige Zeiten feierlich vorgezeichnet." [8])

Dieser Schlußsatz, der hier als „dogmatische Definition" proklamiert wird, lautet in deutscher Übersetzung: „Wir erklären, sagen und bestimmen, daß es eine Heilsnotwendigkeit ist, daß jedes Geschöpf dem römischen Papste unterworfen sei." *(Subesse Romano Pontifici omni humanae creaturae declaramus, definimus et pronunciamus omnino esse de necessitate salutis.)*

Der Jesuit Prof. Antonius Straub sagte:

„Gemäß der von Bonifaz VIII. erlassenen Bulle *Unam sanctam* muß das weltliche Schwert, das innerhalb der Kirche ist (d. h. der Staat), unter dem geistlichen Schwerte stehen. Und das weltliche Schwert (d. h. der Staat) untersteht der geistlichen Gewalt nicht nur, wenn es abirrt, sondern es muß auch, auf den Wink des Priesters hin *(ad nutum sacerdotis)*, für die Kirche gezogen werden, und die weltliche Gewalt muß der geistlichen unterworfen sein." [9])

Der Jesuit Gerard Schneemann schrieb:

„... Daß die Kirche nötigenfalls auch die physische Gewalt des Staates zur Ausführung ihrer Gesetze und Urteile beanspruchen dürfe,

---

[8]) „*Jus Decretalium*", Prati 1907, I. 15 u. 16.

[9]) Antonius Straub S. J.: „*De ecclesia Christi*", Innsbruck 1912, II. 496/503, n. 1090—1095.

sagt Bonifaz VIII. ausdrücklich in seiner berühmten Bulle *Unam sanctam* ... Bonifaz spricht aus, das in der Hand der Könige befindliche Schwert müsse zum Nutzen der Kirche auf den Wink des Priesters gezogen werden *(pro ecclesia ad nutum sacerdotis)* ... Daß die Staaten heutzutage das kirchliche Strafrecht fast nur in bezug auf Geistliche anerkennen und vollziehen, ist nicht ganz folgerichtig. Denn die Kirche hat von Gott nicht nur über die Geistlichen, sondern auch über die Laien eine wirkliche (Straf-) Gewalt empfangen." („Stimmen aus Maria Laach", Ser. 1, Heft 7.)

Der Jesuit Prof. Victor Cathrein zeigt, wie die Bulle *„Unam sanctam"* die gleichen Forderungen erhebt, wie sie Päpste der neuen Zeit erheben. Er schreibt:

„Man vergleiche beispielsweise die Bulle Bonifaz VIII. *„Unam sanctam"* vom Jahre 1302; die Enzyklika Leos XIII. *„Immortale Dei"*. Erwähnt sei hier noch besonders die These 24 des Syllabus (des Papstes Pius IX.) ..." [10])

Dieser Jesuit bezeichnet also jene von dem Papst Pius XII. verharmloste Bulle *„Unam sanctam"* als gleichwertig mit der Enzyklika Leos XIII., die am Ende des 19. Jahrhunderts erlassen wurde.

Cathrein hätte sich indessen — falls er es erlebt hätte — ebenfalls auf die Enzyklika *„Quas primas"* des Papstes Pius XI. (1922—1939) beziehen können. In dieser am 11. Dezember 1925 erlassenen Enzyklika bezieht sich Pius XI. — wie Cathrein — auf die Enzyklika Leos XIII., und zwar auf *„Annum sacrum"* vom 25. Mai 1899.

Wir können des Raumes wegen den Wortlaut aller dieser Bullen und Enzykliken nicht anführen. Das ist auch nicht erforderlich. Es genügt zu erkennen, daß die Päpste seit Gregor VII. (1073—1085) in zunehmendem Maße die Oberhoheit über den Staat beanspruchten. Von den Ansprüchen Gregors VII. sagte

---

[10]) Victor Cathrein S. J.: „Moralphilosophie", Freiburg i. B. 1904, 4. Aufl. II. 563, Anm.

Napoleon I. in seiner Ansprache an den erzbischöfl. Klerus am Neujahrstage 1811: „Es ist ein ebenso großer Unterschied zwischen der Religion Jesu Christi und der infamen Religion Gregors VII., als zwischen dem Paradies und der ewigen Finsternis."

Gregor VII. konnte indessen diese Ansprüche nicht durchsetzen. Erst Papst Bonifaz VIII. (1294 – 1303) entfesselte durch die von ihm erlassene Bulle einen „Kulturkampf" gegen den französischen König Philipp IV., den jener anmaßende Papst indessen kläglich verlor.

In diesem Kampf zwischen dem erstarkenden römischen Papsttum und dem deutschen Kaisertum des Mittelalters, zwischen Staat und Kirche in neuerer Zeit, wurde mit sehr ungleichen Waffen gekämpft. Der zeitgenössische Beobachter des Kulturkampfes im Bismarckreich, der von Haus aus selber katholische Kulturgeschichtsschreiber Johannes Scherr, hat über die Führung jenes Kampfes geschrieben:

„Der Vatikan stellte den ‚Stuhl Petri', als Weltthron gedacht, auf die dauerhafteste Grundlage, auf die — wir wollen nicht sagen auf die menschliche Dummheit — nein, sondern vielmehr auf die Verzweiflung der Menschen am Diesseits und auf ihre Hoffnung auf ein Jenseits, beziehungsweise auf ihre Furcht vor einem solchen. Die Menschen glaubten — etliche Millionen glauben es noch immer —, der Papst hielte die Schlüssel zum Himmel und zur Hölle in seinen Händen und besäße die Macht und Gewalt, ihre Seelen für alle Ewigkeit der Seligkeit oder aber der Verdammnis zu überantworten. Wie hätte gegen diesen Glauben der arme ‚Racker' von Staat aufkommen können? Was hatte er im günstigsten Falle zu bieten, das, angesehen die kurze Zeitspanne des irdischen Daseins, den Vergleich mit den geglaubten und gehofften ewigen Himmelsfreuden oder mit den geglaubten und gefürchteten ewigen Höllenqualen ausgehalten hätte? Nichts oder doch soviel wie nichts. Erwägt man dieses, so braucht man nicht einmal weder den Zentrifugalgeist des deutschen Volkes noch die vaterlandslose Verräterei deutscher Fürsten und Prälaten in Betracht zu ziehen, um zu verstehen, daß und wie es dem Papsttum gelingen konnte, Jahrhunderte hindurch unsägliches Unglück auf unser Land zu häufen, weil das Kaisertum den päpstlichen Anspruch auf Weltherrschaft nicht anerkennen wollte.

Auch in anderen Ländern tobte der Streit zwischen Staat und Kirche. Mit wechselndem Glück. Aber in keinem mit so großem und bis zur heutigen Stunde fortdauernden Mißgeschick für das ‚weltliche Schwert', wie bei uns in Deutschland." [11])

Scherrs Beurteilung ist deshalb so bedeutsam, weil er darin den Glauben als wirksamstes Mittel des Vatikans bei diesem Kampf gegen den Staat erblickt. Das wird in den meisten Darstellungen geflissentlich übersehen. Außerdem gelangte Scherr durch Beobachtungen zu seinen Erkenntnissen und nicht durch akademische Theorien. Die Stärke der vatikanischen Stellung beruht in der Religion. Darum dient die vatikanische Politik immer nur der Stärkung der Religion, der Religion, wie sie die katholische Kirche versteht. Hat man dies begriffen, so begreift man auch, warum der Kulturkampf im Bismarck-Reich, trotz einiger Erfolge, schließlich scheitern mußte. Man versteht aber auch, warum die katholische Kirche nie und nimmer von ihren Dogmen und Lehren abgehen kann, daß sie nie und nimmer Glaubens- und Gewissensfreiheit dulden wird. Denn in dem Maße, wie der Glaube — zumal an jene von Scherr erwähnten Wahnlehren — schwindet, schwindet auch die politische Macht und der Einfluß des Vatikans.

Der Vatikan gewinnt seine politische und finanzielle Macht immer wieder aus dem mythischen Gebiet des Glaubens, wie der Riese Antäos in der griechischen Sage seine unbesiegbare Kraft immer wieder gewann durch die Berührung mit der mütterlichen Erde *(Gaia)*. Herakles überwand ihn nur dadurch, daß er ihn vom Erdboden erhob und schwebend erdrückte. So kann die politische Macht und der politische Einfluß des Vatikans nur beseitigt werden, wenn ihm der Glaube entzogen wird, wenn seine weltumspannende Organisation „in der Luft hängt", wie man in solchen Fällen zu sagen pflegt.

Somit sind bei einem sog. „Kulturkampf" stets Religion und Politik unlösbar verbunden. Beide ergänzen, durchdringen und

---

11) Joh. Scherr: „Neues Historienbuch", Leipzig o. J. Seite 102.

stützen einander. Wer also den so oft gerügten und untragbar empfundenen politischen Einfluß der Kirche bzw. des Vatikans wirklich und wirkungsvoll ausschalten will, muß den Glauben an dessen religiöse Dogmen und Lehren beseitigen, d. h. aber letztlich das Christentum aufgeben. Das hat Bismarcks Kulturkampf deutlich gezeigt. Auch in diesem politischen Kampf zwischen Staat und Kirche um die Vorherrschaft konnte sich der „arme Racker von Staat" nicht durchsetzen. Er besaß zwar die äußerliche, durch Gesetz und Parlament gestützte Macht, aber er wollte den Glauben nicht antasten und leitete daher keine durchgreifenden Maßnahmen zu einer wirkungsvollen Volksaufklärung ein. Allerdings kann eine solche Aufklärung keine schnellen Erfolge zeitigen. Denn dies wäre erst recht „eine Aufgabe für mehr als ein Jahrhundert", wie Schiller von der staatsbürgerlichen Aufklärung gesagt hat.

Nun ist der „Kulturkampf" keineswegs eine besondere deutsche Angelegenheit, wenn man auch die Reformation Luthers gewissermaßen so werten könnte. Erst recht ist der „Kulturkampf", der mit Bismarcks Namen verknüpft ist, keine eigentümlich deutsche Sache. Napoleon I. hat bereits einen solchen Kulturkampf geführt, dessen Ziele er in einem Gespräch mit dem englischen Arzte O'Meara auf St. Helena einmal kurz andeutete. Napoleon sagte:

„Ich wollte eine allgemeine Gefühlsfreiheit einführen. Mein Bestreben war, keine Religion in meinem Reiche vorherrschen, sondern alle Menschen, Protestanten, Katholiken, Juden, Mohammedaner, Deisten usw. gleiche Rechte genießen zu lassen, und zwar so, daß ihre Religion keinerlei Einfluß auf irgendeine Staatsstellung hatte, vorausgesetzt, daß der Betreffende fähig zu einer solchen war. Nichts hing in meinem Staate von der Religion ab ... auch die Ehe nicht; sogar die Kirchhöfe standen nicht mehr den Geistlichen nach ihrem Belieben zur Verfügung, denn sie konnten keine Beerdigung verweigern, welcher Religion auch der Tote angehört hatte. Meine Absicht ging dahin, alles, was dem Staate und der Verfassung gehörte, rein bürgerlich zu machen, ohne Rücksicht auf die Religion. Ich wollte den Geistlichen jeglichen Einfluß und alle Macht über die Zivilangelegenheiten nehmen

und sie zwingen, sich an die geistlichen zu halten, ohne sich in andere Dinge zu mischen." [12])

Das waren auch Bestandteile jenes „Kulturkampfes", den Bismarck führte. Allerdings waren die Bedingungen für das Gelingen eines solchen Kampfes in Deutschland viel ungünstiger als in dem national geschlossenen Frankreich. Das beruhte in den Gegensätzen des konfessionell gespaltenen und eben erst gegen den Willen des Vatikans politisch geeinten deutschen Volkes. Der deutsche Katholik sah von vornherein in dem Papsttum eine höhere, dem Staat unter allen Umständen übergeordnete, von „Gott" eingesetzte Stelle. Demgegenüber hatten alle nationalen Zielsetzungen — und seien sie noch so großartig — zurückzutreten. Der zeitgenössische politische Beobachter Johannes Scherr hat diesen Unterschied zwischen den Deutschen und Franzosen sehr richtig erkannt. Er schrieb darüber:

„Wie dem Franzosen der Katholizismus naturgemäß ist, so dem Deutschen der Protestantismus, worunter ich natürlich nicht das lutherische Bonzentum verstehe. Deutschsein heißt protestieren, will sagen, die freie Persönlichkeit entwickeln und das befreite Ich jedem Dogma-Despotismus entgegenstellen. Hieraus erklärt es sich, daß der ehrliche deutsche Katholik in den höchsten Resultaten der deutschen Kulturarbeit etwas ihm Fremdartiges, ja sogar etwas ihm Feindseliges sieht. Das ist sehr betrübsam, aber es ist so. Und gerade weil das, was Deutschlands höchster Stolz und Ruhm, seine Wissenschaft und seine Literatur, dem ehrlichen deutschen Katholiken gleichgültig oder gar ärgerlich ist, kann er auch kein überzeugter Patriot sein, kein deutscher Patriot, sondern, wenn's hoch kommt, ein tirolischer, ein altbayerischer, ein oberschwäbischer, ein westphälischer. Die ideale Einheit der Nation im Reiche des deutschen Gedankens ist für ihn nicht vorhanden." [13])

Da Scherr selbst katholisch gewesen ist, hat sein Urteil natürlich besonderen Wert. Jedenfalls haben diese Verhältnisse während des Kulturkampfes eine große Rolle gespielt. Denn hier war

---

[12]) *B. E. O'Meara: „Napoleon in exile, or a voice from St. Helena", London 1822:* Übersetzer dieser Stelle: Friedrich M. Kircheisen: „Napoleon der Feldherr, Staatsmann und Mensch in seinen Werken", Stuttgart 1907, Seite 203, Nr. 169.

[13]) Johannes Scherr: „Blätter im Winde", Leipzig 1875, Seite 83/84.

der Punkt, wo die vom Vatikan gelenkte katholische Zentrums-Partei ihre Hebel ansetzen konnte. Nach der großen Enttäuschung die der Vatikan durch den Mißerfolg des ersten Konzils und die Niederlage Frankreichs erlebt hatte, blieb ihm als einzige Hoffnung, das wider Erwarten i. J. 1871 neu erstandene deutsche Reich mittels des katholischen Teiles seiner Fürsten und seiner Bevölkerung unter die Botmäßigkeit des Papstes zu bringen. Der Gedanke einer Erneuerung des i. J. 1805 zusammengebrochenen „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" lag daher durchaus nahe.

Der von dem Katholikenführer Frhr. v. Buß i. J. 1851 entwickelte Plan lautete:

„... der Papst wird von Berlin aus den deutschen Protestantismus in den Schoß der Kirche zurückführen. Staunen Sie nicht, meine Herren, ich weiß, was ich sage... Es war die Hauptabsicht, durch den Sieg über Preußen den Protestantismus zur Anerkennung der (katholischen) Kirche zu zwingen, denn solange jener besteht, wird die Kaiserwürde nur ein frommer Wunsch bleiben... aber die Kirche rastet nicht, und mit den Mauerbrechern der Kirche werden wir diese Burg des Protestantismus langsam zerbröckeln müssen. Wir werden in den vorgeschobensten norddeutschen Bezirken die zerstreuten Katholiken sammeln und mit Geldmitteln unterstützen, damit sie den Katholizismus erhalten und Pioniere nach vorwärts werden. Mit einem Netze von katholischen Vereinen werden wir den altprotestantischen Herd in Preußen von Osten und Westen umklammern und durch eine Unzahl von Klöstern diese Klammern befestigen und damit den Protestantismus erdrücken und die katholischen Provinzen, die zur Schmach aller Katholiken der Mark Brandenburg zugeteilt sind, befreien und die Hohenzollern unschädlich machen." [14])

Dieser Plan des Jahres 1851 hatte nicht zum Ziel geführt. Im Gegenteil, i. J. 1871 war das deutsche Kaiserreich unter einem Kaiser aus dem protestantischen Hause Hohenzollern entstanden. Sollte es jedoch jetzt gelingen, dieses neue Reich — wie jenes „Heilige Römische Reich Deutscher Nation" des Mittelalters —

---

[14]) Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm", 2. Band, Seite 478/479, Berlin 1892.

der vatikanischen Politik dienstbar zu machen, dann könnte man ja den nationalen Gedanken berücksichtigen und später mit Hilfe der von Frhr. v. Buß genannten Organisationen, im Laufe der Zeit und auf Umwegen, das erstrebte Ziel — die Rekatholisierung Deutschlands — erreichen. Jedenfalls muß man im Laufe des Kulturkampfes dieses Ziel der vatikanischen Politik stets im Auge behalten. Bismarck war aber nun nicht so töricht, um diese Politik zu verkennen. Sein Blick war nicht durch katholische Suggestionen getrübt. Und jeder Deutsche, der sich vorurteilslos diese Lage vergegenwärtigt, wie sie sich aus dem Sieg von 1870/71 und der Machtstellung des neuen deutschen Reiches ergab, muß zu diesem Gedanken einer Wiederbelebung jenes „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" mit den Worten Schillers sagen:

„Wär' der Gedank' nicht so verwünscht gescheit,
Man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen!"

Am 18. Januar 1871 wurde die Einheit Deutschlands durch die Kaiserproklamation zu Versailles feierlich verkündet. Monatelange Verhandlungen Bismarcks mit den Ministern der süddeutschen Staaten waren vorangegangen. Der schwierigste Partner bei diesen Verhandlungen war Bayern. Nicht etwa der bayerische König Ludwig II. Im Gegenteil. Dieser hatte sich persönlich bei den übrigen deutschen Fürsten für die Wiedererrichtung des Reiches eingesetzt. Auch die Bevölkerung Bayerns war der deutschen Einheit keineswegs entgegen. Die bayerischen Truppen hatten im Deutsch-Französischen Kriege hervorragende Leistungen vollbracht. Aber der katholische Klerus hatte in Bayern bereits seit 20 Jahren in zunehmendem Maße gegen Preußen gehetzt. Nach der französischen Kriegserklärung im Jahre 1870 hatte König Ludwig II. die Folgerungen aus dem „Trutz- und Schutzbündnis" gezogen. Er hatte die bayerische Armee mobil gemacht und sie dem preußischen Generalstab, d. h. dem Generalfeldmarschall v. Moltke unterstellt. Die erwachende Volksseele brandete über die klerikalen Versuche, Bayern durch Winkelzüge von der Erfüllung seiner Bündnisverpflichtung abzuhalten, hinweg. Die Hetze der klerikalen Zeitungen erwies sich als wirkungslos.

Die deutsche Einheit konnte nach der durch den siegreichen Krieg aller deutschen Stämme bewirkten Entwicklung nur noch durch ein parlamentarisches Veto verhindert werden. Nach der bayerischen Verfassung war für den Beitritt Bayerns zu dem neu gegründeten deutschen Reich eine Zweidrittel-Mehrheit der beiden Kammern erforderlich. Während die erste Kammer zustimmte, war die Abstimmung in der zweiten Kammer fraglich. In der entscheidenden Sitzung vom 21. Januar 1871 erklärte der bayerische Kriegsminister von Prankh — der bereits den Kriegseintritt Bayerns im Vorjahre befürwortet hatte — u. a.:

„Uns blieb nur der Beitritt übrig, für welchen wir nun die möglichsten Modifikationen der Nordbundverfassung (des Norddeutschen Bundes) zu erreichen strebten. Dies führte zum Ziel. Ich will Ihnen mitteilen, was damals Graf Bismarck sagte: ‚Wir wollen kein verstimmtes, wir wollen ein freiwilliges Bayern.' Dies war der rote Faden, welcher sich durch die Verhandlungen zog; ihr Ergebnis liegt jetzt vor. Opfer allerdings an den Rechten der Krone wie der Volksvertretung fordert das Bundesverhältnis von uns; dies ist aber die unabweisliche Folge eines jeden Bundesverhältnisses: entweder wollen Sie keinen Bund, oder Sie wollen einen solchen; im letzteren Fall müssen Sie sich zu Opfern entschließen."

Man schritt zur Abstimmung. Diese ergab: 102 Stimmen für und 48 Stimmen gegen den Antrag „Eingliederung Bayerns in das Deutsche Reich". 32 Abgeordnete der klerikalen Partei stimmten mit den 70 Liberalen für den Beitritt Bayerns. Selbst der klerikale Kammerpräsident Dr. Weis bekundete seine Zustimmung mit einem lauten „Ja". „Durch diesen Beschluß" – rief er – „ist das deutsche Einigungswerk vollendet!" Und zwar – auf demokratische Weise vollendet. (Eine Anmerkung für die heutigen Verfälscher von historischen Tatsachen!) Möglich, daß die Klerikalen fürchteten, König Ludwig würde bei der Ablehnung des Antrages die Kammer auflösen und Neuwahlen ausschreiben. In diesem Falle würde die klerikale Partei bei der herrschenden Volksstimmung zweifellos viele ihrer bisherigen Mandate verloren haben. Die Abgeordneten mochten sich an die Vorgänge im Juli des vergangenen Jahres erinnern, als sie bei Kriegsausbruch die Kriegskredite abgelehnt hatten und beim Verlassen des Sitzungsgebäudes von der empörten bayerischen Bevölkerung empfangen wurden: „Ihr gehört an die Laternen!"

Außerdem war selbst bei den Klerikalen eine entschiedene Mißstimmung gegenüber dem Vatikan eingetreten. Da sich Papst Pius IX. und seine Jesuiten nicht gescheut hatten, die unglaublichen und unglaubwürdigen Dogmen von der „unbefleckten Empfängnis Mariens" und der „Unfehlbarkeit des Papstes" zu verkünden, hatte sich bei den denkenden Katholiken eine Opposition gegen Rom gebildet, die, zumal in München, durch den

bekannten katholischen Theologen Ignaz Döllinger kräftig gefördert wurde. Dennoch blieb die Lage für das neu gebildete deutsche Reich schwierig. Sehr richtig hat Arthur Böhtlingk dazu geschrieben:

„Bei dem Zusammenschluß des engeren Deutschlands unter preußischer Vorherrschaft blieb seit dem Tage, da der Jesuitenpater Canisius die Wittelsbacher wieder an die römische Kette gebracht hatte, das römisch-katholische Bayern die am schwersten zu umschiffende Klippe." [1])

Die Folgen der deutschen Siege und die Reichsgründung wirkten sich auch auf die Entwicklung in Italien aus. Der Papst verlor den Kirchenstaat.

Seitdem in Italien der Kampf um die nationale Einheit begonnen hatte, war das Verlangen, die Stadt Rom als Hauptstadt des geeinten Italiens zu besitzen, nicht mehr verstummt. Seit dem Jahre 1848 hatten sich die Versuche, die Stadt Rom mit dem dazu gehörigen Kirchenstaat dem Papst zu entreißen, immer wieder erneuert. Aber der Papst, dessen militärische Kräfte nichtsbedeutend waren, hatte sich des Schutzes des mächtigen Frankreichs versichert, das damals für die stärkste Militärmacht Europas galt. Der französische Kaiser Napoleon III. war mit Unterstützung des Papstes und der Jesuiten auf den Thron gelangt. Die Gegenleistung war der militärische Schutz des Papstes und seines Kirchenstaates. Der italienische Freischarenführer und Großmeister der italienischen Freimaurerei, Guiseppe Garibaldi, — einer der schärfsten Gegner des Papstes — hatte schon mehrere Versuche unternommen, die Stadt Rom einzunehmen. Seine Angriffe waren jedoch immer wieder an der Überlegenheit der den Kirchenstaat schützenden kaiserlich-französischen Truppen gescheitert.

Als das französische Kaiserreich infolge der deutschen Siege nach der Schlacht von Sedan (1. September 1870) zusammengebrochen war und die neugebildete französische 3. Republik ihre Truppen aus Rom zurückgezogen hatte, rückten die italienischen

---

[1]) Arthur Böhtlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom", Berlin 1911, Seite 161.

Truppen, ohne ernsthaften Widerstand zu finden, in die Stadt ein. Der Kirchenstaat und die weltliche Herrschaft des Papstes fanden damit ein Ende. Der Jesuit G. M. Pachtler hat behauptet, daß die Freimaurerei hinter dieser Aktion stand. Er war vermutlich gut unterrichtet, als er schrieb:

„Wer die Erscheinungen der neuen und neuesten Geschichte nicht oberflächlich betrachtet, sondern nach ihrem tieferen Grunde durchforscht, wird immer auf ein Zentrum kommen, aus welchem der unheimliche Geist unserer Zeit seine Fälschungen der Wahrheit, der Geschichte und des Rechtes ausstrahlt. Es ist ein furchtbares System in der abgründlichen Irreleitung der Geister und der Herzen. Man studiere die soziale, die politische, die religiöse Strömung, und man wird finden, daß alle drei aus einer und derselben Quelle ihr Gift bezogen haben. Wohl sind auch sekundäre Quellen, welche ihre schmutzigen Gewässer in den Hauptarm ergießen; aber sie sind eben nur Nebensache. Diese Hauptmacht des Unheits ist die Organisation menschlicher Irrungen und Leidenschaften in dem Geheimbunde der Freimaurerei ... Der Jesuitensturm in Deutschland war ein Werk der Loge, das weitere, so hoffte die acherontische Schar, wird sich von selbst ergeben ... Das Sakrilegium vom 20. September 1870 (die Einnahme Roms) war, wie das ganze Königreich der Revolution im Süden, ein Werk der Loge und ihr anderswo für geleistete Dienste nebst weiterem schon fünfthalb Jahr vorher zugesagt worden ... Nach der Schlacht bei Sedan waren die Minister (von Italien) immer noch in betreff der Frage der Besetzung Roms sehr unentschieden. Höchstwahrscheinlich hätte sie gar nicht stattgefunden, wenn nicht vor dem Minister Lanza eine Deputation von Freimaurern erschienen wäre. Diese überreichte ihm einen kleinen Streifen Papier, worauf in sehr lakonischen Worten stand: wenn die Regierung nicht unverzüglich gegen Rom marschieren lasse, so breche in allen italienischen Städten eine Revolution aus. — Lanza las den Papierstreifen und untersuchte die Namensunterschriften; er sah, daß sie durchaus von Logenhäuptern waren und gab dem General Cadorna Marschbefehl." [8])

Das französische Kaiserreich war das Schwert des Vatikans gewesen. Es war jetzt zerbrochen. Das habsburgische Kaiserreich hatte in dieser Beziehung bereits im Jahre 1866 enttäuscht, so daß nach der Schlacht von Königgrätz — diesem überraschenden

[8]) G. M. Pachtler S. J.: „Der stille Krieg gegen Thron und Altar", 2. Aufl. Amberg 1876, Seite V, Seite 43, 49 und 422.

Sieg Preußens — der Kardinalstaatssekretär Antonelli erschrocken ausrief: *„Il mondo casca"* (Die Welt stürzt ein!). Dem Papst blieb jetzt nur noch als letzter Ausweg aus dieser Lage, gute Beziehungen mit dem neu erstehenden deutschen Reiche herzustellen und zu versuchen, die alten Traditionen eines „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" zu erneuern.

Im Oktober des Jahres 1870 — nachdem Rom von den italienischen Truppen besetzt worden war — beabsichtigte der Papst, Rom zu verlassen, und Kardinalstaatssekretär Antonelli fragte bei Bismarck an, ob dem Papst ein Asyl in Deutschland zugebilligt würde. Bismarck erklärte dazu:

„Er (der Papst) hat bei uns schon gebeten, wir möchten bei Italien vermittelnd anfragen, ob man ihn abreisen lassen würde, und ob dies mit der ihm gebührenden Würde geschehen könne. Wir haben das getan, und sie (die Italiener) haben geantwortet, man würde seine Stellung durchaus achten und danach verfahren, wenn er fort wollte ... Wohin aber? Nach Frankreich kann er nicht, da ist Garibaldi. Nach Österreich mag er nicht. Nach Spanien? — Ich habe ihm Bayern vorgeschlagen. [3]) ... Er hat in der Tat schon angefragt, ob wir ihm ein Asyl gewähren könnten. Ich habe nichts dagegen einzuwenden — Köln oder Fulda ... Aber der König will nicht. Er hat Angst, denkt, dann wird alles katholisch in Preußen. — Ich habe ihm aber gesagt, wenn ihn der Papst um ein Asyl bittet, so darf er's ihm nicht abschlagen. Er muß es gewähren; denn er hat zehn Millionen katholischer Untertanen, die den Oberherrn ihrer Kirche geschützt sehen wollen. — Übrigens mögen Leute mit vorwiegender Phantasie, besonders Frauen, in Rom beim Anblicke des Pomps und des Weihrauchs des Katholizismus und des Papstes auf seinem Thron und mit seinem Segen Neigung empfinden, katholisch zu werden. In Deutschland, wo man den Papst unter sich hätte als hilfesuchenden Greis, als guten alten Herrn, als einen der Bischöfe, der wie die anderen ißt und trinkt, eine Prise nimmt, wohl gar auch seine Zigarre raucht — da hat's keine so große Gefahr." [4])

---

[3]) Die Wiener „Presse" brachte unter dem 6. Oktober 1870 die Nachricht aus Rom, der Papst habe am 1. Oktober schon einen Extrazug nach München bestellt gehabt; der Jesuitengeneral habe aber von diesem Asyl abgeraten, da die Bevölkerung von München gegen die Unfehlbarkeit sei. (F. W. Ghillany: „Europäische Chronik", 5. Band, Seite 71, Leipzig 1878.

[4]) Moritz Busch: „Tagebuchblätter", 1. Band, Seite 372/374, Leipzig 1899.

Bismarck hat diese „Gefahr“ allerdings zu gering eingeschätzt. Aber jeder, der die tiefgehenden Suggestionen der Priester und ihrer Gläubigen nicht kennt, kann sich von dem geistigen Zustand der so erzogenen Menschen kaum einen Begriff machen. Wer den Katholizismus — und das Christentum überhaupt — mit dem sogenannten „gesunden Menschenverstand“ betrachtet, wird dessen Wirkung nie begreifen. Aber man erkennt aus diesen Äußerungen Bismarcks, wie entgegenkommend er dem Vatikan gegenüberstand.

Die amtliche Note, die dem preußischen Gesandten bei der italienischen Regierung am 8. 10. 1870 übermittelt wurde, lautete:

„Kardinal Antonelli hat den königlichen Gesandten (v. Arnim) gefragt, ob der Papst, falls er Rom verlassen wolle, auf die Unterstützung Sr. Majestät dafür rechnen könne, daß man ihn ungehindert und in schicklicher Form abreisen lasse. Se. Majestät der König haben befohlen, diese Frage bejahend zu beantworten. Allerhöchstderselbe ist überzeugt, daß die Freiheit und Würde des Papstes von der italienischen Regierung unter allen Umständen und auch dann geachtet werden wird, wenn der Papst wider Erwarten eine Verlegung seiner Residenz beabsichtigen sollte. Der König beauftragt Ew. Exzellenz, diese Hoffnung auszusprechen. Se. Majestät der König hält den Norddeutschen Bund nicht für berufen zu unaufgeforderter Einmischung in die politischen Verhältnisse anderer Länder, glaubt aber, den norddeutschen Katholiken gegenüber zur Beteiligung an der Fürsorge für die Würde und Unabhängigkeit des Oberhauptes der katholischen Kirche verpflichtet zu sein.“ (Zit. nach Böhtlingk, a. a. O., Seite 164.)

Das wußten und bedachten die Jesuiten auch! Bereits im Jahre 1848 hatte das Ansehen des Papstes einen schweren Stoß erhalten, als er aus Rom flüchtete und sich — wie man in Italien erzählte — in den Kleidern der Gattin des bayerischen Gesandten in dessen Wagen nach Gaëta begab. Vermutlich hat Bismarck auf ähnliche Wirkungen gerechnet, als er die Gewährung des Asylrechtes in Deutschland befürwortete. Denn er wies in dem genannten Gespräch „auf die komische Seite der Auswanderung des Papstes“ hin. Ja, „er entwickelte diese Gedanken in interessanter, hier aber nicht mitteilbarer Weise noch weiter“, wie Busch hinzufügt. Bismarck schloß dann dieses Gespräch mit

Hatzfeld: „Für solche humoristische Auffassung der Sache hat freilich der König keinen Sinn. Aber" — so fügte er lächelnd hinzu — „wenn mir nur der Papst treu bleibt (d. h. sein Gesuch aufrechterhält), so setze ich's doch noch bei ihm (dem König) durch!"

Aber er konnte es nicht „durchsetzen". Denn König Wilhelm sowie der Kronprinz Friedrich Wilhelm lehnten eine solche Aufnahme des Papstes grundsätzlich ab. Das war verständlich. Beide waren Freimaurer und vertraten hinsichtlich des Papstes die damaligen Anschauungen der Freimaurerei. Auffassungen, die auch bei der italienischen Regierung maßgebend waren und sie zur Besetzung des Kirchenstaates veranlaßt hatten.

Aber auch der Papst „blieb nicht treu". Er entschloß sich, als „der Gefangene im Vatikan" zu verbleiben, und die Jesuiten verbreiteten bei den gläubigen Katholiken so schreckliche Gerüchte über diese „Gefangenschaft", daß man glaubte, der arme Papst verbringe seine Tage „in Ketten auf einem Strohlager". Ja, man verkaufte sogar „Strohhalme von seinem Lager" und fand genug gläubige Toren, welche sie als heilige Reliquien kauften und verehrten.

Durch die entgegenkommende Haltung Bismarcks ermutigt, traf der Erzbischof Graf Ledochowski am 5. November 1870 im deutschen Hauptquartier zu Versailles ein. Er wollte Bismarck veranlassen, durch entsprechenden Druck auf die italienische Regierung die Rückerstattung des Kirchenstaates zu betreiben. Bismarck dagegen suchte den Erzbischof zu bewegen, durch seine Beziehungen zur französischen Geistlichkeit auf einen Friedensschluß mit Frankreich hinzuwirken. Während aber die Bischöfe einen großen Eifer für die Erhaltung des Kirchenstaates zeigten, hatten sie hinsichtlich der Friedensvermittlung „nur von einer kühlen, ablehnenden Haltung ihrer Schritte zu berichten" — schreibt Bismarck —, „woraus ich entnahm, daß es der päpstlichen Macht entweder an Stärke oder an gutem Willen fehlen müsse, uns im Sinne des Friedens eine Hilfe zu gewähren." [5])

---

[5]) Otto v. Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen", 2. Band, Seite 123, Stuttgart 1898.

Vermutlich hoffte man im Vatikan im November 1870 noch auf einen Sieg Frankreichs, auf den man bei Ausbruch des Krieges im Juli so fest gerechnet hatte.

Der Erzbischof Ledochowski mußte unverrichteterdinge wieder abreisen. Er begann jetzt seine Hetze gegen die preußische Regierung, die im Jahre 1874 zu seiner Verhaftung führte und ihm eine zweijährige Festungsstrafe eintrug.

Genau einen Monat nach der Errichtung des Deutschen Reiches, am 18. Februar 1871, überreichten katholische Abgeordnete dem Kaiser Wilhelm I. in Versailles eine Eingabe, mit der sie den Kaiser ersuchten, den Kirchenstaat wiederherzustellen. Es hieß in dieser Bittschrift u. a.:

„Rom, ihr Rom, der letzte Rest des Kirchenstaates, ist okkupiert, der Papst seiner weltlichen Herrschaft beraubt, die älteste der legitimen Mächte der Christenheit vernichtet ... Für das Papsttum gibt es keine andere Unabhängigkeit als die Souveränität; nur in ihr ist seine Würde vollkommen gesichert. Ein entthronter Papst ist immer ein Gefangener oder ein Verbannter. Was keiner Macht gleichgültig sein kann, müßte folgen. Die Gewissensfreiheit der Katholiken, von der souveränen Freiheit des Papstes zuletzt getragen, wäre geknechtet mit der tödlichen Verletzung ihres Rechtes, jede Autorität in ihren Grundfesten erschüttert."

Weiter hieß es, es möge Kaiser Wilhelm, den die deutschen Katholiken als ihren Schirmherrn verehrten, als „erste Tat seiner kaiserlichen Weisheit und Gerechtigkeit" die Wiederherstellung des Kirchenstaates als „einen Akt der Freiheit und des Rechtes" vollziehen. Sie beriefen sich dabei auf den preußischen König Friedrich Wilhelm III., der auf dem Wiener Kongreß im Jahre 1815 für die Wiederherstellung des Kirchenstaates eingetreten sei.[6])

Diese katholischen Abgeordneten erhielten eine wesentliche Unterstützung durch die Königin Augusta von Preußen, der späteren deutschen Kaiserin. Sie war zwar nicht katholisch, unterlag jedoch völlig katholisch-klerikalen Einflüssen und wurde

[6]) Böhtlingk, a. a. O., von Seite 167.

auf diese Weise eine heftige Gegnerin Bismarcks. Schon gleich nach der Besetzung des Kirchenstaates durch die Truppen der italienischen Regierung hatte sie an König Wilhelm I. geschrieben und ihrem Unwillen darüber Ausdruck verliehen. Am 2./3. Oktober 1870 schrieb sie an den König:

„Ich schrieb Dir neulich, daß die Erbitterung bei den Katholiken wächst; sie sind indigniert, daß keine katholische Macht einen Tadel über die Beraubung des Papstes ausgesprochen und daß namentlich Österreich geschwiegen hat. Aber auch unser Schweigen macht einen tief schmerzlichen Eindruck selbst bei den billig denkenden Katholiken. Sie sagen, daß das evangelische Preußen, das durch die großen Ereignisse die erste und dominierende Macht des Kontinents geworden, durch ein ernstes Veto in Florenz (bei der italienischen Regierung) die Gewaltschritte gegen den Papst verhindert haben würde und daß auch jetzt noch, wo der Schwächere beraubt worden, es nicht zu spät sei, durch eine kräftige Sprache das Los des Oberhauptes der katholischen Kirche zu bessern. Ein solches Eintreten für den hart bedrängten Papst, das in keiner Weise den protestantischen Untertanen schaden würde, hätte auch für Italien den unverkennbaren Nutzen, es gegen die Fortschritte der Revolution zu schützen und durch den Einfluß Preußens auf das jetzige Gouvernement die bisherige Stütze Frankreichs zu ersetzen im Interesse der Zukunft.“ [7])

Hier deutet Königin Augusta bereits den Gedanken an — der ihr zweifellos von ihren katholischen Ratgebern eingegeben wurde —, daß Preußen bzw. Deutschland an Stelle des kaiserlichen Frankreich den militärischen Schutz des Vatikans übernehmen müsse.

König Wilhelm antwortete am 6. Oktober 1870 und schrieb dazu:

„Was diplomatisch irgend angänglich war, gegen die italienische Politik zu tun, hat Brassier versucht. Aber ein mehreres war nicht möglich, denn womit hätten wir unsere weitergehende Sprache unterstützen sollen? Schon ohne den Krieg wäre dies nicht möglich gewesen, und ohne irgendeine Unterstützung der anderen, namentlich der katholischen Mächte, könnte trotz unserer jetzt mächtigen Stellung nichts von unserer Seite geschehen. Wenn also die katholische

---

7) „Die Vorgeschichte des Kulturkampfes“, Quellenveröffentlichung aus dem Deutschen Zentralarchiv, Berlin 1957, 2. Aufl., Seite 33ff.

Welt in Aufregung ist, so wird sie wenigstens Preußen und mir keine Vorwürfe machen. Ich muß Dich also sehr bitten, dergleichen Anfeindungen bestimmt entgegenzutreten, weil sie ungerecht und unbillig sind und eine Beschönigung solcher Anfeindungen unsere evangelischen Einwohner nur frustrieren (enttäuschen) müßte."

Aber die Königin betrieb die katholische Aktion weiter. Am 20. Oktober 1870 schrieb sie wieder an den König und erklärte:

„In allen darauf bezüglichen Adressen, welche in sämtlichen Diözesen an Dich gerichtet werden, ist, wie ich höre, in durchaus loyaler und patriotischer Gesinnung — dem opferbereiten Patriotismus dieser Zeit entsprechend — auf Deine Person und Deine Hilfe als die mächtigste in Europa Bezug genommen. Gut ist es gewiß, wenn die Leute durch das, was möglicherweise für die Würde, das Recht und die Unabhängigkeit des Papstes sich noch erreichen läßt, in ihrem Vertrauen bald bestärkt und nicht etwa, wozu Gefahr vorhanden ist, im antipreußischen Sinne von unseren Gegnern bestärkt werden.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, Dir dies ans Herz zu legen, weil Du die Stimme Deiner alten Freundin da zu hören gewohnt bist, wo es sich um ernste Dinge handelt... Dein seliger Vater (Friedrich Wilhelm III.) hat 1815 die weltliche Macht (des Papstes) mit hergestellt. Dein seliger Bruder (Friedrich Wilhelm IV.) dem bedrängten Papste (im Jahre 1848) Schutz angeboten; wie könntest Du jetzt, wo es keine konfessionellen Schranken für den Patriotismus, die Opferwilligkeit und Tapferkeit deiner Soldaten gibt und wo wichtige Neuwahlen bevorstehen, Deiner Gerechtigkeit die nicht wiederkehrende Gelegenheit versagen, wie immer königlich zu handeln?"

„Die alte Freundin" war von ihren katholischen Freunden — wie man sieht — gut beraten. Sie wählte die Töne, von denen sie wußte, daß sie wirken mußten. Die gleichen Argumente, die Königin Augusta hier anführt, benutzten die katholischen Abgeordneten in ihrer Eingabe an den König und Kaiser am 18. Februar 1871. In einem späteren Brief vom 27. Juni 1871 kam Wilhelm I. auf diese Argumentationen seiner völlig in das katholisch-klerikale Fahrwasser geratenen Gattin zurück und widerlegte sie. Er schrieb:

„Dein Beispiel des Verhaltens meines Vaters und Bruders paßt wohl gar nicht auf die jetzige Lage. 1814 war der Mann, der den Papst von Rom exilierte (Napoleon I.), aber in Frankreich seine kirch-

lichen Rechte nicht beschränkte, gestürzt durch die europäische Koalition, und des Papstes Einsetzung war natürlich, da alles möglichst im *status quo ante* restituiert wurde in ganz Europa. So lebendig damals das Gefühl für das Papsttum war, so wenig ist das jetzt der Fall, denn durch die zwei Dogmen der Unbeflecktheit und Infallibilität hat sich der Katholizismus einen tödlichen Stoß gegeben ... Gestern bei der Abschiedsaudienz sagte mir der Minister Pfretschner: ‚Täuschen Euer Majestät sich nicht, die päpstliche Macht wird in den ersten Jahren sehr sachte auftreten, aber der Hintergedanke ist doch, die Szene von Canossa zu wiederholen.' Und er hat recht."

Dieses „sachte Auftreten" des Papstes hatte sich bereits gezeigt. Am 6. März 1871 war das Antwortschreiben des Papstes Pius IX. auf die ihm erstattete Anzeige von der Neugründung des Deutschen Reiches eingetroffen. Es lautete:

„Papst Pius IX. dem Allerdurchlauchtesten Großmächtigsten Kaiser Gruß! Durch das geneigte Schreiben Ew. Majestät ist Uns eine Mitteilung geworden der Art, daß sie von selbst Unseren Glückwunsch hervorruft, sowohl wegen der Ew. Majestät dargebotenen höchsten Würde, als wegen der allgemeinen Einstimmigkeit, mit welcher die Fürsten und freien Städte Deutschlands sie Ew. Majestät übertragen haben. Mit großer Freude haben Wir daher die Mitteilung dieses Ereignisses entgegen genommen, welches, wie Wir vertrauen, unter dem Beistande Gottes für das auf das allgemeine Beste gerichtete Bestreben Ew. Majestät nicht allein für Deutschland, sondern für ganz Europa zum Heil gereichen wird. Ganz besonderen Dank aber sagen Wir Ew. Majestät für den Ausdruck Ihrer Freundschaft für Uns, da Wir hoffen dürfen, daß dieselbe nicht wenig beitragen wird zum Schutz der Freiheit und der Rechte der katholischen Religion. Dagegen bitten Wir auch Ew. Majestät überzeugt zu sein, daß Wir nichts unterlassen werden, wodurch Wir bei gegebener Gelegenheit Ew. Majestät nützlich sein können. Inzwischen bitten Wir den Geber aller Güter, daß er Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät jedes wahre Glück reichlich verleihe und Sie mit Uns durch das Band vollkommener Liebe verbinde. Gegeben zu Rom bei St. Peter (im Vatikan) am 6. März 1871 im 25. Jahre Unseres Pontifikats." [8])

Wir empfehlen dem Leser, diesen Brief des Papstes im Ge-

---

[8]) Ludwig Ernst Hahn: „Geschichte des Culturkampfes in Preußen", Berlin 1881, Seite 42; Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm", 2. Band, Seite 426/427 Anm., Berlin 1892.

dächtnis zu bewahren. Er wird nämlich im Verlauf des sogenannten „Kulturkampfes" hören, daß der Papst später das genaue Gegenteil sagte. In diesem Schreiben ging es darum, das neue Deutsche Reich zu veranlassen, die Rückgabe des Kirchenstaates von Italien zu fordern. Dieses Deutsche Reich sollte die Tradition und Funktion des einstigen „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" wieder aufnehmen und fortsetzen. Die mittelalterlichen Kaiser waren vom Papst abhängig und hatten ihn gegen die Angriffe der italienischen Staaten zu schützen. Sehr richtig hat Niccolo Macchiavelli in seiner *„Istorie fiorentine"* (Florenz 1532) geschrieben:

„Alle Kriege, welche zu diesen Zeiten von den Barbaren in Italien geführt wurden, waren zum größten Teil von den Päpsten verursacht, und alle Barbaren, welche Italien überschwemmten, waren von ihnen gerufen. Dies hat Italien in Uneinigkeit und Schwäche erhalten."

Mit dem Ausdruck „Barbaren" meint Macchiavelli – im Sinne der Antike – allgemein die fremden Völker. Mit Hilfe dieser – zumal der Deutschen und Franzosen – betrieben die Päpste ihre Politik. Entsprechende Eingriffe erwartete Pius IX. jetzt von dem neuen Deutschen Reich. Daher sagte der Abg. Bennigsen zu der geforderten Einmischung des Deutschen Reiches in den Konflikt des Papstes mit der italienischen Regierung in der ersten Sitzung des Deutschen Reichstages:

„Mit dem Namen von Kaiser und Reich, da treten die alten Kämpfe und furchtbaren Gegensätze wieder auf zwischen Kaiser und Papst, welche die dauernde Verwüstung Italiens und die politische Ohnmacht und Zerrissenheit Deutschlands zur Folge hatten. Das ist es gerade, was uns auffordert, von vornherein in dem ersten Augenblicke, wo der deutsche Kaiser den ersten deutschen Reichstag um sich versammelt, hier einen Markstein aufzurichten, deutlich und weithin sichtbar für alle Welt, für das Inland wie für das Ausland, daß die deutsche Politik künftig begrenzt sein soll auf die inneren Aufgaben Deutschlands, daß es nicht mehr ihre Aufgabe sein soll, in das innere Leben fremder Nationen einzugreifen."

Am 23. März 1871 war der Deutsche Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Kaiser Wilhelm I. hatte in seiner

Thronrede grundsätzlich jede Einmischung des Reiches in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten abgelehnt. Die Aufhebung des Kirchenstaates in Italien war eine solche innere Angelegenheit der italienischen Regierung. In der Debatte darüber suchten die Abgeordneten der katholischen Zentrumspartei diese Angelegenheit zu einer religiösen Frage zu machen, um dadurch ein Eingreifen des Reiches herbeizuführen. Der Mainzer Bischof Ketteler erklärte sogar, daß Deutschland im Mittelalter gerade durch die Einmischung in das Leben anderer Völker Macht und Ansehen gewonnen habe. Der Zentrumsabgeordnete Reichensperger sagte:

„Wir wollen wie Sie, die friedliche Entwicklung des Reiches und seines Verhältnisses zu den Nachbarstaaten, aber der Ausspruch der Adresse (der Entgegnung auf die Thronrede), daß wir andere Völker schlechthin sich selbst zu überlassen haben, ist lediglich ein theoretischer und praktisch nicht zu billigen. Bisher galt es für Christenpflicht, löschen zu helfen, wenn das Haus des Nachbarn brennt ... Dem Heereszug über die Alpen will ich nicht das Wort reden, aber ihm auch nicht absolut den Riegel vorschieben ... Wir wollen nicht den Gegensatz, sondern die Einheit von Kaiser und Papst, ich sollte meinen, daß das ein berechtigter Wunsch ist." [9])

Der Zentrumsabgeordnete Ludwig Windthorst ergänzte diese Forderung nach einer Demarche bei der italienischen Regierung — bei der ein militärisches Eingreifen als *reservatio mentalis* bestand — mit den Worten:

„Wollen Sie die Einmischung für die Wiederaufrichtung des päpstlichen Stuhles nicht, dann sagen Sie lieber gleich: Überall wollen wir nach dem Rechten sehen, nur in dieser Sache nicht; das ist des Pudels Kern: Sie wollen erklären, die Lebensinteressen Ihrer katholischen Mitbürger unberücksichtigt zu lassen! Ja, es ist ein Lebensinteresse, ein Recht, auf das die katholischen Deutschen Anspruch haben, daß ihr geistliches Oberhaupt selbständig und unabhängig sei. Zu dieser Selbständigkeit gehört eine festbegründete Souveränität; die alten Gründer Ihres Reiches haben sie dem Papst gegeben, Karl der Große und seine

---

[9]) Dieser und folgende Auszüge aus den stenografischen Berichten des deutschen Reichstages von 1871 bei Hans Blum: „Das Deutche Reich zur Zeit Bismarcks, Politische Geschichte von 1871 bis 1890", Seite 29 ff., Leipzig 1893.

Nachfolger. Der Kirchenstaat ist durch die Verträge von 1815 wesentlich mit durch die Bemühungen Friedrich Wilhelms III. wiederhergestellt worden. Wenn wir jetzt bei seiner Vernichtung nicht mitsprechen wollen, wozu haben wir denn unser Ansehen?"

Der Württemberger, Abg. Römer, erwiderte auf diese zur Aggression auffordernde Rede Windthorsts:

„Die Verträge von 1815 bestehen nicht mehr. Der Heilige Stuhl ist gestürzt durch ein wesentlich katholisches Volk und unter dem Jubel zahlreicher Katholiken. Jene Partei (die Zentrumspartei) will Deutschland wehrlos machen; wir haben ihre Macht viel tiefer und schwerer bei uns (in Württemberg) empfunden als Sie in Norddeutschland. Das Oberhaupt jener Herren (des Zentrums) ist kein Kaiser, sondern ein Priester, kein Deutscher, sondern ein Fremdling; ihre Heimat ist nicht Deutschland, sondern Rom!"

Der Grundsatz der Nichteinmischung wurde mit 243 gegen 63 Stimmen gebilligt. Nur die Sozialdemokraten — *sic!* — stimmten mit dem Zentrum!

So bgann der „Kulturkampf"! Das war die eigentliche Ursache. Es ging um das weltliche Besitztum des Papstes, um den Kirchenstaat; ein Besitztum, das teilweise durch gefälschte Dokumente — die „Konstantinische Schenkung", die „Isidorischen Dekrete", den „Pseudo-Gratian" usw. — zusammengebracht worden war. Es handelte sich aber nicht um eine religiöse Frage. Denn in der Ausübung seiner religiösen Aufgaben war der Papst keineswegs irgendwie behindert. Selbst seine Einkünfte waren ihm von der italienischen Regierung verbürgt. Wir erkennen aber in diesen wenigen Auszügen aus der Reichstagsdebatte, auf was die Forderungen des Zentrums hinausliefen: Das neue deutsche Reich sollte sich — unter Umständen sogar mit militärischen Machtmitteln — für die Wiederherstellung des Kirchenstaates einsetzen. Damals berief man sich dabei auf „Karl den Großen und seine Nachfolger". Heute ist man bestrebt, dieses Karolingische Reich wieder zu erneuern, wie es so oft betont wurde. Die katholische Kirche hätte sich das deutsche Kaiserreich sehr wohl gefallen lassen, wenn dessen Regierung an die Traditionen des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" angeknüpft

haben würde. Da es dies nicht tat, mußte dieses Reich bekämpft — und da es nicht gelang, es dem Papst gefügig zu machen, vernichtet werden. Jedenfalls ist die päpstliche Forderung und Erwartung, daß der Kirchenstaat durch das deutsche Reich wiederhergestellt werden sollte, aus den wenigen hier vorgelegten Dokumenten bereits deutlich erkennbar. Die Nichterfüllung bedingte die wachsende Gegnerschaft des Klerus. Denn — so hat Bismarck zum Beginn dieses Kampfes so wahr geschrieben:

„Die therapeutische Behandlung der katholischen Kirche in einem weltlichen Staate ist aber dadurch erschwert, daß die katholische Geistlichkeit, wenn sie ihren theoretischen Beruf voll erfüllen will, über das kirchliche Gebiet hinaus den Anspruch auf Beteiligung an weltlicher Herrschaft zu erheben hat, unter kirchlichen Formen eine politische Institution ist und auf ihre Mitarbeiter die eigene Überzeugung überträgt, daß ihre Freiheit in ihrer Herrschaft besteht, und daß die Kirche überall, wo sie nicht herrscht, berechtigt ist, über Diocletianische Verfolgung zu klagen." [10])

Das wurde hier ganz besonders deutlich. Nicht die Freiheit der Kirche wurde eingeschränkt und bedroht, sondern ihre Herrschaft! Für das Verhältnis des neuen deutschen Reiches bedeutete dies: Deutsches Reich oder „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation", wie es im Mittelalter bestanden hatte.

Nachdem das neue deutsche Reich jede Einmischung bei der Auseinandersetzung zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung abgelehnt hatte, bestand für den Papst keine Hoffnung mehr, den Kirchenstaat zu behaupten. Am 1. Juli 1871 wurde die Stadt Rom die Hauptstadt des Königreiches Italien. Am 2. Juli traf der König Victor Emmanuel, von Neapel kommend, in Rom ein. Er errichtete seine Residenz im Quirinal, ein Palast, der bisher von der päpstlichen Regierung eingenommen worden war. Am gleichen Tage trafen die Gesandten Deutschlands, Rußlands, Spaniens, Schwedens, der Niederlande und der USA bei der italienischen Regierung ein, während die österreichische, belgische und französische Regierung noch gezögert

---

[10]) Bismarck, a. a. O., Seite 125.

hatten, so daß deren Gesandten erst am 6. bzw. 8. Juli eintrafen. Der klerikale Einfluß machte sich bei diesen Regierungen bemerkbar.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu dem neuen Königreich Italien war auch die Einverleibung des Kirchenstaates *de facto* anerkannt. Papst Pius IX. blieb in Rom. Er hatte wohl begriffen, daß ein Verlassen der Stadt einen ungünstigen Eindruck bei den Gläubigen hervorrufen würde. Er entschloß sich, als der „Gefangene im Vatikan" zu bleiben und zu gelten. Diese Bezeichnung behielten die Päpste bei, bis zur Wiederherstellung ihres Staates durch den faschistischen Diktator Mussolini im Jahre 1929. Mit diesem Begriff wurden die Gläubigen über die tatsächlichen Verhältnisse getäuscht.

Nachdem die Verfluchungen, Exkommunikationen und Proteste des Papstes nichts gefruchtet hatten, erklärte er im Consistorium:

„Ja, ehrwürdige Brüder, wir sind von allen verlassen und können auf keine Macht mehr unsere Hoffnung setzen. Die Souveräne haben Gesandte und Glückwünsche an mich abgeschickt, aber es sind nichts als Worte, von Taten haben wir nichts zu erwarten. Wir haben alles Mögliche getan, nichts haben wir unversucht gelassen bei den Mächten. Als Erwiderung erhielten Wir große Komplimente, nichts weiter. Alles ist vorbei, es gibt keine Hoffnung mehr. Vielleicht werdet ihr sagen, es sei noch auf Frankreich zu hoffen. Aber dieses eben erst aus einer furchtbaren Krise hervorgegangene Reich hat noch schwere Prüfungen durchzumachen. Wenden wir uns daher immer inniger an Gott. Denn wenn nicht ein Wunder geschieht, ist alles verloren." [11])

Verloren war indessen nur das weltliche Besitztum des Papstes. Er konnte seine religiösen Amtshandlungen ungehindert ausüben. In dem „Garantie-Gesetz", das von beiden italienischen Kammern angenommen und am 13. Mai 1871 verkündet worden war, waren dem Papst alle geistlichen Ehren und Rechte verbürgt. Er behielt sogar die Rechte und die Unverletzlichkeit eines Souveräns, er konnte Gesandte empfangen und aussenden,

---

11) F. W. Ghillany: „Europäische Chronik", 5. Band, Seite 233, Leipzig 1878.

er durfte eine Leibgarde unterhalten, die Paläste des Vatikans, des Laterans und von Castel Gandolfo galten als exterritorial. Er erhielt eine Jahresrente von 3 225 000 Frcs. (Gold!), die in das Buch der Staatsschuld des Königreiches Italien eingeschrieben wurde. Indessen hatte der Papst infolge seiner den Gläubigen vorgetäuschten „Gefangenschaft" und „Armut" durch den sog. „Peterspfennig" so gewaltige Einnahmen, daß er die ihm von der italienischen Regierung zugesprochene Jahresrente stolz zurückweisen konnte. Der „Stellvertreter Christi" verstand es ausgezeichnet, mit seiner angeblichen „Armut" bei den Gläubigen Mitleid und Gebefreudigkeit zu erwecken. Bereits im Jahre 1861 — also 10 Jahre vorher — hatte der römische „Volkskalender" versichert und geklagt:

„Der Papst ist heutzutage arm und hat nicht mehr wo er sein Haupt hinlege. Vom Vatikan herab fordert er Almosen von der katholischen Welt für sich und die Seinen. Wer ihm gibt, der gibt es unmittelbar Gott selbst. Ihm geben ist nur ein Leihen, denn Gott wird's mit Zinsen erstatten." [12])

Dazu hat Bismarck später in seiner Rede vom 18. März 1874 im Preußischen Abgeordnetenhaus erklärt:

„Das Vermögen des Papstes ist allerdings weit davon entfernt, diese Ziffer (des genannten Vermögens der Jesuiten) zu erreichen, indessen doch groß genug, den Papst außer Bedürfnis gegenüber der italienischen Regierung zu setzen, und er hat bisher das, was sie ihm bietet, nicht berührt. Der Peterspfennig allein, inklusive der freiwilligen Gaben, die in dieselbe Kategorie gehören, hat im vorigen Jahr 12 Millionen Frcs. (Gold!) eingetragen: davon kann man als Bischof leben und kann auch unter Umständen politische Zwecke unterstützen, man kann auch Anleihen machen — kurz und gut, damit will ich die Ziffer des Päpstlichen Vermögens nicht erschöpfen, ich sage bloß: aus dieser einen Quelle; die Herren (zu den Abgeordneten der katholischen Zentrumspartei gewandt) werden darüber mehr wissen, wieviel jeder dazu beiträgt, und wie die Sache erhoben wird. (Heiterkeit.)"

Wie soll man nun unter allen diesen Umständen jenen Verkauf von „Strohhalmen" vom „Lager des gefangenen Papstes im Va-

---

[12]) Zitat nach Karl v. Hase: „Handbuch der protestantischen Polemik" 6. Aufl. Seite 260, Leipzig 1894.

tikan“ bezeichnen, der — wie der Kirchenhistoriker Nippold berichtet hat — recht hübsche Summen einbrachte?! [13])

Aber der Papst bzw. die Jesuiten waren bestrebt, die Finanzmacht des Vatikans zu stärken, nachdem der Kirchenstaat zunächst sein Ende gefunden hatte. Bismarck hat das später sehr wohl erkannt. Er sagte nämlich in seiner Rede vor dem Deutschen Reichstag am 28. November 1885, der Jesuitenorden sei „eine Vereinigung geschickter Leute für Zwecke weltlicher Herrschaft, und mit großem Erfolg. Ich bin nie in meinem Leben Freimaurer gewesen, aber der Erfolg liegt ja heutzutage in der Assoziation, namentlich in der geheimen Assoziation, wo man niemand ansehen kann, wer dazugehört. Eine Assoziation, die Geld hat, das ist eine Macht.“ Und da diese Macht ihren Einfluß in allen Staaten und über alle Staaten hinweg ausübt, muß man sie eine „überstaatliche Macht“ nennen.

Daß diese Berechnung des Vatikans richtig war, zeigt sich heute. Der Einfluß des Vatikans beruht heute nicht nur auf dem religiösen Glauben, nicht auf der alten Phrase vom „Felsen Petri“, sondern auch auf seiner Finanzmacht, die es ihm ermöglicht, alle wichtigen Wirtschaftsunternehmen zu beeinflussen, und die umfangreiche Propaganda in Presse, Rundfunk, Fernsehen, Bühne, auf Katheder und Kanzel zu betreiben. Außerdem kann er sich durch die finanzierten Siedlungen, Wirtschaftsbeihilfen, kurz durch mancherlei materielle Vorteile Geschäftsleute, Bauern und die Völker überhaupt hörig machen. Es begann also damals die „Gottwerdung des Geldes“ oder die „Geldwerdung Gottes“ — wie man will —, denn heute ist der Vatikan neben den USA und der Sowjetunion die größte Finanzmacht der Erde.

Jacob Burckhardt schrieb von der Wandlung der päpstlichen Politik im 16. Jahrhundert, es war eine Wandlung, „getragen von einem neuen geistlichen Antrieb“, eine Politik, die „ihr Hauptgeschäft aus der Wiedergewinnung des Verlorenen macht“.

---

[13]) Vgl. dazu Friedrich Nippold: „Geschichte des Katholizismus seit der Restauration des Papsttums“, Elberfeld 1883.

Das war zwar auch jetzt der Fall. Damals war aber noch immerhin die Glaubensmacht der Rückhalt jener Politik, in der vatikanischen Politik des ausgehenden 19. Jahrhunderts wurde jedoch die Finanzmacht der ausschlaggebende Faktor. Allerdings war im 16. Jahrhundert auch der Krieg der Staaten ein Mittel zur „Wiedergewinnung des Verlorenen“ — z. B. der 30jährige Krieg auf deutschem Boden. Diese Möglichkeit besteht natürlich auch heute noch, und noch nie ist die Gefahr so groß gewesen wie in der Mitte des 20. Jahrhunderts.

Der Papst hätte sich indessen bei der Aufhebung des Kirchenstaates der Weissagung der heiligen Hildegard (1098—1178) erinnern sollen. Diese fromme, heilig gesprochene Äbtissin hat nämlich i. J. 1170 — also kurz vor ihrem Tode — geschrieben:

„Gleich reißenden Tieren fangen sie (die Päpste) uns mit ihrer Löse- und Bindegewalt; durch sie (die Päpste) welkt die Kirche dahin. Die Reiche der Welt wollen sie (die Päpste) sich unterwerfen, aber die Völker werden sich gegen sie und den allzu reich und üppig gewordenen Klerus erheben und ihn auf das richtige Maß des Besitzes zurückführen. Die Hoheit der Päpste aber, bei denen keine Religion mehr wahrgenommen wird, werden die Menschen verkleinern; nur Rom und ein geringes um Rom herumliegendes Gebiet wird man dem Papst noch lassen, teils infolge von Kriegen, teils nach gemeinschaftlicher Übereinkunft der Staaten.“ [14])

Aber Pius IX. dachte nicht an diese Heilige; er dachte nur an seinen Besitz.

Bedeutungsvoll für die Entwicklung des Kulturkampfes und die Art und Weise, wie er durch den Vatikan geführt wurde, war die Persönlichkeit des Papstes Pius IX.

Graf Mastai-Feretti, Papst Pius IX., war am 16. 6. 1846 zum Papst gewählt worden. Er war, bevor er Priester wurde, Offizier gewesen und ein Liebling der Damenwelt. Man sagt sogar, er habe einst einer Freimaurer-Loge angehört und dem Geheim-

---

[14]) Aus der Sammlung von Prophezeihungen der hl. Hildegard, von E. Baluze: *„Miscellaneorum etc.“*, *Miscell. II, pag. 444-447, ed. Mansi, Lucca 1761.* Übersetzung dieser Stelle bei Janus (Prof. Huber und Döllinger): „Der Papst und das Concil“, Leipzig 1869, Seite 238.

orden der Carbonari nahegestanden. Dieses Gerücht fand Nahrung, da Pius IX. zunächst — bis zum Jahre 1848 — durchaus liberal regierte. Der Jesuit Pachtler hat in seinem Buche „Der stille Krieg" geschrieben:

„Über die letzten Pläne der Hochgrade (der Freimaurerei) in betreff eines künftigen Konklave geben wir eines der wichtigsten Dokumente, das zum größten Ärger der Geheimbünde in klerikale Hände kam und selbst um hohe Summen nicht zurückerobert werden konnte. Es datiert aus dem Jahre 1818 (also nach Wiederherstellung des i. J. 1773 aufgehobenen Jesuitenordens), also aus der Zeit einer scheinbaren Restauration nach dem Sturme der Revolution, und trägt den Titel: ‚Fortlaufende Instruktion', oder auch: ‚Gesetzbuch und Handweiser der Oberen in der Freimaurerei'."

In diesem Dokument — das im Jahre 1875 in der Zeitung „*Civilta cattolica*" veröffentlicht wurde — wird die Möglichkeit erwogen, durch entsprechende Einflußnahme beim Konklave, einen Kardinal, der im geheimen Freimaurer ist, zum Papst wählen zu lassen. Diese und andere Gerüchte mögen zu der Annahme geführt haben, daß Pius IX. einst Freimaurer gewesen sein könnte. Zumal ihn die Jesuiten selbst zunächst scharf abgelehnt hatten. Ihr Ordensgeneral hatte diesen Papst als „eine Geißel der Kirche" bezeichnet und gewünscht, daß „die Totenglocke des Vatikans diesem Papst bald läuten möchte". In der Schweiz verbreiteten die Jesuiten sogar, dieser Papst sei nicht der wahre „Stellvertreter Christi", sondern das „Werkzeug des Radikalismus", hinter dessen Wirksamkeit man die Freimaurerei vermutete. Ja, er sei fähig, die Interessen der Kirche und der Religion diesem Radikalismus aufzuopfern. [15])

Jedenfalls beweisen jene Veröffentlichungen der Jesuiten den hintergründigen Kampf zwischen der Freimaurerei und dem Jesuitismus, der in der Politik seinen Ausdruck fand. Da Pius IX. aber dann — nach seiner Flucht aus Rom im Jahre 1848 — völlig

---

15) Konstantin Schlottmann: „Der deutsche Gewissenskampf", Halle 1882, Seite 3; J. Friedrich: „Geschichte des vatikanischen Concils", Bonn 1877, Seite 405; Luquet: „Die kirchlichen Zustände in der Schweiz", Seite 40.

in die Gewalt der Jesuiten geriet, hatten auch die Freimaurer alle Veranlassung, derartige Pläne abzuleugnen.[16])

In den im Jahre 1870 erschienenen „Römischen Briefen vom Konzil" hat der ungenannte Verfasser „Quirinus" den Papst Pius IX. folgendermaßen gekennzeichnet:

„Pius ist *totus teres atque rotundus*, fest und unerschütterlich, dabei glatt und hart wie Marmor, geistig unendlich genügsam, gedankenarm und unwissend, ohne Verständnis für die geistigen Zustände und Bedürfnisse der Menschheit, ohne jede Ahnung des Wesens fremder Nationalitäten, aber gläubig wie eine Nonne und vor allem tief durchdrungen von Verehrung für die eigene Person als das Gefäß des heiligen Geistes, dabei Absolutist von der Zehe bis zum Scheitel und erfüllt von dem Gedanken: ich und außer mir niemand. Er weiß und glaubt, daß die heilige Jungfrau, mit der er auf vertrautem Fuße steht, ihn entschädigen will für die Verluste an Land und Leuten durch die Unfehlbarkeit und durch die Restauration der päpstlichen Herrschaft über die Staaten und Völker, wie über die Kirchen. Auch glaubt er fest an die wundertätigen Ausströmungen aus dem Grabe Petri." (Seite 625/26.)[17])

Es ist nach dieser zeitgenössischen Schilderung eines Augenzeugen also durchaus verständlich, daß dieser Mann von sich selbst sagte: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben."[18])

---

[16]) Man suchte jedenfalls die Logenzugehörigkeit des Papstes festzustellen, die Johannes Scherr für erwiesen hielt. Das „Logenblatt", Hamburg, vom 3. Februar 1869, Nr. 12, Seite 96, schrieb dazu: „Von Philadelphia aus wird die vielfach verbreitete Meinung, daß der Papst Pius IX. in die dortige Freimaurerloge aufgenommen sei, durch die von ‚Monde mac.' mitgeteilten Schreiben des Schriftführers der Großen Landesloge von Pennsylvanien als irrtümlich bezeichnet. Es heißt darin, daß eine genaue Prüfung der Mitgliederverzeichnisse das Vorhandensein des Namen Johann Maria Mastai-Ferrety in derselben nicht ergeben habe. Der ähnlichste Name, welcher sich vorfindet, ist Martin Ferrety, welcher im Jahre 1819 in der eingegangenen Loge Nr. 157 in der Havanna auf Kuba rezipiert wurde." Das schließt natürlich nicht aus, daß Graf Mastai-Ferrety in einer anderen Loge aufgenommen sein könnte. Aber schließlich hatten beide Seiten — Freimaurer wie Jesuiten — alle Veranlassung, diesen Fall, der die Wirksamkeit der Geheimorden so deutlich gezeigt hätte, zu vertuschen.

[17]) Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm", 2. Band, Seite 390, Berlin 1892. Übrigens eine niedliche Wendung des Quirinus, wenn man weiß, daß Pius IX. einst mit so vielen „unheiligen" Jungfrauen „auf vertrautem Fuße" gestanden hat!

[18]) „*Observateur catholique*", Jahrgang 1866, Seite 357.

Sehr richtig hat der Kirchenhistoriker Nippold von Pius IX. gesagt, „der hohe Grad seiner theologischen Unwissenheit, mit einem noch höheren Grade von Eitelkeit gepaart, war nur wenigen Eingeweihten bekannt". Und „Pius IX. hat zu keiner Zeit jemand anders lieb gehabt als — sein liebes Ich".

Scherr hatte also gar nicht so unrecht, wenn er überspitzt spottete:

„Irgendeinem beliebigen wissenlosen italischen Priester stülpt man eines Tages die Tiara auf den Kopf und der Herr *urbis et orbis*, der Inbegriff aller Vollkommenheit, der Unfehlbare, der Gott ist fertig."

Das war der Mann, der jetzt Bismarck entgegentrat und dem deutschen Reich den Kampf ansagte.

Nun war Papst Pius IX. allerdings nur der äußere, sichtbare Führer des beginnenden Kulturkampfes. Er war gewissermaßen nur der nominelle Oberbefehlshaber. Die tatsächlichen Planer und Leiter waren die Jesuiten. Schiller hatte schon festgestellt, daß es „die Mönche und Geistlichen, vorzüglich die Jesuiten (seien), welche in jedem Lande eine Art stehender Armee des Papstes abgeben". Sie sind — wie König Ludwig I. von Bayern meinte — „die Prätorianer des Papstes", so daß man von dem jetzt entbrennenden Kampf mit den Worten des Livius sagen kann: *res ad triarios rediit*" (nun mußten die Triarier heran), die erprobtesten Soldaten der römischen Schlachtordnung. Die Gründe des jesuitischen Kampfes gegen das neue deutsche Reich hat der katholische Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst — der spätere dritte Reichskanzler — in einem Brief an seinen Schwager, den Fürsten Friedrich Karl zu Hohenlohe-Waldenburg, erklärt. Er schrieb nämlich:

„Der Jesuitenorden kann gar nicht anders, als ein Reich bekämpfen, dessen Grundlage die Parität der Konfessionen ist. Folgerecht ist ihm die protestantische Hohenzollerndynastie an der Spitze von Deutschland verhaßt. Ich glaube, ein Jesuit würde es für eine Beleidigung ansehen, wenn man von ihm annähme, daß er ein Förderer des neuen deutschen Reichs sein könnte." [19])

---

[19]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst", herausgegeben von Friedrich Curtius, Stuttgart 1906/1907, 2. Band, Seite 90/92.

Seitdem der jesuitische Plan, Preußen bzw. Brandenburg durch die Erhebung des Kurfürsten Friedrich III. zum König zu rekatholisieren, durch dessen Nachfolger Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen durchkreuzt worden war, hat der Orden nicht aufgehört, auf alle erdenkliche Weise gegen die Hohenzollern und Preußen zu arbeiten.[20]) Daran konnte auch die betont katholikenfreundliche Kirchenpolitik des Königs Friedrich Wilhelm IV. (1840—1861) nichts ändern. Die hohenzollernschen Könige blieben verdächtig, ja verhaßt.

Der Jesuit Cathrein hat geschrieben:

„Der protestantische romfeindliche Geist wird durch die Niederwerfung der beiden katholischen Großmächte (Frankreich und Österreich sind gemeint) und die Errichtung des protestantischen Kaisertums ganz gewaltig gestärkt." [21])

Aber der Kampf war bereits lange vorher geführt worden. Der katholische Theologe und Kunsthistoriker Franz Xaver Kraus (1840—1901) erklärte in der italienischen Zeitschrift *„Riforma cattolica"* („Was Deutschland von Leo XIII. erwartet"):

„Ich erinnere mich aus meiner Jugend, längst früher, als irgend jemand an einen Kampf zwischen Rom und Preußen dachte, von einem hervorragenden Jesuiten die Worte gehört zu haben: ‚Wir Jesuiten in Preußen haben vor allem die Aufgabe, die Grundlagen dieser protestantischen Monarchie zu unterminieren.' "

Diese Äußerung des Jesuiten, an die sich Kraus erinnerte, deckt sich vollkommen mit den bereits oben gebrachten Erklärungen des politisch sehr tätigen und mit den Jesuiten zusammenarbeitenden Frhr. v. Buß, der vor katholischen Politikern im Jahre 1851 u. a. sagte:

---

[20]) Vgl. die Schriften: Franz Steffen: „Jesuiten, die Vermittler der preußischen Königskrone im Jahre 1701", Breslau 1913, und Nikolaus Thoemes: „Anteil der Jesuiten an der preußischen Königskrone von 1701", 1., 2. und 3. Teil, Nordhausen 1901.

[21]) Victor Cathrein S. J. (Nik. Siegfried): „Aktenstücke betr. den preußischen Kulturkampf", Freiburg i. B. 1882, Seite XXIII.

„Der Papst wird von Berlin aus den deutschen Protestantismus in den Schoß der Kirche zurückführen. Staunen Sie nicht, meine Herren, ich weiß, was ich sage. ... Mit einem Netze von katholischen Vereinen werden wir den altprotestantischen Herd in Preußen von Osten und Westen umklammern und durch eine Unzahl von Klöstern diese Klammer befestigen und damit den Protestantismus erdrücken und die katholischen Provinzen, die zur Schmach aller Katholiken der Mark Brandenburg zugeteilt sind, befreien und die Hohenzollern unschädlich machen." [22])

Nach den Kriegen von 1866 und 1870/71 — zumal nach der Einverleibung des Kirchenstaates in das Königreich Italien und der Weigerung Deutschlands, zugunsten des Papstes einzugreifen — war der Haß der Jesuiten gegen Preußen und die Hohenzollern noch gewachsen. Der Jesuit Pachtler schrieb dazu:

„Im Jahre 1866 wurde das vertrauensvolle Österreich blutig enttäuscht ... Nach solchen Vorbereitungen konnte Preußen getrost den Krieg gegen Frankreich wagen ... Frankreich glaubte sich gerüstet (als es Preußen den Krieg erklärte!), wie Österreich 1866, war es jedoch nicht. Die Geheimorden jubelten, daß die letzte katholische Macht zu Boden liege und der Triumph der antitheistischen Humanität nahe sei." [23])

Die äußeren Veranlassungen und die Mitwirkung der „Geheimorden", von denen der Jesuit hier spricht, und mit denen die Freimaurerlogen gemeint sind, können hier nicht dargestellt werden. Allerdings standen alle freidenkenden Menschen in Europa damals gegen die Jesuiten. In Deutschland betätigten sich auch die Freimaurer in dieser Richtung.

In seinem apostolischen Schreiben vom 21. November 1873 an die Bischöfe erklärte Papst Pius IX.:

---

[22]) Derartige Äußerungen konnte man in den folgenden Jahren oft hören. Daher hat auch Franz Xaver Kraus in seiner Jugend etwas davon erfahren.

[23]) G. M. Pachtler S. J.: „Der europäische Militarismus" von Ammarius Osseg, Augsburg 1880, Seite 43f.
J. J. Scheffmacher S. J.: „Controvers-Katechismus für Katholiken und Protestanten". (Neue Ausgabe) ohne Jahrgang, Seite 228.
Fr. X. Broors S. J.: „Klipp und Klar", Apol. Taschenlexikon für Jedermann, 2. Aufl. Kevelaer 1921, Seite 154.

„Jeder, der den Geist dieser Sekten kennt, mögen sie Freimaurer heißen oder sonst einen Namen führen, wird nicht mehr zweifeln, daß die gegenwärtigen Drangsale der Kirche durch die Bosheit dieser Sekten herbeigeführt worden sind. Aus ihnen geht die Synagoge des Satans hervor. Von Anfang haben unsere wachsamen Vorgänger die Könige und Völker davor gewarnt, und die Sekte wiederholt verdammt."

Und der Jesuit Fr. X. Broors schrieb:

„Was ist von der Freimaurerei zu halten? ... Der Orden ist eine geheime Gesellschaft mit geheimen Obern, geheimen Statuten, Eiden, Befehlen und Zielen.

Soviel ist sicher über die Ziele: Die Freimaurer wollen erst volle Trennung von Staat und Kirche, ... und als letztes Ziel die freimaurerische antichristliche Weltrepublik mit ihrem „reinen Menschentum".

Einen weiteren, indirekten Beweis für die jesuitischen Absichten gegen Preußen und die Hohenzollern lieferte der Reichstagsabgeordnete Senatspräsident Dr. Petri, ein namhafter Jurist jener Zeit. In seinem Brief vom 17. März 1895 an die Redaktion des „Deutschen Merkur" heißt es:

„Kurz vor der Klosterdebatte im preußischen Abgeordnetenhause erhielt ich von dem Oberamtsrichter F. Beck einen Brief, datiert Heidelberg, 4. Mai 1875, der im Original zu Diensten steht, welcher folgende Stelle enthält: ‚Der Jesuit Roh hat 1851 in den Exerzitien zu St. Peter (in Freiburg i.B.) geäußert: ‚Unser Endziel ist, die Hohenzollern zu stürzen. Behaltet das im Auge. Und wenn ihr's verratet, wird es abgeleugnet werden. Die Klöster und kirchlichen Vereine werden diese Aufgabe der Kirche zu lösen wissen.' Dies teilte mir Pfarrer Napper (muß Nopper heißen) als Ohrenzeuge auf Ehrenwort mit." [24])

Auch diese Äußerung des Jesuiten Roh deckt sich völlig — zeitlich und inhaltlich — mit den Äußerungen des Frhr. v. Buß und den Erinnerungen des Franz Xaver Kraus, die übrigens auch der Historiker F. Aug. Gfrörer bestätigt hat. Die historische Ent-

---

[24]) „Deutscher Merkur" vom 30. März 1895, Seite 101; Graf Paul v. Hoensbroech: „Der Jesuitenorden, eine Enzyklopädie", Bern 1926, 1. Band, Seite 12.

wicklung hat gezeigt, daß nach jenen „Aufgaben der Kirche" verfahren wurde.

Sehr richtig hat der französische Kultusminister André Mairaux einst gesagt: „Noch einen Kommentar zu meiner Erklärung? — Aber meine Herren, es gibt Worte, die nur mit Hilfe der darauffolgenden Ereignisse erklärt werden können." Allerdings! Das gilt auch von jenen Worten der Jesuiten und unseren Erklärungen.

Übrigens ist der Jesuit Roh ein Prachtexemplar des Jesuitenordens gewesen — *nomen atque omen* — Name und zugleich Vorbedeutung! Roh war Missionsprediger und Konzilstheologe des Bischofs Martin von Paderborn. Er schrieb u. a.:

„Toleranz! Schönes Wort für oberflächliche Leute und doch das höchste, worauf man es in vierthalb Jahrhunderten hat bringen können. — Schauen wir uns das Wunderding etwas näher an.

Das Wort heißt auf deutsch einfachhin Duldung. Das Wort dulden brauchen wir nur, wenn von etwas die Rede ist, das eigentlich nicht sein dürfte, das wir gern beseitigt haben möchten. So duldet jedes Tier gewisse leidige Einmieter, die die Miete nie anders bezahlen als durch Stechen und Beißen (in der Anmerkung steht: *„scilicet"* (die Ketzer).

Als ich später unter zivilisierte Menschen kam, hörte und las ich viel von Toleranz. So oft aber dieses Wort auf Menschen angewendet wird, erweckt es in mir einen unsäglichen Widerwillen, es packt mich wie eisigkalt am Herzen. Es muß geheimen Haß, tückischen verhaltenen Groll in sich bergen. Die Erfahrung zeigt es auch. — Fort mit der Toleranz!" [25])

Nun, dieser Jesuit war wenigstens ehrlich, als er forderte: „Fort mit der Toleranz!" Heute reden die Jesuiten — und nicht nur die Jesuiten, sondern auch manche „Demokraten" — von Toleranz und meinen Intoleranz.

Johannes Scherr hat diesen Kampf als zeitgenössischer politischer Beobachter kommen sehen. Er erkannte zuerst — weil er die Zusammenhänge erkannt hatte —, daß i. J. 1870 bei Sedan nicht nur der Bonapartismus, sondern auch der Jesuitismus ge-

[25]) Peter Roh S. J.: „Die Grundirrtümer unserer Zeit", 4. Aufl., Seite 61, Freiburg i. B. 1869.

schlagen worden war. Aber — so stellte er fest — nur der erstere hat kapituliert, der letztere nicht! Denn — so sagte er weiter:

„Die Kirche ist von einer Zähigkeit sondergleichen. Kaum war ja das Netz, welches sie mit Duldung und Beihilfe der deutschen Regierungen seit 1849 geknüpft hatte, um dasselbe im traulichsten Zusammenwirken mit der Franzoserei dem Deutschtum über den Kopf zu werfen, durch das deutsche Siegesschwert von 1870 zerhauen, so begann sie schon wieder die durchschnittenen Fäden zu Maschen zu drehen und geschah dies mit einer solchen Frechheit, daß es die Staatsgewalten schlechterdings sehen mußten." [26])

Und sie sahen es auch! Bismarck nahm den Fehdehandschuh auf, den ihm der Jesuitismus ins Gesicht schleuderte. Endlich — so schrieb Scherr weiter — „verschloß man auch in Berlin Augen und Ohren nicht länger der Tatsache, daß die Geschichte unseres Volkes vom Anfang bis zur heutigen Stunde nur die Geschichte eines Kampfes auf Leben oder Sterben zwischen Deutschland und Rom gewesen ist. Der deutsche Geist, als der der Freiheit, und der römische, als der der Unterjochung, sie haben nicht Platz nebeneinander in der Welt: einer muß durch den andern niedergekämpft, gebrochen, vernichtet werden. Heil meinem Lande, Segen über mein Volk, wenn es diesen guten, diesen besten Kampf mit deutscher Gründlichkeit zu siegreichem Ende führt! Es wird dann für die Menschheit unendlich viel mehr getan haben, als Frankreich mittels seiner großen und seinen verschiedenen kleinen Revolutionen jemals gewollt hat." [27])

[26]) „Sommertagebuch 1872", Zürich 1873, Seite 128.
[27]) Ebenda, Seite 219/20.

## *Der Kampf beginnt*

Die Verkündigung des Dogmas von der „Unfehlbarkeit des Papstes" am 18. Juli 1870 auf dem römischen Konzil hatte in protestantischen Ländern Belustigung und in allen katholischen Staaten Bestürzung ausgelöst. Der katholische Historiker Alfred von Reumont (1808—1887) nannte das Konzil und jenes Dogma „ein Unglück für die gesamte katholische Welt, für den Klerus, für den Episkopat, für das Papsttum selbst."

Es heißt in der Schrift *„Pro Romano Pontifice"* (Bonn 1871, Seite 21):

„Es hat die Einigkeit gefährdet, statt sie zu befestigen, es hat die Autorität geschwächt, statt sie zu stärken, es hat die Gewissen bedrängt, statt sie zu beruhigen, es hat die Erwartung wünschenswerter Reformen getäuscht, statt sie zu erfüllen."

Das hatte auch der Kaiser Wilhelm I. gemeint, als er am 27. Juni 1871 an die Kaiserin Augusta schrieb, „durch die zwei Dogmen der Unbeflecktheit (Mariens) und der Infallibilität (Unfehlbarkeit des Papstes) hat sich der Katholizismus einen tödlichen Stoß gegeben". Damals nahmen auch Katholiken diese Zumutungen nicht widerspruchslos hin. Es ist schmachvoll, daß diese Dogmen heute ohne Bedenken hingenommen werden. Darin offenbart sich der geistige Rückschritt des 20. Jahrhunderts. Damals hatte es denn auch nicht an katholischen Warnungen gefehlt. Aber die Jesuiten, welche dieses Dogma verlangt und durchgesetzt hatten, bedurften es, um sich Klerus und Episkopat mittels des von ihnen gelenkten Papstes für den beabsichtigten Kampf gegen den Staat — zunächst gegen das neue deutsche Reich — völlig zu unterwerfen. Wie weit das ging, zeigte die Erklärung eines Pfarrers, der sich als Abgeordneter in der badischen Kammer zu der Behauptung verstieg, „der Papst kann nicht irren, selbst wenn er wollte!" Bismarck hat diesen Erfolg jenes Dogmas

in seiner Rede im Preußischen Herrenhaus am 14. April 1875 sehr hübsch ausgedrückt, indem er sagte:

„Es ist kein Zweifel, die Bischöfe sind nur noch die Präfekten des Papstes; er kann sich lokal an die Stelle eines jeden setzen, er kann einen jeden ersetzen, respektive absetzen. Wir haben gefunden, daß die Bischöfe ihre als christliche Wahrheit erkannte Überzeugung auf Befehl des Papstes bereitwillig geopfert haben; sie haben gar nicht einmal mehr das Recht, etwas anderes zu denken als der Papst. Ein Soldat hat doch das Recht, wenn ihm ‚halb rechts' befohlen wird, bei sich zu denken: das ist ein törichter Befehl, aber er gehorcht. Der Bischof darf das nicht einmal denken." (Heiterkeit.)

Der Jesuit Clemens Schrader hat dies bestätigt. Er erklärte bereits vor der Verkündung jenes Dogmas, zur Erläuterung des Syllabus von 1864:

„Nach diesen klaren und unzweideutigen Worten des Papstes ist es keinem Katholiken mehr erlaubt, die Unfehlbarkeit des Papstes in allen Angelegenheiten des Glaubens und der Sitte zu bezweifeln ... Wenn jemand sagt, daß die göttliche Unfehlbarkeit der Kirche auf dasjenige beschränkt sei, was in der göttlichen Offenbarung enthalten ist, nicht aber auch auf andere Wahrheiten sich erstrecke, welche notwendig erfordert werden, um das Depositum der Offenbarung unverletzt zu bewahren: der sei verflucht." [1])

Wenn der Jesuit damals noch von der Kirche sprach, so meinte er selbstverständlich die bereits beschlossene, aber noch nicht verkündete „Unfehlbarkeit des Papstes". Jener Syllabus war nur der Vorläufer zu jenem Dogma. Das war für jeden aufmerksamen Beobachter klar und deutlich. Bismarck sah die aus diesen Bestrebungen entstehende Lage voraus. Er schrieb am 11. August 1869 besorgt an den Fürsten Hohenlohe:

„Es gibt in Rom eine Partei, welche mit bewußter Entschlossenheit den kirchlichen und politischen Frieden Europas zu stören bestrebt

---

[1]) Clemens Schrader S. J.: „Der Papst und die modernen Ideen", Wien 1865, 1. Band, Seite 36; Joh. Friedrich: „Geschichte des vatikanischen Concils", 1. Band, Seite 415, Bonn 1877—1887; Wilh. Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm", 2. Band, Seite 369, Berlin 1892; E. A. Friedberg: „Sammlung der Aktenstücke zum vatikanischen Concil", Seite 459, Tübingen 1872; Karl v. Hase: „Handbuch der protestantischen Polemik", 6. Aufl., Seite 229, Leipzig 1894.

ist, in der fanatischen Überzeugung, daß die allgemeinen Leiden, welche aus Zerwürfnissen hervorgehen, das Ansehen der Kirche steigern werden, anknüpfend an die Erfahrungen von 1848 und auf die psychologische Wahrheit fußend, daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eifriger sucht als die irdisch befriedigte. Der Papst soll indeß angesichts des Widerstandes, der sich in Deutschland ankündigt, bedenklicher und dem Einfluß jener Partei weniger zugänglich sein.

Wir haben ohne Zweifel in der parlamentarischen Gesetzgebung, in Norddeutschland wenigstens, eine durchschlagende Waffe gegen jeden ungerechten Übergriff der geistlichen Gewalt. Aber besser ist es gewiß, wenn wir nicht gezwungen werden, von derselben Gebrauch zu machen. Und ich halte es daher für eine Wohltat, die den geistlichen und weltlichen Obrigkeiten erwiesen wird, wenn der Konflikt zwischen beiden sich durch die von uns besprochenen Warnungen und Vorsorgen verhüten läßt."

Man sieht: Bismarck wollte diesen Konflikt vermeiden. Er hoffte, daß sich der Papst dem unheilvollen Einfluß „jener Partei" — das waren die Jesuiten im Vatikan — entziehen könnte. Er irrte sich, wie sich heute noch manche Staatsmänner, trotz der geschichtlichen Erfahrungen, immer noch irren! Aber Bismarck hatte die Beweggründe der Kirche und ihre Berechnung, aus „allgemeinen Leiden" und politischen „Zerwürfnissen" — dazu gehören auch Kriege — Nutzen zu ziehen, sehr wohl erkannt. Ein Jahr später brach der Deutsch-Französische Krieg aus, den die Jesuiten geschürt hatten. Der Kardinal-Erzbischof von München-Freising, v. Faulhaber, hat Bismarcks Meinung bestätigt, indem er in seiner Fastenpredigt vom 16. Febrauar 1930 sagte:

„Wenn die Welt aus tausend Wunden blutet, und die Sprachen der Völker verwirrt sind wie in Babylon, dann schlägt die Stunde der katholischen Kirche!"

Das ist jene „fanatische Überzeugung", von der Bismarck sprach. Daß diese Überzeugung heute noch bei den Jesuiten herrscht, beweisen die Erklärungen des Jesuiten Gundlach über einen Atomkrieg. Die Lage ist heute sehr ähnlich, die Jesuiten beherrschen den Papst und die Kirche wie ehedem.

Man hatte im Vatikan wohl kaum erwartet, daß der Kampf gegen das neue Dogma zuerst in dem überwiegend katholischen Bayern ausbrechen würde. Bereits am 9. August 1870 hatte König Ludwig II. von Bayern von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht und die Verkündigung des ungeheuerlichen Dogmas von der Unfehlbarkeit durch sein Placet verhindert. Während sich die Bischöfe in Fulda versammelten, tagten die Gegner des Dogmas unter dem Vorsitz des katholischen Theologen Ignaz v. Döllinger (1799–1890) zu Nürnberg. Döllinger übergab dem Erzbischof von München-Freising, v. Scherr – nicht zu verwechseln mit dem Kulturhistoriker Johannes Scherr! – am 28. März 1871 eine längere Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Theorie der päpstlichen Unfehlbarkeit ist nur durch eine lange Kette berechneter Erdichtungen und Fälschungen in die Kirche eingeführt, und dann durch Gewalt, durch Unterdrückung der alten Lehre und durch die mannigfaltigen, dem Herrscher zu Gebote stehenden Mittel und Künste ausgebreitet und behauptet worden. ... Es ist die ganze Gewaltfülle über die gesamte Kirche wie über jeden Einzelnen, schon wie sie die Päpste seit Gregor VII. in Anspruch genommen, wie sie in zahlreichen Bullen seit der Bulle *Unam Sanctam* ausgesprochen ist, welche fortan von jedem Katholiken geglaubt und im Leben anerkannt werden soll. Diese Gewalt ist schrankenlos, unberechenbar, sie kann überall eingreifen, wo, wie Innocenz III. sagt, Sünde ist, kann jeden strafen, duldet keine Appellation und ist souveräne Willkür, denn der Papst trägt nach dem Ausdrucke Bonifacius VIII. alle Rechte im Schrein seiner Brust. Da er nun unfehlbar geworden ist, so kann er im Momente mit dem einen Wörtchen ‚*orbi*' (d. h., daß er sich an die ganze Kirche wende), jede Satzung, jede Lehre, jede Forderung zum untrüglichen und unwidersprechlichen Glaubenssatze machen. Ihm gegenüber besteht kein Recht, keine persönliche oder corporative Freiheit, oder wie die Kanonisten sagen: das Tribunal Gottes und des Papstes ist ein und dasselbe. Dieses System trägt seinen romanischen Ursprung an der Stirne, und wird nie in germanischen Ländern durchzudringen vermögen. Als Christ, als Theologe, als Geschichtskundiger, als Bürger kann ich diese Lehre nicht annehmen. Nicht als Christ, denn sie ist unverträglich mit dem Geiste des Evangeliums. ... Nicht als Theologe: denn die gesamte echte Tradition der Kirche steht ihr unversöhnlich entgegen. Nicht als Geschichtskenner kann ich sie annehmen, denn als solcher weiß ich, daß das beharrliche Streben, diese

Theorie der Weltherrschaft zu verwirklichen, Europa Ströme von Blut gekostet, ganze Länder verwirrt und heruntergebracht, den schönen organischen Verfassungsbau der älteren Kirche zerrüttet und die ärgsten Mißbräuche in der Kirche erzeugt, genährt und festgehalten hat. Als Bürger endlich muß ich sie von mir weisen, weil sie mit ihren Ansprüchen auf Unterwerfung der Staaten und Monarchen und der ganzen politischen Ordnung unter die päpstliche Gewalt und durch die eximierte Stellung, welche sie für den Klerus fordert, den Grund legt zu endloser verderblicher Zwietracht zwischen Staat und Kirche, zwischen Geistlichen und Laien. Denn das kann ich mir nicht verbergen, daß diese Lehre, an deren Folgen das alte deutsche Reich zu Grunde gegangen ist, falls sie bei dem katholischen Teil der deutschen Nation herrschend würde, sofort den Keim eines unheilbaren Siechtums in das eben erbaute neue Reich verpflanzen würde."

Als Nachsatz schrieb v. Döllinger:

„Soeben lese ich in dem offiziellen Organe der römischen Kurie und der Jesuiten, in der ‚*Civilta*' vom 18. März 1871, p. 664: ‚Der Papst ist oberster Richter der bürgerlichen Gesetze. In ihm laufen die beiden Gewalten, die geistliche und weltliche, wie in einer Spitze zusammen, denn er ist der Stellvertreter Christi, welcher nicht nur ewiger Priester, sondern auch König der Könige und Herr der Herrschenden ist.' — und gleich nachher: ‚Der Papst ist kraft seiner hohen Würde auf dem Gipfel beider Gewalten'." [2])

Der Erzbischof wies das Anerbieten v. Döllingers, seine Auffassung vor einer Versammlung von Bischöfen und Theologen zu rechtfertigen, zurück. Er antwortete im Sinne der bekannten Begründung des Augustinus *„Roma locuta est, causa finita est"* — Rom hat gesprochen, die Sache ist erledigt. Alle, welche das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes nicht anerkennen wollten und „als göttlich offenbarte Wahrheit leugnen", wurden mit dem Kirchenbann belegt. Die zahlreichen Anhänger v. Döllingers — darunter 40 Universitätsprofessoren — begrün-

---

[2]) Diesen Standpunkt haben die späteren Päpste bis in die neueste Zeit immer wieder vertreten und betont. Zumal Papst Pius XI. in der Enzyklika *„Quas primas"* vom 11. Dezember 1925. Der vollständige Text der Erklärung v. Döllingers bei J. Rieks: „Der Altkatholizismus in Baden", Heidelberg 1883, Seite 1—6; Auszüge bei Oncken, a. a. O Seite 430; Wolfgang Menzel: „Geschichte der neuesten Jesuitenumtriebe in Deutschland", Stuttgart 1873, Seite 172/173; Friedberg, a. a. O., Seite 688—699.

deten jetzt am 23. September 1871 die selbständige Gemeinde der „Alt-Katholiken". Sie wurden von den katholischen Priestern als „das Proletariat der moralischen Welt", als „abgefaulte Äste am Baume der Kirche" und — das ist bezeichnend — als „Schleppenträger der Freimaurer" beschimpft. Die Alt-Katholiken wurden zunehmend bedrängt.[8])

König Ludwig II. von Bayern hatte durch sein Placet das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes abgelehnt. Der klerikale Ministerpräsident und Außenminister Graf Bray trat jetzt zurück. Er hatte bereits im Vorjahre die Teilnahme Bayerns am Deutsch-Französischen Krieg zu verhindern und dann die parlamentarische Zustimmung zum Anschluß Bayerns an das neue deutsche Reich zu hintertreiben gesucht. König Ludwig berief den Grafen von Heynenberg-Dux an seine Stelle. Dieser wies nach, daß der Syllabus von 1864 — und infolgedessen auch die Auswirkungen des neuen Dogmas — mit der bayerischen Verfassung im Widerspruch ständen. Es handelte sich um die Verfassungsbeilage § 42, 52 und Tit. IV. § 8 und die §§ 24, 41 und 31 des Syllabus. Somit war eine Durchführung verfassungswidrig. Da aber die Hetze der katholischen Geistlichkeit gegen die Gegner des Dogmas Formen annahm, die in einem geordneten Staatswesen nicht geduldet werden konnten, erließ der bayerische Kultusminister v. Lutz am 27. August 1871 eine warnende Erklärung an den Erzbischof von München-Freising, deren Schluß lautete:

„Die Bedrohung der Grundsätze des bayerischen Staatsrechtes, welche in dem Dogma von der persönlichen Infallibilität des Kirchenoberhauptes liegt, und überdies die in der Außerachtlassung des

---

[8]) Das war verständlich. Denn die Päpste führten seit 150 Jahren einen erbitterten Kampf gegen die Freimaurerei. Zumal Pius IX. hatte sich in mehreren Allokutionen und Breven gegen die Freimaurer gewandt. „Die katholische Presse Deutschlands" (Freiburg 1861) hatte bereits darauf hingewiesen, daß sie „weit hinter der kirchenfeindlichen an Mittel und Ausdehnung zurückstehe". Und diese „kirchenfeindliche Presse" würde vertreten — so hieß es wörtlich — durch „Literaturjuden, die mit Ideen schachern, Freimaurern als *ecclesia diaboli* (Kirche des Teufels), Gothaner und Christusfeindliche Professoren". (Zitiert nach Karl v. Hase, a. a. O., Seite 654).

*Placetum regium* liegende Verletzung der Staatsverfassung nötigt die Staatsregierung zu Maßregeln, die sie selbst sehr gern vermieden haben würde. Sie wird jede Mitwirkung zur Verbreitung der neuen Lehre (jenes Dogmas) und zum Vollzuge von Anordnungen verweigern, welche von den kirchlichen Behörden in Rücksicht auf die neue Lehre und zu deren Durchführung getroffen werden; sie wird an dem Grundsatze festhalten, daß den Maßregeln, welche die kirchlichen Behörden gegen die das Dogma nicht anerkennenden Mitglieder der katholischen Kirche ergreifen, jede Wirkung auf die politischen und bürgerlichen Verhältnisse der davon Betroffenen versagt bleiben muß, und wird erforderlichen Falls solche Vorkehrungen treffen, welche die Unabhängigkeit des bürgerlichen Gebietes vom kirchlichen Zwange verbürgen."

Eine Erklärung der „monarchischen" bayerischen Regierung, die heute im „demokratischen Freistaat" Bayern in solchem Falle kaum erwartet werden dürfte! Man sieht hier deutlich, daß Namen Schall und Rauch sind. Die Monarchie des 19. Jahrhunderts war fortschrittlicher als die Demokratie des zwanzigsten. Wir werden dem noch öfter begegnen. Die Reaktion ist augenscheinlich. Phrasenreiche Deklamationen können darüber nicht hinwegtäuschen.

Damals schrieb die klerikale „Donauzeitung" sehr richtig: „Der Würfel ist gefallen! Der Sturm ist da! Ordnen und schließen wir unsere Reihen, wo sich noch eine Lücke finden sollte. Unsere Führer sind von Gott eingesetzte Oberhirten unter dem obersten Feldmarschall in Rom, dem Papste." Aber man könnte auch hier – jenes Wort Schillers abändernd – sagen: „Dein Register hat ein Loch, du hast den Jesuitengeneral weggelassen." Denn dieser war der Generalstabschef bei dem jetzt beginnenden Aufmarsch des schwarzen Kriegsheeres gegen das neue deutsche Reich.

Es war verständlich, daß die Protestanten die Auswirkungen des Unfehlbarkeitsdogmas und die erhöhte Tätigkeit des Jesuitenordens mit Aufmerksamkeit und Sorge verfolgten. Der Jesuitenorden war zur Bekämpfung der Protestanten und zur Ausrottung der Ketzerei gegründet worden und vertrat diese Ziele mit erbitterter Folgerichtigkeit.

Auf dem 5. deutschen Protestantentag am 4. Oktober 1871 in Darmstadt wurde zu der Unfehlbarkeitsfrage Stellung genommen. Der Heidelberger Professor Joh. Kaspar Bluntschli – ein hochgradiger Freimaurer – führte in seiner Rede aus: Dieses neue Dogma sei ein Werk der Jesuiten; es sei kein Zufall, daß dasselbe an dem nämlichen Tage beschlossen worden sei, an dem Frankreich an Deutschland den Krieg erklärte; ein Sieg Frankreichs würde auch ein Sieg Roms über Deutschland gewesen sein. Das Konzil sei nur ein Instrument der Jesuiten gewesen. Der Protestantenverein, obgleich auf ganz anderem Boden stehend als die Partei der Alt-Katholiken, stimme gleichwohl in vielen Punkten mit ihnen überein, nämlich in dem Kampf gegen die römische Tyrannei, in der Achtung der Staatsgewalt, Anerkennung der Wissenschaft, Bekämpfung des Jesuitenordens, als des gemeinsamen Feindes aller Kultur und alles echten religiösen Lebens. Das neue Dogma verkündige das Prinzip der römischen Weltherrschaft in unzweideutiger Weise. Wenn dasselbe zum Siege käme, so würde es mit allem unserem Wissen und Geistesleben aus sein; der Dalai-Lama wäre da. Der Jesuitenorden dürfe in Deutschland nicht länger geduldet werden.

Hinsichtlich des Jesuitenordens wurde folgende Resolution gefaßt:

„In Anbetracht 1) daß der Jesuitenorden durchweg aus Mitgliedern besteht, die ihrem Vaterland und ihrer Familie entfremdet sind und dem Befehl ihrer Oberen unbedingt gehorchen; 2) daß der Orden kein Verein von freien Individuen, sondern ein streng disziplinierter geistlicher Heerkörper ist; 3) daß er seit seinem Bestehen nach einheitlichem Plan dahin arbeitet, die mittelalterliche Hierarchie über die Geister zu erneuern und die Oberherrschaft des Papstes über die Fürsten und Völker wieder aufzurichten; 4) daß der Orden der gesamten weltlichen Geisteskultur, dem modernen Recht und der bürgerlichen und politischen Freiheit den Krieg erklärt hat; 5) daß er den Frieden der Familie stört, die Gleichberechtigung der Konfessionen bedroht und bei jeder Gelegenheit die Rechte des deutschen Protestantismus anfeindet; 6) daß er die Erziehung der Jugend durch geistliche Dressur, durch Ertötung der Wahrheitsliebe, durch Vernichtung gewissenhafter Selbständigkeit, durch sklavische Unterwerfung unter

die Hierarchie verdirbt und dadurch die Entwicklung der Charakter- und Geistesbildung der Nation und der Individuen schwer schädigt; 7) daß der Orden den Aberglauben fördert und die Schwäche der Menschen zur Vermehrung seiner Reichtümer und zur Befriedigung seiner Herrschaft freventlich ausbeutet; 8) daß die Vereinsfreiheit und die Freiheit religiöser Gesellschaften nur in soweit zu Recht bestehen, als Vereine und Genossenschaften die Staats- und Rechtsordnung achten und sich derselben unterordnen — in Anbetracht dieser Punkte spricht der deutsche Protestantentag seine Überzeugung aus: die Sicherheit der Rechtsordnung und die Autorität der Gesetze und der Staatsgewalt, die Wohlfahrt der bürgerlichen Gesellschaft, die Wahrung des konfessionellen Friedens, der Schutz der Geistesfreiheit und Geisteskultur erfordern das staatliche Verbot des Jesuitenordens in Deutschland, und betrachtet es als eine ernste Pflicht der deutschen Protestanten und der ganzen deutschen Nation, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß jede Wirksamkeit in Schule und Kirche den Angehörigen und Affiliierten des Jesuitenordens verschlossen werde." [4])

Die Protestanten hatten allerdings alle Ursache, wachsam zu sein. Wenn sie in diesem Falle durch die Freimaurerei unterstützt wurden, so lag das daran, daß sich in ihren Reihen — zumal in der Geistlichkeit — viele Freimaurer befanden. Außerdem erwiesen die bisherigen Verlautbarungen der Jesuiten eindeutig, daß sie die Rekatholisierung der protestantischen Länder erstrebten. Ein Ziel, das heute nicht etwa aufgegeben ist, sondern — nach der Zerschlagung Preußens — infolge der Schwäche des Protestantismus und des „Verrates seiner Führer" — wie der Kirchenhistoriker Friedrich Nippold voraussagte — in absehbarer Zeit erreicht sein dürfte. Damals hatte Papst Pius IX. — etwas unvorsichtig, aber von seinem Standpunkt aus ehrlich — die protestantischen Schulen „moralische Vergiftungsanstalten", die protestantischen Missionare „Männer des Trugs" und „Vorkämpfer des Satans" genannt; er hatte die protestantischen Kirchen als „Bordelle" bezeichnet und die evangelischen Bibelgesellschaften verflucht.[5])

---

[4]) F.W. Ghillany: „Europäische Chronik", 5. Band, Leipzig 1878, Seite 255/56.
[5]) Kirchliche Korrespondenz für die deutsche Tagespresse, 1887, Nr. 4, Seite 72.

Die Jesuitenzeitung „*Civilta cattolica*“ hatte amtlich erklärt:

„Jeder Getaufte ist dem Papste mehr untertan als irgend einem weltlichen Herrn. ... Über diejenigen, welche durch die Taufe Mitglieder dieser geistlichen Gesellschaft geworden sind (also auch die Protestanten), hat die Kirche (die katholische) aktuelle Gewalt.“ (3. April 1869, Seite 291 und 293). „Der erste und wesentliche Grund der Verwerflichkeit der Gewissensfreiheit ist nicht der Friede und die Einheit der Nation, sondern die Verpflichtung, die einzig wahre Religion (die römisch-katholische) zu bekennen. ... Der Friede und die Einheit der Nation kann als sekundärer Grund angeführt werden, unter der Voraussetzung, daß die Nation die wahre Religion besitzt. Denn unter der entgegengesetzten Voraussetzung gilt vielmehr das Wort Christi: ‚Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert‘; denn die nationale Uneinigkeit ist ein unvergleichlich geringeres Übel, als das Verharren in einem religiösen Irrtum. ... Die (katholische) Kirche ist nicht nur auf Grund ihrer eigenen Meinung, sondern auf Grund des göttlichen Zeugnisses überzeugt, daß sie die Wahrheit hat, und daß die anderen Religionen irrig sind. Was die Irrgläubigen betrifft, so genießen sie, wenn sie guten Glaubens sind, dasselbe Recht, wie die Geisteskranken, denen man das, was sie in diesem Zustande tun, nicht anrechnet.“ (7. November 1868, Seite 264.)

Diese hier zur Kennzeichnung der Lage wiedergegebenen Ausführungen der Jesuitenzeitung ließen sich beliebig vermehren. Den zum Beginn zitierten Satz, daß jeder Getaufte dem Papste unterworfen sei, hat Papst Pius IX. in seinem Brief an Kaiser Wilhelm I. später — wie wir noch sehen werden — bestätigt. Die Jesuiten-Zeitschrift „Stimmen aus Maria Laach“ forderte dementsprechend staatliche Maßnahmen gegen die Protestanten.

Es hieß in Heft 7, Seite 23, 1871:

„Die Kirche darf zur Ausführung ihrer Gesetze und Urteilssprüche und zur Wahrung ihrer Rechte die physische Gewalt des Staates beanspruchen, und derselbe muß, wenn er anders nach der göttlichen Wahrheit und im Rechte gegründeten katholischen Prinzipien handeln will, sich verpflichtet erachten, der Aufforderung der Kirche (Gewaltmaßnahmen gegen Andersgläubige zu ergreifen) nachzukommen ... Ganz unbegründet ist es, die Anwendung auf bürgerliche oder politische Dinge beschränken zu wollen.“

Und in Heft 12, Seite 52, wurde erklärt:

„Es ist zu unterscheiden zwischen denjenigen, welche sich immer außer dem Schoße der Kirche befinden, als da sind Ungläubige und die Juden, und jenen, die sich der Kirche durch den Empfang des Tauf-Sakramentes unterworfen haben. Die ersten dürfen zum Bekenntnis des katholischen Glaubens nicht gezwungen werden; dagegen sind die anderen dazu anzuhalten."

Mit staatlichem Zwang! Sehr richtig schrieb der Heidelberger Stadtpfarrer J. Rieks dazu:

„Damit ist alles gesagt: die Protestanten sind durch die Zwangsmittel staatlicher Gewalt zum Bekenntnis des römisch-katholischen Glaubens anzuhalten; der Staat, welcher das nicht tut, versündigt sich gegen Gottes Gesetz.[6])

Das war der Kern aller jener Forderungen.

Heute wird dieser Zwang durch wirtschaftliche Maßnahmen ausgeübt, die dem Vatikan nicht schwerfallen, da er als eine der größten Finanzmächte der Erde entscheidenden Einfluß auf sehr viele Wirtschaftsunternehmen ausübt, einen Einfluß, der völlig unbekannt bleibt. Behördliche Benachteiligung, Rufmord und Diffamierung einzelner kommen hinzu. Johannes Scherr schrieb damals als politischer Beobachter in der Schweiz, dieser jetzt ausbrechende Kampf mit dem päpstlichen Rom, „in welchem Deutschland — natürlich ohne Habedank — die Sache aller zivilisierten Völker führt, ist ein Streit mit einem Riesen, welcher keineswegs gleich den Riesen der alten Sagen ‚so dumm wie lang' ist." Denn — so meinte er —:

„Die Vorschritte, welche der Jesuitismus — denn dieser beherrscht ja nicht nur, sondern ist jetzunder die katholische Kirche — in den letzten fünfzig Jahren gemacht hat, sind erschreckend, — erschreckend wenigstens für jeden, welcher in einem Religionskriege etwas erschreckendes sieht. Daß die Jesuiten auf einen solchen Krieg hinarbeiten, untersteht für einen Betrachter dessen, was sie in Deutschland, in Österreich, in Frankreich, in Holland, in Belgien, in England, in Amerika vor sich gebracht haben, kaum einem Zweifel. Ihre Erfolge

---

[6]) Rieks, a. a. O., Seite 53.

wären erstaunend, ja geradezu erstarrend, so man nicht wüßte, daß allzeit auf Erfolg rechnen darf, wer auf die Dummheit und Nichtswürdigkeit der Menschen spekuliert.“ [7])

Aber es handelte sich dabei nicht nur um die „Dummheit“ oder „Nichtswürdigkeit“ — wenn auch diese „edlen“ Eigenschaften dabei hervorragend beteiligt waren und immer noch sind —, es handelte sich um die von Kindheit an wirkenden Suggestionen der Menschen, die Sonderstellung der Priester und die mangelnde Einsicht der Politiker und Staatsmänner in die Zusammenhänge zwischen Religion und Politik. Solange man noch von einem „Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken“ redet, solange hat man das Wesen der Priesterreligionen — aller Priesterreligionen — nicht begriffen.

Die Unruhen und Unzuträglichkeiten wegen der Bildung der „Alt-Katholischen Gemeinden“ nahmen zu. Die Schulreform rief Demonstrationen hervor. Katholische Pfarrer und Professoren, welche das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht anerkennen wollten, wurden abgesetzt, exkommuniziert, bedroht und beschimpft. Auch an den Universitäten entbrannte der Streit. Der dem Papst blindlings ergebene bayerische Adel — an dessen Spitze der klerikale Graf Arco — beschloß, den Hof König Ludwigs II. zu meiden, um dadurch die Ablehnung der Männer zum Ausdruck zu bringen, „welche durch ihre Staats- und Hofstellung in der Umgebung des Monarchen an der Spitze der gegen die Kirche und den Stellvertreter Christi gerichteten Bewegung stehen“.

Am 13. Oktober 1871 erklärte der bayerische Kultusminister v. Lutz in der bayerischen Kammer auf eine Anfrage, im Namen des gesamten Ministeriums:

„1) Die Staatsregierung ist gewillt, allen katholischen Staatsangehörigen geistlichen und weltlichen Standes, welche die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes nicht anerkennen, den vollen, in den Gesetzen des Landes begründeten Schutz gegen Mißbrauch geistlicher

---

[7]) Johannes Scherr: „Blätter im Winde“, Leipzig 1875, Seite 96/7.

Gewalt zu gewähren, und sie, soweit ihre Zuständigkeit reicht, in ihren wohlerworbenen Rechten und Stellungen zu schützen.

2) Sie ist entschlossen, das religiöse Erziehungsrecht der Eltern gegenüber dem Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes anzuerkennen. Wenn von Anhängern der alten katholischen Lehre (Alt-Katholiken) Gemeinden gebildet werden, so gedenkt die Staatsregierung, wie sie den Einzelnen fortwährend als Katholiken betrachten zu wollen erklärt hat, auch die Gemeinden (der Alt-Katholiken) als katholisch anzuerkennen und folglich denselben, sowie ihren Geistlichen, alle Rechte einzuräumen, welche sie gehabt haben würden, wenn die Gemeindebildung vor dem 18. Juli 1870 (der Erfindung jenes Dogmas) vor sich gegangen wäre.

3) Fest entschlossen, jeden Eingriff in die Rechte des Staates mit verfassungsmäßigen Mitteln abzuwehren, erklärt sie sich zugleich bereit, die Hand zu Gesetzen zu bieten, durch welche die volle Unabhängigkeit sowohl des Staates als der Kirche begründet wird, da nach ihrer Ansicht allein auf diesem Wege die Herstellung des religiösen Friedens und dessen Erhaltung für die Zukunft gesichert werden kann." [8])

Nach dieser Erklärung nahm die Hetze nicht nur gegen die Gegner des Dogmas zu, sondern sie dehnte sich auch auf die Regierung und die Minister aus. Der Bischof von Regensburg erklärte öffentlich, jeder Eid, der von einem Katholiken geleistet würde – auch der Eid der Beamten – werde mit dem Vorbehalt geleistet, daß die Rechte der Kirche nicht angetastet würden. Das entsprach den jesuitischen Lehren von der *reservatio mentalis* – dem geheimen, innerlichen Vorbehalt bei der Eidesleistung. Der Führer der katholischen Zentrumspartei, Graf Praschma, hatte also ganz recht, wenn er im Jahre 1913 erklärte: „Die Moral der Jesuiten ist die Moral der katholischen Kirche überhaupt." Es kommt nur darauf an, wie diese Moral zu bewerten ist.

Der Bischof von Bamberg bedrohte alle Katholiken, welche die Erklärungen des Ministers v. Lutz lesen würden, mit Exkommunikation. Ein anderer Bischof hatte auf einer Firmungs-

---

[8]) F. W. Ghillany: „Europäische Chronik", 5. Band, Seite 258/59, Leipzig 1878.

reise in Schwandorf erklärt, die Katholiken müßten zu Rom halten. Den jetzigen Zustand könne man nur durch Krieg oder Revolution beseitigen. Wenn die Könige nicht mehr von „Gottes Gnaden“ sein wollten, so sei er der erste, der die Throne umstürzen würde. Der Bischof von Passau ließ sechs schwarze Fahnen auf seinem Palast hissen, weil der Staat dem Papst nicht gehorchen wollte. Er erklärte in Gegenwart des Kultusministers v. Lutz, die Kirche werde ihre Herrschaft über den Staat zu behaupten wissen. Könne man sich nicht mehr auf die konstitutionelle Mornarchie verlassen, so werde man sich der Hilfe der Demokratie — das war damals die Sozialdemokratie — und der Massen bedienen.[9])

Hier tauchte also zuerst der Gedanke eines Zusammengehens der soeben gegründeten klerikal-katholischen Zentrumspartei mit der sozialdemokratischen Partei auf, der dann verwirklicht wurde. Zu diesem dann entstehenden Bündnis schrieb der Historiker Heinrich v. Sybel:

„Wo die klerikale Partei von Freiheit und Sicherheit der Kirche redet, hat sie stets einen Zustand der Macht im Sinne, bei dem sie einerseits keiner Art von Beschränkung in der kirchlichen Strafgewalt, in der Erziehung des heranwachsenden Geschlechts und in der Ansammlung von Besitz und Reichtum unterliegt, und andererseits allen abweichenden Meinungen auch die leiseste Möglichkeit einer störenden Einwirkung abschneidet, d. h. also, sie mit allen Mitteln verfolgt und ausrottet ... Oft genug sind die Fälle vorgekommen, wo Radikale und Klerikale gemeinsam einer Staatsregierung zu Leibe gegangen sind: aber noch niemals hat die Welt es erlebt, daß der Gewinn des Sieges nach einem solchen Kampfe in die liberale Hand gefallen wäre.“ [10])

Im Jahre 1918 bereitete die klerikale Zentrumspartei mit der sozialdemokratischen Partei die Revolution vor. Der Zentrums-

---

[9]) Konstantin Bulle: „Geschichte der Jahre 1871—1877“, Leipzig 1878. 1. Band, Seite 215; Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm“, Berlin 1892, 2. Band, Seite 440/41; Konstantin Schlottmann: „Der deutsche Gewissenskampf“, Halle 1882, Seite 88/92.

[10]) Heinrich v. Sybel: „Klerikale Politik im 19. Jahrhundert“, Bonn 1874, Seite 110 und 119.

Abgeordnete Nacken rühmte sich stolz, daß es seine Partei gewesen sei, die „die Revolution gemacht habe". Das entsprach dem Einvernehmen der beiden Parteien, wie es in der Zeit des sogenannten Kulturkampfes entstanden war. Also auch in diesem Falle „gingen Radikale und Klerikale einer Staatsregierung zu Leibe". Aber dann gewannen die klerikalen Zentrumskanzler in der Weimarer Republik bald das Übergewicht in der politischen Leitung. Denn die katholische Kirche — so hat Carl Schmitt mit erzbischöflicher Zustimmung als Katholik bestätigt — „verbindet sich mit den entgegengesetzten Strömungen und Gruppen ... Mit jedem Wechsel der politischen Situationen werden anscheinend alle Prinzipien gewechselt, außer dem einen, der Macht des Katholizismus." [11]) Daher hat denn auch die Sozialdemokratie bei dem gemeinsamen Kampf niemals die Macht erringen können. Sie hat sich immer wieder — wie heute auch — der Kirche in irgendeiner Weise fügen müssen.

Die Geistlichen betrieben ihre Hetze gegen die Regierung und alle ihnen mißliebigen Personen hauptsächlich in ihren Predigten von der Kanzel herab. Diesem Treiben konnte die bayerische Regierung nicht länger tatenlos zusehen. Am 16. November 1871 beantragte der bayerische Vertreter beim Bundesrat, dem Länderorgan, einen Zusatz zum deutschen Strafgesetzbuch, damit eine Handhabe geboten würde, Geistliche, welche ihre Amtsbefugnisse überschritten, die Kanzel und Kirche zur politischen Agitation oder zur Störung des öffentlichen Friedens benutzten, strafrechtlich zu verfolgen. Der vorgeschlagene Zusatz lautete:

„Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes, öffentlich vor einer Menschenmenge oder in der Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Ort vor Mehreren, Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängnis oder Festungsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft."

---

[11]) Carl Schmitt: „Römischer Katholizismus und politische Form", München 1925, Seite 6/7.

Der Bundesrat befürwortete dieses Gesetz. Es wurde am 23. November 1871 dem Deutschen Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt. Der Abgeordnete Völk erklärte dazu:

„Am 2. November 1871 schreibt mir ein Bürgermeister, — er ist nur ein Bauer, meine Herren, aber er ist ein braver und ehrlicher Mann — ich kenne ihn und kann dafür einstehen: ‚Neulich trug der Kaplan in der Predigt vor, daß der Kaiser oder die Könige bloß über den Leib des Menschen zu gebieten haben, die Kirche aber habe das Recht über Leib und Seele und könne auch, im Falle die weltlichen Oberhäupter die Schranken in religiösen Sachen übertreten, die Völker von ihrem Eide entbinden und gegen die Obrigkeit auflehnen. (Hört, hört! Links.) . . . Sie dürfen es herzhaft an geeigneter Stelle vortragen, ein Landmann habe es Ihnen angezeigt, wie schändlich unsere Gotteshäuser auf dem Land mißbraucht werden, da auf der Kanzel politisiert wird!‘ (Hört, hört! Links)."

Der anwesende Kultusminister v. Lutz begründete die Gesetzesvorlage. Er sagte: es handele sich bei dem Gesetz nicht bloß um Bayern, das ganze Reich sei davon betroffen. Bayern verlange dieses Gesetz, da es Frieden im eigenen Hause wünsche. Es müsse diese Rechtshilfe vom Reich begehren, weil es zugunsten der Gesetzgebung des Reiches auf ein eigenes Strafrecht verzichtet habe. Der Kirchenkampf in Bayern sei nur ein Teil des allgemeinen Kampfes der Kirche gegen den Staat. Es handele sich ganz einfach um die Frage, wer Herr im Staat sein solle, die Regierung oder die römische Kirche. [12])

Der Minister erläuterte seine Forderungen und Ausführungen weiter:

„Kein Staatswesen hat Bestand, in welchem zwei Regierungen nebeneinander bestehen, noch weit weniger dann, wenn die beiden Regie-

---

[12]) Diese Auffassung von der Ursache des sogenannten Kulturkampfes begegnet uns bei allen Staatsmännern und Politikern jener Zeit, mit Ausnahme der klerikalen Politiker und der — Sozialdemokraten.
Luther sagte bereits: „Darum soll die weltliche christliche Gewalt ihr Amt üben, frei unverhindert, unangesehen ob es Papst, Bischof, Priester sei, den sie trifft, wer schuldig ist, der leide. Was geistlich Recht dawider gesagt hat, ist lauter römische Vermessenheit." (Martin Luther: „An den christlichen Adel deutscher Nation", Wittenberg 1520, Neudruck Halle 1897, Seite 10; Rechtschreibung nach heutigem Gebrauch.)

rungen sich untereinander bekriegen, wenn die eine Dinge empfiehlt und durchzuführen versucht, welche die andere Regierung als verwerflich bezeichnet. In einem solchen Staatswesen muß notwendig alle Autorität zu Grunde gehen, die Achtung vor dem Gesetze muß verschwinden, das Ansehen der Verwaltung aufhören, alle Grundlagen der öffentlichen Meinung werden erschüttert. Besser keine Regierung in einem Lande, als deren zwei! Ein solcher Zustand findet sich sehr leicht in denjenigen Staaten, deren Bevölkerung der Mehrheit nach, wenn auch nur vorübergehend, den Einflüssen der römischen Kirche preisgegeben ist. In solchen Staaten bestehen in Wahrheit zwei Regierungen nebeneinander, und wenn die weltliche Regierung der kirchlichen sich nicht einfach unterwirft, stehen sie gegeneinander. So ist es nicht bloß dann, wenn eine Regierung kirchenfeindlich, wenn sie religionsfeindlich zu Werke geht, o nein, auch dann, wenn sie trotz der größten Achtung vor der wahren Religion, trotz offenkundiger Religionsfreundlichkeit nur danach strebt, den Rechten verschiedener Bekenntnisse Geltung zu verschaffen."

Das Gesetz wurde am 28. November 1871 in dritter Lesung mit 179 gegen 108 Stimmen vom Reichstag angenommen. Es lautet in der endgültigen Fassung:

„Hinter § 130 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich wird folgender neue § eingestellt: Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehreren Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft."

(Reichsgesetzblatt vom 14. Dezember 1871)

Damit war dem bayerischen Antrag entsprochen. Gegen das Gesetz hatten die Zentrums-Abgeordneten und Sozialdemokraten gestimmt. Dementsprechend wurde dieses Gesetz vom heutigen Deutschen Bundestag vor einigen Jahren mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD wieder aufgehoben. *Sapienti sat!*

Auf die Frage eines Abgeordneten, ob dieses Gesetz eine wirksame Waffe werden könne, antwortete der bayerische Kultusminister v. Lutz: es werde wenigstens zum Rückhalt der friedlich

gesonnenen Geistlichen werden, die das Treiben der von den Jesuiten erzogenen Kleriker durchaus mißbilligen würden. Allerdings konnte das Gesetz nur als Beruhigungsmittel wirken. Bei der fehlenden Aufklärung des Volkes wurde eine tiefer- und weiterreichende Wirkung unmöglich. Die Auseinandersetzungen blieben im Rahmen akademischer Gespräche und hatten keine praktische Bedeutung. Auf die höhnische Frage des Zentrums-Führers Windthorst: seit wann flüchtet sich der stolze bayerische Löwe unter die Flügel des preußischen Adlers? — erwiderte v. Lutz gelassen: „Bayern hat mit dem Reich einen Vertrag geschlossen, nach dem es Gesetze, wie das vorliegende, nicht mehr allein zu erlassen versuchen wolle. Bayern hält sein Wort!" — „Windthorst konnte man ohne Übertreibung als Reichsfeind bezeichnen", schrieb der bekannte Diplomat Friedrich v. Holstein. [13])

An dieser Äußerung Windthorsts erkennt man bereits, wie sich der Klerikalismus mit bayerischen Ressentiments und dem Föderalismus tarnte. Diese Preußenhetze begann bereits, als Friedrich der Große die Großmacht Preußen begründete. Sie steigerte sich, als Bismarck die Einheit des deutschen Reiches erstrebte. Der unglückselige Bruderkrieg von 1866 — den Bismarck nur zu gern vermieden hätte — hatte neuen Stoff geliefert. Konstantin Schlottmann hat i. J. 1879 im 2. Kapitel seines lateinisch verfaßten Werkes *„Erasmus redivivus"* geschrieben:

„In der Tat hat es die Kurie, obwohl sie allen modernen Staaten abhold ist, auf nichts mehr abgesehen, als auf die Besiegung und den Untergang des Deutschen Reiches. Die Äußerungen ihres Hasses gegen dasselbe sind so offenkundig, daß man nicht begreift, wie Redner der Zentrumspartei im Reichstage die Stirn besitzen konnten, dies zu leugnen. Nur zu gut sahen die Römischen, daß Preußen etwas von seinem Geiste auf das gesamte neue Deutschland übertragen habe. Und eben jenes Preußen, den Hort des Protestantismus auf dem euro-

---

13) Ghillany, a. a. O., Seite 269/270; Oncken, a. a. O., Seite 437/442; Hans Blum: „Das Deutsche Reich z. Z. Bismarcks", Leipzig 1893, Seite 60/65; Arthur Böthlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom", Berlin 1911, Seite 195/196; „Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins", 1. Band, Seite 58, Göttingen 1956.

päischen Kontinent, haßte die Kurie von Anfang. Darum hatte sie sich auch beharrlich geweigert, im achtzehnten Jahrhundert die Königswürde der Hohenzollern, ebenso wie vorher die verschiedenen Friedensschlüsse der Konfessionen in Deutschland anzuerkennen. Sie wußte wohl warum. War es doch eine nicht üble Bemerkung, die eben damals ein französischer Zeitgenosse Friedrichs II. niederschrieb, der Preußens Aufschwung unter dem großen Könige mit ansah: ‚Man kann sagen, den Grund zu diesem Reiche habe Luther gelegt.' "[14])

Das ist — man kann sich dessen nicht oft genug erinnern — die wirkliche Ursache des heute noch bestehenden und immer wieder geschürten Preußenhasses. Es ist auch der tatsächliche Beweggrund für die Zerschlagung Preußens i. J. 1945 gewesen, wenn sich die Helfershelfer dabei dessen auch vielleicht nicht immer bewußt waren. Denn — so sagte Schlottmann bereits in dem genannten Werk — „die heutigen Jesuiten und Jesuitengenossen drehen mit altgewohnter Dreistigkeit der Geschichte eine Nase, wo ihnen die Wahrheit unbequem ist." (A. a. O. Vorwort, Seite XLVI.)

Vor der Reichsgründung war der Vatikan mit der Haltung der preußischen Regierung außerordentlich zufrieden gewesen. Ja, der Kardinalstaatssekretär Antonelli hatte die preußischen Kirchengesetze als mustergültig erklärt. Er hatte sie der britischen Regierung zur Nachahmung empfohlen. Der Bischof Ketteler hatte gesagt, „niemals hat sich ein Fürst größere Verdienste um die katholische Kirche erworben als der protestantische König Friedrich Wilhelm IV., der Bruder und Vorgänger Wilhelms I., des jetzigen deutschen Kaisers."[15])

---

[14]) „Der deutsche Gewissenskampf gegen den Vatikanismus, von Konstantin Schlottmann." Aus dessen *Erasmus redivivus* Kapitel 2 ins Deutsche übersetzt von A. I. I. Jacobi, Halle a. d. S. 1882, Seite 75/76.
Der genannte französische Zeitgenosse, Millot, schrieb von diesem Aufschwung Preußens: „*On peut dire, que Luther en a jeté les fondements.*" (Man kann sagen, daß Luther die Grundlagen dazu gelegt hat.) Millot: „*Histoire moderne*" III. *Histoire générale*, p. 176, Paris 1773. Der deutsche Historiker Dahlmann hat sich ähnlich geäußert. Friedrich der Große hat dies sehr wohl erkannt. Er hat sich selbst einmal während des 7 jährigen Krieges als den Verteidiger des Protestantismus bezeichnet. Jetzt versteht man auch wohl die Erklärung des Papstes Benedikt XV. (1914-1922), der ebenso treffend wie aufschlußreich nach dem Kriege 1914-1918 sagte: „Es ist Luther, der den Krieg verloren hat!"

[15]) Heinrich v. Sybel, a. a. O., Seite 83 und 93.

Unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. hatte die römische Kirche eine Stellung in Preußen inne, die ihr zu jener Zeit in katholischen Ländern, wie Bayern und Österreich, nicht eingeräumt worden war. Aus dieser Lage heraus war denn auch die sogenannte „katholische Abteilung" im Preußischen Kultusministerium entstanden. Dieses Gremium nahm aber nicht nur religiöse Interessen wahr, es entwickelte sich zunehmend zu einer politischen Instanz, die ihre Richtlinien vom Vatikan erhielt und deren Befolgung durch den Glauben der leitenden Persönlichkeiten gewährleistet wurde. Nach der Weigerung des neuen deutschen Reiches, wegen der Aufhebung des Kirchenstaates diplomatisch — gegebenenfalls militärisch — zugunsten des Papstes gegen die italienische Regierung einzugreifen, ergab sich eine wachsende Verstimmung des Vatikans gegen Preußen. Jetzt begann sich die „katholische Abteilung", gestützt auf ihr ministerielles Ansehen, in unverantwortlicher Weise politisch gegen Preußen und das Reich zu betätigen. Besonders gefährlich wurden die dort gesponnenen politischen Intrigen dadurch, daß man die deutsche Kaiserin Augusta in dieses Netz zu verstricken begann. Die Kirche suchte an ihr — die dem Katholizismus sehr zugetan war — eine Stütze zu finden, wie einst in Frankreich an der Kaiserin Eugenie.

Als Bismarck diese Gefahr für Preußen und das Reich erkannte, löste er die „katholische Abteilung" auf. Er schreibt darüber:

„Die katholische Abteilung des Kultusministeriums, ursprünglich gedacht als eine Einrichtung, vermöge deren katholische Preußen die Rechte ihres Staates in den Beziehungen zu Rom vertreten sollten, war durch den Wechsel der Mitglieder nach und nach zu einer Behörde geworden, die inmitten der preußischen Bürokratie die römischen und polnischen Interessen gegen Preußen vertrat. Ich habe mehr als einmal dem Könige auseinandergesetzt, daß diese Abteilung schlimmer sei als ein Nuntius in Berlin. Sie handle nach Anweisungen, die sie aus Rom empfinge, vielleicht nicht immer vom Papste [16]) und sei neuer-

[16]) Jene Anweisungen kamen zweifellos — wenn sie nicht vom Papst selbst kamen — vom Jesuitengeneral. Diese Einflüsse hatte Napoleon I. bereits erkannt und dazu gesagt: „Die Jesuiten sind die gefährlichste aller Gesellschaften; sie haben mehr

dings hauptsächlich polnischen Einflüssen zugänglich geworden... Wenn es mir auch nicht gelang, die übrigens mehr äußerliche und formelle Abneigung des Kaisers gegen einen Nuntius in Berlin zu überwinden, so überzeugte er sich doch von der Gefährlichkeit der katholischen Abteilung und gab seine Genehmigung zu ihrer Abschaffung trotz des Widerstandes seiner Gemahlin." [17])

Nach der Verkündigung des Dogmas von der Unfehlbarkeit des Papstes traten in Preußen ganz ähnliche Zustände ein wie in Bayern und anderen deutschen Ländern. Auch in Preußen verweigerten katholische Geistliche und Lehrer die Anerkennung dieses anspruchsvollen Dogmas. Die Bischöfe gingen mit Exkommunikationen und anderen Mitteln dagegen vor, sie forderten die Regierung auf, unbotmäßige Pfarrer und Lehrer abzusetzen.

In dem ministeriellen Bericht vom Juni 1871 zu dem Vorschlag, die katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium aufzulösen, heißt es:

„Das im vorigen Jahre publizierte Dogma der Infallibilität ruft in der katholischen Bevölkerung Spaltungen hervor, unter Laien und auch unter Geistlichen, deren Verlauf sich noch nicht übersehen läßt, deren Folgen sich aber bereits in mehrfachen praktischen Fällen der Beziehung zwischen den katholischen Bischöfen und der Staatsregierung geltend machen, namentlich bei Behandlung von antiinfallibeln Lehrern an den unter Staatsaufsicht stehenden katholischen Gymnasien, bei Entziehung des aus Staatsfonds fließenden Gehaltes gegen einen das neue Dogma bekämpfenden Domherrn u. dgl. Die Gegner des neuen Dogmas, unter denen sich zahlreiche ernste, patriotisch gesinnte und in der theologischen Wissenschaft ausgezeichnete Männer finden, nennen sich Altkatholiken, bestreiten die kanonische Gültigkeit des letzten Konzils und machen den deutschen Bischöfen, welche sich trotz ihres anfänglichen Widerspruches jetzt dem Konzilsbeschluß fügen, den Vorwurf staatsgefährlicher Neuerung; sie meinen Anspruch auf Schutz des Staates in ihren Stellen und Rechten zu haben, wenn sie denjenigen Lehren der katholischen Kirche treu bleiben, auf welche sie bei

---

Unheil angerichtet als alle die anderen . . . Nein, nein, niemals hätte ich in meinem Lande eine Gesellschaft geduldet, deren Oberhaupt in Rom wohnt!" (O'Meara.)

[17]) Otto v. Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen", Stuttgart 1898, 2. Band Seite 128/129.

der Anstellung verpflichtet wurden. Dagegen wird einem katholischen Religionslehrer, welcher das neue Dogma nicht anerkennt, von dem Bischof die *missio canonica* entzogen und an die Staatsregierung das Verlangen gestellt, einem solchen Lehrer den Religionsunterricht, ja wo möglich auch seine Funktion in anderen Unterrichtsfächern eines katholischen Gymnasiums zu entziehen." [18])

Diese Forderung der Bischöfe entsprach der von Dr. Philipps auf der katholischen Generalversammlung des Jahres 1863 zu Frankfurt vertretenen Auffassung, „es gibt allerdings keine katholische Mathematik, aber der Mann, der sie lehrt, muß katholisch sein, damit er nicht in anderen Fragen schief urteile".

Bismarck hatte sich bisher gegenüber der katholischen Kirche sehr zurückhaltend und nachgiebig verhalten. Aber er hatte im Mai 1869 den preußischen Gesandten in Rom beschieden: „Für Preußen gibt es verfassungsgemäß nur einen Standpunkt, den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen, und der entschiedenen Abwehr jeden Übergriffs der Kirche auf das staatliche Gebiet." Jetzt müßte aber etwas geschehen. Denn das — so heißt es bereits in diesem Bericht an den Kaiser — zeigte sich in den folgenden Jahren immer deutlicher:

„Die ultramontane Partei (die katholische Zentrumspartei) hat in der jetzt beendigten Session des ersten deutschen Reichstages zu einer Zeit des höchsten patriotischen Aufschwunges der Nation deutlich gezeigt, daß die Herrschaft des unfehlbaren Papstes und des blind gehorchenden Klerus ihr entschiedenes Ziel ist, daß sie die Regierung bekämpft, wenn sie sich nicht jener Herrschaft beugt, daß sie das Deutsche Reich unter einem evangelischen Kaiser als eine Institution ansieht, zu deren Bekämpfung das Bündnis mit den revolutionären Elementen nicht zu verschmähen ist. Alle Wohltaten, deren anerkanntermaßen die katholische Kirche in Eurer Majestät Staaten sich in höherem Grade als selbst unter katholischen Fürsten erfreut, hindern jene Partei nicht, sich mit den Feinden der Regierung aus den verschiedensten Lagern zu verbinden. Die bisherige nachgiebige und rein defensive Haltung der Regierung solchen Tendenzen gegenüber hat die Kühnheit der Partei nur vermehrt."

---

[18]) „Die Vorgeschichte des Kulturkampfes", Berlin 1957, 2. Aufl., Seite 105.

Diese Auszüge aus dem von Bismarck und Roon unterzeichneten Bericht an den König Wilhelm I. kennzeichnen die Lage. Die Regierung gab in der amtlichen „Provinzialkorrespondenz" folgende Erklärung ab:

„Die preußische Regierung hat keinem Bischof, keinem Geistlichen oder Lehrer an ihrem Teile ein Hindernis bereitet, die Lehren des Konzils zu verkünden. Nur das hat sie abgelehnt, katholische Lehrer, welche sich in ihrem Gewissen gehindert finden, den Beschlüssen des Konzils Geltung zuzuerkennen, durch Mitwirkung des weltlichen Arms zur Verkündigung von Lehren zu nötigen, durch welche, nach der Überzeugung der Regierung selbst, nicht bloß eine weltliche Änderung des Glaubensstandes, sondern zugleich eine tiefgreifende Veränderung in der Gesamtstellung der katholischen Kirche zum Staate eingetreten ist. Es handelt sich für die Regierung nicht um die Anerkennung oder Nichtanerkennung eines Glaubenssatzes als solchen — das überläßt sie der Gewissens- und Glaubensfreiheit der einzelnen Katholiken —, sondern darum handelt es sich, ob sie im Bereiche ihrer gesetzlichen Mitwirkung eine Lehre unterstützen soll und darf, welche sie für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche verderblich erachtet." [19])

Der Papst hatte also mit der Verkündung des Dogmas von der „Unfehlbarkeit des Papstes" selbst die Zwistigkeiten in der katholischen Kirche hervorgerufen. Und da die Jesuiten die Einführung dieses Dogmas herbeigeführt hatten, waren diese letztlich auch die Urheber des Kulturkampfes, der der Regierung geradezu aufgezwungen wurde und den sie führen mußte, wollte sie sich nicht selbst aufgeben.

Da sich die Bischöfe nicht mit dieser Haltung der Regierung abfinden wollten und ein besonderer Fall in Braunsberg und Kattowitz ihnen Veranlassung zur Beschwerde zu geben schien, wandten sie sich an König Wilhelm. In Kattowitz hatte die Regierung nämlich dem von dem Fürstbischof von Breslau wegen der verweigerten Anerkennung des umstrittenen Dogmas exkommunizierten Priester Kaminski gestattet, mit der zu ihm stehenden Gemeinde in einer Notkirche altkatholische Gottes-

---

19) Blum, a. a. O., Seite 58/59.

dienste abzuhalten. König Wilhelm antwortete auf die gemeinsame Eingabe aller Bischöfe in Preußen am 18. Oktober 1871:

„Wenn innerhalb der katholischen Kirche Vorgänge stattgefunden haben, infolge deren die bisher in Preußen so befriedigenden Beziehungen derselben zum Staate tatsächlich mit einer Störung bedroht erscheinen ... so wird es Aufgabe Meiner Regierung sein, im Wege der Gesetzgebung dahin zu wirken, daß die neuerlich vorgekommenen Konflikte zwischen weltlichen und geistlichen Behörden, soweit sie nicht verhütet werden können, ihre gesetzliche Lösung finden. Bis dies auf verfassungsmäßigem Wege der Fall sein wird, liegt Mir ob, die bestehenden Gesetze aufrecht zu erhalten und nach Maßgabe derselben jeden Preußen in seinen Rechten zu schützen ... Nichts wird mich abhalten, auch in Zukunft ebenso wie bisher darauf zu halten, daß in Meinen Staaten jedem Glaubensbekenntnis das volle Maß der Freiheit, welches mit Rechten anderer und mit der Gleichheit aller vor dem Gesetze verträglich ist, gewahrt bleibe." [20])

Schon nach der Auflösung der „katholischen Abteilung" schrieb das „Ellwanger katholische Wochenblatt" vom 13. August 1871 (Nr. 33) — offenbar inspiriert von dem Ellwanger Jesuitenkollegium —:

„Preußen ist seinem Ursprung und seinem ganzen Wesen nach die Verneinung des Katholizismus, der innigste Verbündete der Freimaurerei, welche der Kirche den Untergang geschworen hat und eben jetzt alle Mittel in Bewegung setzt, um das neue deutsche Reich vom Christentum gänzlich zu säubern und es zur Pariser Commune im Großen oder zur förmlichen Räuberhöhle umzugestalten. Der Kampf wird also entbrennen; darum habt acht, Katholiken!" ... „Dem neugebackenen preußischen Kaiserreich wird, sobald es seine Drohungen gegen die Kirche zur Tat werden läßt, die Stunde seines Untergangs schlagen." (In dem gleichen Blatt, Nr. 28.)

Die Jesuiten sagten also ganz offen, daß es sich hier um einen hintergründigen Kampf zwischen ihnen und der Freimaurerei gehandelt habe. Das war richtig. Zweifellos hat Kaiser Wilhelm I.

---

[20]) Blum, a. a. O., Seite 60. Wilhelm I. nahm also hier den bekannten Standpunkt Friedrichs des Großen ein, der kurz nach seinem Regierungsantritt, am 22. Juni 1740 geschrieben hatte: „Die Religionen müssen alle tolerieret werden, und muß der Fiskal nur das Auge darauf haben, daß keine der anderen Abbruch tue, denn hier muß jeder nach seiner Fasson selig werden." (Rechtschreibung nach heutigem Gebrauch.)

als eifriger Freimaurer die Freimaurerei hinter sich gehabt. Ebenso richtig ist, daß die Freimaurerei das neue deutsche Reich als politischen Machtfaktor benutzte, um ihr Ziel — die Begründung der Weltrepublik — verfolgen zu können.

Das Jahr 1871 war also das Jahr des Beginns des Kulturkampfes. Er entstand innerhalb der katholischen Kirche infolge der Verkündigung des Dogmas von der Unfehlbarkeit des Papstes. Der Staat wurde dadurch in diesen Streit hineingezogen, daß er die Glaubens- und Gewissensfreiheit unbedingt aufrechterhalten wollte.

Demgegenüber sagten, schrieben und lehrten die Jesuiten, die Glaubens- und Gewissensfreiheit sei eine „irrige, verkehrte, ja wahnwitzige Behauptung". Denn, so erklärte der Jesuitengeneral Franz Xaver Wernz noch i. J. 1898:

„Zweifellos betrachtet die katholische Kirche alle Religionsgemeinschaften der Ungläubigen und alle christlichen (nichtkatholischen) Sekten als ganz und gar illegitim und jeder Daseinsberechtigung bar." [21])

Zu diesen zum Dasein Unberechtigten gehörten nicht allein die „Ungläubigen", sondern auch alle Protestanten, Altkatholiken, Reformierte — kurz alle, die sich dem Papst nicht unterwerfen und seine „Unfehlbarkeit" nicht anerkennen wollten.

---

[21]) Fr. Xaver Wernz: „*Jus Decretalium*", *Romae 1898, t. 1, pag. 13;* Pius IX. „*Quanta cura*" vom 8. Dezember 1864; Syllabus 24: „*Ecclesia vis inferendae potestatem non habet, neque potestatem ullam temporalem directam vel indirectam.*" Dazu sagte der Jesuit Schrader: „Nicht bloß die Geister sind der Gewalt der Kirche unterworfen."

Die großen Forschungsergebnisse des 19. Jahrhunderts, die auf allen Gebieten — zumal auch in der Geschichte und Kirchengeschichte — ungeahnte Fortschritte zeitigten, mußten dem Papsttum gefährlich werden. Schopenhauer hatte schon gesagt: „Ein eigentümlicher Nachteil des Christentums, der besonders seinen Ansprüchen, Weltreligion zu werden, entgegensteht, ist, daß es sich in der Hauptsache um eine einzige individuelle Begebenheit dreht und von dieser das Schicksal der Welt abhängig macht. Dies ist um so anstößiger, als jeder von Haus aus berechtigt ist, eine solche Begebenheit völlig zu ignorieren. Eine Religion, die zu ihrem Fundament eine einzelne Begebenheit hat, ja aus dieser, die sich da und da, dann und dann zugetragen, den Wendepunkt der Welt und alles Daseins machen will, hat ein so schwaches Fundament, daß sie unmöglich bestehen kann, sobald einiges Nachdenken unter die Leute gekommen."

Das 19. Jahrhundert hat nun aber — bei allen seinen Schwächen und Fehlern — die Menschen zum Nachdenken gebracht. Dieses Nachdenken erzeugte den Zweifel, dieser reizte zur Forschung, und diese Forschung verschaffte ein Wissen, dem der Glaube erliegen mußte.

Das Fundament des Papsttums war der Glaube, daß Petrus der erste Bischof von Rom gewesen sei, dem der legendäre Jesus der Bibel die Leitung der Kirche übergeben habe. Diese Grundlage des Papsttums wurde jetzt durch die Forschung erschüttert. Der bereits genannte „*Quirinus*" hat in seinen „Römischen Briefen vom Konzil" (1870) gesagt, Papst Pius IX. „glaubt fest an die wundertätigen Ausströmungen aus dem Grabe Petri". Daher mußten ihn die jetzt veröffentlichten Ergebnisse der historisch-theologischen Forschungen persönlich erschüttern, die unwidersprechlich nachwiesen, daß jener Apostel Petrus — auf den sich

das Papsttum berief — niemals in Rom gewesen und infolgedessen auch nicht dort begraben worden war. [1])

Es ist verständlich, daß diese Forschungsergebnisse den Papst bestürzen mußten, der „fest an die wundertätigen Ausströmungen aus dem Grabe Petri" glaubte, das nun nicht in Rom vorhanden war, sondern in einer Sage beruhte. Außerdem bildete diese Sage ja das eigentliche Fundament des Papsttums und aller seiner sagenhaften Ansprüche auf den Primat aller Kirchen.

Diese Erkenntnisse waren — darauf hatte der oben genannte Lutterbeck sehr richtig hingewiesen — für die Unfehlbarkeitsfrage besonders niederschmetternd. Die bestürzten katholischen Theologen schlugen dem Papst vor, diese Frage durch eine Disputation mit protestantischen Theologen zu klären. Sie glaubten zweifellos, als Sieger daraus hervorzugehen, wie der Papst auch, als er dieser Disputation zustimmte. Sie fand am 9. und 10. Februar 1872 in Rom statt.

Aber bereits am ersten Tag mußten die katholischen Teilnehmer zugestehen, daß Petrus keinesfalls — wie zuvor von ihnen behauptet worden war — 25 Jahre in Rom gewesen sei. Die Disputation nahm eine gefährliche Wendung. Daher ließ der Papst in der Peterskirche besondere dreitägige Messen abhalten, um den „Zorn Gottes zu besänftigen, welcher jene treffen würde, die die Anwesenheit des Petrus in Rom bezweifelten". Das wirkte; die Suggestionen ergriffen die katholischen Teilnehmer. Die Disputation wurde abgebrochen. Die Sage von der An-

---

[1]) Zumal: R. A. Lipsius: „Die Quellen der römischen Petrussage", Kiel 1872; A. Lutterbeck: „Die Clementinen und ihr Verhältnis zur Unfehlbarkeitsfrage", Gießen 1872; Karl v. Hase: „Handbuch der protestantischen Polemik", Jena 1878. In neuerer Zeit haben diesen Nachweis nach Überprüfung der Quellen geführt: Arthur Drews: „Die Petrus-Legende", Frankfurt 1910, und Karl Heussi: „War Petrus in Rom?", Gotha 1936.
Die neuesten Ausgrabungen unter der Peterskirche haben „keine Spur des Apostelgrabes erkennen lassen". „Wir wissen jetzt weniger, als wir vor der Grabung zu wissen glaubten," urteilte einer der besten katholischen Kenner, Alfons Maria Schneider. Es bleibt also dabei, was Ferdinand Gregorovius in seinem umfangreichen Werk sagte: „Die Geschichte weiß nichts von einer Anwesenheit des Apostels Petrus in Rom, aber die Tradition oder Legende erzählt davon."

wesenheit des Petrus in Rom wurde weiter als „Tatsache" ausgegeben.

Schiller hatte also wieder einmal recht behalten, als er sagte, daß das Papsttum, „das künstlichste aller Gebäude, schlechterdings nur durch eine fortgesetzte Verleugnung der Wahrheit erhalten werden könnte." [2])

Diese und andere Forschungen auf theologischen und historischen Gebieten kennzeichnen das geistige Klima, in dem das preußische Gesetz zur „Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens" erwuchs. Der Bonner Universitätsprofessor Heinrich von Sybel erklärte zu dem Schulwesen in Preußen:

„Auch die Leistungen der katholischen Gymnasien sind in der Rheinprovinz, mit rühmlichen Ausnahmen, traurig zurückgegangen. Ich kann es mit amtlicher Sicherheit, nach zwölfjähriger Erfahrung aussprechen, daß von den dorther uns gelieferten Studenten ein Viertel nicht grammatisch richtiges Deutsch schreiben, und vielleicht drei Viertel einen leichten griechischen oder lateinischen Schriftsteller nicht ohne Mühe lesen können. Sagt man zuviel, wenn man die Meinung ausspricht, daß wir zwar noch nicht in spanischen Zuständen leben, daß aber das klerikale System alles getan hat, um uns auf solche Wege zu bringen?" [3])

Der katholische Universitätsprofessor J. Frohschammer hatte bereits zehn Jahre früher geklagt:

„Eine deutsche Literatur und Wissenschaft, die zugleich als deutsch und katholisch gelten könnte, wird nicht anerkannt, und gibt es in der Tat als Ganzes auch gar nicht, wie es doch z. B. in Italien, in Frankreich, der Fall ist. Die Katholiken Deutschlands gelten in dieser Beziehung sozusagen als Null ... Der Wissenschaft ist ihr Maß der Freiheit einzuräumen, ohne das sie nicht entstehen und wirken kann ... Die Lage eines katholischen Schriftstellers ist in der Tat bedauernswert. Von der einen Seite hat er für seine Opfer und Anstrengungen nur Verdächtigungen und Verfolgung zu gewärtigen ... Er wird ohne Gnade als Neuerer bezeichnet und behandelt, denunziert und, will es nur gelingen, verurteilt. Das Werk seiner Begeisterung und Anstren-

---

[2]) Friedrich Schiller: „Kleinere prosaische Schriften", Leipzig (Crusius) 1800, 2. Teil, Seite 28.

[3]) Heinrich von Sybel: „Klerikale Politik im 19. Jahrhundert", Bonn 1874, Seite 96/97.

gung wird als unkirchlich und unchristlich gebrandmarkt, bei Strafe seinen Glaubensgenossen zu lesen verboten, als Gegenstand der Vermeidung, des Abscheus hingestellt." [4])

Heinrich v. Sybel hatte gesagt, „wo die klerikale Partei von Freiheit und Sicherheit der Kirche redet, hat sie stets einen Zustand der Macht im Sinne, bei dem sie keiner Art von Beschränkung in der Erziehung des heranwachsenden Geschlechts unterliegt". So mußten die Forderungen der katholischen Generalversammlung des Jahres 1863 verstanden werden, denen Dr. Philipps Ausdruck verlieh, indem er sagte:

„Eine freie Universität ist die, welche unabhängig vom Staate besteht, wo allein der hohe Episcopat die Lehrer beruft und über sie wacht. Man lehrt jetzt alle Wissenschaften neben der Religion, als ob sie neben derselben berechtigt wären, während sie doch von ihr den Ausgang nehmen müssen. Es gibt allerdings keine katholische Mathematik, aber der Mann, der sie lehrt, muß katholisch sein, damit er nicht in anderen Fragen schief urteile." [5])

Diese Auffassung entsprach dem von Papst Pius IX. erlassenen Syllabus, in dem es hieß:

„*§ 10: Philosophia neque potest, neque debet ulli se submittere auctoritati. § 14: Philosophia tractanda est nulla supernaturalis revelationis ratione habita. § 11: Ecclesia non solum non debet in philosophiam unquam animadvertere, verum etiam debet ipsius philosophiae tolerare errores eique relinquere, ut ipsa se corrigat.*"

Das heißt — nach der Übersetzung des Jesuiten Schrader:

„Die Philosophie kann und muß sich der Autorität unterwerfen. Die Philosophie darf nicht ohne Rücksicht auf die übernatürliche Offenbarung betrieben werden. Die Kirche darf nicht nur gegen die Philosophie (strafend) vorgehen, sondern sie darf auch die Irrtümer der Philosophie selbst nicht dulden und es ihr überlassen, daß sie sich selbst verbessere."

Man kann sich leicht vorstellen, wie es mit der „Wissenschaft" an einer solchen „freien Universität" bestellt gewesen sein würde.

---

[4]) J. Frohschammer: „Über die Freiheit der Wissenschaft", München 1861, Seite 119, 139, 143.

[5]) Karl v. Hase, a. a. O., 6. Aufl., Leipzig 1894, Seite 647.

Der bekannte Kirchenhistoriker Karl v. Hase schrieb daher zu dieser Frage:

„Meine Meinung konnte nur sein, daß diejenige deutsche Regierung, welche eine solche Universität befördere, ein schweres Unrecht am Frieden des Landes verschulden würde. Das kann den konfessionellen Frieden nimmer befestigen, daß ein wichtiger Teil der Staatsgewalt, die Aufsicht über den höheren Unterricht, in die Hände einer Partei (der Klerikalen) gelegt würde, die ganz vom Papste abhängig als höchstes Ziel die Unterdrückung des Protestantismus im Auge hat, und daß ein Teil der katholischen Jugend, der zu einer vorzugsweise intelligenten Wirksamkeit bestimmt ist, im engherzigsten Fanatismus des Ketzerhasses erzogen würde; dergleichen geschah ohnedem hinreichend für künftige Priester durch die Jesuiten im Germanicum zu Rom." (A. a. O. Seite 647.)

Die Zustände im Unterrichtswesen erforderten um so mehr ein Eingreifen des Staates, da der Unterricht durch Priester bzw. katholische Lehrer mit einer politischen Agitation gegen den Staat verbunden wurde. Bereits am 1. November 1871 wurde im Ministerrat beschlossen, ein Schulaufsichtsgesetz auszuarbeiten und dem König und Landtag vorzulegen. Am 28. November 1871 wurde auch bereits in demselben Gremium ein Personenstandsgesetz beraten und beschlossen, das u. a. die Möglichkeit der staatlichen Eheschließung ohne kirchliche Mitwirkung vorsah. Diese Gesetze führten zu Meinungsverschiedenheiten mit dem amtierenden und sehr kirchlich eingestellten Kultusminister v. Mühler. Er trat widerstrebend zurück. In seinem Schreiben an den König Wilhelm I. vom 20. Januar 1872 erklärte er u. a.:

„Es handelt sich um 3 Punkte:

1. Um Trennung von Kirche und Staat. Diese wird vollzogen durch die Überweisung der Kultusangelegenheiten an den Justizminister.

2. Um konfessionslose Schulen. Es ist die bestimmte Absicht des Fürsten Bismarck, den Religionsunterricht aus der Schule zu verweisen, sowohl aus den höheren als aus den niederen ...

3. Um die Zivilehe. Soll der Staat ein christlicher bleiben, so

darf weder die obligatorische noch die fakultative Zivilehe eingeführt werden ..." [6])

Diese Erklärung zeigt, daß Bismarck fortschrittlich genug dachte, um folgerichtig zu handeln, wenn ihm freie Hand gelassen worden wäre. Die Trennung von Staat und Kirche — die in Frankreich und in den USA heute besteht — war und ist die einzige Möglichkeit, alle diese Fragen zu lösen. Ebenso ist die Einstellung des Religionsunterrichtes in den Schulen — wie es in den genannten Ländern der Fall ist — eine berechtigte Forderung. Schon der Philosoph Schopenhauer hatte gesagt: „Wenn die Welt erst ehrlich genug geworden sein wird, um Kindern vor dem 15. Jahre keinen Religionsunterricht zu erteilen, dann wird etwas von ihr zu hoffen sein."

An die Stelle des zurückgetretenen v. Mühler trat Dr. Falk. Er war Jurist und erklärte daher am 30. Januar 1872 im Preußischen Abgeordnetenhause:

„Ich werde mich leiten lassen von dem Satze, daß die Kirche und die Kirchengemeinschaften ihre Freiheit und ihre volle freie Bewegung behalten, ich werde Ihnen da nie hemmend in den Weg treten. Aber, meine Herren, wo Rechte des Staates in Frage sind und Rechte, die der Staat schützen muß gegen jeden und auch gegen die Kirchengemeinschaften, da werden Sie mich allerdings als Juristen sehen, ich werde alle unberechtigten Ansprüche vollständig zurückweisen." [7])

Das eingebrachte Gesetz bildete eine Ausführungsbestimmung zu dem Artikel 24 der preußischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850. Der Minister Falk erläuterte dies in der Sitzung vom 9. Februar 1872 bei der ersten Lesung. Er sagte:

„Das Gesetz ist eine einfache Ausführung des Artikels 24 der preußischen Verfassungsurkunde. Man kann ein Gebot der Verfassung jahrelang unausgeführt lassen, weil ein praktisches und faktisches Bedürfnis zur Ausführung nicht vorhanden ist. Wenn aber das Bedürfnis kommt, und die Genügung dieses Bedürfnisses entspricht dem Funda-

---

[6]) „Die Vorgeschichte des Kulturkampfes", a. a. O., Seite 167, Nr. 135.

[7]) Stenographische Berichte des Preußischen Landtags nebst Drucksachen von 1871—1893, bei Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", Leipzig 1893, Seite 67 ff.

mentalsatze der Verfassung, dann gibt es nichts anderes, als nun in der Tat die Verfassungsurkunde selbst auszuführen ... Diese Ausführung kann nicht für eine Konfession so und für die andere anders sein; sie muß für alle gleich sein, um der Gerechtigkeit willen."

In den jetzt folgenden Debatten der nächsten Tage stellte Bismarck während der drei Lesungen des Gesetzes u. a. fest:

„Die Geistlichkeit — auch die römisch-katholische — ist in allen Ländern eine nationale; nur Deutschland macht eine Ausnahme. Nur in Deutschland ganz allein, da ist die eigentümliche Erscheinung, daß die Geistlichkeit einen mehr internationalen Charakter hat. Ihr liegt die katholische Kirche, auch wenn sie der Entwicklung Deutschlands sich auf der Basis fremden Volkstums entgegenstellt, näher am Herzen, als die Entwicklung des Deutschen Reiches ... Ein einflußreicher Teil des katholischen Klerus, der von Rom aus geleitet wird, ist der französischen Politik dienstbar, weil mit ihr die Hoffnungen auf die Wiederherstellung des Kirchenstaates zusammenfallen. ... Gleichzeitig mit der Revanche gegen Deutschland wird auch der Schlag gegen Italien vorbereitet, in der Hoffnung, daß Deutschland durch innere religiöse Wirren gelähmt werden soll, und daß das klerikale Element, während es in Deutschland und Polen langsam zersetzend wirkt, in Italien offen das französische Banner aufpflanzt und unter seinem Schutze das Land unter päpstliche oder vielmehr französische, durch den Papst verkörperte Herrschaft, zurückführen soll."

Die Redner der klerikalen Zentrums-Partei wandten sich in temperamentvollen Reden gegen das Gesetz. Sie erklärten — im Sinne der oben genannten Ausführungen des Dr. Philipps — ein solches Gesetz widerspräche der „Freiheit des Unterrichts." Der Abgeordnete Virchow entgegnete auf diese Deutung:

„Die Herren vom Zentrum geben dem natürlichen Recht und der Unterrichtsfreiheit eine eigentümliche Deutung. Wir kennen diese Freiheit, es ist die Freiheit der Unwissenheit, der Ignoranz; für die Kinder: die Freiheit, nichts zu wissen; für die Lehrer: die Freiheit, nichts zu lehren, das ist bequem und macht für Aberglauben empfänglich."

Der Abgeordnete Gneist rief den Gegnern des Gesetzes in einer Rede zu:

„... Sie haben gegen sich nicht mehr bloß die Regierung, nicht bloß den Namen Bismarck, der heute eine Macht ist, nicht bloß die Wissenschaft, die sich einheitlich fühlt den Angriffen der Jesuiten

gegenüber, wie das Jesuitensystem in sich — sondern Sie haben alle diese Mächte vereint sich gegenüber stehen... Wenn der Jesuitismus seinen Triumphzug durch Europa hält, so wird er an unseren Grenzen die feste Burg finden, an der er noch einmal innehalten wird."

Freilich, „er hielt noch einmal inne". Aber nur, um dann mit den verstärkten Kräften, die ihm durch die wachsende Sozialdemokratie zufielen, erneut anzugreifen, bis diese vermeintlich so „feste Burg" im Jahre 1918 eingenommen wurde.

Das Gesetz wurde dann in dritter Lesung am 13. Februar 1872 angenommen. Es lautete:

„§ 1 Die Aufsicht über alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten steht dem Staate zu. Demgemäß handeln alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten im Auftrage des Staates.

§ 2 Die Ernennung der Lokal- und Kreis-Schulinspektoren und die Abgrenzung ihrer Aufsichtsbezirke gebührt dem Staate allein. Der vom Staate den Inspektoren der Volksschule erteilte Auftrag ist, sofern sie das Amt als Neben- oder Ehrenamt verwalten, jederzeit widerruflich."

Während der Parlamentsdebatten über das Schulaufsichtsgesetz verstärkten sich die Umtriebe bei Hofe, um den Sturz Bismarcks herbeizuführen.

Der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" wurde am 12. Februar 1872 aus Berlin gemeldet:

„Am Horizont stehen Wolken. Es herrscht in einflußreichen Kreisen hier eine Rührigkeit, die nicht unbemerkt bleiben darf. Der Zweck der Bewegung ist kein anderer als der, die Stellung des Fürsten Bismarck zu erschüttern. Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt. Seltsame Kombinationen kommen zu Tage oder vielmehr scheuen noch das Tageslicht, sind aber erkennbar. Ultramontane und Polen stehen unter hoher Protektion. Jedes Terrain wird mit Vorbedacht ausgenutzt. Am letzten Donnerstag, den 8. dieses Monats, war der Ball bei Hofe das Gefechtsfeld, wo die Opposition gegen das Ministerium oder vielmehr gegen den Ministerpräsidenten (Bismarck) in Gestalt einer förmlichen Agitation gegen die Annahme des Schulaufsichtsgesetzes unter auffälligen Formen zur Erscheinung kam."

Am gleichen Tage wurde dem „Schwäbischen Merkur" geschrieben:

„Es hat lange gedauert, ehe die leitenden Staatsmänner Preußens die ganze Gefährlichkeit des Herrn Windthorst erkannt haben, obwohl sie darüber durch jeden einsichtigen Hannoveraner sich leicht hätten unterrichten können; sie ließen sich aber bis jetzt durch seine sogenannten konservativen Äußerungen einwiegen, hofften vielleicht bei dem rastlosen Tätigkeitstriebe Windthorsts auf dessen Nutzbarkeit für ihre eigenen Zwecke, und schlugen die Warnungen in den Wind, die darauf hinwiesen, daß Windthorst neben seinem brennenden Ehrgeize sich ausschließlich als Diener der jesuitischen Kirchenpartei leiten läßt." [8])

Ein politischer Beobachter aus jener Zeit, der Demokrat Johannes Scherr, schrieb in der Schweiz:

„... daß der besagte Loyolit von der kurzen Robe bei Hofe sich richtig einzuschmeicheln vermochte, (hat) etwas hinlänglich Unheimliches. Daß Bismarcks Sturz vollends jetzt, wo er der widerdeutschen schwarzen Bande offen den Fehdehandschuh hingeworfen hat, ein nationales Unglück von unberechenbarer Tragweite wäre, könnten nur ganz vernagelte Blech- und Plattköpfe bestreiten. Ist denn aber dieser Sturz denkbar, ist er möglich? — Hm, an Höfen ist alles möglich; am möglichsten aber — Höfisches. [9])

Der „Pester Lloyd" vom 11. April 1872 schrieb zu diesen klerikalen Intrigen am deutschen Kaiserhof:

„Aber nebenbei gewinnt noch eine andere dunkle Sage von Tag zu Tag mehr Bestimmtheit und Konsistenz, sodaß sie nicht länger mehr ignoriert werden darf. Übereinstimmend stellen — wie wir leider hinzufügen müssen — authentische Berichte die Kaiserin Augusta als den Mittelpunkt der Koalition dar, die Bismarck in den schon schlagfertig erhobenen Arm fallen will ... Zur Erklärung nun wissen wir — ehr-

---

8) Wolfgang Menzel: „Geschichte der neuesten Jesuitenumtriebe", Stuttgart 1873, Seite 265/266.
In der Debatte wegen der Schulaufsichtsgesetze hatte der Abgeordnete Mallinckrodt Windthorst mit einer Perle verglichen, die durch die Zentrumspartei die „richtige Fassung erhalten habe". Bismarck erwiderte: „Der Herr Vorredner nannte den Abgeordneten für Meppen (Windthorst) eine Perle. Ich teile dies in seinem Sinne vollständig; für mich aber hängt der Wert einer Perle sehr von ihrer Farbe ab, ich bin darin etwas wählerisch." Seitdem nannte man Windthorst die „schwarze Perle von Meppen".

9) Joh. Scherr: „Sommertagebuch 1872", Zürich 1873, Seite 148.

lich gestanden — nur zwei sehr banale Formeln, die aber trotzdem ausreichen dürften: das sonst bei energischen Frauen bei zunehmendem Alter — die Kaiserin hat bald das einundsechzigste Lebensjahr vollendet — so leicht hervortretende seelische Bedürfnis der Frömmigkeit und dann die gleichfalls mit den Jahren steigende Neigung derselben, eine politische Rolle zu spielen." [10])

Diese „dunkle Sage" war nun aber eine helle Tatsache. Heute sind wir durch die archivalischen Veröffentlichungen genau im Bilde. Die Kaiserin Augusta war das Sprachrohr der „jesuitischen Kirchenpartei", die ihre Beauftragten am Hofe hatte. In einem langen Schreiben vom 10. März 1872 — dessen Inhalt unverkennbar ist — suchte sie den Kaiser und König gegen die Maßnahmen des Ministeriums aufzubringen. Sie warnte den König vor der Sozialdemokratie und empfahl, sich angesichts dieser Gefahr auf die katholische Kirche zu stützen. Sie schrieb: „Wird mithin eine Trennung zwischen Staat und Kirche befürwortet" — was Bismarck wünschte —, „ist zu erwägen, daß der christliche Staat den Einfluß der Kirche zum Schutze ... nicht entbehren kann, vielmehr der Kirche innerhalb ihrer Grenzen eine günstige Entwicklung zu gewähren hat, um vereint mit ihr den Gefahren der Zeitgeister Widerstand zu leisten."

Es wurde also auch bei der Kaiserin seitens der „jesuitischen Kirchenpartei" mit der Sozialdemokratie gedroht, um den Kaiser der Kirche willfährig zu machen. In einer einseitig-katholischen Darstellung der Ereignisse suchte Kaiserin Augusta ihren Gatten von den Mißgriffen seiner Minister zu überzeugen. Sie schließt ihren Brief mit der Hoffnung auf eine Vereinigung beider Kirchen, „damit ‚eine Herde und ein Hirt werde' ". Wir sehen also, daß die heute wieder betriebenen Einigungsbestrebungen, das heißt praktisch die Unterwerfung der protestantischen Kirche unter die Botmäßigkeit des römischen Papstes, bereits im Jahre 1872 bei dem „Kulturkampf" eine Rolle spielten.

Der wachsende Widerstand der Geistlichen gegen die Durch-

---

[10]) Moritz Busch: „Tagebuchblätter", 2. Band, Seite 348, Leipzig 1899.

führung der Gesetze und die Hetze gegen den Staat erforderten energische Maßregeln der Regierung. Dadurch wurde die Kaiserin bewogen, wiederholt Beschwerdebriefe zugunsten der gesetzwidrig handelnden Priester an den Kaiser zu richten. Sie wurden für den Kaiser als Staatsoberhaupt allmählich unerträglich. Er antwortete in den Briefen vom 29. Mai 1872 und vom 2. Juni 1872 unter anderem:

„Ich warne Dich nochmals, die Dinge niemals nach Personen und Gefühlen zu betrachten, sondern nach Gesetz und Recht, und dabei nie zu vergessen, daß die Staatsgesetze in der ganzen Welt über den kirchlichen Gesetzen stehen, was alle katholischen Geistlichen beschwören, aber namentlich seit dem neuen Dogma nicht mehr halten, weil die durch 600 Priester erfundene *Infaillibilité* alle weltlichen Pflichten sich unterordnet des 2. Heilands."

„Das ist das Heillose dieses Dogmas, was von allen Kirchenfürsten und Geistlichen bisher bestritten wurde, nun aber es sich zeigt, daß dies Dogma in alle Regierungssphären, also Gesetze, sich einmischt, und die Geistlichen nur demselben gehorchen und nicht den Landesgesetzen. Der Staat im Staat ist also vorhanden, und alle, die dies bisher leugneten und uns ins Gesicht leugneten, handeln nur danach. Das ist es, was ich Dir immer sagte und Du nie glauben wolltest, weil Du das mehr glaubst, was Dir unter der Farbe eingeflüstert wird." [11])

Es trat also ein, was der große englische Philosoph John Locke (1632 bis 1704) bereits erkannt hatte, als er nach den Erfahrungen unter der Regierung der katholischen Stuart-Könige in England, in seiner Schrift *„The reasonableness of Christianity"* unbedingte Duldsamkeit für alle Religionen forderte, mit Ausnahme des Katholizismus. Denn — so begründete er diese Forderung — die Katholiken bildeten einen Staat im Staate und seien daher eine ständige Gefahr für eine unabhängige Staatsführung. Das war der gleiche Einwand, den der Jesuit Gruber im 19. Jahrhundert gegen die Freimaurerei erhob. Gruber sagte, „die Freimaurerei hat ihrem Wesen nach, weil sie nur so ihre Ziele erreichen kann, das Bestreben, einen Staat im Staate zu bilden, eine geheime Nebenregierung zu sein".

---

11) „Die Vorgeschichte der Kulturkampfes", a. a. O., Seite 190, Nr. 156; Seite 262, Nr. 192.

Am 12. Juni 1872 schrieb der Kaiser dann noch einmal an die Kaiserin, wies ihre Beschwerden zurück und warf ihr Einseitigkeit vor.

Bismarck hat über diese Umtriebe und deren Urheber geschrieben:

„Die antiministerielle Tätigkeit der Kaiserin (Augusta) fand ihre ursprüngliche Quelle in der Unabhängigkeit des Charakters, welche es ihr erschwerte, mit einer Regierung zu gehen, die nicht in ihren eigenen Händen lag ... Zur Zeit des Kulturkampfes wurde diese Neigung gefördert durch die katholische Umgebung Ihrer Majestät, welche aus dem ultramontanen Lager Information und Anweisung erhielt. Diese Einflüsse nutzten mit Geschick und Menschenkenntnis die alte Neigung der Kaiserin aus, auf die jedesmalige Staatsregierung verbessernd einzuwirken." [12])

Hier lagen die Anfänge des Zusammenwirkens der Kaiserin Augusta mit der katholischen Fronde gegen Bismarck. Der heimliche Kampf gegen ihn nahm von Jahr zu Jahr zu. Wir werden dem noch später begegnen. Hier trat er zum ersten Male in dieser Form und Zielrichtung in Erscheinung.

Der Diplomat Friedrich v. Holstein hat in seinen Erinnerungen geschrieben:

„Der verstorbene Minister von Friedberg (preußischer Justizminister) hat mir erzählt, daß die Kaiserin ihm eines Tages sagte: ‚Ich betrachte mich als eine *Sœur Grise* (Graue Schwester), welche die Aufgabe hat, sich allemal derer anzunehmen, die sich verwundet und gekränkt fühlen'. Diesem an sich edlen Grundsatz hat in der Tat die Kaiserin nachgelebt und ist dadurch in dauernden Gegensatz zur Regierungspolitik gebracht worden. Die jeweilige politische Opposition, also während des Kulturkampfes das Zentrum, wurde von der Kaiserin als Verwundete und Gekränkte behandelt." [13])

Man mag jene Grundsätze der Kaiserin Augusta edel nennen. So angebracht sie indessen auch im persönlichen Leben waren, so unangebracht waren sie in der Politik. Und die Kaiserin betrieb ihre eigene Politik gegen den Kaiser und dessen Minister, im

---

12) Otto v. Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen", 2. Band, Seite 131, Stuttgart 1898.

13) „Die geheimen Papiere Friedrich v. Holsteins", 1. Band, Seite 102, Göttingen 1956.

Verein mit deren Gegnern. Das war und wurde gefährlich. Bereits bei der Auflösung der „katholischen Abteilung" im preußischen Kultusministerium war die Kaiserin heftig gegen Bismarck aufgetreten. Ihre Gegenarbeit entwickelte sich durch den Einfluß ihrer katholischen Umgebung allmählich bis zu einer Hetze gegen den Kanzler und dessen Minister.

Am Anfang des Jahres 1872 erhielt die Polizei ernst zu nehmende Warnungen über die Absichten eines katholischen Fanatikers aus Posen. Dieser — so wurde gesagt — plane ein Attentat auf Bismarck. Es handelte sich dabei um den Pflegesohn des Küsters der katholischen Hedwigskirche zu Berlin, Emil Westerwall. Dieser hatte bei den päpstlichen Zuaven (der Schutzgarde des Papstes) Dienst getan. Vor seiner Reise nach Berlin hatte er einem Rentenbanksekretär gegenüber in einem Gasthaus geäußert: „In Berlin müsse es jetzt anders werden." Westerwall wohnte in Posen bei dem Domherrn und Prälaten v. Koszmian. Dieser war bekannt als eifriger Agitator jesuitischer Pläne.

Als Westerwall am 16. Februar 1872 in Berlin eintraf, wurde er verhaftet, mußte aber am 12. März 1872 mangels Beweisen entlassen werden. Die Zentrumspartei jubelte und suchte den Vorfall lächerlich zu machen. Aber der Professor Arthur Böhtlingk schrieb später, nach Einsicht in das vorliegende Material:

„So ganz ‚ergebnislos' ist der Vorfall denn doch nicht verlaufen. Auch bei dem Domherrn in Posen, bei dem Westerwall logiert hatte, hatte eine Haussuchung stattgefunden; dabei war ein Brief Windthorsts zutage gefördert worden. Prälat v. Koszmian war bei der Inszenierung des Petitionssturmes zur Befürwortung der Intervention des Reiches zugunsten der Wiederherstellung des Kirchenstaates so eifrig tätig gewesen, daß Windthorst, der kluge Politiker, seinen Eifer dämpfen zu müssen gemeint hatte. Nachdem der Reichstag, ‚mit vollem Bewußtsein und mit klar ausgesprochener Absicht', die Intervention abgelehnt hatte, sei von diesem und auch von der Reichsregierung für den Heiligen Vater absolut nichts zu erwarten. Es sei daher ratsam, von weiteren Petitionen in dieser Richtung abzusehen. Doch nur von solchen an den Reichstag. Das ‚katholische Volk' solle deswegen nicht aufhören, auf Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes zu dringen; zu diesem Zwecke solle man von Zeit

zu Zeit, ‚in periodischer Reihenfolge‘, Petitionen an die Regierungen oder noch besser an die Fürsten richten.“ [14])

Dieser aufgefundene Brief Windthorsts beweist, was wir bereits zeigten, daß die Weigerung des neugegründeten Reiches, sich für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes — eventuell sogar mit Waffengewalt — einzusetzen, der eigentliche Anlaß zu dem Kulturkampf gewesen ist.

Ein Jahr später äußerte sich der Zentrumsabgeordnete Graf Stolberg in vertraulichem Kreise, wenn „Bismarck gehangen“ würde, so würde er „am Stricke ziehen helfen“. Er leugnete dies zwar später ab, aber die Unterredner Graf Frankenberg und Graf Praschma haben es gehört und bestätigt. Und wieder ein Jahr später, am 13. Juli 1874, führte der Böttchergeselle Kullmann tatsächlich in Kissingen ein Attentat auf Bismarck aus. Er erklärte nach seiner Verhaftung ganz offen: „Ich wollte Sie umbringen wegen der Kirchengesetze. Sie haben meine Fraktion (die Zentrumsfraktion) beleidigt.“

Der weit- und klarblickende politische Beobachter jener Zeit, der Demokrat Johannes Scherr, hat also richtig geurteilt, wenn er im Jahre 1872 schrieb:

„Der Herr Reichskanzler mag die Augen weit und wachsam auftun! Der Kreuzzug ist bereits in vollem Gange. Der leitende Minister Deutschlands hat, was auch seine Fehler und Mängel sein mögen und wirklich sind, den ehrenwerten Mut gehabt, der heiligen Dreifaltigkeit Dummheit, Lüge und Bosheit den Krieg zu erklären, und dieser

[14]) Arthur Böthlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom“, Berlin 1911, Seite 272/273; F. W. Ghillany: „Europäische Chronik“, 5. Band, Seite 290, Leipzip 1878. Mitte Mai des Jahres 1871 hatte der Kardinalstaatssekretär Antonelli ein Schreiben an die Zentrumspartei des Deutschen Reichstages gerichtet. Darin wurde gesagt, die Agitation mit Eingaben für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes sei einstweilen einzustellen. Das würde z. Z. nur eine gegenteilige Wirkung haben. Man würde den Papst dahinter vermuten, und das sei bei der politischen Lage unerwünscht. Der Papst wünsche mit der Regierung des Kaisers Wilhelm „im besten Einvernehmen“ zu bleiben. Das war hinsichtlich der kommunistischen Aufstände in Frankreich und der antipäpstlichen Haltung der italienischen Regierung verständlich und politisch geboten. Diese Weisung an die Zentrumsfraktion hatte deren Führer Windthorst also weitergegeben. Das enthielt sein aufgefundener Brief an jenen Domherrn. Man sieht an diesem Beispiel, daß die Zentrumspartei des Deutschen Reichstages tatsächlich vom Vatikan geleitet wurde.

Krieg wird schwer zu führen sein. Um so schwerer, da der staatsmännische Fechter, durch ‚höhere Rücksichten‘ gebunden, gar nicht recht ausfallen darf. Das Pfaffentum besitzt ja bekanntlich bei Hofe mehr als eine feste Burg. Herr von Bismarck hat auch gar wohl erkannt — was übrigens keine Kunst war — daß es lächerlich und schädlich zugleich, wenn der deutsche Kaiser den altpreußischen Zopf als Szepter in der Hand halten sollte. Aber dieser Zopf ist doch noch immer eine ‚stramme‘ Tatsache, welche dem Herrn Reichskanzler unter Umständen nicht nur sehr unbequem, sondern auch höchst gefährlich werden könnte.“ (A. a. O. Seite 10.)

Das war richtig! Aus der wachsenden Gegnerschaft des Berliner Hofes und der Katholiken des preußischen Herrenhauses erwuchsen Bismarck tatsächlich Hindernisse, die ihn später veranlaßten, den sogenannten „Kulturkampf“ abzubrechen.

## *Das Jesuitengesetz*
## *Ursachen und Wirkungen*

Während das neue Schulaufsichtsgesetz in Preußen von der Bevölkerung allgemein begrüßt wurde, suchten die Bischöfe auf verschiedene Weise gegen diese Gesetze zu wirken. Der preußische Kultusminister sah sich veranlaßt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um dem Gesetz in den klerikalen Kreisen Anerkennung zu verschaffen. Um die Ausweitung des bereits schwelenden „Kulturkampfes“ — um diesen etwas unbestimmten Ausdruck zu gebrauchen — zu verhindern, beschloß Bismarck, den Kardinal Fürst Hohenlohe, den Bruder des einst durch die Klerikalen gestürzten bayerischen Ministerpräsidenten, zum deutschen Botschafter beim Vatikan zu ernennen. Am 28. April 1872 schrieb Bismarck an den deutschen Gesandten zu Paris — einst Gesandter in Rom —:

„Diese Wahl wird einen neuen Beweis liefern, daß die Regierung Sr. Majestät, soviel an ihr liegt, den Frieden mit der Römischen Kirche zu pflegen bemüht ist, da jedem Unbefangenen einleuchten wird, daß ein Kardinal kein brauchbares Werkzeug zur Vertretung feindlicher Tendenzen gegen den Papst sein würde. Ihre defensive Stellung gegen staatsfeindliche Übergriffe einzelner Personen oder Parteien innerhalb der katholischen Kirche wird die Regierung um so sicherer zu wahren in der Lage sein [1])“.

Kardinal Hohenlohe erklärte sich bereit, diesen Posten zu übernehmen. Er war zwar Kardinal, lehnte aber das Treiben des Jesuitenordens ab. Er hatte am 15. September 1869 aus Rom an seinen Bruder, den Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, geschrieben:

„Wie die Unfehlbarkeit auch entschieden wird, den Jesuiten ist dies im Grunde einerlei. Sie werden nach wie vor ihre falsche Moral, ihre

---

1) A. Böthlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom“, Berlin 1911, Seite 207.

Intrigen und ihr gottloses Treiben mit Gemütlichkeit fortsetzen... Die Unfehlbarkeitsentscheidung, günstig oder ungünstig, bringt uns in der Jesuitenfrage nicht vor noch zurück. Wohl aber hat die Unfehlbarkeitsfrage Pius IX. den Jesuiten so in die Arme gebracht, daß von allen den Plänen und Ideen Pius IX. gegen die Jesuiten keine Spur mehr übrig ist. Die Patres wissen, daß sie Pius IX. nur dadurch festhalten können, daß er in die Enge getrieben wird und sich zu ihnen flüchten muß. Pius IX. muß vollständig isoliert bleiben, deshalb hetzen sie ihn auch gegen alle Regierungen, damit er, mit allen Regierungen verfeindet, nie mehr auf einen grünen Zweig komme[2])."

Ein solcher Mann — selbst wenn er Kardinal war — war den Jesuiten natürlich unerwünscht. Daher wurde er als deutscher Botschafter beim Vatikan vom Papst abgelehnt. Dadurch erwuchsen Bismarck im Reichstag erhebliche Schwierigkeiten. Nicht nur die Ernennung eines Kardinals als deutschen Botschafter, der Botschafterposten beim Vatikan an sich wurde abgelehnt. Da die klerikalen Zeitungen die Ablehnung des Papstes groß herausbrachten, ließ Bismarck den amtlichen Briefwechsel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und in der „Provinzialkorrespondenz" veröffentlichen. Dazu wurde unter anderem gesagt, die Ernennung Hohenlohes sei „ein Schritt der Versöhnlichkeit und zuversichtlichen Entgegenkommens" gewesen. In der Ablehnung erkenne aber „die Regierung des Kaisers mit Bedauern ein Anzeichen, daß in Rom auf gegenseitige vertrauensvolle Beziehungen nicht ein gleich hoher Wert gelegt wird, wie von ihrer Seite."

Bei der Budget-Beratung im Reichstag wurde der Etat eines Botschafters beim Vatikan — ein Posten, den Bismarck trotz der erfolgten Ablehnung des Kardinals Hohenlohe für eine spätere Zeit bestehen lassen wollte — beanstandet. Der Abgeordnete Bennigsen erklärte am 14. Mai 1872, diese Ablehnung sei eine Beleidigung. Zu den heftig widersprechenden Zentrumsabgeordneten gewandt, sagte er, „wenn Sie das nicht empfinden, so glaube ich, daß hier im Reichstag die große Mehrheit und gemeinsam das deutsche Volk dies empfinden wird."

---

[2]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst", herausgegeben von Friedrich Curtius, Stuttgart 1906/07, 1. Band, Seite 394f.

Das war richtig. Aber die deutsche Kaiserin Augusta hatte sich mit ihrem Brief vom 9. Mai 1872 an den Kaiser wiederum auf die Seite des katholischen Zentrums gestellt. Sie erklärte in diesem Brief — in fast wörtlicher Übereinstimmung mit klerikalen Äußerungen — die Ernennung eines Botschafters beim Vatikan für einen „Kunstgriff" der Regierung.

Bismarck erläuterte die Angelegenheit, indem er sagte:

„Ich kann wohl sagen, daß ein solcher Fall nicht häufig vorkommt. Der Kaiser hat ernannt, wenn er anfragt, ob die ernannte Person dem anderen Souverän *persona grata* sei. Es ist ganz außerordentlich selten, daß diese Frage verneint wird. Denn die verneinende Antwort ist eine Forderung, das Geschehene zurückzunehmen, eine Erklärung: du hast unrichtig gewählt. Ich bin seit ziemlich zehn Jahren jetzt auswärtiger Minister, ich bin seit 21 Jahren in den Geschäften der höheren Diplomatie, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich sage: es ist dies der erste und einzige Fall, den ich erlebt, daß eine solche Frage verneinend beantwortet wird."

Er bat jedoch, den Etatposten zu bewilligen. Denn — so sagte er — er werde „fortfahren, dahin zu wirken, daß ein Vertreter des Reiches für Rom gefunden wird, welcher sich des Vertrauens beider Mächte erfreut". Die Bedenken der Reichstagsmehrheit wegen eines solchen Botschafters beim Vatikan überhaupt, zerstreute er mit den Worten:

„Ich halte es nach den öffentlich verkündeten Dogmen der katholischen Kirche nicht für möglich für eine weltliche Macht, zu einem Konkordat zu gelangen (Österreich hatte das bestehende Konkordat sogar gekündigt!), ohne daß diese weltliche Macht bis zu einem Grade und in einer Weise effaciert (ausgelöscht) würde, die das Deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. Seien Sie außer Sorge, nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig." [3])

In seinen Erinnerungen schrieb er später:

„Bei jedem *modus vivendi* (leidlichem Verhältnis) wird Rom eine evangelische Dynastie und Kirche als eine Unregelmäßigkeit und Krankheit betrachten, deren Heilung die Aufgabe seiner Kirche sei...

---

[3]) Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags nebst den dazugehörigen Drucksachen von 1872; bei Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", Leipzig 1893, Seite 72/73.

Ein ewiger Friede mit der römischen Kurie liegt nach den gegebenen Lebensbedingungen außerhalb der Möglichkeit... Wenn das menschliche Leben überhaupt aus einer Reihe von Kämpfen besteht, so trifft das vor allem bei den gegenseitigen Beziehungen unabhängiger politischer Mächte zu... Die römische Kurie aber ist eine unabhängige politische Macht, zu deren unabänderlichen Eigenschaften der Trieb zum Umsichgreifen gehört. Für den Protestantismus bleibt ihr das durch kein Konkordat zu beruhigende aggressive Streben des Proselytismus und der Herrschsucht; sie duldet keine Götter neben ihr [4]).“

Im heutigen Sprachgebrauch wird ein solches Verhalten, ein solcher „Trieb zum Umsichgreifen“, verbunden mit einem „aggressiven Streben der Herrschsucht“, mit Imperialismus bezeichnet und allgemein verworfen. Die römische Kurie als „unabhängige politische Macht“, eine Macht, die über alle Staaten hinweg in allen Staaten wirksam, ist also: eine „überstaatliche Macht“. Ein Begriff, der klar und treffend ist.

Um die durch die Beschlüsse des Konzils von 1870 entstandene Lage und die damit im Zusammenhang stehende Ablehnung des Botschafters beim Vatikan zu erklären, richtete Bismarck am 14. Mai 1872 einen vertraulichen Runderlaß an alle Botschafter des Deutschen Reiches. Es hieß darin:

„Durch die Beschlüsse des Konzils ist der Papst in die Lage gekommen, in jeder einzelnen Diözese die bischöflichen Rechte in die Hand zu nehmen und die päpstliche Gewalt der bischöflichen zu substituieren. Die bischöfliche Jurisdiktion ist in der päpstlichen aufgegangen; der Papst übt nicht mehr, wie bisher, einzelne bestimmte Reservatrechte aus, sondern die ganze Fülle der bischöflichen Rechte ruht in seiner Hand. Er ist im Prinzip an die Stelle jedes einzelnen Bischofs getreten, und es hängt nur von ihm ab, sich auch in der Praxis in jedem einzelnen Augenblicke an die Stelle desselben gegenüber den Regierungen zu setzen. Die Bischöfe sind nur noch Werkzeuge, seine Beamten ohne eigene Verantwortung; sie sind den Regierungen gegenüber Beamte eines fremden Souveräns geworden, und zwar eines Souveräns, der vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter ist — mehr als irgendein absoluter Monarch der Welt.“ [5])

---

[4]) Otto v. Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen“, 2. Band, Seite 135/36, Stuttgart 1898.

[5]) Böthlingk, a. a. O. Seite 210/11.

Daraus geht deutlich hervor, daß es sich bei dieser „absoluten Souveränität“ um eine „überstaatliche Macht“ handelte, eine Macht, welche die Jesuiten — wie der Kardinal Hohenlohe sehr richtig erkannt und gesagt hatte — durch die Person des Papstes ausübten. Aber — so betonte Bismarck — „die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben: die Souveränität der Gesetzgebung! Wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich erklärt, stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich los vom Gesetz.“ — Allerdings! — „Sind die deutschen Katholiken — in der zweiten oder dritten Generation nämlich — einmal so weit, zu erkennen und anzuerkennen“ — meinte Bismarcks Zeitgenosse Johannes Scherr —, „daß es anständiger und ziemlicher, den Gesetzen ihres Vaterlandes als denen des Jesuitengenerals zu gehorchen, so wird man die Fluchkapuzinaden eines beliebigen Papstes als harmlosen Zeitvertreib ansehen dürfen.“ [6])

Aber — sie kamen nicht „so weit“. Manche sind heute von dieser „Anständigkeit“ weiter entfernt denn je. Allerdings haben die Päpste die „Fluchkapuzinaden“ aufgegeben, die Pius IX. so oft und gern übte. Sie versuchen heute das alte Ziel mit sanften und versöhnlichen Worten zu erreichen. Dieses Ziel ist jedoch dasselbe wie am ersten Tag: Unterwerfung der Völker und Staaten unter die Botmäßigkeit des Papsttums. Dafür wirkten besonders die Jesuiten.

Im Jahre 1871 war in Neapel ein Buch erschienen, in dem der Jesuit Matteo Liberatore — einer der Leiter der amtlichen Jesuitenzeitung *„Civiltà cattolica“* die amtlichen Lehren der Jesuiten über das Verhältnis des Staates zur Kirche zusammengestellt hatte. Es war betitelt: *„La chiesa e lo stato“* (Die Kirche und der Staat) und mit den amtlichen Prädikaten *„Imprimatur“* und *„Nihil obstat“* versehen, d. h., es enthielt nur vom Jesuitenorden und von der Kirche gebilligte und vertretene Sätze. Es handelte sich dabei um Lehren, die durch den Syllabus des Pap-

---

6) Johannes Scherr: „Blätter im Winde“, Leipzig 1875, Seite 64.

stes und durch die Veröffentlichungen der *„Civiltà cattolica“* zwar bekannt waren, aber hier eine amtliche Festlegung erfuhren. Der Domkapitular Moufong von Mainz ließ dazu in der von ihm geleiteten Zeitschrift „Der Katholik“ erklären:

„Das Werk kommt sehr zeitgemäß. Fast überall ist der Streit zwischen Staat und Kirche entbrannt. In diesem Kampfe ist es vor allen Dingen notwendig, daß wir klare Prinzipien haben. Solche Prinzipien gewährt das vorliegende Werk. Es ist aus dem Kampfe hervorgegangen und es hat überall mit konkreten Verhältnissen zu tun. Wer es studiert, wird zu der Einsicht kommen, daß die verrufene Lehre der Jesuiten in der *Civiltà* keine andere ist, als die Lehre der Väter, der größten Theologen und der Kirche selber. Zu dieser Einsicht muß es umso mehr kommen, als das ganze Werk nichts anderes ist, als eine wissenschaftliche Begründung der Enzyklika und des Syllabus, soweit beide über das Verhältnis von Staat und Kirche handeln.“ [7])

„Zu dieser Einsicht“ kamen auch die verantwortlichen Leiter des deutschen Reiches! Allerdings hatten sie über die Bedeutung des Buches andere Meinungen wie die Jesuiten. Sehr richtig hat der Historiker Oncken dazu gesagt:

„Um zu verstehen, was hier in Frage war, muß man die Lehren des Jesuitenordens über das Verhältnis von Staat und Kirche kennen und hat dazu nicht nötig, alte Jesuitenschriften aus dem Schutt der Jahrhunderte herauszugraben. Es genügt zu wissen, was das Amtsblatt des Ordens, das zugleich Amtsblatt des Papstes selber war, die *Civiltà cattolica*, in einer langen Reihe von Aufsätzen seit 1869 darüber gesagt und dann der Jesuit Matteo Liberatore in seinem Buch *„La chiesa e lo stato“* zusammengestellt hat.“

Da das Buch mit seinen spitzfindigen Begründungen und theologischen Erklärungen sehr verschachtelt und umfangreich ist, hat Oncken die Lehren, auf die es ankommt, herausgezogen und zusammengestellt. Sie lauten folgendermaßen:

„In dem Papst gipfeln wie in einer Spitze beide Gewalten, die geistliche und die weltliche.

Der weltliche Fürst hört auch als Fürst nie auf, ein Untertan des Papstes zu sein.

---

[7]) Zitiert nach Wilh. Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm“, 2. Band, Seite 465, Berlin 1892.

Der Papst kann die bürgerlichen Gesetze und Urteilssprüche der weltlichen Gerichte abändern und aufheben, wenn sie dem geistlichen Wohle zuwider sind, wie denn Pius IX. wiederholt verschiedene, von den modernen Parlamenten Europas beschlossene Gesetze getadelt und für ungültig erklärt hat.[8])

Der Papst kann dem weltlichen Fürsten Handlungen gebieten und verbieten, dem Mißbrauch der Vollzugsgewalt und der Waffen steuern oder den Gebrauch derselben vorschreiben, wenn die Verteidigung der Religion das erheischt."

„Bei Streitigkeiten zwischen Kirche und Staat gebührt dem Papst die letzte Entscheidung. Sollte ein Papst einmal eine minder gerechte Entscheidung fällen, so berechtigt die erlittene Rechtskränkung niemals zu einem Kampf gegen die Kirche. Auch wenn der heilige Stuhl ein kaum zu ertragendes Joch auflegt, ist dasselbe, wie Karl der Große sagt, mit frommer Ergebung zu tragen.

Die Kirche hat das Recht, dem Staate die Anwendung von Zwangsmitteln gegen ihre inneren und äußeren Feinde zu gebieten.

Es ist kein gesunder Zustand, wenn sich ein Staat in der harten Notwendigkeit befindet, den Nichtkatholiken gleiche Rechte mit den Katholiken zu gewähren. Die Gewissensfreiheit ist verwerflich, wenn auch unter Umständen die bürgerliche Duldung aller Kulte durch die Klugheit geboten ist.

Der Friede und die nationale Einheit sind nur für dasjenige Volk unbedingt ein Gut, welches im Besitz der wahren Religion ist. Ist letzteres nicht der Fall, so ist die nationale Spaltung ein unvergleichlich geringeres Übel als das Verharren im religiösen Irrtum." (Eine bemerkenswerte Lehre hinsichtlich der heutigen Spaltung Deutschlands!)

„Der Klerus steht nach göttlichem Rechte nicht unter der Gerichtsbarkeit der weltlichen Fürsten, sondern allein unter der des Papstes. Während die Laien dem Papste nur in geistlichen Dingen unterworfen sind, sind die Geistlichen auch in weltlichen Dingen der päpstlichen Gewalt unterworfen.

Die Geistlichen sind zur Beobachtung der bürgerlichen Gesetze nur insoweit verpflichtet, als diese den kanonischen Gesetzen und der geistlichen Würde nicht widersprechen. Für die Übertretung der bürgerlichen Gesetze können sie nicht vor das weltliche, sondern nur vor das geistliche Gericht geladen und nur in den Fällen von dem welt-

---

[8]) In einer Allokution vom 22. Juni 1868 hatte Papst Pius IX. österreichische Staatsgesetze, die ihm nicht genehm waren, für „durchaus nichtig und für immer ungültig" erklärt *(nulliusque roboris fuisse ac fore)*.

lichen Richter bestraft werden, in denen sie die Kirche aus gerechten Gründen dem weltlichen Arm überläßt." [9])

Auf der Seite 358 seines Buches *„La chiesa e lo stato"* sagte der Jesuit ausdrücklich:

„Die Katholiken, sie mögen Franzosen, sie mögen Deutsche oder Spanier oder was immer sein, sind mehr Untertanen des Papstes, insofern er das Haupt der Kirche und ihr geistlicher Fürst ist, als ihres Königs oder Kaisers, insofern er weltlicher Fürst ist ... Wir sind gezwungen, dieselbe Sache oft zu wiederholen, weil unsere Gegner etwas harthörig zu sein scheinen."

Auch wir müssen diese jesuitischen Lehren anführen, weil auch unsere Gegner „etwas harthörig zu sein scheinen", während die Deutschen unserer Zeit über die Ursachen des sogenannten „Kulturkampfes" von betitelten historischen Falschmünzern nur zu leicht getäuscht werden. Es hat nämlich auf diesem Gebiet immer zweierlei Darstellungen und Darsteller gegeben. Der eine — so hat es Scherr ausgedrückt — „beugt sich den Dogmen des religiösen und staatlichen Köhlerglaubens, der andere anerkennt nur ein Gesetz, das der historischen Wahrheit". Der eine „schielt stets nach dem Vatikan, ob er es dem dort residierenden Aftergott auch recht mache" —, der andere „blickt nur auf seine deutsch-gründlich durchforschten Akten und Urkunden." [10])

Der letztere von Scherr geschilderte Typ sollte ein Vorbild für alle sein. Und der erstere? — Nun, Schiller sagte von solchem Menschen, der „so dazustehen sich verdammt, möcht' ich — und gält's ein Diadem — nicht spielen!" — Vielleicht könnten diese Worte in solchem Falle auch auf solche Historiker angewandt werden.

Wer nun die von uns hier wiedergegebenen Lehren und Forderungen der Jesuiten liest, wird zugeben, daß ein Staat, der sich ihnen unterwirft, seine Hoheitsrechte aufgibt. Darüber hinaus wurden aber auch die Protestanten bedroht, denn Liberatore

---

[9]) Wilhelm Oncken, a. a. O. Seite 465/66.

[10]) Johannes Scherr: „Hammerschläge und Historien", 3. Aufl., 1. Band, Seite 307/308, Zürich 1878.

erklärte auf Seite 49 ausdrücklich „die Gewissensfreiheit als reine Torheit". Denn — so schrieb er — „jeder Mensch hat die Verpflichtung, der (katholischen) Kirche untertan zu werden. Auch die Ungläubigen sind Untertanen der Kirche, freilich nicht aktuell, aber potentiell. Jeder Getaufte — also auch der Protestant — ist dem Papste mehr untertan, als irgend welchem anderen irdischen Herrscher."

Dieser Grundsatz war bereits von dem Papst Bonifaz VIII. (1294 — 1303) in seiner Bulle „*Unam sanctam*" vom 18. November 1302 aufgestellt worden. Er wurde später in das „*Jus canonicum*" aufgenommen. Wir sind bereits in dem einleitenden Abschnitt darauf eingegangen und haben auch die Erklärung des Jesuitengenerals Fr. Xaver Wernz gebracht, der schrieb, daß diese Bulle „das richtige Verhältnis zwischen Kirche und Staat für ewige Zeiten feierlich vorgezeichnet" hat.

Der Historiker Wilhelm Wachsmuth (1784 — 1866) schrieb zu den verschiedenen Veröffentlichungen:

Fast unbegreiflich ist es, wie die Jesuiten diese und eine Menge anderer Behauptungen ... in Druckschriften darlegen und so ihren Feinden selbst Waffen in die Hände geben konnten." Aber — so meinte er — „wie der Lügner zuletzt seine Lügen für wahr hält, so vergaßen die Jesuiten zuletzt, daß sie Grundsätze aussprachen, die immerfort hätten zu den Ordensgeheimnissen gehören müssen. So verrät auch der verschmitzteste Gauner sich gewiß irgend einmal auf eine unbegreiflich plumpe Weise." [11])

Die späteren Päpste sind allerdings klüger gewesen. Sie haben zwar stets die gleichen Forderungen erhoben, sich dabei aber etwas vorsichtiger ausgedrückt. Sie sprachen immer nur von „Christus", meinten aber natürlich sich selbst, als den „Stellvertreter" dieses „Christus". So hat Papst Pius XI. in der Enzyklika „*Quas primas*" vom 11. Dezember 1925 erklärt:

„Um es kurz zu sagen, Christus hat die Herrschergewalt über jegliche Kreatur nicht durch gewaltsame Anmaßung, noch auf Grund

---

11) Wilhelm Wachsmuth: „Historische Darstellungen aus der Geschichte der neueren Zeit", 1. Teil, Seite 116, Leipzig 1831/1833.

eines äußeren Titels, sondern durch seine Wesenheit und Natur (Ziffer 8).

Ein schwerer Irrtum wäre es jedoch, wollte jemand Christus dem Gottmenschen von vornherein die Herrschaft über alle bürgerlichen Angelegenheiten absprechen ... Mit Freuden führen Wir hier die Worte Leos XIII., Unseres Vorgängers unsterblichen Angedenkens, an: ‚Sein Reich erstreckt sich nämlich nicht nur über die katholischen Völker, oder weiterhin nur über jene, die durch den Empfang der heiligen Taufe rechtlich zur Kirche gehören, obwohl irrige Meinungen sie auf Abwege geführt haben ... sondern es umfaßt auch die große Zahl derer, die des christlichen Glaubens noch nicht teilhaftig geworden sind, so daß in Wahrheit das ganze Menschengeschlecht in der Gewalt Jesu Christi sich befindet (Ziffer 11).

In dieser Beziehung ist gar kein Unterschied zwischen dem Einzelmenschen, der Familie und dem Staat, weil der Mensch in der Gemeinschaft ebenso in Christo Gewalt ist wie die einzelnen ...

Die Staatslenker dürfen sich also nicht weigern, der Herrschaft Jesu Christi öffentlich Ehrfurcht und Gehorsam zu erweisen. Ebenso haben sie die heilige Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Volk Christi Oberherrschaft anerkennt" (Ziffer 12).

In den amtlichen Erläuterungen zu dieser Enzyklika wird über diese Herrschaft Christi — also die Oberherrschaft der Kirche bzw. des Papstes — gesagt:

„Daraus ergibt sich dann, daß niemand über den Menschen befehlen kann, als wer von Christus, dem rechtmäßigen Eigentümer des Menschen, die Gewalt dazu bekommen hat."

Das ist jedoch nach katholischer Lehre der Stellvertreter Christi, das ist der römische Papst. „Es ist vielfach der falsche Schluß gezogen worden" —, so heißt es weiter —,

„die bürgerlichen und weltlichen Dinge seien der Herrschaft Christi (d. h. wirklichkeitsnah: Dem Papst!) in keiner Weise unterstellt. Das ist aber ein verhängnisvoller Irrtum. Christi Reich (d. h. das Papsttum!) ist vorzüglich geistig, doch sind auch alle irdischen Angelegenheiten vollständig der Herrschaft Christi unterstellt ... An und für sich ist Christus Besitzer und Herr aller Erdendinge, allen irdischen Besitzes und aller bürgerlichen Angelegenheiten. Alles dieses ist ihm darum unterworfen und muß ihm dienen. Es sind also Christus unterworfen:

alle Menschen — Getaufte und Ungetaufte;

diese Menschen in all ihren Beziehungen; als Einzelmenschen wie auch in den verschiedenen Gemeinschaften der Familie und des Staates.

Auch der Staat ist Christus unterworfen und verpflichtet, ihm zu dienen.

Die Staatsobrigkeit und die leitenden Staatsbehörden müssen Christus öffentliche Verehrung erweisen und schulden ihm Gehorsam.

Sie haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch die Staatsbürger Christus dienen und gehorchen." [12])

Um die Bedeutung dieser Forderungen richtig zu verstehen, ist es nötig, überall, wo es „Christus" heißt, dessen Stellvertreter, den Papst, einzusetzen. Denn „Christus" ist eine mythische bzw. legendäre Gestalt, die völlig unwirklich ist. Also die Herrschaft Christi bedeutet immer die Herrschaft des Papstes. Dieser Herrschaft sollte sich auch der Staat unterwerfen und sollte als weltlicher Arm der Kirche nach deren Befehl handeln. *„Pro ecclesia ad nutum sacerdotis"* — für die Kirche nach dem Willen des Priesters — wie dies Papst Bonifaz VIII. gefordert und was die Jesuiten zu einer „dogmatischen Definition" erhoben hatten.

Bereits auf dem 5. deutschen Protestantentag zu Darmstadt war am 4. Oktober 1871 eine Erklärung über die Gefahr einer zunehmenden Wirksamkeit des Jesuitenordens abgegeben worden. Eine allgemeine Entschließung forderte vom Staat das Verbot des Ordens im Deutschen Reich. Am 8. November 1871 richteten die Bürger der Stadt Köln — es waren auch zahlreiche Katholiken darunter — eine Eingabe an den Deutschen Reichstag, in der ein Verbot des Jesuitenordens gefordert wurde. Es hieß in dieser Eingabe, es scheine „geboten, unverzüglich Maßregeln der Notwehr zu ergreifen, damit nicht still und unvermerkt im Innern des Reiches jene feindliche Macht erstarke, die in verhängnisvollen Augenblicken, etwa im Bunde mit äußeren

---

[12]) „Rundschreiben unseres Heiligsten Vaters Papst Pius XI. über die Einsetzung des Festes Christi Königstag *(Quas primas vom 11. Dezember 1925)*", übersetzt und erläutert von Prof. Dr. v. Meurers, 3. Aufl., Seite 18/19 und 36/37, Trier 1933.

Feinden, unsägliches Verderben über das Vaterland zu verbreiten imstande wäre". Die Unterzeichner baten um folgenden Zusatz zu dem bestehenden Gesetze über das Vereinswesen:

„Auf die sog. Gesellschaft Jesu findet das Recht der freien Vereinigung keine Anwendung, und sind darum alle bestehenden Profeßhäuser, Kollegien und sonstigen gemeinsamen Niederlassungen derselben sofort aufzulösen und neue Anstalten dieser Art nicht zuzulassen. Derjenige, welcher dieser Bestimmung entgegenhandelt, verfällt in eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre."[13])

Aber nicht nur die Protestanten, auch die Altkatholiken fühlten sich durch die fortschreitende hetzerische Agitation der Jesuiten bedroht. Sie richteten am 8. Mai 1872 eine ensprechende Bittschrift an den Deutschen Reichstag. Darin wiesen sie auf die obengenannten Lehren der Jesuiten hin und belegten ihre Beschwerden und Warnungen mit Auszügen aus der jesuitischen Presse. Es hieß in dieser Bittschrift:

„Hoher Deutscher Reichstag! Einem Hohen Reichstage erlauben sich die Unterzeichneten nachstehende Petition, betreffend den Ausschluß des Jesuitenordens oder der sog. Gesellschaft Jesu aus dem Deutschen Reiche zur geneigten Berücksichtigung und weiteren Veranlassung ehrerbietigst vorzulegen.

Die Grundsätze und Bestrebungen dieses Ordens sind in neuester Zeit so unverhohlen zu Tage getreten, daß es nur weniger Erfahrungen bedarf, um dieselben als staats- und kulturfeindlich überhaupt und insbesondere als grundverderblich für unser deutsches Vaterland erkennen zu lassen. Über die Lehren der Jesuiten in Betreff des Verhältnisses von Kirche und Staat und der verschiedenen Konfessionen zueinander kann kein Zweifel mehr bestehen. Wir erlauben uns auf einige besonders charakteristische Sätze dieser Art hinzuweisen."

Nun folgten zahlreiche Auszüge aus der genannten amtlichen Jesuitenzeitung *„Civiltà cattolica"*. Dann heißt es weiter:

„Diese und viele ähnliche Sätze kommen in dem römischen Jesuitenorgane, welches zugleich das offiziöse Organ der römischen Kirche ist, nicht vereinzelt vor, sondern bilden das kirchen-politische System, welches die *Civiltà* konsequent und unermüdlich nach allen Seiten hin verficht. Nach diesem System sind also alle Fürsten und Staatsmänner

---

[13]) F. W. Ghillany: „Europäische Chronik", 5. Band, Seite 268, Leipzig 1878.

der Welt verpflichtet, die katholische Kirche als die einzige berechtigte anzuerkennen, und alle übrigen Religions-Genossenschaften und Kulte zu unterdrücken; sie haben ... unbedingt sich derselben (katholischen Kirche) zu unterwerfen, namentlich alle ihnen zu Gebote stehenden Zwangsmittel, Polizei und stehende Heere, gegen die Gegner der Kirche, vorzüglich des Papstes, aufzubieten; religiöse Parität, Gewissens- und Kultusfreiheit sind ein Greuel und das Verderben der Völker. Daß dieses System, doktrinell verbreitet und tatsächlich möglichst vollständig zur Geltung gebracht, nicht allein unsere ganze Staatsordnung auf's tiefste gefährdet, sondern auch prinzipiell und absichtlich Haß und Zwietracht unter die Anhänger der verschiedenen Konfessionen säet, namentlich katholische Untertanen mit Abneigung und Mißtrauen gegen ihre andersgläubigen Fürsten und Staatsmänner erfüllt und die gewissenhafte Beobachtung der bestehenden Staatsgesetze unter dem Vorhaben religiöser Pflichterfüllung untergräbt, bedarf keiner weiteren Ausführung." [14])

Die Zahl der Eingaben in dieser Angelegenheit wuchs. Am Anfang des Mai 1872 hatten sie schon die Zahl von 351 erreicht. Infolgedessen wurde eine besondere Kommission des Reichstages gebildet, um die Vorfälle zu untersuchen, zu beurteilen und festzustellen, ob ein entsprechendes Gesetz über den Jesuitenorden erforderlich sei. Dies wurde nach Prüfung der Angelegenheit bejaht, und ein Bericht für Bundesrat und Reichstag ausgearbeitet.

In dem Ministerrat vom 1. Juni 1872 wurde der Entwurf eines Gesetzes zum vorläufigen Verbot des Jesuitenordens vorgelegt und erörtert. Bismarck war abwesend. Er erklärte jedoch nach Kenntnisnahme des Entwurfes sein Einverständnis. Am 2. Juni 1872 telegraphierte er aus Varzin:

„Nachdem die Anweisungen aus Rom ... zeigen, daß man entschlossen ist, es zu Kampf und Bruch zu treiben, halte ich schleuniges und entschiedenes Vorgehen in der Jesuitenfrage für unerläßlich."

Auch jetzt suchte die Kaiserin Augusta den Kaiser zugunsten der Jesuiten zu beeinflussen. Kaiser Wilhelm beantwortete die fortwährenden Beschwerden der Kaiserin mit dem Brief vom 12. Juni 1872, in dem er schrieb:

---

14) Zitiert nach J. Riecks: „Der Altkatholizismus in Baden", Heidelberg 1883, Seite 50/53.

„Du schreibst, Du wollest über die jetzigen Wirren nicht weiter reden und schweigen über die Wunden, die denen geschlagen werden, die es redlich und treu meinen. Ich muß annehmen, daß Du die Katholiken dabei im Auge hast. Du scheinst aber gar nicht die gleichen Gefühle für uns Protestanten zu haben, oder findest Du etwa, daß uns keine Wunden geschlagen werden und auch bei uns Herzen schlagen, die es redlich und treu meinen? Mir scheint Deine Einseitigkeit bedeutend im Zunehmen zu sein."

Freilich, der Jesuit G. M. Pachtler mochte recht haben, als er vier Jahre später schrieb: „Der Jesuitensturm in Deutschland war ein Werk der Loge, das weitere, so hoffte die acherontische (unterirdische) Schar, werde sich von selbst ergeben." [15]) Das geschah ja dann auch durch den Reichstag. Aber diese geheime Arbeit der Freimaurerei war verständlich. Die Freimaurer waren damals die verschworenen Gegner der Jesuiten. Denn diese „sind die heftigsten Verfolger des (Freimaurer-) Bundes geworden, denn Jesuitismus und Freimaurerei sind unvereinbare Gegensätze", erklärten die Freimaurer. [16]) Papst Pius IX. hatte — wie auch andere Päpste vor und nach ihm — die Freimaurerei wiederholt in Breven und Allokutionen verdammt. Und noch in allerneuester Zeit wurde in einer katholischen Schrift ausdrücklich festgestellt: „Die Freimaurerei ist der heimlichste und unheimlichste Feind der katholischen Kirche." [17])

Die heute beobachtete gegenseitige Duldung und Schweigsamkeit der beiden mehr oder weniger geheim arbeitenden Organisationen ist „durch Klugheit geboten", wie der Jesuit Liberatore i. J. 1871 für die zeitweilige „Duldung aller Kulte" empfahl (siehe oben). Die Maßnahmen des NS-Regimes gegen die Freimaurer — die den Jesuiten nach ihrer Einstellung zur Freimaurerei ja willkommen gewesen sein müßten — bewirken heute, daß sie der aufstrebenden Freimaurerei widerstandslos zusehen müssen, um nicht als „Neo-Nazisten" angeprangert zu werden.

---

15) G. M. Pachtler S. J.: „Der stille Krieg". 2. Aufl., Seite 43, Amberg 1876.

16) „Allgemeines Handbuch der Freimaurerei", 1. Band, Seite 504, rechte Spalte, Leipzig 1900.

17) Hans Rost: „Der Liberalismus als Feind der Kirche", Augsburg 1958, Seite 24.

Die Freimaurer können indessen zu dieser Lahmlegung ihrer „heftigsten Verfolger" sagen: „Das danken wir dem Führer!" Tatsächlich und grundsätzlich ist und bleibt die Freimaurerei für die katholische Kirche so verwerflich, wie sie es stets gewesen ist, während die Freimaurerei viel zu schwach geworden ist, um dem sich ausbreitenden Jesuitismus wirksam entgegentreten zu können.

Als sich die Kommissionsberatungen des Reichstages über das einzubringende Jesuiten-Gesetz dem Ende näherten, schrieb der politische Beobachter jener Vorgänge, Johannes Scherr, obgleich er seit den Jahren 1848/49 ein alter Gegner der Jesuiten war:

„Im Reichstag soll auch demnächst ein Gesetz wider die Jesuiten eingebracht werden. Palliativische Spiegelfechterei! So ein Gesetz würde der Jesuiterei so wenig Abbruch tun, als es der Kommunisterei Eintrag tut, wenn man in altherkömmlicher Polizeistaatsstupidität die Kommunistenapostel auf die Festung setzt. Schafft gute Schulen, aus welchen das Bonzentum verbannt ist, und mit diesem Widerjesuitengesetz bewaffnet werdet ihr es erleben, daß die Geziefersdchaft Loyolas nicht aus Deutschland gewaltsam hinausgeschmissen zu werden braucht, sondern bloß lustig hinausgelacht wird. — Aber solche Schulen wollt ihr nicht, weil dieselben ein Geschlecht heranzögen, welches in der Stimmung und imstande wäre, auch noch anderes Ungeziefer vom deutschen Boden wegzulachen oder wegzuwischen." [18])

Er hat recht behalten! Was erreicht werden sollte und mußte, konnte nur durch umfassende Volksaufklärung und entsprechende Schulausbildung von freiheitlich gesonnenen Lehrern erreicht werden. Man versuchte indessen durch Ausschluß der Wirkungen zu erzielen, was nur durch Beseitigung der Ursachen zum Erfolg führen konnte.

Die jetzt auftauchende Jesuitenfrage war durchaus nicht neu. Papst Clemens XIV. hatte den Jesuitenorden aufgelöst, da es — wie der Papst in dem Auflösungsbreve *„Dominus ac Redemptor noster"* vom 21. Juli 1773 erklärte — „kaum oder gar nicht möglich ist, so lange besagte Gesellschaft (Jesu) besteht, der Kirche einen wahren und dauerhaften Frieden wiederzugeben"

---

[18]) Johannes Scherr: „Sommertagebuch 1872", Seite 110, Zürich 1873.

*(„imo fieri aut vix aut nullo modo posse ut ea incolume manente, vera pax ac diuturna ecclesiae restituatur“).*

Napoleon I. erklärte:

„Die Jesuiten sind die gefährlichste aller Gesellschaften; sie haben mehr Unheil angerichtet als alle anderen. Nach ihrer Doktrin ist ihr Oberhaupt der Souverän der Souveräne und Herr der Welt. Alle seine Befehle, wären sie auch gegen die Gesetze oder verbrecherisch, müssen ausgeführt werden. Jede von ihnen begangene Handlung, wie grausam sie auch sein mag, gewinnt in ihren Augen an Verdienst, wenn sie auf Befehl ihres in Rom residierenden Generals geschieht. Nein, nein, niemals hätte ich in meinem Lande eine Gesellschaft geduldet, deren Oberhaupt in Rom wohnt!“ [19])

Als die Jesuiten sich dann nach der Wiederherstellung ihres Ordens durch Papst Pius VII. (1814) in Bayern niederlassen wollten, wies König Ludwig I. von Bayern dieses Ansinnen scharf zurück. Er schrieb i. J. 1834 an den bayerischen Minister v. Wallerstein:

„Seine politischen Umtriebe habe ich diesem Orden vorzuwerfen... Deutsche Gesinnung soll in die Jugend gelegt werden, aber dieser waren die Jesuiten in Deutschland immer fremd: wo immer sie waren und sind, ihres Ordens Zweck verfolgen sie, nur ihn, Nebensache das Vaterland.“

Dementsprechend erklärte v. Wallerstein i. J. 1847 in der bayerischen Reichsratskammer:

„Daß die Jesuiten Bayern nicht betreten dürfen, nicht betreten können, ist klar. Sie sind instituiert zur Bekämpfung des Protestantismus, ihr erklärter Zweck ist die *ecclesia militans* gegen Andersgläubige. Ihr offenes und vermummtes Auftreten in einem konfessionell gemischten Lande wäre das Signal der betrübendsten Zwietracht...“

Der von ihm eingebrachte Antrag gegen die Zulassung der Jesuiten in Bayern wurde mit 30 gegen 6 Stimmen angenommen. [20])

---

[19]) *B. Ed. O'Meara: „Napoleon in exile“, London 1822,* übersetzt Leipzig 1902; Übersetzung dieser Stelle von Friedrich M. Kircheisen: „Napoleon usw.“, Stuttgart 1907, Seite 204/205, Nr. 171.

[20]) Chr. Meyer: „Die Jesuiten in Bayern und Österreich“, München 1913, Seite 194 und 107.

Die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche hatte sich dann i. J. 1848 mit dieser Frage beschäftigt. Sie war mehr oder weniger zu der Auffassung gelangt: der Jesuitenorden sei in Deutschland nicht zuzulassen. Aber dieses Parlament hatte keinerlei Machtbefugnisse und löste sich i. J. 1849 unverrichteterdinge auf. Die eingesetzte Kommission des Deutschen Reichstages hatte sich jetzt mit der gleichen Frage zu beschäftigen. Nach eingehenden Beratungen, Rückfragen und Untersuchungen hatte die Kommission deren Ergebnisse in einem Bericht über die Jesuitenfrage dem Reichstag und dem Bundesrat überreicht. Dieser Bericht war von dem Abgeordneten Gneist abgefaßt. Er ging von dem eigentlichen Zweck der Ordensgründung aus und wies den Einfluß des Jesuitenordens auf Kirche und Staat nach. Es heißt in diesem Bericht, den ein Historiker ein „Meisterwerk" genannt hat, inhaltlich von der Tätigkeit des Jesuitenordens:

„Diese Tätigkeit möge man bewundern oder fürchten: in jedem Falle stelle sie die mächtigste Organisation dieser Art dar, in geschlossener, streng monarchischer Verfassung, in einer einheitlichen Einrichtung, in welcher das heutige Deutsche Reich nur eine von zwanzig und mehr Provinzen darstelle. Diese Natur des Ordens bedinge notwendig eine bestimmte Stellung der Staatsgewalt. Durch ausdrückliche landesherrliche Verordnung sei der Orden nirgends in den zum Deutschen Reich verbundenen Staaten zugelassen. Wo er bestehe, beruht er auf dem Grunde des freien Vereinsrechtes und der Selbständigkeit jeder Religionsgesellschaft in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten. Dabei erhebe sich jedoch sofort die Vorfrage, ob eine Körperschaft und Organisation, wie die des Jesuitenordens, in das Gebiet des freien Vereinsrechtes falle und lediglich eine eigene Angelegenheit der Kirche bilde. Ein Orden mit der Verfassung dieser Gesellschaft sei jedenfalls kein Privatverein, keine Vergesellschaftung von ‚Preußen' (im Sinne und nach dem Wortlaut der preußischen Verfassung) und zu ‚erlaubten Zwecken', sondern es seien eidlich verpflichtete Mitglieder einer in strenger Unterordnung fest geschlossenen Körperschaft, welche sich über das ganze Gebiet der katholischen Kirche erstrecke und ihre Oberen im Auslande habe, deren Anweisung zu befolgen sie sich gleichfalls eidlich verpflichteten. Dem Staat fehle dem allem gegenüber der Anhalt zu einer sich selbst schützenden Tätig-

keit. Die systematische Einwirkung der Ordensverbindung auf die einzelnen Glieder, die von ihnen geleitete Tätigkeit der Vereine entziehe sich der zusammenhängenden Kenntnis und Kontrolle des Staates. Diese Art der Tätigkeit habe in der Geschichte des Ordens stets gewaltet und lasse sich doch nie durch juridische Beweise feststellen. Jeder nicht zu dieser Parteiorganisation Gehörige stehe einer unsichtbaren Macht gegenüber, welche überall tätig und doch nirgends in einem verantwortlichen Organ zu finden sei. Eine solche Organisation enthalte eine Gefährdung des kirchlichen Friedens. Das in dieser Lage Notwendige sei die Herstellung der Autorität des Staates und der Staatsgesetze nach einheitlichen Grundgesetzen; nicht etwa durch bloße Polizeiverbote, sondern nur durch zusammenhängende Maßregeln der Gesetzgebung und der Regierungen innerhalb ihrer Zuständigkeit sei solchen Zuständen abzuhelfen." [21])

Dieser Bericht bewirkte verschiedene Anträge beim Bundesrat und im Reichstag, welche auf Einschränkung oder Verbot des Jesuitenordens abzielten. In den Tagen vom 15. und 16. Mai 1872 wurde in Abwesenheit Bismarcks — dieser hatte aus gesundheitlichen Gründen einen Urlaub angetreten — über diese Anträge im Reichstag debattiert. Wenn Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst richtig beobachtet hat, ist Bismarck den Sitzungen absichtlich fern geblieben. Hohenlohe-Schillingsfürst schrieb nämlich später an seinen Schwager Hohenlohe-Waldenburg, Bismarck „scheute den Kampf", denn er wußte, daß es nicht bei den Jesuiten bleiben würde. Ja, in seiner Rede vom 24. April 1873 hat Bismarck im Preußischen Abgeordnetenhaus mitgeteilt, er sei der Anklage nicht entgangen, die Jesuiten bei den Kommissionsverhandlungen zu sehr begünstigt zu haben. Wenn Hohenlohe weiter meinte, Bismarck sei „ein Freund" der Jesuiten gewesen, so hat diese Behauptung eine gewisse Stütze in der Rede vom 18. März 1875 im Preußischen Abgeordnetenhaus. In dieser Rede sagte Bismarck: „Wir sind auch nicht ganz ohne jesuitische Fühlung. Ich habe in meinem Leben die Freundschaft manches Jesuiten genossen und bin auch heute nicht ganz ohne Fühlung damit." Aber — so fuhr

---

21) Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", Leipzig 1893, Seite 74/75; Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages nebst den dazugehörigen Drucksachen von 1872.

er fort — „ich will nicht so weit gehen und sagen: von Zeit zu Zeit sehe ich die Alten gern.“

Sei dem, wie es sei — jedenfalls geht daraus hervor, daß sich Bismarck nicht leichten Herzens zu dem sogenannten Kulturkampf entschlossen hat, der dem Deutschen Reich durch Rom aufgezwungen wurde, und den das Reich führen mußte, wollte es sich nicht von vornherein dem Papst unterwerfen.

In der Debatte im Deutschen Reichstag erklärte der Zentrums-Abgeordnete Domkapitular Dr. Moufang unter anderem, abgesehen von ihrem Recht, seien die Jesuiten auch eine Macht, „eine große Macht, völlig identisch mit der Macht der Kirche selbst“. Das bezweifelte damals niemand. Am allerwenigsten Bismarck. Auch wir wissen das heute. Aber heute wird diese Macht als eine „überstaatliche Macht“ gekennzeichnet, „überstaatlich“, weil sie sich über alle Staaten hinweg erstreckt und wirksam ist, während sie in allen Staaten ihre eigenen Weltherrschaftsziele verfolgt. In dieser Rede drohte jener Abgeordnete unter anderem: „Greift nur den heiligen Vater an, dann sollt ihr sehen, wie der katholische Geist sich überall erheben wird für die Sache, auf deren Grundlage alle Staaten beruhen.“

Der Abgeordnete Wagener bewies in dieser Debatte die staatsfeindliche Tendenz der Jesuiten durch zahlreiche Zitate aus ihren Schriften und aus Vorkommnissen der letzten Zeit. Er sagte unter anderem:

„Da heißt es in einer betreffenden Schrift: bei dem Menschen, der zugleich Katholik und Staatsbürger ist, steht die Pflicht, der Kirche zu gehorchen, höher als die, dem Staate zu gehorchen; denn man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen. Im Syllabus heißt es: bei Konflikten haben die Vorschriften der Kirche vor allen anderen den Vorzug. In Westfalen wurde an einen Beamten von der Geistlichkeit die Frage gerichtet, wie er sich zu den Beschlüssen des vatikanischen Konzils stelle; der Beamte erwiderte, daß der Glaube an die Unfehlbarkeit und der Diensteid schließlich unvereinbar sei, worauf ihm geantwortet wurde, das ließe sich ganz gut vereinigen, ‚denn der Diensteid werde doch immer mit einer gewissen *„reservatio mentalis“* (das ist ein heimlicher innerlicher Vorbehalt) ‚geleistet‘! (Hört, hört!) Diesen Vorgängen gegenüber ist es unmöglich, daß die Reichsregie-

rung noch länger, die Hände in dem Schoße gefaltet, zusieht, einer Bewegung gegenüber, welche die Fundamente des Staates in Frage stellt. (Hört! links. Oho! im Zentrum.) Sie berufen sich auf die Verfassung! ? — Wie kommen Sie dazu, meine Herren, möchte ich beinahe fragen, wenn Sie den Grund des Staates zerstören, wie können Sie sich da auf ein Grundgesetz berufen? — Beabsichtigt die Verfassung die Untergrabung des Staates? — Die Verfassung ist für den Untertan da, für den, der seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt. Wer über die Schranken hinausgeht, welche der in der Verfassung garantierten religiösen Freiheit gesetzt sind, der steht nicht mehr auf dem Boden der Verfassung. (Sehr wahr! links.) Sie machen sich dann zum Staat im Staate, noch dazu unter einem auswärtigen Oberhaupte. (Sehr richtig!) [22]) So werden Sie den Staat entweder anerkennen müssen, oder ihn zwingen, zu den äußersten Mitteln zu greifen, seine äußere Freiheit zu wahren. Wir alle wissen, was das frühere deutsche Reich zugrunde gerichtet hat. Ebenso wissen wir, daß die jetzigen kirchlichen Zerwürfnisse genau mit der Errichtung des deutschen Reiches zusammenfallen. Und wenn es überhaupt ein Mittel gibt, die mühsam errungene deutsche Einheit wieder zu zerstören, so ist dies die Erregung des religiösen Zwiespaltes. (Lebhafter Beifall.)" [23])

Vermutlich — wahrscheinlich sogar — werden heutige Politiker sich diesen letzten Satz des Abgeordneten Wagener aus dem Jahre 1872 zu eigen machen und stolz darauf hinweisen, daß die Parteien der CDU/CSU diesen „religiösen Zwiespalt" beseitigt haben. Denn in dieser Partei sind die beiden Konfessionen ja vereint. Ein gefährlicher Irrtum, der alle geschichtlichen Erfahrungen von 450 Jahren gegen sich hat. Es gibt nach der unabänderlichen Auffassung und Überzeugung der Jesuiten nur eine Religion: die römisch-katholische! Sie haben selbst grundsätzlich erklärt: „Vergebens wartet die Ketzerei (das heißt alle nichtkatholischen Christen) durch bloßes Schweigen, Frieden mit der Gesellschaft (Jesu) zu erlangen ... Frieden ist ausgeschlossen."

---

[22]) Es ist recht belustigend, daß Jesuiten die Freimaurer beschuldigten, dasselbe zu tun. Der Jesuit H. Gruber schrieb: „Die Freimaurerei hat ihrem Wesen nach, weil sie nur so ihre Ziele erreichen kann, das Bestreben, einen Staat im Staate zu bilden, eine geheime Nebenregierung zu sein, welche der wirklichen Regierung entgegenarbeitet." („Staatslexikon der Görresgesellschaft", 2. Band, 1254/1286.)

[23]) Stenographische Berichte a. a. O.; Wolfgang Menzel: „Geschichte der neuesten Jesuitenumtriebe in Deutschland (1870—1872)", Stuttgart 1873, Seite 327/328.

*(Desperata pax est)*[24]) Und neuerlich erklärte ein Jesuit bei einer Stellungnahme gegen die Freimaurerei in der „Deutschen Tagespost“ vom 16. Februar 1960 (Nr. 19, S. 4): „Wer alle Religions- und Konfessionsunterschiede für gleichgültig (das heißt gleichberechtigt. Lö.) erklärt, verzichtet auf die Frage nach der wahren Religion.“ Diese „wahre Religion“ ist für den Jesuiten selbstverständlich die römisch-katholische. Es ist immer dasselbe: was erst bewiesen werden müßte, wird als bewiesen vorausgesetzt. Diese *petitio principii,* diese Erschleichung der Begründung, macht alle derartigen theologischen Diskussionen unmöglich.

Der evangelische Theologieprofessor Otto Zöckler (1833—1906) hat dazu festgestellt:

> „Es liegt in dem Prinzip der römischen Kirche, daß sie im Bewußtsein ihrer vermeintlich ausschließlichen göttlichen Berechtigung den Andersgläubigen alles Recht abspricht und darum ihnen gegenüber keine gemeinsame Rechtsbasis anerkennt. Die Jesuiten haben sich dieses Prinzip nicht nur angeeignet, sondern es auf die Spitze getrieben: im Sinne einer weltlichen Kriegführung und Diplomatie halten sie jede Waffe, jeden Hinterhalt, jede Täuschung für erlaubt, wenn sie nur ihrer Sache zum Siege verhilft.“ [25])

Es gab und gibt allerdings in der evangelischen Kirche immer Zeiten, in denen — wie es der Kirchenhistoriker Friedrich Nippold ausdrückte — „ein großer Teil ihrer eigenen Führer sich ihrem erbittertsten Feinde verkauft hat“.

Im Jahre 1872 wußten selbst Katholiken darüber Bescheid. Der katholische Abgeordnete Fürst Hohenlohe — der Bruder des Kardinals — vertrat die Auffassung des katholischen Abgeordneten v. Radowitz, welche dieser am 24. August 1848 in der Nationalversammlung in Frankfurt vertreten hatte. Dieser hatte nämlich gesagt: „Der Nutzen, welchen man sich aus dem Jesuitenorden für die katholische Kirche in Deutschland versprechen könnte, wird in gar keinem Verhältnis zu den tiefen Störungen und Ge-

---

[24]) *„Imago primi saeculi Societatis Jesu“, Antverpiae 1640, pag. 843.*

[25]) „Der Jesuitenorden“ in der 3. Aufl. der Herzog-Hauckschen Realenzyklopädie für protestantische Theologie. 8. Band; Eckert, a. a. O., Seite 192.

fahren stehen, welche seine Gegenwart hervorrufen muß."[26]) v. Hohenlohe verlangte ein einfaches Gesetz und schlug folgende Fassung vor:

„1. Der Jesuitenorden und die mit ihm in Verbindung stehenden Orden sind in Deutschland verboten. 2. Jeder Deutsche, welcher in den Jesuitenorden eintritt, verliert dadurch sein Staatsbürgerrecht. 3. Kein Deutscher, welcher in einer von den Jesuiten geleiteten Anstalt seine Erziehung erhalten hat, kann in Deutschland im Staats- und Kirchendienst angestellt werden."

Ein ganz ähnliches Gesetz aus dem Jahre 1843 bestand noch im Jahre 1961 in dem Schweizer Kanton Aargau. Der Vorschlag des Abgeordneten v. Hohenlohe ist deshalb besonders bemerkenswert, weil er von einem Katholiken, dem Bruder eines Kardinals, gemacht wurde. Der Fürst und Abgeordnete stellte es dem Bundesrat anheim, darüber zu entscheiden.

Die bedeutendste und ausführlichste Rede gegen die Jesuiten und über die Jesuitengefahr hielt indessen der liberale Abgeordnete Eduard Windthorst, ein Namensvetter und Verwandter des fanatischen Klerikalen Ludwig Windthorst, des Führers des katholischen Zentrums, der „schwarzen Perle von Meppen", wie er nach Bismarcks humorvoller Metapher genannt wurde.[27]) Das war eine witzige Ironie im Kampf um das Jesuitengesetz.

Der Abgeordnete Eduard Windthorst sagte unter anderem:

„Wir glauben nun, ohne den Widerspruch unserer katholischen Mitbürger fürchten zu müssen, daß der Jesuitentenorden und die mit ihm verwandten Orden kein integrierendes Glied der katholischen Kirche bilden, wir glauben, daß diese Orden nicht so wesentlich mit der Kirche selbst verbunden sind, daß jeder gegen sie gerichtete Angriff als ein An-

---

[26]) J. v. Radowitz: „Gesammelte Schriften", Berlin 1853, 2. Band, Seite 345.

[27]) Eduard Windthorst war zwar katholisch, aber ein politischer Gegner des Zentrumsführers L. Windthorst. Er war Kreisrichter in Werne/Lippe und liberaler Abgeordneter für den 3. Berliner Wahlkreis. Den Abdruck der ganzen Rede — die hier nur auszugsweise wiedergegeben werden kann — findet man nach den stenographischen Berichten des Deutschen Reichstages von 1872 bei Rud. Eckert: „Hundert Stimmen aus vier Jahrhunderten über den Jesuitenorden", 1. Band, Seite 141—176, Leipzig (G. H. Wiegand) o. J. und als Sonderdruck der L. Hahnschen Druckerei, Heidelberg o. J.; Auszüge bei Arthur Böthlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom", Berlin 1911, Seite 214/217.

griff und als eine Beleidigung der katholischen Kirche angesehen werden müssen. Leider läßt sich allerdings nicht verkennen, daß in vielen großen katholischen Kreisen der Geist des Jesuitenordens, den wir zu bekämpfen für unsere Pflicht halten, so herrschend geworden, daß von Bischöfen und Priestern, ebenso wie von Laien die katholische Kirche derartig mit dem Jesuitenorden identifiziert wird, daß jede gegen irgend einen Orden, namentlich gegen den Jesuitenorden, zu treffende Maßregel als ein direkter Angriff gegen die katholische Kirche, als ein Bruch des Religionsfriedens betrachtet wird. Einer solchen Anschauung gegenüber werden wir allerdings, trotz aller Achtung, die wir vor der katholischen Priesterschaft, die wir vor der früheren Wirksamkeit und den Erfolgen der katholischen Kirche haben, und bei aller Liebe zum religiösen Frieden, in welchem wir auch fernerhin mit unseren katholischen Mitbürgern zu leben gedenken, uns nicht abhalten lassen, offen und frei die Wahrheit zu sagen, und die gründliche Abhilfe der von uns anerkannten Mißstände zu fordern; aber die Verantwortlichkeit für allen daraus hervorgehenden Streit müssen wir auf diejenigen wälzen, welche die kirchlichen Anschauungen und den Jesuitismus, die die katholische Kirche mit dem Jesuitenorden selbst identifiziert haben. Wir erblicken eben in dem Jesuitenorden einen ebenso häßlichen wie schlimmen und gefährlichen Auswuchs der katholischen Kirche, der nicht bloß die Säfte der Kirche zu gefährden droht, sondern auch die höchsten Interessen der menschlichen Gesellschaft und des Staates berührt, der nur durch eine mit kühner und geschickter Hand durchgeführte Operation beseitigt werden kann.

Über die Tragweite und über die Bedeutung der heutigen Debatte haben wir uns durchaus keiner Täuschung hingegeben, wir wissen sehr wohl, was es zu bedeuten hat, wenn wir den mächtigen Jesuitenorden, die gewaltigste Institution der großen katholischen Kirche, die gewaltigste Organisation der ganzen Welt, heute vor unsern Richterstuhl laden, um sich auf die gegen sie erhobenen Anklagen zu verantworten und das Verdikt der deutschen Nation zu vernehmen. Wir sind uns unserer Pflicht und unserer Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt, die Anklage bestimmt zu formulieren und den Beweis in jeder Hinsicht voll zu führen. Wir werden uns dadurch nicht abhalten lassen, daß möglicherweise irregeleitete Gefühle eines Teiles unserer katholischen Mitbürger dadurch verletzt werden können; und ich für meine Person werde mich nicht durch Drohungen und Schmähungen, am allerwenigsten durch anonyme Drohbriefe, die zu empfangen ich Gelegenheit gehabt habe, einschüchtern und in meinem Entschlusse, der Wahrheit überall die Ehre zu geben, irre machen lassen. Vielleicht trägt dieser Umstand nur dazu bei, daß ich mich einer etwas

schärferen Ausdrucksweise bediene, als es sonst der Fall sein würde.

Indem ich nun zu meiner Aufgabe übergehe, erhebe ich gegen den Jesuitenorden die fünffache Anklage, daß er staatsgefährlich, reichsgefährlich, kulturgefährlich ist, daß er den konfessionellen Frieden zerstört und daß er die Sittlichkeit und Bildung des Volkes gefährdet.

Der Jesuitenorden ist staatsgefährlich, weil er unbedingte Unterordnung des Staates unter die Kirche fordert, weil er der Kirche die Rechte zueignen will, auf welche allein der Staat Anspruch hat, weil er die unbedingte Wirksamkeit der bürgerlichen Gesetze negiert und damit die Grundlagen der staatlichen Organisation in Frage stellt. In den Schriften der Jesuiten aus früherer und späterer Zeit, in den Werken der bedeutendsten Normal-Theologen und Dogmatiker finden Sie folgende auf das Verhältnis zwischen Kirche und Schule bezügliche Sätze — ich will sie nur ganz kurz vortragen, weil sie teilweise von den Herren Vorrednern schon berührt worden sind:

„Die weltliche Macht ist der geistlichen Gewalt untergeordnet und muß unbedingt nach dem Verfahren und den Anordnungen der letzteren sich richten. Die römische Kirche, deren Herrschaft unterworfen zu sein für jedes Geschöpf zum Heil notwendig, ist berechtigt, jede weltliche Herrschaft zu verleihen und zu nehmen; insbesondere hat der Papst das Recht, Länder und Völker, welche nicht katholisch sind, katholischen Regenten zu schenken, welche sie zu Sklaven machen können. Alle Staatsgesetze, Staatsverfassungen und -Verträge, welche den kirchlichen Anordnungen zuwider laufen, können von der Kirche für nichtig erklärt und die Untertanen von ihrer Befolgung entbunden werden. Die bürgerlichen Gesetze sollen und dürfen nicht von der Autorität der Kirche abweichen, sowie überhaupt der Staat in Sachen der Moral und des geistlichen Regiments sich nicht einmischen darf."

Diese und viele andere, mit den Grundanschauungen des Staates in direktem Widerspruch stehende Lehren finden Sie in mannigfacher Variation in den Werken der Jesuiten. Sie wurden von Bellarmin und Suarez in derselben Weise gelehrt, wie sie heute in den Schriften der Väter von Maria Laach (derzeitiges Hauptquartier der Jesuiten [Lö.]) verteidigt werden. Sie konnten als ungefährlich gelten, solange sie als Anschauungen und Lehrmeinungen eines einzelnen Ordens betrachtet werden durften, sie sind aber zur größten Gefahr geworden, seitdem sie infolge der wachsenden Bedeutung des Ordens immer weitere Kreise erfaßten und schließlich durch den Syllabus und das neue Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit zu Lehrsätzen der neukatholischen Kirche erhoben worden sind. Dieser Gefahr gegenüber kann sich der Staat nicht schweigend verhalten, er ist verpflichtet, mit allen Mitteln energisch einzugreifen. Die Abhängigkeit des Staates von

der Kirche auf der einen Seite und die Unverbindlichkeit der bürgerlichen Gesetze vor dem Gewissen auf der anderen Seite, das sind die beiden Lehrsätze, durch deren Anerkennung die Existenz des Staates und seine Wirksamkeit, die Erfüllung seiner großen Aufgaben absolut unverträglich sind ..."

Eduard Windthorst zitierte dann einige Ausführungen der katholischen Presse jener Tage, die seine Darstellungen bestätigten. Dann fuhr er fort:

„Ich will daran gleich anschließen einen äußerst interessanten Artikel der *„Civiltà cattolica"*, deren Stellung und Bedeutung ich schon erwähnt habe. Ich zitiere das meiste nach der ganz zuverlässigen Quelle, die uns in dem „Rheinischen Merkur" gegeben ist, dem meisterhaft und geistreich redigierten Organ der Altkatholiken, zu denen ich übrigens nicht gehöre.

In dieser *„Civiltà cattolica"* vom 1. Juli vorigen Jahres heißt es:

„Der Papst ist nach göttlichem Rechte der höchste Ordner und Leiter der christlichen Staaten. Er hat das Recht, die christlichen Fürsten, welche ihre Gewalt mißbrauchen, zur Rechenschaft zu ziehen, zu strafen, evtl. abzusetzen." (Hört! hört! links.)

Meine Herren, das steht im offiziellen Organ des Vatikans.

„Wenn Gregor VII. und spätere Päpste dieses Recht ausübten, so beruhte dasselbe nicht etwa auf einer ihnen in dem damaligen öffentlichen Rechte eingeräumten Konzession" — wie das ja vielfach behauptet wird — „es wurde vielmehr kraft der dem Papste von Christus übertragenen höchsten geistlichen Gewalt ausgeübt. Gregor VII. lehrt in seinem sog. *„Dictatus"*, in seinem Briefe an den Bischof Hermann von Metz und in anderen Schreiben ausdrücklich: Die christlichen Fürsten seien auch als Fürsten Untertanen der Kirche, und darum dürfe diese sie verurteilen und strafen, wenn sie ihre souveräne Gewalt zu ihrem, der „Kirche", Schaden mißbrauchten; der Papst habe das Recht, einen unsittlichen oder vom Glauben abgefallenen katholischen Fürsten abzusetzen und die Untertanen vom Eide der Treue zu entbinden; und dieses Recht bringt Gregor VII. in einen inneren Zusammenhang mit dem Primate und stützt es auf die Autorität der Heiligen Schrift und die Lehre aller Päpste." (Hört! hört! links.)

In der *„Revue des sciences ecclésiastiques"* finden Sie einen in mehrfacher Hinsicht interessanten Aufsatz eines Jesuiten, Camillo Tarquini, vom Februar dieses Jahres, aus welchem ich nur einige Sätze vorlesen werde. Der Jesuit sagt offen heraus:

„In der Regierung der Kirche ist der Papst allein Gesetzgeber; alle anderen sind Untertanen. In weltlichen Dingen und unter dem welt-

lichen Gesichtspunkte sind die Fürsten unabhängig; aber in geistlichen Dingen und in denjenigen Dingen, welche die geistlichen berühren, sind sie Untertanen. Es ist absurd, den Gesetzgeber und den Untertan auf dieselbe Linie zu stellen und dem Gesetzgeber, und zwar demjenigen, der seine Gewalt nicht vom Volke, sondern direkt von Gott hat, das Recht zu bestreiten, das Gesetz zu ändern, wenn er dies für zweckmäßig hält, und zu behaupten, er bedürfe dazu der Zustimmung der Untertanen." ...

Ich wende mich nun zur zweiten Anklage und behaupte, daß der Jesuitenorden das Deutsche Reich gefährde, weil er mit allen Mitteln seiner Macht dessen Schwächung und Verderben betreibt, weil er falsche Vorstellungen über die Bedeutung und den Wert des Reiches verbreitet, und weil er im katholischen Volke insbesondere die falsche Meinung zu erwecken sucht, daß das Deutsche Reich der Feind und Gegner der Interessen der katholischen Kirche sei. Der Haß, der glühende Haß, mit dem der Jesuitismus das Deutsche Reich verfolgt, findet seine einfache Erklärung.

Deutschland ist das Land der Reformation, das Land der freien Wissenschaft, das Land der Toleranz und Aufklärung. Es gilt in den Augen der Jesuiten mit Recht als der feste Hort des protestantischen Geistes und wird deshalb von ihnen als das größte Hindernis ihrer Pläne betrachtet und verabscheut. In welch eigentümlicher Weise dieser Haß gegen das Deutsche Reich sich Luft macht, davon mögen einige Proben aus den hervorragendsten Jesuitenorganen Ihnen Auskunft geben."

Wieder brachte der Abgeordnete entsprechende Pressestimmen aus dem klerikalen Lager, mit denen er seine Ausführungen belegte. Im Zentrum entstand eine wachsende Unruhe. Windthorst fuhr fort:

„Es wird den Herren sehr unbequem sein, dies zu hören, sie mögen es nachher vielleicht widerlegen. (Zuruf: Vielleicht!) Aber ich möchte doch bitten, mich nicht zu stören. Es heißt in diesem Artikel:

„Darum scheint das neue Reich bestimmt zu sein, wie ein leuchtendes Meteor bald zu verschwinden. Es scheint, als ob Preußen mit dem Degen Napoleons III. in Sedan auch dessen antichristliche Politik geerbt hätte. Darum wird vielleicht schneller als man denkt Einer kommen, der auch ihm ein Sedan oder ein zweites Jena bereitet. Seiner Geißeln bedient sich Gott und dann bricht er sie. Und was anders ist das neue Reich, als eine Zornesgeißel in der Hand Gottes?"

Schärfer und giftiger ist wohl aber niemals das Verhältnis der Jesuiten zum Deutschen Reiche dargelegt, als in einem Artikel der „Genfer Korrespondenz" vom 20. Juli vorigen Jahres, worin es heißt:

„Man hat es nicht unterlassen, diesen Erwägungen dadurch zu entgegnen, daß Bismarck bei dem ersten Versuche Österreichs, sich dem katholischen Deutschland zu nähern, über die Monarchie herfallen und sie verschlingen würde. Dieser Einwurf beruht aber auf einem Anachronismus: denn sobald die Katholiken Deutschlands sich Österreich anschließen, würde die Stellung Bismarcks eine ganz andere sein, als die gegenwärtige: er würde mit einer solchen Macht rechnen müssen. Er ist klug genug, um einzusehen, daß die von den deutschen Katholiken ihm gemachte Opposition Frankreich leicht die Gelegenheit bieten könnte, sich von seinen Niederlagen zu erholen. Ein guter Spieler wagt aber nie eine Karte auf die Gefahr hin, alles zu verlieren. Ich habe mit Freude die Wahrnehmung gemacht, daß meine Fragsteller diese Erwägungen nicht leicht genommen haben: man beginnt überall die Natur des Bandes zu berücksichtigen, welches Preußen mit Bayern und dem übrigen katholischen Deutschland verknüpft; es sind eiserne Fesseln! Könnte man all' diesen Ländern mit Gewißheit sagen, Österreich habe den ernstlichen Willen, sich an die Spitze der katholischen Bewegung zu stellen, so würde ein einstimmiger Freudenruf vom Rhein bis zur Donau erschallen."
Und wenn wir schließlich in einer anderen Nummer folgenden bezeichnenden Satz finden:

> „Trotz seiner Versicherungen werden wir uns nicht vor den Zeitverhältnissen beugen. Freilich braucht er nicht zu fürchten, daß wir Barrikaden aufrichten, das Straßenpflaster aufreißen und den Kampf mit seinen unbesieglichen Armeen aufnehmen wollen; aber seine Armeen werden selbst aufhören, ihren Moltke zu verehren, sobald sie zu der Einsicht gelangen, daß Moltke Gott nicht verehrt!"

so bedarf das keines Kommentars, fordert aber zu ernstem Nachdenken heraus.

Und solche Männer, welche in dem Deutschen Reich das Hindernis aller ihrer Pläne und Wünsche erblicken, welche das Emporblühen der jungen aufstrebenden Macht mit neidischen Blicken verfolgen und alles in Bewegung setzen, um ihren Haß der ganzen Welt mitzuteilen, solche Männer, deren Lehren, wenn sie das Volk akzeptieren würde, unsere Existenz wenn nicht vernichten, so doch unsere Entwicklung hindern würden, sollten wir sie als Priester, Kanzelredner und Lehrer in den Seminaren dulden können? Wahrlich, man muß wirklich gar keine Ahnung von der Macht des Jesuitenordens haben, man muß sein Wirken und seine Erfolge nicht beobachtet haben, wenn man vor der nahe liegenden Gefahr die Augen verschließen, wenn man zur Abwehr des Feindes nicht zu allen Mitteln greifen wollte, die uns überhaupt zu Gebote stehen!

In dritter Linie, meine Herren, klage ich die Jesuiten an, daß sie kulturgefährlich sind, daß sie der fortschreitenden Zivilisation mit ihrer ungeheuren Macht sich widersetzen, daß sie alle Hebel in Bewegung setzen, um die großen Errungenschaften, auf welche unser Zeitalter stolz zu sein berechtigt ist, um alle jene erhabenen Ideen, auf denen das geläuterte Rechts- und Sittlichkeitsbewußtsein unserer Zeit beruht, vor der ihnen dienstbaren Masse des Volkes zu verlästern und zu verdammen. Jede Seite ihrer Bücher, jeder Satz ihrer Lehren bildet einen schneidenden Gegensatz gegen alles, was von der gebildeten Welt für gut, groß und wünschenswert gehalten wird ... Seit Jahrzehnten nun hat sich der Jesuitenorden die Herrschaft der katholischen Kirche angemaßt und hat nicht versäumt, alle seine Sätze und Lehren mit der Sanktion der katholischen Kirche selbst zu umkleiden. Der Syllabus, von den Jesuiten veranlaßt und verfaßt, ist nichts als eine gelungene Manifestation dieses Ordens, ist nichts als der kühne Versuch, die Lehren dieses Ordens zu Dogmen der katholischen Kirche zu erheben. Ob der Versuch gelingen wird, muß die Zukunft lehren: der ganzen gebildeten Welt aber haben sie den Fehdehandschuh ins Gesicht geworfen. Heben wir ihn auf, aber nur zum Kampf auf Leben und Tod! ...

Viertens klage ich den Jesuitenorden an, daß er den Frieden der bürgerlichen Gesellschaft stört, daß er die konfessionelle Toleranz verhindert und die kirchlichen Gegensätze zu schärfen bestrebt ist. Gestiftet zu dem ausgesprochenen Zwecke, die ganze Menschheit der alleinseligmachenden Kirche zu unterwerfen und namentlich den Krieg gegen die Ketzer und Protestanten zu führen, haben sie dieses Ziel unausgesetzt mit bewunderswertem Eifer verfolgt, haben die Jesuiten kein noch so verwerfliches Mittel gescheut, das sie ihrem Ziele näher bringen konnte, haben sie sich durch nichts in der Verfolgung ihres Zweckes irre machen lassen, den Haß und den Abscheu der Völker ertragen und alle Verbote, alle Hindernisse zu überwinden gewußt. Überall begegnen wir traurigen, durch ihre Intoleranz angefachten kirchlichen Wirren, überall haben wir Religionsverfolgungen und Bürgerkriege zu beklagen, überall sehen wir die Kräfte der Nation sich nutzlos verzehren in theologischen Streitigkeiten, die mit einem Hasse, einer Erbitterung geführt werden, welche wir heute nicht begreifen würden, wenn nicht leider die letzten Jahre uns die Möglichkeit solcher Zustände nur zu deutlich wieder vor die Augen geführt hätten. Die Gegensätze haben sich ja jetzt wieder bis zur äußersten Spitze geschärft, seit die katholische Kirche, geleitet von diesem mächtigen Orden, auch an äußerer Kraft gewinnend, ihre alten Ansprüche auf die Oberherrlichkeit der Kirche erneuert hat. Seitdem der Orden 1814

von Pius VII. wieder restauriert worden ist, hat er sich wieder emporgearbeitet und seine alte Macht wiedergewonnen ...

Durch die ganze katholische Kirche, insbesondere in Deutschland, geht ein tiefer Zwiespalt, der nicht mehr verdeckt werden kann. Die mächtige Partei, eben die Partei des Jesuitenordens, bedient sich aller Mittel, die ihr nur zu reichlich durch ihre privilegierte Stellung und die Deckung, die sie durch die katholische Kirche selbst erhält, an die Hand gegeben werden, um ihre kirchlichen Gegner zu vernichten, und führt den Kampf mit einer von der andern Seite erwiderten Leidenschaftlichkeit, deren unheilvoller Einfluß auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens störend fühlbar wird. Alle anderen Kirchen werden mehr oder weniger davon berührt. Der Staat selbst wird in Mitleidenschaft gezogen und sieht sich gezwungen, im Interesse der staatlichen Organisation und zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung den Übergriffen der kirchlichen Machthaber entgegenzutreten, um die Bürger in ihren angegriffenen Rechten zu schützen und der Autorität der Gesetze Geltung zu verschaffen ..."

Nach einigen Vorbemerkungen zum letzten Punkt seiner Anklage sagte Eduard Windthorst:

„Ich erhebe nämlich zuletzt die Anklage gegen den Jesuitenorden, daß er durch seine Wirksamkeit die Sittlichkeit des Volkes zu untergraben droht, indem er teils direkt, gegen die sittlichen Anschauungen unserer Zeit gerichtete Lehren verkündigt, teils in mißbräuchlicher Ausbeutung der heiligsten Gefühle unseres Volkes den Aberglauben fördert und zur Schein- und Werktätigkeit führt. Ich würde diesen Punkt nicht berührt haben, wenn nicht in der Kommission Beweise für unsere Behauptungen gefordert wären, und diese Beweise zu bringen halte ich mich für verpflichtet. Leider muß ich aber darauf verzichten, spezielle Beweismomente in voller Ausführlichkeit zu bringen. (Aha! im Zentrum.)

Sie werden aber genug bekommen, meine Herren, vollkommen genug. Sie können sich darauf verlassen. Die Zeit und die Gelegenheit ist zu knapp bemessen, um eine auch nur annähernd erschöpfende Darstellung zu geben, jener, die sittlichen Gefühle so tief empörenden Lehren, welche in den Schriften und Werken eines Escobar, eines Tamburini, eines Busenbaum, eines Sanchez und Suarez, in den Schriften eines Alfons von Liguori [28]), des Stifters des Redemptoristen-

---

[28]) Ludovico Sergardi, ein römischer Prälat und der Freund des Papstes Alexanders VIII. (1689—1691), schrieb über das moraltheologische Werk des heute noch in hohem Ansehen stehenden Jesuiten Thomas Sanchez: „Ich selbst, der ich Anführer verdorbener Jünglinge war, und der ich oft meine Jugend mit kotigem Schmutz be-

oder Liguorianerordens (bekanntlich eine Kopie des Jesuitenordens, den aber alle meine Anklagen ebenfalls treffen) niedergelegt sind. Alle diese Werke, bis auf die neuesten Werke des Gury und des Reuter, liefern den vollgiltigen und unwiderleglichen Beweis, daß die Lehren des Jesuitenordens mit einer gesunden und geläuterten, Geist und Gemüt entsprechenden Moral absolut nicht zu vereinen sind. Soll ich Sie erinnern an die zweideutige Lehre des Probabilismus, an die schändliche Lehre von der Leitung der Absicht, an die Lehre vom inneren Vorbehalt? Soll ich Sie erinnern an die Treue und Glauben untergrabende und vernichtende Lehre vom Eide und seiner Wirksamkeit, an die mit der gesellschaftlichen und sittlichen Ordnung unvereinbaren Ansichten von der Heuchelei, von der geheimen Schadloshaltung, von ihrer alle schönen Regungen des Herzens unterdrückenden Nächstenliebe? Muß es uns nicht mit sittlichem Ekel erfüllen, wenn wir uns jene niederträchtige Lehre — meine Herren, ich bediene mich vielleicht einiger sehr starker Ausdrücke, aber ich mache zur Entschuldigung Sie darauf aufmerksam, daß ich in den letzten Tagen mit Rücksicht auf diese Debatte vielfach gezwungen gewesen bin, in den Schriften und Bullen der Päpste zu lesen, und etwas von dieser Bullensprache ist vielleicht unwillkürlich in mir zurückgeblieben. (Große Heiterkeit.) Muß es uns nicht mit sittlichem Ekel erfüllen, wenn wir jene niederträchtigen Lehren über den Diebstahl, über Simonie, über Unverbindlichkeit der Verträge, über Richterbestechung und Vertrauensbruch uns ins Gedächtnis rufen, und welches Urteil ist hart genug, um unseren Abscheu über die kleinliche wie erbärmliche Kasuistisk jener Jesuiten auszudrücken, welche sich in den gefährlichsten Kontroversen über Fasten- und Abstinenzgebote, über Sakramente und Ablässe, über Teufel und Zauberei, über die Pflichten des ehelichen Lebens und die Notwendigkeit des Kaiserschnittes ergehen? — Meine Herren, das Gebiet, welches von den Moralisten des Jesuitenordens am eingehendsten behandelt wird, auf welchem sich die Kunst ihrer Kasuistik am schlagendsten und glänzendsten zeigt, das ist die Lehre über das sechste und neunte Gebot!

Meine Herren, fürchten Sie nicht, daß ich diese schlüpfrige Materie weiter verfolge; ich würde fürchten, die Schamröte auf das Gesicht gereifter Männer zu bringen.

Es ist ein unermeßlicher Abgrund von Schmutz und Gemeinheit, eine

---

sudelt habe, gestehe, daß ich beim Lesen des Sanchez errötete, und daß ich aus seinen Schriften mehr Scheußlichkeiten kennen lernte, als mich irgendeine Hure hätte lehren können."

*(Ludovico S[illegible] „[illegible]tione Satyrae et alia opera", Lucae 1783, pag. 205.)* Dieses Urteil wird wohl auch Katholiken überzeugen.

erschöpfende Kasuistik aller möglichen und unmöglichen Sünden und Verbrechen, die bis in die kleinsten Details mit allen Farben der Sinnlichkeit ausgemalt werden. Der verworfenste Mensch kann nicht mehr mit Behagen in diesen traurigen Bildern der entarteten Menschennatur herumwühlen, als es von Seiten der frommen und hochwürdigen Väter der Gesellschaft Jesu in den moralisch-theologischen Büchern geschieht, aus denen junge Männer, die sich dem priesterlichen Berufe weihen, Belehrung und Anleitung zur Verwaltung ihres heiligen Amtes schöpfen sollen ...

Die Moral-Theologie der Jesuiten, namentlich die von Gury, ist auf vielen Priesterseminaren gebraucht; sie wird in Regensburg, zu Mainz und Solothurn dem Unterricht zu Grunde gelegt. Und aus diesen Seminaren gehen die Priester hervor, denen wir die Moral der Gemeinde, die Erziehung der Jugend, denen wir Unterricht und Schule anvertrauen sollen! Doch, meine Herren, genug davon! (Oh! im Zentrum.)

Als ich mich persönlich überzeugen wollte, ob denn die schweren, inbezug auf diese Materie gegen den Jesuitenorden erhobenen Anklagen begründet seien, als ich das Buch der Moral-Theologie von Gury zur Hand nahm und gezwungen war, diese Kapitel zu lesen, wahrlich, mit zitternder Hand und mit tiefster Entrüstung habe ich das scheußliche Buch auf den Boden geschleudert. (Oh! und Hört!)

Meine Herren, ich habe das Buch auf den Boden geschleudert, und mit einem durch solche Ungeheuerlichkeiten angstvoll gepreßten Herzen mich nach Hilfe umgesehen und ausgerufen, wie König Philipp: Toledo, ihr seid ein Mann, schützt mich vor diesem Priester! Meine Herren, die große Gefahr, welche durch die politische und kirchliche Wirksamkeit der Jesuiten und ihrer Moral uns droht, liegt in ihrer ungeheuren Macht, die bestritten worden ist. Meine Herren, die Jesuiten bilden eine einzige große, durch das Gelübde des unbedingten Gehorsams verbundene, streng militärisch gegliederte Gesellschaft, eine Gesellschaft, die sich über alle Länder und Völker verbreitet, ihre Vorposten bis in die heidnischen Völker hineinschiebt. Es ist eine großartige Verbindung kühner entschlossener Männer, welche nur den Pulsschlägen gehorchen, welche von Rom ausgehen, und mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln, das eine Ziel, die Ausbreitung der katholischen Kirche und die Herrschaft des Jesuitismus, erstreben, und nur gebunden durch ihr Gelübde und ihr dem Orden geopfertes Gewissen, ihre alleinige Verantwortlichkeit in dem Lob und Tadel ihrer Ordensoberen finden; wer es nun weiß, wie sich die Jesuiten überall, wo sie sich einnisten konnten, sich den Beichtstuhl und die Kanzel erobert haben, und wer weiß, welch' ungeheure Macht der Beichtstuhl nament-

lich dem Priester gibt, der in der jesuitischen Kasuistik und Kunst erzogen ist, dem Priester, der nur selig sprechen und verdammen kann, wer weiß, mit welcher Leidenschaftlichkeit und Sophistik die Jesuiten auf den Kanzeln zu predigen pflegen, die Zuhörer zu ängstigen und zu betören verstehen, wer jemals Gelegenheit gehabt hat, die Jesuiten in ihren Volksmissionen zu beobachten, in denen sie die Masse zum Fanatismus aufstacheln, wer sie jemals beobachtet hat bei ihren geistlichen Exerzitien, bei denen sie gerade die Qualen der Hölle mit Vorliebe auszumalen pflegen, und schwache Seelen bis zum Wahnsinn treiben, wer die Gründung der ihnen unterworfenen Kongregationen, Sodalitäten und Brüderschaften — das sind die Affiliierten der Jesuiten in der Laienwelt — beobachtet hat, wer ihre Andachtsübungen und Feste beobachten konnte, wer ferner weiß, wie sie den Ablaßkram befördern, die Wundergeschichten verbreiten, den Aberglauben kultivieren, den Handel mit Amuletten und Scapulieren betreiben — (Widerspruch im Zentrum), es sind das alles anerkannte Tatsachen, die der gar nicht bestreiten kann, der irgendwie in Gegenden gelebt hat, in denen die Jesuiten gewirkt haben; wer endlich sich davon überzeugt hat, daß der Jesuitenorden zur Zeit vollständig die Frauenwelt in katholischen Ländern beherrscht und daß er, um diese Herrschaft zu erreichen und zu behalten, den Marienkultus in seiner jetzigen Übertreibung bis zur vollständigen Idolatrie gebracht hat, — der wird es begreiflich finden, daß eine so große internationale, staatlich organisierte, einem Willen gehorchende Gesellschaft, welche mit so gewaltigen, auf das Geistes- und Gemütsleben berechneten Mitteln ausgestattet ist, daß eine solche Gesellschaft, welche dazu noch unter dem mächtigen Schutz der katholischen Kirche steht und die Privilegien, welche dieser in allen Ländern noch reichlich verliehen sind, trefflich auszunutzen versteht, — der wird sich erklären können, daß eine solche Gesellschaft in der Tat zu einer ernstlichen, die Gesellschaft und den Staat bedrohenden Gefahr geworden ist. Und liegt nicht der Erfolg ihres Wirkens vor unsrer aller Augen? Sehen wir nicht zur Zeit in allen katholischen Städten jene Brüderschaften und Kongregationen entstehen, welche sich aus allen, auch gebildetsten Ständen und Berufsklassen des Volkes rekrutieren? Bemerken Sie denn nicht, wie sie allmählich ihr gewaltiges Netz ausbreiten über alle Länder mit Hilfe ihrer Affiliierten? (Sie wollen den Namen nicht haben, tatsächlich sind es aber die Affiliierten des Jesuitenordens.) Vor 20 Jahren noch wurde der Jesuitenorden in Deutschland nicht allein von der großen Menge des katholischen Volkes, sondern auch von der Geistlichkeit durchgehends als eine Gefahr betrachtet und wenigstens mit zweifelhaften Blicken angesehen ... Wo sie aber haben Fuß fassen können, haben

sie sofort die Herrschaft an sich genommen und sich zu erhalten gewußt...

Aber, meine Herren, bedarf es denn in der Tat noch eines Beweises für die Gemeingefährlichkeit dieses Ordens, dann berufe ich mich... (Andauernde Unruhe. Präsident: Ich bitte um etwas mehr Ruhe, meine Herren, der Redner kann sich nicht vernehmlich machen.)

Abgeordneter Windthorst fortfahrend: ... auf die Volksstimme, auf die öffentliche Meinung aller Völker und Zeiten, dann berufe ich mich auf das Urteil der Geschichte. Seit seiner Entstehung ist der Jesuitenorden der Fluch der Menschheit gewesen. Überall, wo er festen Fuß gefaßt, überall, wo er seine Wirksamkeit entfaltet hat, ist die von ihm ausgestreute Saat des konfessionellen Unfriedens entstanden, überall hat er nur seine den Geist und den Willen unterdrückende Herrschaft zu erringen gesucht; überall hat er unter der heuchlerischen Maske des Evangeliums seine verderblichen Prinzipien gepredigt! ...

Nun, meine Herren, was lehrt uns denn die Geschichte? Ihre Missionen in Japan, in Paraguay, in der Levante, in Persien und Ägypten sind zu Grunde gegangen; sie sind verschwunden, nachdem die armen Völker unsägliches Unheil erduldet. Portugal ist unter ihrer Herrschaft in den Abgrund von Unheil und Verfall gestürzt, aus dem es sich nicht hat wieder erheben können, obwohl gerade Portugal es war, welches im vorigen Jahrhundert den ersten Anstoß zur Vertreibung der Jesuiten gab. Und, meine Herren, was ist aus Spanien geworden, wo sie am längsten gewirkt und geherrscht haben? Sie haben dieses schöne reiche Land entvölkert, haben dem Volke ihren Geist aufgeprägt, alle Bildung unterdrückt, den wissenschaftlichen Geist erstickt und das Land derartig zerrüttet, daß es sich jetzt noch nicht von seinen Wunden zu erholen vermag. Meine Herren, gerade heute entrollt dort der Jesuitismus seine blutige Fahne und überliefert das der Ruhe und des Friedens so sehr bedürftige Land wieder dem Bürgerkriege! Zur Zeit scheint der Aufruhr gedämpft zu sein; aber jetzt beginnen die Kriegsgerichte ihre Blutarbeit, und die armen baskischen Bauern werden deportiert und erschossen, weil die jesuitische Geistlichkeit jenen elenden, ihren Interessen ergebenen Abkömmling der Bourbonen auf den Thron Karls V. setzen wollte. Meine Herren, in Frankreich hat ihr Wirken die traurigsten Früchte getragen; es genügt, die einfache geschichtliche Tatsache zu konstatieren, daß der Jesuitenorden jenen beiden Scheusalen auf dem französischen Throne, Ludwig XIV. und Ludwig XV., die Beichtväter geliefert hat, die ihr Leben, ihre Entschlüsse und ihr Handeln geleitet und bestimmt haben. Kennen Sie nicht die Geschichte Englands, die Geschichte jener grauenvollen Religionsverfolgungen, die Geschichte der katholischen Maria, jener Epoche,

deren Erinnerung Haß und Abscheu gegen die katholische Kirche in England noch heute wach hält! In Polen haben sie die Könige, den Adel und den Klerus beherrscht, und Polen ist zu Grunde gegangen, und Polen bleibt verloren, so lange es nicht die Kraft hat, sich der Umarmung dieses Feindes zu entreißen! Und, meine Herren, was ist unter ihren Händen aus Böhmen geworden? Sie haben Volk und Land dem äußersten Elende preisgegeben, und die heutigen trostlosen Zustände sind auf das schuldvolle Wirken des Jesuitismus zurückzuführen. Und, meine Herren, endlich unser teures deutsches Vaterland — die Jesuiten haben uns den 30jährigen Krieg mit seinen schrecklichen Folgen gebracht, sie haben uns alle Zerrissenheit, allen Unfrieden gebracht, die wir so lange zu beklagen hatten; sie sind es gewesen, welche den Verfall des katholischen Volkes, den Verfall seiner Schulen und seiner Bildung verursacht haben; sie sind es, auf deren Gewissen die Durchführung des Absolutismus, die Unterdrückung der Protestanten, auf deren Gewissen jener unauslöschliche Haß lastet, der so unheilvoll gewirkt und die deutschen Stämme von einander entfremdet hat. Und sind sie es nicht, denen wir die heutigen kirchlichen Wirren, denen wir jenen großen Riß im deutschen Vaterlande vorzuwerfen haben, der das deutsche Volk wiederum zu spalten droht; sind sie es nicht, welche auch jetzt wieder den kirchlichen Hader angefacht haben und von neuem den Frieden der Familien, der Gesellschaft erschüttern? Wahrlich, auf den Jesuitenorden und seine Prinzipien passen doch die Worte jenes Mannes, der ja allgemein die größte Verehrung in Deutschland genießt, des Vorkämpfers des Altkatholizismus, des großen Kirchengeschichtsschreibers von Döllinger, dessen Darstellung ich zum Teil diesen historischen Abriß entlehnt habe. Es passen vollständig jene Worte, mit denen er seine Protestation gegen das Vatikanische Konzil beschloß:

‚Als Geschichtsschreiber weiß ich, daß das beharrliche Streben, diese Theorie — der Jesuiten nämlich — der Weltherrschaft zu verwirklichen, Europa Ströme von Blut gekostet, ganze Länder verwirrt und heruntergebracht, den schönen organischen Verfassungsbau der älteren Kirche zerrüttet und die ärgsten Mißbräuche in der Kirche erzeugt, genährt und festgehalten hat. Als Bürger endlich muß ich sie von mir weisen, weil sie mit ihren Ansprüchen auf Unterwerfung der Staaten und Monarchen und der ganzen politischen Ordnung unter die päpstliche Gewalt und durch die eximierte Stellung, welche sie für den Klerus fordert, den Grund legt zu endloser verderblicher Zwietracht zwischen Staat und Kirche, zwischen Geistlichen und Laien. Denn das kann ich mir nicht verbergen, daß diese Lehre, an deren Folgen das alte Deutsche Reich zu Grunde gegangen ist, falls sie bei dem katholischen Teile der

deutschen Nation herrschend würde, sofort auch den Keim eines unheilbaren Siechtums in das eben erbaute neue Reich verpflanzen würde.'"

Hier entstand wieder eine große Unruhe bei der katholischen Zentrumspartei. Nachdem der Redner dann noch auf verfassungsrechtliche und vereinsgesetzliche Bedenken und Einwände geantwortet hatte, sagte er weiter:

„Nun, meine Herren, was verlangen wir denn Ungebührliches? Existierten denn nicht bereits in den so eng mit uns verbündeten deutschen Nachbarstaaten derartige Gesetze? Alle diese Staaten, Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden, haben ja nach langen trüben Erfahrungen sich genötigt gesehen, zum Schutze ihrer Existenz und zum Schutze ihrer Bürger entschiedene Maßregeln zu ergreifen, um der Existenz oder doch der Wirksamkeit des Jesuitenordens, als des allgemeinen Friedensstörers, gesetzlich ein Ziel zu setzen.

Doch noch mehr! Hat nicht schließlich der Papst (Clemens XIV.), um den Frieden der Kirche aufrechtzuerhalten, sich veranlaßt gesehen, den Jesuitenorden selbst aufzuheben? Ich weiß nicht, ob Sie schon jemals die Bulle *„Dominus ac redemptor noster“* gelesen haben; eine schärfere, treffendere Anklage ist wohl niemals gegen den mächtigen Orden erhoben worden, und diese Anklage hat noch für uns heute volle Gültigkeit. Die Zeiten haben sich allerdings geändert, der Jesuitenorden aber ist in seiner Tendenz und in seinem Wirken immer unverändert derselbe geblieben.[29])

Nun, meine Herren, ich glaube meine Anklage in fünffacher Beziehung begründet zu haben; ich fordere die Verteidiger des Jesuitenordens heraus, mich zu widerlegen (Unruhe im Zentrum); können Sie mich überzeugen, so werde ich gern die Hand zur Versöhnung reichen und freudig meinen Irrtum eingestehen; wenn nicht, dann bleibt uns

---

[29]) Wir haben jenes Breve des Papstes Clemens XIV. bereits genannt. Die entscheidende Stelle lautet im Urtext und deutscher Übersetzung: „*. . . imo fieri aut vix aut nullo modo posse, ut ea incolume manente, vera pax ac diuturna ecclesiae restituatur — — maturo consilio, ex certa scientia et plenitudine potestatis apostolicae saepedictam societatem exstinguimus et suprimimus; tollimus et abrogamus omnia, et singula eius officia, ministeria et administrationes, domus, scholas, collegia, hospitia et loca quaecunque quovis in provincia, regno . . .*“
(. . . da es kaum oder gar nicht möglich ist, so lange besagte Gesellschaft (Jesu) besteht, der Kirche einen wahren und dauerhaften Frieden wiederzugeben — heben wir nach reiflicher Überlegung, aus gewisser Kenntnis und aus der Fülle der apostolischen Macht, die erwähnte Gesellschaft auf, unterdrücken sie, löschen sie aus, schaffen sie ab und lösen alle ihre Ämter, Bedienungen und Verwaltungen, ihre Häuser, Schulen und Kollegien und alle ihre Versammlungsorte, sie mögen sein in welchem Reiche, in welcher Provinz sie wollen . . .)

nur ein Mittel übrig: — ein Ganganelli wird niemals wieder den päpstlichen Thron besteigen; ich denke aber, das Deutsche Reich hat Kraft genug, sich selbst zu helfen —, es bleibt nur ein Mittel: *Écrasez l'infame!* (Große Unruhe.)

Meine Herren, am 24. August dieses Jahres sind 300 Jahre verflossen seit jener grauenvollen Pariser Bluthochzeit, in der der verworfenste Fanatismus seine Orgien feierte.[30]) Im Rom herrschte großer Jubel über diese Heldentat, über diesen Sieg der alleinseligmachenden Kirche, und der Papst ließ zu Ehren des Gottes der christlichen Liebe und Barmherzigkeit das *Te Deum* singen. Meine Herren, Frankreich ist jetzt nicht imstande, dieses schwere Verbrechen zu sühnen, Frankreich leidet jetzt an den Folgen seiner Missetat, es blutet jetzt aus tausend Wunden, die ihm, schärfer als der äußere Feind, die Herrschaft der Geistlichkeit und des Jesuitismus geschlagen haben. In Deutschland aber, meine Herren, im Lande der Reformation und der freien Forschung wollen wir die dreihundertjährige Bartholomäusnacht feiern, wir wollen sie würdig feiern, wir wollen das Verbrechen im Namen der Menschheit sühnen durch die Austreibung jenes gefährlichen, furchtbaren Feindes, welcher den Staat, die bürgerliche Gesellschaft, das Reich und Moral zu vernichten droht. Meine Herren, am 24. August dieses Jahres möge kein Jesuit mehr den deutschen Boden entweihen!

In diesem Sinne haben wir unsere Anträge gestellt, und wer die Freiheit und das Vaterland liebt, der wird mit uns stimmen!"

Der Abgeordnete Fischer-Augsburg bestritt die Behauptung eines Zentrumsabgeordneten, daß 14 Millionen deutsche Katholiken hinter den Jesuiten ständen. Er stellte dagegen fest, daß wenigstens die Hälfte der katholischen Reichstagsabgeordneten keine Jesuitenfreunde seien. Man solle an die politischen Ziele der Jesuiten denken, die sich hinter den religiösen Absichten verbergen. Als man dies durch Zwischenrufe bestritt, entgegnete der Abgeordnete Fischer:

„Erlauben Sie mir, daß ich in Ihr Gedächtnis ein Wort zurückrufe, das vor wenigen Wochen ein berühmter Franzose, kein Jesuitenfreund, aber ein sehr guter Franzose, gesagt hat — es war Renan: wir müssen den Kampf gegen die Jesuiten aufgeben auf kirchlichem Gebiet, denn sie werden am Tage der Abrechnung mit Deutschland unsere Verbündeten sein. (Hört, hört! links.) Meine Herren, wir haben alle Ursache,

30) Damals wurden in Paris 30000 Hugenotten von fanatischen Katholiken überfallen und schuldlos gemordet, nur weil sie nicht katholisch waren.

an die Möglichkeit zu denken, daß das, was in diesen Worten prophezeit worden ist, eines Tages wahr werden wird; wir haben alle Ursache, es zu verhindern, daß bis zu dem uns in Aussicht gestellten Tage der Abrechnung auf deutschem Gebiet sich eine Macht organisiert, die seiner Zeit an sich die Frage stellen wird, ob es ihren Interessen dienlicher sei, mit dem Deutschen Reiche Hand in Hand zu gehen, oder die Verwirklichung, die Salvierung ihrer Interessen in einem Bunde mit dem Auslande zu suchen. (Sehr gut! links.) — Man schützt den Glauben vor, hat aber ein ganz anderes Ziel im Auge. Es sagte einmal ein mir wohlbekannter geistlicher Würdenträger, als jemand einen Zweifel aussprach, ob es denn gut wäre, ein derartiges Dogma (der „unbefleckten Empfängnis Mariens") in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch den Gläubigen vor Augen zu rücken: ach, reden Sie doch nicht davon, lassen Sie doch den alten Jungfern ihr unschuldiges Vergnügen ... (Wiederholtes Rufen: Pfui! im Zentrum. Bravo links.)" [31])

Nach diesen zweitägigen recht lebhaften Debatten beschloß der Reichstag mit 205 gegen 84 Stimmen, den Reichskanzler zu ersuchen, ein entsprechendes Gesetz über die Ausweisung der Jesuiten vorzulegen. Das geschah am 14. Juni 1872. Dieses Gesetz wurde jedoch von der Mehrheit des Reichstages für schwächlich und unzulänglich erklärt. Nach neuen Debatten wurde dann das abgeänderte und verschärfte Gesetz am 19. Juni 1872 in dritter Lesung mit 181 gegen 93 Stimmen angenommen. Es lautete:

„§ 1: Der Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten und ordensähnlichen Kongregationen sind vom Gebiete des Deutschen Reichs ausgeschlossen. Die Errichtung von Niederlassungen derselben ist untersagt. Die zur Zeit bestehenden Niederlassungen sind binnen einer vom Bundesrat zu bestimmenden Frist, welche sechs Monate nicht übersteigen darf, aufzulösen. § 2: Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden; wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden. § 3: Die zur Ausführung und zur Sicherstellung des Vollzuges dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden vom Bundesrat erlassen." [32])

---

31) Stenographische Berichte; Menzel, a. a. O., Seite 330/331.

32) Das Gesetz entsprach — *mutatis mutandis* — dem Breve des Papstes Clemens XIV. Für die Jesuiten waren indessen die Folgen des päpstlichen Auflösungsdekretes viel

Im Anschluß an diese Abstimmung wurde auch der Antrag des Abgeordneten Völk durch den Reichstag genehmigt, der die staatliche Eheschließung und die Einrichtung von Zivilstandsregistern (Standesämter) verlangte.

Der Bundesrat stimmte dem Jesuitengesetz am 25. Juni 1872 zu. Am 4. Juli 1872 wurde der Wortlaut im Reichsgesetzblatt und im Reichsanzeiger, von Kaiser Wilhelm I. unterzeichnet und von Bismarck gegengezeichnet, verkündet. Die Ausweisung der 800 ausländischen Jesuiten vollzog sich ohne besondere Schwierigkeiten. Einige Damen des katholischen Adels vergossen Tränen, einige katholische Fanatiker versuchten das Volk aufzuhetzen. Das führte leider in Essen zu Blutvergießen. Erst ein Jahr später stellte es sich heraus, daß auch die Gesellschaften „Vom heiligen Geist" und „Herzen Jesu" sowie die Orden der „Redemptoristen" und „Lazaristen" zu den Jesuiten gehörten. Auch diese mußten Deutschland verlassen.

Jedenfalls vollzog sich diese Ausweisung der Jesuiten wesentlich menschlicher als im Jahre 1767 in dem katholischen Spanien. Nachdem das Gesetz zur Ausweisung der Jesuiten von dem spanischen Minister Aranda durchgesetzt worden war, wurden sie zusammengetrieben, auf Schiffe „verladen" und nach dem päpstlichen Hafen Civitavecchia verfrachtet. Dieser Transport war zweifellos recht grausam. Aber der Jesuitengeneral handelte noch grausamer. Er verbot die Landung. Als die unglücklichen Menschen dennoch landen wollten, wurden sie durch Kanonenschüsse daran gehindert. Der Prof. Johannes Huber — der Mitarbeiter von Ignaz Döllinger — schrieb dazu:

---

schwerwiegender als die des Deutschen Reichsgesetzes. Dennoch wurde der § 2 dieses Gesetzes unter der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow am 9. März 1904 aufgehoben. Dadurch wurde den Jesuiten der Aufenthalt in Deutschland wieder ermöglicht. Im Jahre 1917 wurde dann das ganze Gesetz aufgehoben. Um diesen Preis verzichtete der Papst Benedikt XV. auf die angedrohte Erklärung gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, den Deutschland eröffnet hatte, um der englischen Blockade zu begegnen. Man erkennt an dieser Tatsache, wie wichtig dem Papst die Wirksamkeit des Jesuitenordens in Deutschland war. Denn die „Wirksamkeit des Heiligen Stuhles während des Krieges (1914/1918) betätigte sich beständig zugunsten der Ententemächte" (der Gegner Deutschlands). („*Osservatore Romano*", vom 24. Mai 1919.) Vgl. die Rede des Abgeordneten Fischer-Augsburg (s. o.).

„Es geschah dies auf den Wunsch des Ordensgenerals selbst, der schon die portugiesischen und französischen (jesuitischen) Emigranten mit Kälte und Mißgunst empfangen und nun den Entschluß gefaßt hatte, die einzelnen zum Besten des Ganzen zu opfern. Er veranlaßte den Kardinal und Staatssekretär Toregiani zu dieser Handlungsweise; denn derselbe stand so sehr unter seiner Botmäßigkeit, daß er ihn auch nötigen konnte, als er sein Amt wegen Krankheit niederzulegen wünschte, es fortzuführen und für die Sache des Ordens möglicherweise zu sterben." [32 a)]

Am 5. September 1872 traf eine Abordnung des englischen Ober- und Unterhauses bei Bismarck ein. Die Abgeordneten überreichten ihm eine Adresse des englischen Parlaments, um ihn in seinem Kampf gegen das Weltherrschaftsstreben des Papstes zu bestärken. Der Sprecher jener Abordnung sagte bei der Überreichung des Schriftstückes unter anderem:

„Aber der Hauptzweck dieser Adresse ist, Eurer Durchlaucht zu versichern, daß wir, die schwierige Natur dieses Kampfes erkennend, welcher viel Geduld, Weisheit, Ausdauer und Sinn für wahre Freiheit erfordert, bewundern, bis zu welchem Grade es Ihnen möglich gewesen ist, diese Eigenschaften in Ihrer Leitung des Kampfes an den Tag zu legen, und daß wir mit Ihnen in Ihren edlen und großen Zielen sympathisieren. Wir möchten auch zum Schluß unsere innige Hoffnung ausdrücken, daß der allmächtige Regierer der Menschen bald Europa von dem verderblichen Einfluß des Ultramontanismus befreie ..."

Bismarck antwortete:

„Ihre Kundgebung hat um so höheren Wert, als sie aus einem Lande kommt, welches Europa in den letzten Jahrhunderten als Bollwerk der politischen und religiösen Freiheit schätzen gelernt hat. Sehr richtig würdigt die Adresse die Schwierigkeiten des Kampfes, welcher uns gegen den Willen und die Erwartung der deutschen Regierungen aufgenötigt worden.

Die Aufgabe des Staates, den konfessionellen Frieden und die Gewissensfreiheit zu schützen, würde auch dann keine leichte sein, wenn sie den Regierungen nicht durch den Mißbrauch berechtigter Einflüsse, durch künstliche Beunruhigung gläubiger Gemüter erschwert würde.

---

32a) Johannes Huber: „Der Jesuitenorden, nach seiner Verfassung, Doktrin, Wirksamkeit und Geschichte charakterisiert", München-Berlin 1873, Seite 521.

Ich freue mich, mit Ihnen in dem Grundsatz einverstanden zu sein, daß in einem geordneten Gemeinwesen jede Person und jedes Bekenntnis das Maß der Freiheit genießen soll, welches mit der Freiheit der Übrigen und der Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes vereinbar ist . . ." [83])

Jetzt begann der umfassende, vom Vatikan gelenkte Gegenangriff. Er wurde indessen auf dem Gebiet des Glaubens geführt und von Menschen bestritten, die in diesem Glauben befangen waren. Diesem Angriff hatte der Staat jedoch nichts oder so gut wie nichts entgegenzusetzen. Die Wirkungen dieses Glaubens waren zwar erkannt, man scheute sich jedoch, die Ursachen zu ergründen. Denn dabei mußte sich die ganze Fragwürdigkeit des Christentums herausstellen. Schopenhauer hat einmal geschrieben:

„Man hat Gott nach und nach, besonders in der scholastischen Periode und später, angekleidet mit allerhand Qualitäten: die Aufklärung aber hat genötigt ihn wieder auszukleiden, ein Stück nach dem andern, und man zöge ihn gern ganz aus, wenn nicht der Skrupel wäre, es möchte sich dann ergeben, daß es bloß Kleider wären und nichts drin."

Die Stärke des Jesuitismus beruhte im Christentum. Solange dies bestand und dessen Lehren und Dogmen Gläubige fanden, konnte der Staat sich nicht durchsetzen. Der Jesuitismus ist nicht zu beseitigen, solange das Christentum besteht, in dem er wurzelt, ja dessen letzte Folgerichtigkeit er religiös und politisch darstellt. Diese Zusammenhänge sind heute noch nicht begriffen.

Die Jesuiten waren aber nicht nur eine wichtige Stütze des Glaubens, sie waren die Inspiratoren der vatikanischen Politik überhaupt und beherrschten den Papst. Bismarck hatte die um den Einfluß ringenden politischen Kräfte innerhalb der Kurie sehr wohl erkannt. Er sagt in seinen Erinnerungen, indem er „den plötzlichen Tod des Kardinal-Staatssekretärs Franchi" erwähnt:

„Von Rußland hat man gesagt: *gouvernement absolu tempéré par le régicide* (unumschränkte Regierung durch Königsmord gemildert).

---

83) H. v. Poschinger: „Die Ansprachen des Fürsten Bismarck", Stuttgart 1895, 1. Band, Seite 27.

Ist ein Papst, der in der Nichtachtung der in der Kirchenpolitik konkurrierenden Organe zu weit ginge, vor kirchlichen ‚Nihilisten' sicherer als der Zar? Gegenüber Bischöfen, die im Vatikan versammelt sind, ist der Papst stark; und wenn er mit dem Jesuitenorden geht, stärker, als wenn er außerhalb seiner Residenz versucht, den Widerstand der weltlichen Jesuiten zu brechen, die die Träger des parlamentarischen Katholizismus zu sein pflegen." [34])

Bismarck nennt hier — das ist zum Verständnis und zur Erkenntnis der jesuitischen Politik sehr wichtig — ausdrücklich „weltliche Jesuiten" als „Träger des parlamentarischen Katholizismus". Es waren die Abgeordneten des Reichstages in der katholischen Zentrumspartei gemeint. Diese „haben" — so schrieb der Jesuit August Lehmkuhl — „die schwere Verpflichtung, niemals einer (im römisch-katholischen Sinne) schlechten Gesetzesvorlage zuzustimmen ... Wenn also ein Abgeordneter Wählern, die selbst schlechte Grundsätze haben (das heißt andere politische Meinungen), etwas Unerlaubtes versprochen hat (zum Beispiel in Wahlversammlungen zum Stimmenfang), darf er das Versprechen nicht halten. Die Abgeordneten müssen durch ihre Gegenwart und durch ihre Abstimmung verhindern, daß eine schlechte Gesetzesvorlage Gesetz wird." [35]) In diesem Sinne war das Jesuitengesetz natürlich „schlecht".

Es handelt sich aber dabei nicht nur um Abgeordnete jener katholischen Parteien, sondern auch um „weltliche Jesuiten", die in anderen Parteien wirken. Auch diese müssen sich in dem von Lehmkuhl angedeuteten Sinne verhalten, das heißt ihre Wähler hintergehen. In der allgemeinen Vorstellung der meisten Menschen sind „Jesuiten" immer nur harmlose Geistliche im Ordenskleid. Sie wissen und ahnen nicht, daß solche „weltlichen Jesuiten" in den Parlamenten und auf Kathedern sitzen, in der Wirtschaft

---

[34]) „Gedanken und Erinnerungen", Stuttgart 1892, 2. Band, Seite 126/127. Der von Bismarck erwähnte Kardinal-Staatssekretär Alessandro Franchi (1819—1878) begann nach dem Tode des Papstes Pius IX. im Jahre 1878, im Gegensatz zu der bisherigen, von den Jesuiten geleiteten Politik, eine gemäßigte und versöhnliche Politik gegenüber Deutschland. Er starb völlig überraschend und unerwartet am 1. August 1878. Man vermutete eine Vergiftung.

[35]) August Lehmkuhl S. J.: „*Theologia moralis*", Freiburg i. B. 1910, 1. Band, Seite 453.

wirken und sich in der Industrie leitend betätigen. Diese „weltlichen Jesuiten“ tragen weder Ordenskleidung, noch benehmen sie sich besonders klerikal. Daher sind sie nur sehr schwer zu erkennen. Johannes Scherr hat zu jener Zeit bereits auf diese Vielseitigkeit geistlicher und weltlicher Jesuiten aufmerksam gemacht Er schrieb: „Der Jesuit war Gelehrter, Staatsmann, Krieger, Künstler, Erzieher, Beichtiger, Arzt, Jurist, Missionar, Krankenpfleger, Kaufmann, je nach den Umständen und dem Gutbefinden seiner Oberen, aber allzeit blieb er Jesuit.“ 36)

Diese geheimen Jesuiten hatte Windthorst in seiner Rede gemeint, als er von den „Affiliierten“ sprach. Schon der Herzog von Saint-Simon (1675—1755) kannte diese „Affiliierten“. Er schrieb darüber:

„Stets haben die Jesuiten unter den Laien, die zu ihrer Gesellschaft gehören, Leute aus allen Berufen. Die Tatsache ist gewiß. Zweifellos gehörte auch Noyers, Sekretär Ludwigs XIII., zu ihnen, wie viele andere. Diese Aggregierten legen die gleichen Gelübde ab wie die Jesuiten. soweit ihr Stand das gestattet, das heißt das Gelöbnis unbedingten Gehorsams dem Ordensgeneral und den Ordensoberen gegenüber. Die Gelübde der Armut und Keuschheit sollen sie ersetzen durch die Dienste und den Schutz, den sie der Gesellschaft (Jesu) leisten, besonders aber durch grenzenlose Unterwürfigkeit den Oberen und dem Beichtvater gegenüber ... Die Politik kommt dabei auf ihre Rechnung durch die sichere Hilfe dieser heimlichen Bundesgenossen.“ 37)

Gerade diese Teilung in „geistliche“ und „weltliche“ Jesuiten, in erkennbare und unerkennbare, rechtfertigt die Behauptung, daß der Jesuitenorden ein „Geheimorden“ ist, was von den Jesuiten immer bestritten wird. Jedenfalls — das ist nicht zu bestreiten — haben die Jesuiten überall und immer versucht — und mit Erfolg versucht —, nicht nur politisch zu wirken, sondern die Politik zu leiten, bzw. die sichtbaren Leiter der Politik — Staatsmänner und Fürsten — bis zur Beherrschung mittels der Religion

---

36) „Jesuiten und Freimaurer“, Einleitung Seite 14. In der Sammlung „Letzte Gänge“, Berlin 1887.

37) *Louis de Saint-Simon: „Mémoires complets et authentiques du Duc de Saint-Simon“, Paris 1873, tome 12, pag. 164.*

zu beeinflussen. Am 28. November 1885 sagte Bismarck im Deutschen Reichstag:

„Ich leugne gar nicht, daß sie (die Jesuiten) viel Versuchendes für strebsame Gemüter haben, auch für solche, die an nichts glauben, die aber doch als Machtinstrumente im Jesuitenorden ihr Unterkommen, ihre Verwendung durch überlegene Kräfte und Leute, die sie übersehen, auch vielleicht durch Leute, die von ihnen übersehen werden, stets finden. Es (der Jesuitenorden) ist eben eine Versammlung, eine Vereinigung geschickter Leute für Zwecke weltlicher Herrschaft — und mit großem Erfolg. Ich bin nie in meinem Leben Freimaurer gewesen, aber der Erfolg liegt ja heutzutage in der Assoziation, namentlich in der geheimen Assoziation, wo man niemand ansehen kann, wer dazu gehört. Eine Assoziation, die Geld hat, das ist eine Macht."

Und der Jesuitenorden hat Geld, sogar sehr viel Geld. Er verfügt — wie der Vatikan — über ganz gewaltige Kapitalien, die in allen nur erdenkbaren wirtschaftlichen und industriellen Unternehmen angelegt sind. Dadurch sind diese zu beeinflussen. Alle diese „Assoziationen" sind also — wie Bismarck sagte — „Mächte", und da diese Mächte über alle Staatsgrenzen hinweg untereinander verbunden sind, „überstaatliche Mächte." Das muß man sich bei dem „Kulturkampf" stets vergegenwärtigen, um zu erkennen, was dabei mitwirkte und was auf dem Spiele stand.

Alle aufgeklärten Deutschen hatten das verkündete Jesuitengesetz begrüßt. Der Kirchenhistoriker Karl v. Hase schrieb dazu:

„Die Jesuiten, nachdem ein Papst sie aufgehoben hat (Clemens XIV. im Jahre 1773), weil mit ihrem Bestehen die Kirche nie zum dauerhaften Frieden gelangen könne, und ein Papst sie wiederhergestellt hat (Pius VII. im Jahre 1814) als auf fast einstimmiges Bitten der christlichen Welt, sind von katholischen Staaten wiederholt ausgeschlossen worden, und fast jedes Volk, sobald es die Arme frei regen konnte, hat sie verabschiedet. Ein Reich wie das deutsche, dessen Wohlfahrt darauf beruht, daß Protestanten und Katholiken friedlich nebeneinander wohnen, muß sich einen mächtigen Orden möglichst vom Leibe halten, der von Anfang an darauf verwiesen war, die Bürger dieses Reiches zur Ausrottung der Protestanten zu erziehen und anzureizen. Der erste Versuch einer Auferstehung des Deutschen

Reiches in der Paulskirche hat es sogar unter den deutschen Grundrechten aufgezählt, die Jesuiten auszuschließen." [38])

Die heutige Bundesrepublik hat sich zwar oft auf dieses erste deutsche Parlament in der Paulskirche im Jahre 1848/49 bezogen, man hat dort viele demokratische Feiern abgehalten, man hat aber diesen dort beschlossenen Ausschluß der Jesuiten nicht erwähnt, geschweige denn, den deutschen Grundrechten zugezählt.

Während der große Kirchenhistoriker v. Hase die Ausweisung der Jesuiten als deutscher Protestant begrüßte und historisch rechtfertigte, hielt Papst Pius IX. am 24. Juni 1872 vor den katholischen Pilgern des „Deutschen Lesevereins" eine Ansprache, in der er unter anderem sagte:

„Was die Verfolgung, wie sie jetzt in eurem Vaterlande ausgebrochen ist, angeht, so kämpft wider dieselbe mit Gebet, mit Standhaftigkeit in der Presse, in öffentlicher Rede; tut es mit ebenso viel Besonnenheit als Festigkeit. Gott will, daß man die Landesobrigkeit achte und ihr gehorche; allein er will auch, daß man die Wahrheit sage und den Irrtum bekämpfe. Wir haben es mit einer Verfolgung zu tun, die von weitem vorbereitet, jetzt ausgebrochen ist; es ist der erste Minister einer mächtigen Regierung, der nach seinen siegreichen Erfolgen im Felde sich an die Spitze der Verfolgung gestellt hat. Ich habe ihn wissen lassen, daß ein Triumph ohne Mäßigung von keiner Dauer ist; daß ein Triumph, der sich in einen Kampf gegen die Wahrheit und die Kirche einläßt, der größte Wahnsinn ist ... Ich habe die Frage an den Ministerpräsidenten stellen lassen, warum nun auf einmal die Katholiken sich in Leute verwandelt haben sollten, die den Gehorsam verweigern, gefährliche Umtriebe machen, auf den Untergang des Staates sinnen? Die Antwort erwarte ich noch immer, vielleicht, weil es auf die Wahrheit keine Antwort gibt ... Erheben wir im übrigen unseren Blick zu Gott; hegen wir ein festes Vertrauen, halten wir in Zukunft zusammen! Jene feindliche Verfolgung der Kirche wird unfehlbar den Glanz des Triumphes in Frage stellen; wer weiß, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe loslöst, welches den Fuß des Kolosses zertrümmert." [39])

---

[38]) Karl v. Hase: „Handbuch der protestantischen Polemik", 6. Aufl., Seite 712/13, Berlin 1894.

[39]) Die ganze Rede des Papstes bei Arthur Böthlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom", Berlin 1911, Seite 227/28, und P. Majunke: „Geschichte des Kulturkampfes in Preußen", Paderborn 1886, Seite 286.

Diese Rede erregte in Deutschland — auch in katholischen Kreisen — Aufsehen, Empörung und Unwillen. Der Papst offenbarte darin — so sagte man — seine Todfeindschaft gegen das Deutsche Reich. Bismarck ließ in der „Provinzialkorrespondenz" vom 3. Juli 1872 erklären:

„Wenn der Papst diese Fragen in Wahrheit an den Fürsten Bismarck gerichtet hätte, eine Angabe, die jedoch auf einem Irrtum des Gedächtnisses zu beruhen scheint, so würde doch der Reichskanzler schon deshalb kaum haben annehmen können, daß der Papst im Ernste eine Antwort darauf erwarte, weil es durchaus dieselben Fragen sind, welche im Laufe des letzten Jahres Fürst Bismarck und Se. Majestät der König wiederholt mahnend an die Katholiken gerichtet haben ... Diese offene Äußerung des Papstes enthält vor allem einen neuen Fingerzeig für unsere Regierung, daß es sich bei den kirchlichen Fragen nicht um Meinungen und Handlungen der einzelnen Bischöfe, sondern um einen einheitlich geleiteten Kampf handelt, daß daher auch die Abwehr nicht auf den einzelnen Fall gerichtet sein darf, sondern stets den großen Zusammenhang der antinationalen kirchlichen Bewegung im Auge behalten muß. Wir werden uns bei jedem weiteren Schritte bewußt bleiben müssen, daß der Wunsch der Gegner darauf gerichtet ist, dem mächtigen Deutschen Reiche den Fuß zu zerschmettern." [40])

Während die katholische Zeitung „Germania" jene Rede des Papstes zu verharmlosen suchte und vortäuschte, jenes Gleichnis des biblischen Propheten Daniel würde sich ganz allgemein auf die „dem Reich Gottes feindliche Weltmacht" beziehen, erklärten die Jesuiten ganz offen:

„Es scheint, die großen Kriegserfolge von 66 und 70 haben den Jesuiten nicht so imponiert, daß sie den daraus entsprungenen Schöpfungen eine lange Dauer zuschreiben. Sollten sie etwa die tönernen Füße bemerkt haben, auf welchen der eherne Koloß der neuen Germania steht?" [41])

Ja, in einem anderen Aufsatz über das Jesuiten-Gesetz schrieb derselbe Verfasser:

---

[40]) Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", Leipzig 1893, Seite 78.
[41]) Rud. Cornely S. J.: „Rezensionen", Stimmen aus Maria Laach, Freiburg i. B. 1873, Heft 4, Seite 389.

„In der Tat, wir gestehen es offen und frei, die Jesuiten sind staatsgefährlich dem modernen atheistischen Staat, der die einzige und letzte Quelle aller Rechte, aller Gesetze sein will ... der keine Tugend kennt als äußere Legalität, und alle Laster protegiert, so lange sie nur nicht ein Staatsgesetz berühren. Nie und nimmer, und wenn man sie in allen Reichen der Welt herumhetzen würde, wie man sie jetzt in Deutschland herumhetzt, werden die Jesuiten aufhören, diesen atheistischen, antichristlichen, unsittlichen Staat zu bekämpfen in Wort und Schrift, durch Lehre und Gebet." [42])

Nach jesuitischer — überhaupt nach katholischer Wertung — ist jeder Staat „atheistisch, antichristlich und unsittlich", dessen Regierung sich den Forderungen der Jesuiten bzw. der Kirche nicht fügt. Möge er auch sonst noch so tolerant sein und Gewissens-, Glaubens- und Meinungsfreiheit beachten. Wir hatten bereits einige Forderungen des Jesuiten Liberatore zusammengestellt und vorgelegt. Hier bringen wir nur einen immer wiederkehrenden Grundsatz, den der Jesuit v. Hammerstein in seinem Buch „Kirche und Staat" (Freiburg i. B. 1883) geprägt hat. Er lautet:

„Irgendwelche Superiorität der Kirche über den Staat ist nicht zu bezweifeln; hingegen ist jedes Hoheitsrecht des Staates über die Kirche nichts als eine rechtswidrige Usurpation." (Seite 117.)

Der Papst hatte seine Rede am 24. Juni 1872 mit den Worten geschlossen: „Möge Gott euch unter seinem Schutze bewahren, damit ihr gekräftigt werdet, alles das auszuführen, was ich euch anbefohlen habe." Nach diesen Worten verfuhr jetzt die klerikale Presse bei ihrer Hetze gegen den Staat.

Das klerikale bayerische Blatt „Vaterland" schrieb:

„Die Jesuiten werden das sogenannte Deutsche Reich für Juden und Freimaurer überdauern. Wir lieben dieses euer deutsches Reich nicht, wir haben nie etwas davon wissen wollen, für uns existiert es nur als eine vorübergehende Gewitterwolke. Denkt an die wandelnde Gerechtigkeit Gottes, die Internationale, welche Gottes und der Menschen Recht an euch rächen wird."

---

[42]) Rud. Cornely S. J.: „Das Jesuitengesetz und der Notstand des Deutschen Reiches", Stimmen aus Maria Laach, Freiburg i. B. 1873, Seite 18 ff.

Wir wiesen bereits auf die Äußerung des Bischofs von Passau hin, der zu der Erklärung des bayerischen Kultusministers v. Lutz sagte, die Kirche werde ihre Herrschaft über den Staat mit Hilfe der Sozialdemokratie zu behaupten wissen. Das bayerische klerikale Blatt wies hier auf die sozialistische Internationale hin, die ja nach ihrem bekannten Lied angeblich für „Menschenrecht" zu kämpfen vorgibt. Heute bekämpft die Kirche jene „Internationale", mit der sie sich damals gegen das Deutsche Reich verband. Den Zweck und das Ziel dieser Bestrebungen verriet die „Reichszeitung" (Bonn 1872), die schrieb:

„Auf den Ruinen des modernen Staates wird die Kirche eine neue Ordnung der Dinge aufbauen, wie sie es getan hat, als das römische Weltreich in Trümmer sank."

Das klerikale „Echo vom Jura" vom 26. August 1872 erklärte:

„Jagt nur die Jesuiten fort... Wir bekennen es offen vor aller Welt: Der Jesuiten Lehre und der Jesuiten Ziel ist aller katholischer Priester Ziel. Wir Katholiken sind und wollen sein: ultramontan-klerikal-jesuitisch, und keine Macht der Welt soll uns anders machen."

Der römische Priester und Geheimkämmerer des Papstes, Joseph Bischoff (Pseudonym: Conrad v. Bolanden), forderte die Katholiken auf:

„Eine feindliche Behandlung oder gar Unterdrückungsversuche der katholischen Kirche von seiten des Staates müssen folgerichtig die deutschen Katholiken zwingen, sich mit einem fremden Helfer gegen den protestantischen Kaiser von Deutschland zu verbinden. Ein gläubiges Volk bedarf keiner Verzeihung, wenn es seinen Gott und seine Religion höher schätzt als die Tyrannei seines Vaterlandes."

Vermutlich werden gläubige Katholiken angesichts dieser Verkündigungen des Papstes und der Jesuiten denken, das Bismarck-Reich ist denn ja auch „zertrümmert" worden. Sie werden zweifellos glauben, Gott habe dies geschafft, und die kirchliche Propaganda bemüht sich ja auch heute, diesen Glauben zu verbreiten. Für uns ist eine solche Herabwürdigung Gottes zu einem po-

litischen Parteiführer eine Gotteslästerung. Außerdem besitzen wir zu viel Wirklichkeitssinn, um mit solchen Metaphern geschichtliche Tatsachen zu vernebeln oder sie uns vernebeln zu lassen. Für uns ist der Zusammenbruch des Bismarck-Reiches das Werk von Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands. Dabei gingen die Jesuiten mit den Sozialdemokraten Hand in Hand. Das Volk wurde mit religiösen und sozialistischen Schlagworten zielbewußt aufgehetzt. Falsche Maßnahmen der Regierung kamen hinzu. Der sozialdemokratische Parteiführer August Bebel hat später einmal im Deutschen Reichstag gesagt: „Wir (Sozialdemokraten) heißen alles, was uns fördert, willkommen, und deshalb werden wir auch den Jesuitenorden herzlich willkommen heißen." Heute antichambrieren sozialdemokratische Parteiführer beim Papst!

Der diese Vorgänge aus der Schweiz beobachtende Johannes Scherr schrieb zu jener Rede des Papstes:

„Also am Johannistage hat der Papst dem Deutschen Reich förmlich den Krieg angesagt. Man hätte in Deutschland vor Freude darob Johannisfeuer anzünden sollen. Denn jetzt ist doch wenigstens die Sachlage völlig klar und weiß jeder Deutsche von fünf gesunden Sinnen, wessen er sich vom Vatikan zu versehen hat. Die lieben Jesuiten dürften aber doch wohl, wie zu vermuten ist, im stillen der Meinung sein, ihr unfehlbares Sprachrohr habe diesmal gar zu laut geschrien. Es war ja nie Sache der Kompanie Jesu, Krieg bis auf Dolch und Gift zu erklären, sondern nur, denselben zu führen. Überhaupt mögen die frommen Väter in letzter Zeit mitunter bei sich gedacht haben: ‚Der Greis Pio fängt an, uns fürchterlich zu werden'. Das unfehlbare Sprachrohr will ja gar nicht mehr aufhören zu tuten und scheint dieser chronische Mundddurchfall nur noch mit der Mandelmilch des Todes stopfbar zu sein. Augenscheinlich ist das ohnehin nie sehr fest gewesene Gehirn des armen Pio durch das am 18. Juli 1870 von ihm ausgestellte Vizeherrgottspatent (das Unfehlbarkeitsdogma) ganz drehend geworden. Er gebärdet sich, als wäre er Innozenz der Dritte, welcher Gregor den Siebenten im Bauch hätte. Das ist nicht der Wahnsinn eines Lear, sondern der eines Simon Stylites. Diese Tollheit hat nicht den Schmerz zum Vater, sondern den Größenwahn, den Priesterhochmut, den Pfaffenegoismus. Aber lachen kann man über dieses aus der Gruft des Mittelalters aufgestiegene Gespenst doch nicht so recht. Denn vor ihm

her geht die menschenverwirrende Gewalt der Lüge, und hinter ihm steht die völkerbeherrschende Macht der Dummheit." [43])

Das mochte manchen Leuten überspitzt, ja grob vorkommen. Es mag sogar heute noch so scheinen. Aber unser Lessing sagte schon in seiner berühmten „Dramaturgie": „So wie es selten Komplimente gibt ohne alle Lügen, so finden sich auch selten Grobheiten ohne alle Wahrheit." Und das erlebten die Zeitgenossen Scherrs schon sehr bald.

Die „menschenverwirrende Gewalt der Lüge" zeigte sich in der klerikalen Pressehetze. Die „völkerbeherrschende Macht der Dummheit" offenbarte sich bei der jetzt erfolgenden „Erscheinung" der „Mutter Gottes" in Gereuth. Das katholische Volk mußte erregt werden. Die katholische Kirche hat seit alters zu diesem Zweck mit Berichten über Offenbarungen oder durch vorgetäuschte Erscheinungen der „Mutter Gottes" den Fanatismus ihrer Gläubigen zu entfachen gesucht und auch sehr oft damit ihr Ziel erreicht. Solche „Erscheinungen" der „Mutter Gottes" sind so alt wie der Marienkult selbst, den die Frühkirche allerdings noch nicht kannte.

In Frankreich war die „Mutter Gottes" bereits im Jahre 1846 bei La Salette „erschienen". Ein Geistlicher stellte indessen fest, daß eine Nonne die „Jungfrau" dargestellt habe. Dann erschien die „Mutter Gottes" im Jahre 1858 in Lourdes, wo sie sich als die „unbefleckte Empfängnis" vorstellte, um dieses neue, von Papst Pius IX. verkündete und schwer begreifliche, vielfach abgelehnte Dogma zu „rechtfertigen". Was lag näher, als ein solches „Wunder" auch jetzt zu inszenieren, nachdem sich die „Erscheinung" von Lourdes so erfolgreich erwiesen hatte! Und so geschah es.

Am 7. Juli 1872 – also drei Tage nach der Verkündung des Jesuitengesetzes und dessen Wirksamkeit – erblickten vier kleine Mädchen von sieben bis elf Jahren in einem Walde in der Nähe des Dorfes Gereuth (Kreis Schlettstadt im Elsaß) eine weißgekleidete Frau. Sie trug eine goldene Krone mit einem Kreuz

---

[43]) Johannes Scherr: „Sommertagebuch 1872", Zürich 1873, Seite 179/181.

und drohte mit einem Schwert gegen Deutschland. Am 11. Juli 1872 wurde diese Frau auch von anderen Kindern in diesem Walde erblickt. Jetzt begannen die klerikalen Blätter mit ihrer Propaganda. Diese „Erscheinung" war die „Mutter Gottes". Sie kam, um die Anmaßungen des Staates zurückzuweisen. Daran konnte doch wohl niemand zweifeln! Jetzt strömten die Gläubigen scharenweise in jenen Wald, um die „Erscheinung" zu sehen. Es ergaben sich derartige Unzuträglichkeiten, daß die Behörde einschreiten mußte. Am 7. September 1872 wurde der Wald von einer Kompanie Soldaten abgesperrt. Die „Erscheinung" verlegte ihr Auftreten jetzt in einen nahe gelegenen Privatwald, dessen Besitzer katholisch war und über dessen Besitz die Behörde nicht verfügen konnte. Die klerikale Presse sorgte für entsprechende Propaganda. Nachdem dann die „Mutter Gottes" am 10. Januar 1873 ihr Schwert drohend gegen den Rhein geschleudert hatte, strömten auch französische Gläubige herbei. Es kam zu erheblichen staatsfeindlichen Demonstrationen in diesem Gebiet, die schließlich mit Feuerspritzen und einer Schwadron Dragoner aufgelöst werden mußten. Der Karlsruher Pfarrer Georg Längin — dessen Bericht hier verwertet wurde — schrieb als Zeitgenosse:

„Unzweifelhaft herrschte hier in den Zusammenkünften eine planmäßige Organisation; es war dies zu derselben Zeit, als die klerikal-legitimistische Partei von Frankreich hoffte, die Republik zu stürzen und den Thron Heinrichs V. aufzurichten. Mit dem Schluß der ersten Maiwoche 1873 ist die Kraft der Erscheinungen gebrochen ... Die eingeleitete Untersuchung zeigte, daß, obwohl einzelne Geistliche sogar mit einem gewissen Mut gegen den Unfug auftraten, die Geistlichkeit selbst die Sache, wenn auch hinter den Kulissen, leitete." [44])

Während die Jesuiten Deutschland verlassen mußten, betrieben ihre Ordensbrüder im Ausland eine verstärkte Hetze. Diese fiel zumal in Frankreich auf günstigen Boden. Da der französische Klerikalismus damals bestrebt war, die 3. Republik durch eine

---

[44]) Georg Längin: „Der Wunder- und Dämonenglaube der Gegenwart", Leipzig 1887, Seite 15—18. August Schrickers Berichte in der Zeitschrift „Das neue Reich", Jahrgang 1874, Seite 529 ff., 581 ff., 690 ff., 738 ff., 814 ff.

Monarchie zu ersetzen, fanden die aus Deutschland ausgewiesenen Jesuiten dort ein neues politisches Wirkungsfeld. Wie man sich das vorstellte, zeigt der Brief eines ausgewiesenen und nach Frankreich übergesiedelten Jesuiten, den das klerikale bayerische Blatt „Vaterland" veröffentlichte. Es heißt in diesem Briefe:

„Deutschland wird zu seinem Schaden erkennen, daß Frankreich der Kirche und Europa notwendig ist. Viele sehen es schon ein und erkennen es. Frankreich geht einer besseren Zukunft entgegen. Es muß freilich noch eine blutige Krise (die geplante monarchistische Revolution) durchmachen; dann aber wird es schönere Tage sehen und Italien wie Deutschland von diesen Freimaurern befreien. Das können wir hoffen, und das werden wir noch erleben. Wie wird aber das alles geschehen? Das kann niemand sagen. Allein Gott ist gerecht, Maria, die Königin Frankreichs, ist mächtig." [45])

Man erkennt auch aus diesen Mitteilungen den hintergründigen Kampf zwischen Freimaurerei und Jesuitismus. Da in der 3. französischen Republik freimaurerische Einflüsse herrschten, hoffte die klerikale Partei, wieder eine jesuitisch beherrschte Monarchie einzuführen. Wenn dieser Plan auch nicht gelang, so sind diese Äußerungen jenes Jesuiten kennzeichnend für die beiderseitigen Standpunkte.

Eine besondere Hetze — zumal gegen Bismarck — betrieb die „Katholische Union von Groß-Britannien" (*"The Catholic Union of Great-Britain"*). Im Rahmen dieser Hetze hielt der katholische Erzbischof von Westminster, Edw. Manning — ein eifriger Vertreter des päpstlichen Unfehlbarkeitsdogmas —, mit der bekannten Wut eines Konvertiten eine von Gift und Galle strotzende Rede gegen Bismarck. Das ist um so auffallender, als dieser Priester — nach der Mitteilung seines Biographen Purcell — später geäußert haben soll, „daß ihre (der Jesuiten) Politik äußerst verderblich *(most mischievous)* sei". Es ging also diesem päpstlichen Eiferer weniger um die Jesuiten, als um die Person Bismarcks. Vielleicht besteht zwischen dieser Hetze und der Warnung des deutschen Botschafters in Paris, Graf v. Arnim, ein gewisser Zu-

---

[45]) Wolfgang Menzel: „Geschichte der neuesten Jesuitenumtriebe in Deutschland", Stuttgart 1873, Seite 359/360.

sammenhang. Graf v. Arnim schrieb nämlich am 17. Januar 1873 an Bismarck:

„Der Dr. Evans teilte mir mit, daß vor einigen Tagen ein von ihm gehegter Verdacht — daß Graf Cavour (der so plötzlich und unerwartet gestorbene, antiklerikale italienische Ministerpräsident. Lö.) durch eine Zigarre vergiftet sei — eine ganz positive Bestätigung gefunden habe. Er sei fest von der Wahrheit seiner Behauptung überzeugt. Auch glaube er aus einigen Äußerungen, die er gehört habe, schließen zu müssen, daß gewisse Fanatiker seiner Religion — Evans ist Katholik — nicht abgeneigt seien, mit Ew. Durchlaucht dieselbe Operation vorzunehmen. Er bat mich ausdrücklich, Euer Durchlaucht nicht ungewarnt zu lassen.
Die Äußerung, welche er gehört habe, lasse ihm keinen Zweifel darüber, daß es Personen gäbe, welche Ew. Durchlaucht ‚Lieblingsgewohnheit' zu Ihrer Tötung benutzen wollten. — *'Does Prince Bismarck smoke much?'* fragte er mich. Auf meine bejahende Antwort sagte er, daß er dann ganz sicher sei, daß die Cavour'sche Zigarre eine Rolle spielen soll. Ich bemerkte *incidenter* (nebenbei), daß vergiftete Zigarren auch in Lissabon im Jahre 1872 bei den vielen Todesfällen in der Königsfamilie eine Rolle spielten.

Mir erscheinen dergleichen Dinge immer sehr unwahrscheinlich. Indessen wäre das Kunststück, Ihnen eine Kiste vergifteter Zigarren zu schenken, nicht sehr groß, namentlich, wenn der Geber keine Scheu hat, gleichzeitig noch mehrere andere Personen aus Versehen mit um das Leben zu bringen.

Dr. Evans schien selbst von dem Ernste seiner Befürchtungen überzeugt zu sein. Daher habe ich es nicht auf mich nehmen wollen, die Sache unerwähnt zu lassen. Arnim." [46])

Sei dem, wie es sein mochte — die klerikale Hetze, die offene „Kriegsansage des Papstes", wie es Scherr ausdrückte, zeitigte ihre Folgen. Die jesuitisch-klerikale Propaganda gegen Bismarck und das Deutsche Reich kam allmählich — wie man heute sagt — „auf volle Touren". Wenn auch deutsche Katholiken dieser Hetze

[46]) „Aus Bismarcks Briefwechsel", Stuttgart 1901, Seite 440/441. Dieser Dr. Evans lebte in Paris. Er hatte weitreichende politische Verbindungen und verhalf im Jahre 1870 der französischen Kaiserin Eugenie, nach dem Sturz des Kaiserreiches, zur Flucht nach England. Daher wird Dr. Evans auch über derartige Pläne unterrichtet gewesen sein. Das spätere Attentat auf Bismarck beweist, wie der Fanatismus geschürt worden war.

erlagen, so war das zwar sehr traurig, lag aber an der Erziehung und den ihnen von den Priestern seit früher Jugend übermittelten Suggestionen.

Mit dem Gesetz allein war nichts erreicht. Nur der Weg war frei. Es bedurfte einer langen und geeigneten Aufklärung des Volkes. Der zeitgenössische politische Beobachter, der Demokrat Johannes Scherr, schrieb über die sich jetzt anbahnende Entwicklung.

„Die gründliche, logisch-folgerichtig-rücksichtslose Durchfechtung dieses inneren Krieges wird zur ferneren Abwendung eines äußeren höchst wesentlich beitragen. In dem selben Grad und Maß, in welchem der Jesuitismus in Deutschland zur Ohnmacht herabgebracht wird, sinken auch die Hoffnungen unserer äußeren Feinde. Jeder in Deutschland gegen Rom geführte Schlag trifft zugleich die geplante katholische Liga."

Das war zwar — in Anbetracht der jesuitischen Hetze in Frankreich — an sich richtig. Aber man hätte dann den sogenannten „Kulturkampf" auch so führen müssen, daß dabei ein wirklicher „Schlag gegen Rom" herausgekommen wäre. Man hätte — wie Scherr an anderer Stelle schrieb — gute Schulen schaffen müssen, „aus denen das Bonzentum verbannt" gewesen wäre. Man vermied es indessen ängstlich, auf diese tiefer liegenden Fragen einzugehen. Der Kampf bewegte sich an der Oberfläche politischer Wirkungen, ohne in die Tiefe der religiösen Ursachen vorzustoßen. Auf diese Weise war eine wirkliche und wirksame Lösung dieses seit Bestehen der Kirche immer wieder auftauchenden weltgeschichtlichen Problems unmöglich. Diese Lösung konnte nur in einer geistig-seelischen Überwindung des Christentums gefunden werden. Die Fragwürdigkeit des Christentums war auch Bismarck nicht bewußt. Vor diesen Fragen schreckten und schrecken christliche Staatsmänner noch stets zurück. „Unterschätzen wir das Verhängnis nicht, das vom Christentum aus sich bis in die Politik eingeschlichen hat", schrieb Nietzsche am Endes des „Kulturkampfes". „Unsere Politik" — so setzte er hinzu — „ist krank an diesem Mangel an Mut", sich darüber Rechenschaft zu geben. Man scheute sich nicht nur vor dieser Erkenntnis, sondern erst recht vor einem folgerichtigen Handeln aus dieser Erkenntnis.

Bismarck hatte sich nicht getäuscht, als er voraussah, die Ausweisung der Jesuiten würde die gesamte katholische Kirche gegen das Deutsche Reich aufbringen. Ein Beweis, welche Macht der Orden in dieser Kirche besaß. Ein Kaplan erklärte dem Professor Böthlingk in jenen Tagen: „Wollen Sie die Jesuiten ausweisen, müssen Sie uns alle ausweisen. Seit dem Vatikanum gibt es für Priester keinen Unterschied mehr, sind wir allesamt Jesuiten."

Soweit war der Einfluß dieses Ordens bereits gediehen! In dem Bericht des Legationssekretärs Stumm an den Geh. Rat v. Balan aus Rom vom 21. August 1872 hieß es:

„Im Vatikan ist man augenblicklich ganz besonders entrüstet über die kaiserliche Regierung und vor allem über Seine Durchlaucht, den Fürsten Reichskanzler, und ist es die Auslegung und Anwendung des Gesetzes gegen die Jesuiten, welche diese Entrüstung neuerdings hervorgerufen hat. Man glaubt, in dem Verbot jeder seelsorgerischen Tätigkeit, vor allem des Messelesens, den deutlichen Beweis zu finden, daß es der kaiserlichen Regierung, ihren Versicherungen nicht entsprechend, auf eine Verfolgung der Kirche, des katholischen Glaubens, ankomme. Diese Ansicht ist mir selbst von einem Prälaten ausgesprochen worden, der den Jesuiten im übrigen nicht das Wort redet.

Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß man im Vatikan den Beschluß gefaßt hat, einen Teil der aus Deutschland ausgewiesenen Jesuiten nach Amerika zu dirigieren. Man besorgt nämlich, daß durch allzu zahlreiche Niederlassung der Vertriebenen in anderen Ländern Europas die betreffenden Regierungen zu ähnlichen Maßregeln wie die Kaiserlich-Deutsche herausgefordert werden könnten." [1])

Der Vatikan schien also unterrichtet zu sein, wie mißliebig die Jesuiten in ganz Europa waren. Man hatte eben überall entsprechende Erfahrungen mit ihnen gemacht. Aber ein Kampf gegen die Kirche oder den Katholizismus lag keineswegs im Sinne

---

[1]) „Die Vorgeschichte des Kulturkampfes", a. a. O. Seite 304, Nr. 231.

Bismarcks. Er war absichtlich den Reichstagsdebatten über das Jesuiten-Gesetz ferngeblieben. Er hatte noch am 13. Februar 1871 in Versailles gesprächsweise geäußert: „Ich hoffe, es noch zum Vertrauensmann der katholischen Kirche zu bringen. Nichts kann törichter sein, als mich für einen Feind des römischen Stuhles zu halten. Für mich ist der Papst an erster Stelle eine politische Figur, und ich habe einen angeborenen Respekt vor allen realen Mächten und Gewalten." [2])

Selbstverständlich ist diese Äußerung — falls sie wortgetreu überliefert wurde — *cum grano salis* zu verstehen. Bismarck hat während seines langen Lebens natürlich auch gegenüber dem Christentum wechselnde Standpunkte eingenommen. Schon am 3. Juli 1851 schrieb er an seine Gattin:

„... wie hat meine Weltanschauung doch in den 14 Jahren seitdem so viele Verwandlungen durchgemacht, von denen ich immer die gerade gegenwärtige für die rechte Gestaltung hielt, und wie vieles ist mir jetzt klein, was damals groß erschien, wie vieles jetzt ehrwürdig, was ich damals verspottete!"

Das bezog sich vermutlich gerade auf die Religion. Zumal in dieser Zeit die liberale Theologie an Boden gewann. Am 10. Februar 1872 erklärte Bismarck im Preußischen Abgeordnetenhaus während der Debatten über das Schulaufsichtsgesetz:

„Was in meinen früheren Äußerungen an lebendiger Erkenntnis und Bekenntnis zum lebendigen christlichen Glauben liegt, dazu bekenne ich mich noch heute offen...; aber gerade dieser mein lebendiger, evangelischer, christlicher Glaube legt mir die Verpflichtung auf, für das Land, wo ich geboren bin und zu dessen Dienst mich Gott geschaffen hat und wo mir ein hohes Amt übertragen worden ist, dieses Amt nach allen Seiten hin zu wahren ... Das gebietet mir das Christentum und mein Glaube." [3])

Es war jedenfalls ein eigenes und undogmatisches Christentum, zu dem Bismarck sich bekannte. Dennoch war er Christ. Und vermutlich glaubte er, daß eine Entpolitisierung der Kirche mög-

---

[2]) Georg Franz: „Kulturkampf", München o. J., Seite 226.

[3]) „Bismarckbriefe", 2. Aufl., Seite 26, Bielefeld 1877; Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm", Berlin 1892, 2. Band, Seite 450/451.

lich sei und der Religion nützen würde. Die Meinung, daß der Klerus bei seinem politischen Bestreben die Religion nur mißbrauche, scheint auch Bismarck geteilt zu haben. Als Napoleon I. die Kirche in Frankreich wiederherstellte, meinte er, „mit meinem Einfluß und unserer Macht in Italien zweifelte ich nicht, früher oder später durch dieses oder jenes Mittel den Papst lenken zu können". Hoffte Bismarck dies auch? — Jedenfalls berücksichtigte er bei dem „Kulturkampf" jene „Imponderabilien" nicht — oder nicht genügend, jene Unwägbarkeiten, die er sonst so sehr ernst nahm. Im Juni des Jahres 1873 sagte er zu dem Botschafter v. Radowitz: „Schaffen Sie mir einen friedfertigen Papst, dann verständige ich mich über alles!" [4]) Später — nach den teilweise recht bitteren Erfahrungen — stellte Bismarck fest: „Ein Papst kann die alte Politik friedfertiger treiben, einer gröber und gebieterischer, im Grund und Wesen ist's immer dasselbe." [5]) Allerdings! Das war so, das ist so, und das wird auch so bleiben, so lange das Papsttum besteht. Denn der derzeitige Führer der katholischen Zentrumspartei, Ludwig Windthorst, hat — in Anlehnung an den von Papst Clemens XIII. geprägten, dem Jesuitengeneral Ricci zugeschriebenen Satz über die Jesuiten: *„sint, ut sunt, aut non sint"* — sehr richtig erklärt: „Der Papst ist, wie er ist, oder er wird nicht sein!"

Wir haben bereits in dem einleitenden Abschnitt auf die Erklärung Scherrs hingewiesen. Der Vatikan — so sagte er — habe den sogenannten Stuhl Petri auf die „dauerhafteste Grundlage" gestellt. Diese sei nicht etwa „die menschliche Dummheit" — wie viele aufgeklärte Menschen sooft meinen —, sondern die Himmelshoffnung und Höllenfurcht der Gläubigen, die ihnen bereits in früher Jugend von den Priestern suggeriert wurden. Der Papst — so meinen diese Menschen — „hielte die Schlüssel zum Himmel in seinen Händen und besäße die Macht und Gewalt, ihre Seelen

---

[4]) Nach den Aufzeichnungen des Botschafters J. M. v. Radowitz (Stuttgart 1925), 1. Band, Seite 274, bei Georg Franz, a. a. O. Seite 226.

[5]) Moritz Busch: „Tagebuchblätter", Leipzig 1899, 2. Band, Seite 576.

für alle Ewigkeit der Seligkeit oder der Verdammnis zu überantworten".

Für denkende Menschen ist dieser primitive Glaube zwar unverständlich. Aber er ist tatsächlich die Grundlage des Papstglaubens. Daher rief schon Ulrich von Hutten den Deutschen zu:

„Wie? — der menschliche Geist, ein Funke des göttlichen Lichtes,
Von Gott selber ein Teil, läßt so durch Wahn sich verblenden? —
So sich verfinstern? — Kein höherer Strahl zerstreute den Irrtum? —
Julius, dieser Bandit, den sämtliche Laster beflecken,
Er verschlösse den Himmel nach Willkür diesem und schlösse
Jenem ihn auf? — Sein Wink beseligte oder verdammte? —
Mut, Landsleute, gefaßt! Ermannen wir uns zu dem Glauben,
Daß wir das göttliche Reich durch redliches Leben erwerben,
Daß nur eigenes Tun, und nimmer der heiligste Vater
Heilig uns macht; daß Tugend allein den Himmel uns aufschließt,
Nicht der Schlüssel Gewalt, mit denen der römische Gaukler
Klappert, und so das Volk, das arme, betrog'ne sich nachzieht." [6])

Also Hutten hatte bereits erkannt, was erforderlich war, wenn man sich in Deutschland von der Papstherrschaft befreien wollte. Ohne diese „dauerhafteste Grundlage" zu beseitigen, d. h., ohne den Glauben an diese Wahnlehren zu zerstören, war der sogenannte „Kulturkampf" für den Staat von vornherein verloren. Eine solche Aufklärung wurde aber von Bismarck weder gewünscht, noch — wo sie erfolgte — gefördert. Ja, noch nicht einmal die Altkatholiken erfreuten sich einer solchen Förderung, obgleich sie das Unfehlbarkeitsdogma verwarfen und das Papsttum ablehnten. Ebenso versagte die protestantische Kirche in dieser Beziehung. Bereits vor dem Kulturkampf schrieb der österreichische Dichter Franz Grillparzer zu dieser Lage:

„Wenn die protestantische Geistlichkeit gescheit wäre, so würde sie gerade jetzt tolerant sein. Bei den Übergriffen des Papsttums würde ein guter Teil der Katholiken protestantisch werden. Da aber die protestantischen Pfaffen ebensogut Pfaffen sind als die der Katholiken, so

---

[6]) Ulrich von Hutten: „*In tempora Julii satyra*", *1519;* übersetzt von David Friedrich Strauß: „Ulrich von Hutten", Leipzig 1858, 1. Band, Seite 100. Der in Huttens Epigramm genannte Papst ist Julius II. (1503—1513).

suchen sie die Anmaßungen des römischen Hofes zur Vermehrung ihres eigenen Einflusses auszubeuten." [7])

Der Schriftsteller Wolfgang Menzel drückte sich damals schärfer aus. Er sagte:

„Strenggläubige sind auch auf protestantischer Seite meist einseitig und hart gegen Andersdenkende und handeln nach derselben Praxis wie die Jesuiten, d. h. sie sagen: man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen und unbedenklich die Pflichten gegen das Vaterland, wenn es ein Dogma gilt, hintansetzen. Der protestantische Orthodoxe kennt ein deutsches Vaterland so wenig wie der Jesuit, und fühlt und denkt über die Grenzen seiner Partei nicht hinaus." [8])

Der Dichter Friedrich Hebbel war sich allerdings bereits im Jahre 1837 darüber klar geworden, „daß das Christentum wenig Segen und viel Unheil über die Welt gebracht hat". Darin — so schrieb er weiter — „stimmen die edelsten und ersten Menschen überein. Aber sie suchen meistenteils den Grund in der christlichen Kirche; ich finde ihn in der christlichen Religion selbst." [9])

Das fand Bismarck zwar nicht. Er blieb — wenn auch auf seine Weise — ein evangelischer Christ, war aber doch so vorurteilsfrei und undogmatisch, daß er später feststellte:

„Der evangelische Priester ist, sobald er sich stark genug dazu fühlt, zur Theokratie ebenso geneigt wie der katholische, und dabei schwerer mit ihm fertig zu werden, weil er keinen Papst über sich hat. Ich bin ein gläubiger Christ, aber ich fürchte, daß ich in meinem Glauben irre werden könnte, wenn ich, wie der Katholik, auf priesterliche Vermittlung zu Gott beschränkt wäre ... ‚Religiöse und sittliche Bildung der Jugend' ist an sich ein ehrenwerter Zweck, aber ich fürchte, daß hinter diesem Aushängeschild andere Ziele politischer und hierarchischer Richtung verfolgt werden." [10])

---

[7]) Franz Grillparzer: „Historische und politische Studien", sämtliche Werke, Stuttgart (Cotta) o. J., 5. Aufl., 14. Band, Seite 137.

[8]) Wolfgang Menzel: „Geschichte der neuesten Jesuitenumtriebe in Deutschland (1870—1872)", Stuttgart 1873, Seite 447.

[9]) Brief an Elise Lensing vom 12. Februar 1837, bei Pfannmüller: „Jesus im Urteil der Jahrhunderte", Leipzig 1908.

[10]) Brief an den Prinzen Wilhelm von Preußen vom 6. Januar 1888; „Gedanken und Erinnerungen", 3. Band, Seite 20/21, Stuttgart 1921.

Solche anderen Ziele wurden jedoch — das beweist die Kirchengeschichte — stets verfolgt. Gerade in unseren Tagen ist von den Vertretern der Kirchen beider Konfessionen immer wieder erklärt worden, daß die Kirche sich um die Politik zu kümmern habe. Papst Pius X. erklärte in seiner Antrittsenzyklika vom 4. Oktober 1903 ausdrücklich, „daß der römische Papst von dem Lehramte, das er in bezug auf den Glauben und die Sitten besitzt, das Gebiet der Politik keineswegs trennen kann".

Heute weiß man, daß die päpstliche Politik im christlichen Glauben wurzelt. Die Ansprüche der Kirchen — der evangelischen wie der katholischen — sind durch das Christentum bedingt. Eine aufklärende Forschung, die sich nur auf die Wirkungen beschränkt, ohne bis zu den Ursachen vorzudringen, wird immer nur zeitliche Erfolge verzeichnen. Es gehört nun einmal zum Wesen des Papsttums — wie es sich im Lauf der Jahrhunderte ausgebildet hat — alle Völker unter seine Herrschaft zu bringen oder zu zwingen, wie es früher recht gewaltsam geschah.

Bismarcks Bemühungen, den einsichtigen Kardinal Hohenlohe als deutschen Gesandten beim Vatikan anerkennen zu lassen, waren an dem Widerspruch des Papstes gescheitert. Der bayerische Gesandte beim Vatikan, Graf Tauffkirchen, berichtete dazu, „daß übelwollende Personen dem geistig mehr als körperlich alternden Papst" eingeredet hätten, Bismarck habe die Absicht, aus Deutschland ein protestantisches Reich zu bilden, in dem die katholische Konfession nur eine ganz untergeordnete Rolle zu spielen habe. „Ganz zweifellos sei," — so schrieb der Gesandte — „daß eine extreme Partei in der katholischen Kirche besteht, welche — insbesondere in Deutschland — das Kreuz auf den Trümmern nicht nur der Throne, sondern der Gesellschaft aufzurichten hofft." [11])

Diese „extreme Partei" waren die Jesuiten. Die Zusammenarbeit der katholischen Zentrumspartei mit den Sozialdemokraten war bereits offen angekündigt und trat immer mehr in Erschei-

[11]) Bericht des bayerischen Gesandten beim Vatikan vom 4. April 1872, bei Georg Franz, a. a. O., Seite 227.

nung. Dieser wachsende Kampf gegen die Monarchie erregte Bedenken des bayerischen Königs Ludwigs II. und seines Kultusministers v. Lutz. Ludwig II. hatte das Unfehlbarkeitsdogma zwar abgelehnt, und der Minister hatte die Altkatholiken gegen klerikale Übergriffe geschützt, jetzt wurden beide schwankend. Sie schlugen Bismarck vor, eine Verständigung mit dem Vatikan anzustreben, um das parlamentarische Bündnis zwischen „Schwarz" und „Rot", zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, zu sprengen. Bismarck meinte indessen — wie er später, am 12. August 1878, an König Ludwig schrieb — „die im Zentrum vereinten Kräfte fechten zwar jetzt unter päpstlicher Flagge, sind aber an sich staatsfeindlich, auch wenn die Flagge der Katholizität aufhörte, sie zu decken; ihr Zusammenhang mit der Fortschrittspartei und den Sozialisten auf der Basis der Feindschaft gegen den Staat (d. h. die Monarchie) ist von dem Kirchenstreit unabhängig." Er hat recht behalten. Im Jahre 1918 wurde es augenscheinlich.

Bismarck schrieb weiter: „Meine ersten Versuche zur Anbahnung des kirchlichen Friedens fanden auch bei Seiner Majestät (Kaiser Wilhelm I.) keinen Anklang. Der Einfluß der höchsten evangelischen Geistlichkeit war damals stärker als der katholisierende der Kaiserin." Vermutlich spielten dabei auch freimaurerische Einflüsse eine maßgebliche Rolle, denn der Kaiser war Freimaurer, und die Freimaurerei bekämpfte damals den Jesuitismus. Bismarck hatte früher schon einmal vertraulich an den katholischen preußischen Diplomaten von Savigny geschrieben: „Die Freimaurer haben einen versteckten Einfluß, gegen den ich nicht aufkomme."

Immerhin wandte sich Bismarck an die europäischen Regierungen, um diesen ein Zusammenwirken vorzuschlagen, damit bei der nächsten Papstwahl — nach dem Tode Pius IX. — nicht wieder ein Papst gewählt würde, der — wie der jetzige — völlig in der Hand der Jesuiten sein würde.

Nur darum war es Bismarck zu tun! Aber nicht etwa um eine Beeinträchtigung der Kirche oder des Katholizismus. Wir haben

bereits jenes Rundschreiben gebracht, das Bismarck am 14. Mai 1872 allen Vertretern des Deutschen Reiches im Ausland übermittelt hatte. Er hatte darin festgestellt, die Bischöfe eines jeden Landes seien — infolge der Beschlüsse des Konzils von 1869/70 — „den Regierungen gegenüber Beamte eines fremden Souveräns geworden, und zwar eines Souveräns, der vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter ist — mehr als irgendein absoluter Monarch in der Welt."

Das war zweifellos ein Fall, der jede Regierung berühren mußte, zumal sich auch in anderen Ländern Unzuträglichkeiten ergeben hatten. Im Juli fanden dann entsprechende Verhandlungen über diese Frage mit Vertretern aus Österreich, Italien, Frankreich und Spanien statt. Der Zeitpunkt war günstig, denn der Vatikan war infolge seiner angriffsfreudigen Unduldsamkeit mit fast allen europäischen Regierungen zerfallen. Aber die Verhandlungen scheiterten. Jede Regierung wollte sich die Handlungsfreiheit bewahren. Das Deutsche Reich blieb in diesem Kampf allein, während die Jesuiten in Frankreich zunehmenden Einfluß gewannen.

Der politische Beobachter jener Zeit, Johannes Scherr, schrieb dazu ingrimmig:

„Einen geradezu peinlichen und bemühenden Eindruck machte der dem Herrn Reichskanzler schlecht zu Gesicht stehende advokatenkniffige Versuch, zwischen dem staatsfeindlichen Jesuitismus und ‚Seiner Heiligkeit' einen Unterschied zu statuieren ... demzufolge, wie zum Beispiel in Bayern neuerlichst Herr von Lutz sich dreht und schwenkt, ist wahrhaftig nicht viel zu erwarten. Um so weniger, als die überstiegenen, ja geradezu lächerlichen Hoffnungen, welche die Bürokratie auf die ‚altkatholische' Seifenblase gesetzt hatte, deutlich genug zeigten, daß sie des Wahnes lebt, man vermöge den ‚Fels Petri' mit Schneeballen umzuwerfen." [12])

Der bayerische Gesandte beim Vatikan, von Tauffkirchen, hatte den Papst „geistig alternd" bezeichnet. Das war höflich. Scherr nannte ihn den „Hampelmann des Jesuitengenerals". Das

---

[12]) Johannes Scherr: „Sommertagebuch 1872", Zürich 1873, Seite 128 und 130.

war grob. Hier mag jedoch wieder Lessings Wertung zutreffen, daß „es selten Komplimente gibt, ohne alle Lügen“ und „selten Grobheiten, ohne alle Wahrheit“.

Es zeigte sich schon bald, wie richtig Scherr die Lage beurteilt hatte. Am 17. September 1872 versammelten sich die Bischöfe in Fulda. Hier erließen sie eine Denkschrift, die zum „Frieden zwischen Kirche und Staat“ beitragen sollte. Es war jedoch eine Kampfansage. Die bisher erlassenen Gesetze — zumal das Jesuitengesetz — wurden verworfen. Die Bischöfe beriefen sich darin auf die Bestimmungen des Westfälischen Friedens, der im Jahre 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendete. Sie übersahen dabei die Tatsache, daß der Papst Innozenz X. diesen Frieden durch die Bulle *„Zelo domus Dei“* „von Rechts wegen als null, nichtig, kraftlos, ungerecht“ verdammt hatte. (*„Ideoque pacta et conventa illa ipso iure nulla, irrita, invalida, iniqua iniusta, damnata, reprobata, inania“*.) Dadurch erhielt die Erklärung, der Papst sei die „von Christus eingesetzte höchste Autorität“, eine etwas eigenartige Beleuchtung. Denn in diesem Falle durfte man sich auch nicht auf jene Friedensbedingungen berufen, die von der „höchsten Autorität“ verworfen waren.

Die Erklärung, die katholische Kirche sei einem protestantischen Kaiser nicht abgeneigt, klang zwar sehr friedfertig, wurde aber durch die Tatsachen entkräftet. Besonders scharf wurden die Schutzmaßnahmen des Staates für die Altkatholiken angegriffen. Die Kirche — so wurde erklärt — bestehe „auf der ganzen Integrität ihres Wesens und ihrer Verfassung“. Wer den Papst und dessen Unfehlbarkeit nicht anerkenne, sei kein katholischer Christ. Diesen gegenüber besitze die Kirche das Recht der Exkommunikation. In dieser Frage bezog man sich auf das Einschreiten des Preußischen Kultusministeriums gegen den Bischof Dr. Krementz von Ermland. Dieser hatte im März des Jahres zwei Gymnasial-Professoren, Wollmann und Michaelis, exkommuniziert und öffentlich für „Gottesleugner“ erklärt. Sie hatten die Anerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas verweigert. Das Verhalten des Bischofs war gesetzwidrig, da es die Betroffenen

bürgerlich schädigte. Die Regierung erhob damals verfassungsrechtlichen Einspruch, der Bischof berief sich indessen auf das kanonische Recht. Seit jenen Tagen standen sich diese Auffassungen gegenüber.

Nachdem die Bischöfe diese Frage jetzt in ihrer Denkschrift erneut aufgriffen und sich den Standpunkt des aufsässigen Bischofs von Ermland zu eigen machten, sah sich das Kultusministerium zu Gegenmaßnahmen veranlaßt. Dem Bischof wurden mit einem Schreiben vom 25. September 1872 die bisherigen Zahlungen aus Staatsmitteln gesperrt. Denn diese Zahlungen — so argumentierte man — seien vom Parlament unter der Voraussetzung bewilligt worden, daß der Empfänger die Staatsgesetze und die Verfassung anerkennen würde. Da der Bischof diese Voraussetzung jedoch nicht mehr erfülle, würden auch jene Zahlungen entfallen. Die jährliche Staatsbesoldung des Bischofs betrug nun aber 9000 Taler = 27 000 Goldmark! Die Einstellung der Zahlungen war also ein empfindlicher Schlag für den „hochwürdigen Herrn".

Diese anmaßende Denkschrift der Bischöfe wurde von der nicht-klerikalen Presse fast geschlossen als offene Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich aufgefaßt. Sie nahm sich aus — so urteilt der Historiker Wilhelm Oncken — „wie eine Ankündigung eines Kampfes bis aufs Messer". Die englische Zeitung „*Times*" warnte die Bischöfe und schrieb unter anderem:

„Das deutsche Vaterland in sich zu trennen, die Kluft zwischen Katholiken und Protestanten zu erweitern, Eifersucht zwischen Preußen und den kleineren Staaten zu säen, das ist die Politik der Ultramontanen, auf daß, wenn der Tag kommt, die Auferweckung der französischen Macht um so leichter sei. So hat die Kirche absichtlich den Streit mit dem deutschen Staate heraufbeschworen. Das Dogma der Unfehlbarkeit ist als der Prüfstein der Gläubigen und zur Förderung einer geistlichen Bewegung gebraucht worden. Den Bayern hat man den protestantischen Kaiser als eine Demütigung hinstellen wollen, obwohl mit geringem Erfolg. Die Geistlichkeit begann, ohne Zweifel einer gemeinsamen Oberleitung gehorchend, die Agitation, welche zu Bismarcks Auftreten gegen die Jesuiten führte, und jetzt sucht sie dieser scharfen Maßregel mit einer noch zügelloseren Sprache und noch

rücksichtsloseren Vorschiebung des Dogmas zu begegnen, in der Meinung, daß es der deutschen Regierung unmöglich sein werde, gegen alle insgesamt aufzutreten, wenn sie fest zueinander ständen." [13])

Der über dieses Verhalten der Bischöfe empörte Scherr schrieb sehr grobianisch aus der Schweiz:

„‚Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen', sagten die Pfaffen der Aschera-Astarte im alten Syrien, wenn sie Mädchen und Frauen anwiesen, der Göttin mit Unzucht zu dienen. Dasselbe sagten die Pfaffen des Moloch, wenn sie die verzweifelnden Mütter zwangen, in Karthago und im Tale Ben-Hinnom bei Jerusalem ihre Kinder auf die glühenden Erzarme der Stiergottstatue zu legen. Dasselbe im Mittelalter die Kreuzzügler, die Albigenser- und Judenschlächter, die Inquisitoren, die Hexenverbrenner. — Dieselbe Litanei stimmen in unseren Tagen die deutschen Bischöfe an, wenn sie dem von den Jesuiten gekneteten Aftergott im Vatikan ihre vaterlandverleugnenden Kniebeugungen und Räucherungen darbringen." [14])

Die Staatsregierung antwortete zunächst mit einem Aufsatz in der halbamtlichen „Provinzial-Korrespondenz" vom 16. Oktober 1872. Es hieß dort unter anderem:

„Die Darlegung der geistlichen Auffassungen und Ansprüche ist in dieser neuesten Schrift allerdings so rückhaltlos, so absolut, so scharf, wie bisher noch in keiner öffentlichen Kundgebung deutscher Bischöfe dem Staate gegenüber. Jeder Übergriff gegen die bürgerlichen Gesetze, der bisher von einem einzelnen Bischofe begangen worden, jeder strittige geistliche Anspruch, der an irgendeiner Stelle erhoben wurde, wird jetzt von der Gesamtheit der Bischöfe als gemeinsame Angelegenheit der katholischen Kirche aufgenommen und als unbedingtes Recht behauptet und vertreten; alle Maßregeln, welche die Regierung seit Jahr und Tag ergriffen, alle Schritte der Verwaltung und der Gesetzgebung werden als rechtswidrig und die Auflehnung gegen dieselben als berechtigt erklärt."

Am 20. Oktober 1872 fragte der bayerische Minister v. Lutz bei dem preußischen Minister Falk an, ob die deutschen Staatsregierungen Veranlassung hätten, „gegenüber dem Vorgehen der in Fulda versammelt gewesenen Bischöfe im gegenwärtigen

---

[13]) Zitat nach Menzel, a. a. O., Seite 368.

[14]) Johannes Scherr: „Hammerschläge und Historien", 3. Aufl., 1. Band, Seite 384/385, Zürich 1878.

Augenblick besondere Vorsichtsmaßregeln eintreten zu lassen". Der bayerische Minister meinte zwar, „für die mindergebildeten Massen dürfte die Denkschrift kaum als ergreifendes Agitationsmittel wirken". Aber er erblickte in den angeordneten, am 1. November beginnenden Andachten in den Kirchen eine gewisse Gefahr. Denn dabei solle zu Gott gebetet werden, „daß die dermaligen Bedrängnisse der katholischen Kirche im Deutschen Reiche ihr Ende finden". „Demnach werden" — so heißt es in dem Schreiben weiter —

> „diejenigen zahlreichen Teile der Bevölkerung, welche einer religiösen Fanatisierung am meisten zugänglich sind, wird der große Haufe des Volkes von der geistlichen Obrigkeit monatelang angehalten werden, unter feierlichen, die Phantasie aufregenden Formen Gott zu bitten, daß er dem Vorgehen der weltlichen Obrigkeit gegen die kirchlichen Oberen ein baldiges Ende bereiten möge. Hierin liegt ein Agitationsmittel, das nicht unterschätzt werden darf. Es fragt sich, ob die Regierungen es ruhig mit ansehen können, daß unter ihren Augen eine solche Fanatisierung des urteilslosen Haufens gegen sie ins Werk gesetzt wird."

„Der urteilslose Haufe" mußte also aufgeklärt werden. Das war natürlich nicht in ein paar Jahren zu bewerkstelligen. Aber es hätte damit begonnen werden müssen. Denn in diesem Falle ist ja deutlich erkennbar, daß die Macht der Kirche im Glauben beruht.

Der preußische Minister Falk antwortete mit dem Schreiben vom 31. Oktober 1872, daß die preußische Regierung „die ernste Bedeutung der bischöflichen Denkschrift ... ebenso würdigt, wie die der religiösen Agitationen, welche auf Anordnung der Bischöfe von jetzt ab im ganzen Lande eintreten sollen. Das Erscheinen der ersteren hat die Kgl. Regierung in ihrer Absicht bestärkt, die Beziehungen des Staates zur katholischen Kirche in umfassender Weise im Wege der Gesetzgebung zu regeln, ihr aber zur Ergreifung besonderer Verwaltungsmaßregeln keinen Anlaß gegeben."

Zu den von dem bayrischen Minister für bedenklich gehaltenen Andachten schreibt der preußische Minister weiter:

„Gegen die Gebetsgottesdienste vermag die Kgl. Regierung auch nur diejenigen Mittel anzuwenden, welche ihr Strafgesetz, Vereinsgesetz und die polizeilichen Befugnisse gegen Gefährdung und Störung der öffentlichen Ruhe gewähren ... Zu allgemeinen Präventivmaßregeln, insbesondere zu einem generellen Verbote der bevorstehenden Andachten, fehlt ihr die gesetzliche Befugnis." [15])

Die Notwendigkeit, entsprechende Gesetze zu schaffen, wurde immer fühlbarer. Diese Notwendigkeit wurde noch dringender, als die mit dem Vatikan vorher abgesprochene Kampfansage der Bischöfe durch die Weihnachts-Allokution des Papstes eine bestätigende Weihe erhielt.

Diese Allokution war besonders heftig und angriffsfreudig. Pius IX. sagte in bekannter Weise, der Schmerz, den er über die Beleidigungen empfinde, welche die katholische Kirche in Italien erleiden müsse, werde noch erhöht durch die Verfolgungen, die sie in Deutschland zu erdulden habe:

„In Deutschland, wo man nicht nur mit verborgenen Machinationen, sondern auch mit offener Gewalt darauf hinarbeitet, sie (die Kirche) von Grund aus zu vernichten. Denn Männer, die nicht nur unsere heiligste Religion nicht bekennen, sondern sie nicht einmal kennen, maßen sich die Macht an, die Dogmen und die Rechte der katholischen Kirche zu definieren. Und während sie dieselbe hartnäckig drücken, stehen sie in unverschämter Weise *(impudenter)* nicht an, zu behaupten, daß ihr von ihrer Seite kein Schaden angetan werde; ja, indem sie zur Injurie Verleumdung und Spott fügen, schämen sie sich nicht, die Verfolgung, welche zunimmt, den Katholiken zur Last zu legen, weil ihre Bischöfe und ihr Klerus zugleich mit dem treuen Volke es verweigern, die Placetums oder die Gesetze des bürgerlichen Kaisertums den heiligsten Gesetzen Gottes und der Kirche voranzustellen und sie darum ihren religiösen Pflichten nicht untreu werden wollen. O, möchten sich doch die Lenker der Staaten endlich, belehrt durch die lange Erfahrung, überzeugen, daß unter ihren Untertanen niemand gewissenhafter als die Katholiken dem Kaiser gibt, was des Kaisers ist, eben weil sie fromm bestrebt sind, Gott zu geben, was Gottes ist." [16])

---

[15]) „Die Vorgeschichte des Kulturkampfes", a. a. O., Seite 328 und 332, Nr. 263 und 267.

[16]) F. W. Ghillany: „Europäische Chronik", 5. Band, Seite 353, Leipzig 1878.

In der halbamtlichen „Provinzial-Korrespondenz“ wurde zu dieser Allokution festgestellt:

„Zum vierten Male in dem einen Jahre hat der Papst in herausfordernder Weise bekundet, daß er von einer Verständigung über die kirchlichen Fragen nichts wissen will; zuerst durch die rücksichtslose Zurückweisung des Kardinals Hohenlohe, sodann durch die schroffe, ohne jedes Vernehmen mit der Regierung getroffene Entscheidung in der Sache des Armeebischofs Namsczanowski, ferner durch die berüchtigte Ansprache an die Deutschen in Rom, und nunmehr durch die neuen Verleumdungen am Weihnachtsfeste. Dieses Vorgehen des Papstes zeichnet der Regierung klar den Weg vor, den sie zur Regelung der kirchlichen Angelegenheiten zu gehen hat. Je weniger unter den obwaltenden Verhältnissen an eine Verständigung mit dem päpstlichen Stuhle zu denken ist, desto unabweislicher tritt die staatliche Notwendigkeit hervor, durch unzweifelhafte und unantastbare gesetzliche Bestimmungen die Grenzen der geistlichen Rechte und Befugnisse in jeder Beziehung klar festzusetzen“ (Ghillany, a. a. O. Seite 354).

Das war die Aufgabe des folgenden Jahres. Bereits im vergangenen Jahre hatte der bayerische Kultusminister von Lutz bei der Beratung über den von ihm geforderten Kanzelparagraph im Reichstag erklärt: „Kein Staatswesen hat Bestand, in welchem zwei Regierungen — eine staatliche und eine kirchliche — nebeneinander und gegeneinander bestehen.“ Jetzt wurde nach der Erklärung Bismarcks verfahren: „Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben, die Souveränität der Gesetzgebung.“

Als Papst Pius IX. die Kampfansage der deutschen Bischöfe gegen die deutsche Staatsregierung durch seine Weihnachts-Allokution des Jahres 1872 bestätigte, trat Bismarck als preußischer Ministerpräsident zurück. Er blieb dagegen nach wie vor deutscher Reichskanzler und Außenminister und als solcher Mitglied des preußischen Ministerrates. An Bismarcks Stelle trat als preußischer Ministerpräsident der bisherige Kriegsminister Albrecht von Roon. Als Kultusminister trat ihm der Jurist Dr. Falk zur Seite. Die beabsichtigten neuen Kirchengesetze erforderten einen kundigen Juristen als Minister dieses Amtsbereiches.

Diese Neuregelung der Ämterverteilung war — von Bismarcks

Arbeitsüberlastung abgesehen — in der wachsenden Gegnerschaft der konservativen Partei begründet. Bereits am 13. September 1872 hatte Bismarck an Roon geschrieben:

„Mein Gewerbe ist ein solches, in dem man viele Feinde gewinnt, aber keine neuen Freunde, sondern die alten verliert, wenn man es zehn Jahre lang ehrlich und furchtlos betreibt... Im Innern habe ich den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die Desertion der konservativen Partei in der katholischen Frage... Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig, und die Überhebung politischer Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit letztem Frühjahr gebrochen... In meinen Jahren und mit der Überzeugung, nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde etwas für diese Welt Entmutigendes, was bis zur Lähmung geht, wenn die Sorge um meine Frau dazu tritt, wie das seit Monaten wiederkehrt."

Wenn man indessen in konservativen und klerikalen Kreisen gehofft hatte, den Kampf für die Kirche bereits gewonnen zu haben, so irrte man sich. Der neue preußische Ministerpräsident von Roon erklärte am 15. Januar 1873 im Preußischen Abgeordnetenhause unter anderem:

„Ich war mit dem Gesamt-Ministerium seit langer Zeit überzeugt, — nicht daß wir Rom mit Krieg zu überziehen hätten, wohl aber — daß wir uns gegen Rom zu wehren hätten, und das ist geschehen seit der Zeit, wo über die Alpen die große Nachricht zu uns gedrungen ist, wo der Scirocco von Rom aus unsere deutschen katholischen Bischöfe als römische zurückgeführt hat. Von dem Augenblick an gehörte sehr wenig Voraussicht dazu, um zu erkennen, wieviel Ursache der Staat habe, auf seiner Hut zu sein. Diese Voraussicht hat sich leider durch bekannte Tatsachen bestätigt. Deswegen war also lange vor dieser vermeintlichen Ministerkrisis in dem Ministerium Einmütigkeit über die Notwendigkeit von Abwehrmaßregeln, zu denen wir diese Gesetze (die Maigesetze) rechnen."

Sehr richtig hatte Roon von „Abwehrmaßregeln" gesprochen. Es handelte sich um eine Abwehr.

Aber ein solcher berechtigter Abwehrkampf gegen den päpstlichen Imperialismus wird von kirchlicher Seite stets unberechtigt als Angriff auf Religion und Kirche bezeichnet. Auch das ist eine tausendjährige Erfahrung.

Die „Maigesetze" – nach der Zeit ihrer Verkündigung so benannt – betrafen

1. Die „Vorbildung und Anstellung der Geistlichen" (Gesetz vom 11. Mai 1873);
2. Die „kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung eines kgl. Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten" (Gesetz vom 12. Mai 1873);
3. Die „Begrenzung des Rechtes zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel" (Gesetz vom 13. Mai 1873); und
4. Den „Austritt aus der Kirche" (Gesetz vom 14. Mai 1873).

Diese Gesetze wurden dann nach den gemachten Erfahrungen im Mai des folgenden Jahres zunächst durch drei weitere Gesetze ergänzt.

Das erstgenannte Gesetz bestimmte im ersten grundlegenden Paragraphen:

> „Ein geistliches Amt darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargetan hat und gegen dessen Anstellung kein Einspruch von der Staatsregierung erhoben worden ist."

Das bedeutete, daß jeder Geistliche zukünftig das Reifezeugnis eines deutschen Gymnasiums besitzen mußte, um eine deutsche Staatsuniversität besuchen zu können. Nach einem dreijährigen theologischen Studium hatte er dann eine wissenschaftliche Staatsprüfung zu bestehen (§ 4). Dieses Studium konnte allerdings auch an einem staatlich als gleichwertig anerkannten kirchlichen Seminar betrieben werden (§ 6). Alle anderen kirchlichen Anstalten, die der Vorbildung von Geistlichen dienten, das heißt Knaben-, Prediger- und Priesterseminare, wurden unter Staatsaufsicht gestellt (§ 9). Der § 15 regelte die Meldepflicht jedes Kandidaten, dem ein erstes Amt, und die der Geistlichen, denen ein anderes Amt übertragen werden sollte. Der Staat behielt sich das Einspruchsrecht nach bestimmten Richtlinien vor.

Der Kirchenhistoriker Karl von Hase schrieb zu den Maigesetzen:

„Das Wichtigste von den Maigesetzen, obwohl erst für die kommenden Jahre eine Macht, ist die Erziehung des künftigen Klerus. Am meisten widersprochen hat dieser Widerspruch auch den meisten Schein des Rechts für sich. Hat Christus der Kirche ein Lehramt übertragen, so liegt am nächsten die Belehrung ihrer künftigen Diener und Priester. Aber diese sind auch bestimmt, einflußreiche Volkslehrer zu werden, selbst ohne Schule zu halten wohl die einflußreichsten. Dem Staat kann nicht gleichgültig sein, ob sie herangezogen werden, dem Vaterland entfremdet, in römischen Interessen und in der Gesinnung, die, wenn nicht einen dreißigjährigen Krieg, aber einen immerwährenden Krieg des einen Volksteiles gegen den Staat unterhalten möchte. Diesem wäre die eine Hand abgehaun, und kaum eine angesetzte eiserne dafür brauchbar, ohne diese Macht über die Bildung der kirchlichen Volkslehrer. Nichts billiger, als daß er ihnen die gleichen Bildungsanstalten bietet wie der gesamten Jugend, die an der höheren Bildung teilzunehmen bestimmt ist. Gymnasien und Universität, oder Staatsanstalten von gleicher anerkannter Berechtigung, als Vorbedingung jedes geistlichen Amtes im Vaterlande.“ [17])

Der Historiker Wilhelm Oncken urteilte:

„Der Gedanke war, dem Nachwuchs der katholischen Geistlichkeit Deutschlands eine Bildung zu sichern, die erstens deutsch und zweitens wissenschaftlich, das heißt nicht römisch und nicht jesuitisch war; von der Bekleidung katholischer Kirchenämter alle außerhalb Deutschlands, also namenlich auf dem *Collegium germanicum* zu Rom erzogene Elemente fernzuhalten und eine Priestererziehung auf solchen Anstalten, die ihre Zöglinge schon von Kindesbeinen an der Welt und dem Volke entfremdeten, ganz unmöglich zu machen.“ [18])

Dieses Gesetz war — wie von Hase sehr richtig sagte — das wichtigste der Maigesetze. Die wissenschaftliche Bildung der katholischen Geistlichen war teilweise beschämend gering. Die Reifeprüfung und das erforderliche Universitätsstudium boten eine gewisse Gewähr für einen angemessenen Bildungsgrad.

---

[17]) Karl von Hase: „Handbuch der protestantischen Polemik“, 6. Aufl., Seite 713/714, Leipzig 1894.

[18]) Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm“, 2. Band, Seite 556, Berlin 1892.

Der bayerische Heimatdichter Ludwig Thoma — ein Verehrer Bismarcks — hat die Auswirkung dieses Gesetzes humorvoll in seiner Erzählung „Der heilige Hies" geschildert. Dort wollte ein Bauer — eines Gelübdes wegen — einen nichtsnutzigen, faulen und dummen Jungen Pfarrer werden lassen. Da dieser Junge bei der Reifeprüfung durchgefallen war, wendet sich der Bauer an den Ortspfarrer um Rat. Dieser empfiehlt, den Jungen in das jesuitische *Collegium germanicum* zu schicken. „Ob sie aber da auch das Griechische und solchene Schwindelsachen verlangen?" — fragt der Bauer besorgt. Und der Pfarrer antwortet: „Nur scheinshalber. Durchfallen tut deswegen keiner, wenn er fest im Glauben ist... Aber bei uns in Deutschland kann der Matthias nicht Pfarrer werden... Weil die Malefizpreußen ein Gesetz dagegen gemacht haben." Empört erwidert der Bauer: „Dös san aber scho wirkli schlechte Menschen!" — „Da hast recht" — bekräftigt der Pfarrer —, „noch viel schlechter als du glaubst."

Thoma hat hier Stimmung und Hetze des Klerus treffend dargestellt. Gerade die Ausbildung der Hetzkapläne — wie Bismarck sie nannte — im *Collegium germanicum* wurde durch das Gesetz unmöglich. Am 29. August 1873 verbot die bayerische Regierung allen bayerischen Theologen den Eintritt in dieses Kollegium, solange es unter Leitung der Jesuiten oder eines verwandten Ordens steht. Es steht heute noch unter der Leitung der Jesuiten. Es gibt aber heute keine bayerische Regierung, welche es wagen würde, ein solches Verbot auszusprechen!

Das zweite Gesetz schützte auch die Geistlichen gegen jeden Mißbrauch der bisherigen kirchlichen Strafgewalt, während das dritte einen Rechtsschutz für die Laien bot. Der § 1 dieses Gesetzes kennzeichnet die Lage. Er lautete:

„Keine Kirche oder Religionsgesellschaft ist befugt, andere Straf- oder Zuchtmittel anzudrohen, zu verhängen oder zu verkünden, als solche, welche dem rein religiösen Gebiet angehören oder die Entziehung eines innerhalb der Kirche oder Religionsgesellschaft wirkenden Rechtes oder die Ausschließung aus der Kirche oder Religions-

gesellschaft betreffen. Straf- oder Zuchtmittel gegen Leib, Vermögen, Freiheit oder bürgerliche Ehre sind unzulässig."

Der § 2 enthielt weitere Einschränkungen. Er lautete:

„Die nach § 1 zulässigen Straf- und Zuchtmittel dürfen über ein Mitglied einer Kirche oder Religionsgesellschaft nicht deshalb verhängt oder verkündet werden,

1. weil dasselbe eine Handlung vorgenommen hat, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten;
2. weil dasselbe öffentliche Wahl- oder Stimmrechte in einer bestimmten Richtung ausgeübt oder nicht ausgeübt hat."

Auch der § 3 enthielt Schutzbestimmungen für die Laien. Er lautete:

„Ebensowenig dürfen derartige Straf- und Zuchtmittel angedroht, verhängt oder verkündet werden:

1. um dadurch zur Unterlassung einer Handlung zu bestimmen, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten;
2. um dadurch die Ausübung oder Nichtausübung öffentlicher Wahl- und Stimmrechte in bestimmter Richtung herbeizuführen."

Da die Kirche die Betreffenden des Eindrucks in der Öffentlichkeit wegen durch Kanzelabkündigungen zu diffamieren pflegte, bestimmte der § 4:

„Die Verhängung der nach diesem Gesetz zulässigen Straf- und Zuchtmittel darf nicht öffentlich bekanntgemacht werden. Eine auf die Gemeindemitglieder beschränkte Mitteilung ist nicht ausgeschlossen. Die Vollziehung oder Verkündigung derartiger Straf- und Zuchtmittel darf auch nicht in einer beschimpfenden Weise erfolgen."

Auf diese Weise wurden Geistliche wie Laien der Gerichtsbarkeit der Kirche entzogen. Ein weiteres Gesetz regelte den Austritt aus einer Kirchengemeinschaft. Dieser Austritt war bereits in manchen Ländern möglich. Der § 1 dieses Gesetzes lautete:

„Der Austritt aus einer Kirche mit bürgerlicher Wirkung erfolgt durch Erklärung des Austretenden in Person vor dem Richter des Wohnortes. Rücksichtlich des Übertrittes von einer Kirche zur anderen

verbleibt es bei dem bestehenden Recht. Will jedoch der Übertretende von den Lasten seines bisherigen Verbandes befreit werden, so ist die in diesem Gesetz vorgeschriebene Form zu beachten." [19])

Zweifellos bedeuteten diese Gesetze einen empfindlichen Eingriff in die veralteten und angemaßten Rechte der römischen Hierarchie. Sie waren aber durch das Verhalten des Klerus und des Papstes notwendig geworden. „Der Staat muß" — so schrieb der Historiker Heinrich von Sybel — „geordnete Selbständigkeit und sicheren Rechtschutz dort herstellen, wo das klerikale System eine allmächtige Willkür zur Herrschaft gebracht hat."

Es stellte sich indessen heraus, daß zur Durchführung dieser Gesetze eine Änderung der Art. 15 und 18 der Preußischen Verfassung erforderlich war. Dadurch geriet die Regierung in eine schwierige Lage. Zur Erklärung dieser Maßnahmen der Regierung und der kirchenpolitischen Lage hielt Bismarck am 10. März 1873 im Preußischen Herrenhaus eine seiner bedeutendsten Reden. Er sagte:

„Es handelt sich nicht, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, um den Kampf einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, es handelt sich nicht um den Kampf um Glauben und Unglauben; es handelt sich um den uralten Machtstreit, der so alt ist wie das Menschengeschlecht, um den Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, den Machtstreit, der viel älter ist als die Erscheinung unseres Erlösers in dieser Welt, den Machtstreit, in dem Agamemnon in Aulis mit seinen Sehern lag, der ihm dort die Tochter kostete, und die Griechen am Auslaufen verhinderte, den Machtstreit, der die deutsche Geschichte des Mittelalters bis zur Zersetzung des deutschen Reiches erfüllt hat unter dem Namen der Kämpfe der Päpste mit den Kaisern, der im Mittelalter seien Abschluß damit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes (Konradin v. Hohenstaufen) unter dem Beile eines französischen Eroberers auf dem Schafott starb, und daß dieser französische Eroberer im Bündnis mit dem damaligen Papste stand. Wir sind der entsprechenden Lage sehr nahe gewesen, übersetzt immer in die Sitten unserer Zeit. Wenn der französische Eroberungskrieg, dessen Ausbruch mit der Verkündigung der vatikanischen Beschlüsse (18./19. Juli 1870) zusammenfiel, erfolgreich gewesen

[19]) Zitiert nach Oncken, a. a. O., Seite 557.

wäre, so weiß ich nicht, was man auch auf unserem kirchlichen Gebiet von den *gestis Dei per Francos* (den Taten Gottes durch die Franzosen) zu erzählen haben würde. Ähnliche Pläne haben vorgelegen vor dem letzten Kriege mit Österreich (1866), ähnliche Pläne haben vorgelegen vor Olmütz, wo ein ähnliches Bündnis bestand gegenüber der königlichen Macht, wie sie in unserem Lande besteht, auf einer Basis, wie sie von Rom nicht anerkannt wird. Es ist meines Erachtens eine Fälschung der Politik und Geschichte, wenn man S. Heiligkeit den Papst ganz ausschließlich als den Hohenpriester einer Konfession oder die katholische Kirche als Vertreter des Kirchentums überhaupt betrachtet. Das Papsttum ist eine politische Macht jederzeit gewesen, die mit der größten Entschiedenheit und dem größten Erfolge in die Verhältnisse dieser Welt eingegriffen hat, die diese Eingriffe erstrebt und zu ihrem Programm gemacht hat. Die Programme sind bekannt! Das Ziel, welches der päpstlichen Gewalt — wie den Franzosen die Rheingrenze — ununterbrochen vorschwebte, das zur Zeit der mittelalterlichen Kaiser seiner Verwirklichung nahe war, ist die Unterwerfung der weltlichen Gewalt unter die geistliche, ein eminent politischer Zweck, ein Streben, welches ebenso alt ist wie die Menschheit, denn so lange hat es auch, seit es kluge Leute, wirkliche Priester gegeben, die die Behauptung aufstellten, daß ihnen der Wille Gottes genauer bekannt sei als ihren Mitmenschen, und daß sie auf Grund dieser Behauptung das Recht hätten, ihre Mitmenschen zu beherrschen; und daß dieser Satz das Fundament der päpstlichen Ansprüche auf Herrschaft ist, ist bekannt!

Ich brauche hier an alle die hundertmal erwähnten und kritisierten Aktenstücke nicht zu erinnern: sie sind nicht nur *publici iuris*, sondern auch jedem, der einen oberflächlichen Einblick in die Weltgeschichte hat, bekannt. Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum — der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, wie wir ihn schon im Mittelalter gesehen haben — ist zu beurteilen wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. Es ist auch in den Kämpfen der päpstlichen Macht nicht immer der Fall gewesen, daß gerade katholische Mächte die Bundesgenossen ausschließlich des Papstes gewesen wären; auch haben die Priester nicht immer auf Seiten des Papstes gestanden. Wir haben Kardinäle als Minister von Großmächten gehabt zu einer Zeit, wo diese Großmächte eine stark antipäpstliche Politik bis zur Gewalttat durchführten. Wir haben Bischöfe gegen päpstliche Interessen in dem Heerbann der deutschen Kaiser gefunden. — Also: dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen, wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, die auf den Eindruck bei urteilslosen Leuten berechnet ist, wenn

man sie darstellt, als ob es sich um eine Bedrückung der Kirche handle. Es handelt sich um die Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann, denn in dem Reiche dieser Welt hat der Staat das Regiment und den Vortritt." [20])

Selbstverständlich fehlte es weder im Herren- noch im Abgeordnetenhaus an heftigen Gegenreden. Man konnte aber den eindrucksvollen, geschichtlich begründeten Ausführungen Bismarcks sachlich nichts entgegensetzen. Man erging sich in allgemeinen Redensarten. Das Herrenhaus stimmte der Verfassungsänderung am 24. April und den Kirchengesetzen am 1. Mai 1873 mit großer Mehrheit zu. Am 9. Mai 1873 fand die Schlußabstimmung im Abgeordnetenhaus statt, nachdem die vorgeschriebenen drei Lesungen stattgefunden hatten. Auch hier entschied eine große Mehrheit für die Annahme der Kirchengesetze.

In seiner Schlußansprache erklärte der Ministerpräsident von Roon, der als streng kirchlich eingestellter Mann bekannt war:

„Die Regierung Seiner Majestät beharrt in dem festen Vertrauen, daß diese Gesetze den wahren Frieden unter den Angehörigen der verschiedenen Bekenntnisse fördern und die Kirche dahin führen werden, dem lauteren Dienste des göttlichen Wortes allein ihre Kräfte zu weihen."

Im Gegensatz dazu standen die Erklärungen der Klerikalen. So schloß der protestantische Abgeordnete von Gerlach mit den Worten: „Jetzt gilt es zu bekennen, feststehen in geschlossenen evangelisch-katholischen Reihen; jetzt erst fängt der Kampf recht an!" Der katholische Abgeordnete Windthorst betonte: „Wir werden niemals etwas Ungesetzliches tun. Aber es gibt einen durchaus berechtigten Widerstand, diesen müssen, diesen werden, diesen wollen wir üben. An diesem passiven Widerstand wird früher oder später alles das zerschellen, was in diesen Gesetzen beabsichtigt ist. Gebe Gott, daß das Vaterland dabei keinen Schaden nehme."

---

[20]) „Die politischen Reden des Fürsten Bismarck", herausgegeben von Horst Kohl, Stuttgart 1905; Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke, Berlin 1924; Oncken a. a. O., Seite 558/559.

Am 15. Mai 1873 wurden die vier Gesetze verkündet. Der Kampf „fing erst recht an".

Wir haben bereits an mehreren Stellen auf den Einfluß katholischer Kreise am deutschen Kaiserhofe hingewiesen. Die Kaiserin Augusta unterlag diesen Einflüssen mehr und mehr. Die Kirchengesetze brachten sie in eine scharfe Gegnerschaft zu Bismarck. Die Zeitschrift „Die Tribüne" vom 9. Januar 1873 schrieb dazu:

„Am preußischen Hofe existiert, trotz aller Schönfärberei, eine starke katholische Partei. Personen, welche die Hofämter verwalten, sind nicht nur glaubenseifrige Katholiken, sondern katholische Parteigänger, Anhänger einer politisch-regierungsfeindlichen Richtung. Man weiß von der Errichtung eines Frauenvereins zur Beschaffung von Mitteln, um ausgewiesenen Jesuiten das Verbleiben im Reiche zu ermöglichen." [21])

Diese Personen — an ihrer Spitze die Kaiserin Augusta — wurden jetzt selbstverständlich besonders tätig. Vermutlich veranlaßten sie auch den Papst Pius IX. dazu, den Kaiser Wilhelm I. gegen Bismarck aufzurufen. Am 7. August 1873 richtete der Papst ein längeres Schreiben an den Kaiser, das sich mit den Kirchengesetzen beschäftigte. Es hieß darin unter anderem:

„Sämtliche Maßregeln, welche seit einiger Zeit von Eurer Majestät Regierung ergriffen sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab ... Ursachen für diese sehr harten Maßregeln vermag Ich nicht aufzufinden... Andererseits wird Mir mitgeteilt, daß Eure Majestät das Verfahren Ihrer Regierung nicht billigen und die Härte der Maßregeln wider die katholische Religion nicht gutheißen. Wenn das wahr ist, werden dann Eure Majestät nicht die Überzeugung gewinnen, daß diese Maßregeln keine andere Wirkung haben, als diejenige, den eigenen Thron Eurer Majestät zu untergraben? Ich rede mit Freimut, denn Mein Panier ist Wahrheit, und Ich erfülle Meine Pflicht, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. Denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgendeiner Beziehung oder auf irgendeine Weise, welche hier näher darzulegen nicht am Orte ist, gehört, sage Ich, dem Papste an."

Hier wäre allerdings nach unserer Meinung sehr wohl „der Ort", wo diese anmaßende Erklärung des Papstes „näher darzulegen ist". Pius IX. bezieht sich nämlich auf die Bulle *„Unam*

---

[21]) F. W. Ghillany: „Europäische Chronik", 5. Band, Seite 356, Leipzig 1878.

*sanctam*" des Papstes Bonifaz VIII. (1294–1303). Aber wir haben ja bereits in dem einleitenden Abschnitt auf diese Bulle hingewiesen, die nach jesuitischer Behauptung „das richtige Verhältnis zwischen Kirche und Staat für ewige Zeiten feierlich vorgezeichnet" hat. Papst Pius IX. hat also – wenn auch nur andeutend – jene anmaßende Bulle bestätigt. Sein Nachfolger Leo XIII. (1878–1903) hat diese Auffassung in der Enzyklika „*Annum sacrum*" vom 25. Mai 1899 ausgesprochen.

Auf diesen anmaßenden Brief des Papstes antwortete der Kaiser mit einem Schreiben vom 3. September 1873. Zweifellos hat er den Inhalt zuvor mit Bismarck besprochen. Es heißt in diesem Brief unter anderem:

„Wenn diese Berichte nur Wahrheit meldeten, so wäre es nicht möglich, daß Eure Heiligkeit der Vermutung Raum geben könnten, daß Meine Regierung Bahnen einschlägt, welche Ich nicht billige. Nach der Verfassung Meiner Staaten kann ein solcher Fall nicht eintreten, da die Gesetze und Regierungsmaßregeln in Preußen Meiner landesherrlichen Zustimmung bedürfen. Zu Meinem tiefen Schmerze hat ein Teil Meiner katholischen Untertanen seit zwei Jahren eine politische Partei (das Zentrum) organisiert, welche den in Preußen seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören sucht. Leider haben höhere katholische Geistliche diese Bewegung nicht nur gebilligt, sondern sich ihr bis zur offenen Auflehnung gegen die bestehenden Landesgesetze angeschlossen."

Der Kaiser weist den Papst darauf hin, „daß ähnliche Erscheinungen sich gegenwärtig in der Mehrzahl der europäischen und in einigen überseeischen Staaten wiederholen". Der Kaiser betrachte es als seine Aufgabe, „den inneren Frieden zu schützen, und das Ansehen der Gesetze zu wahren". Dann fährt er fort:

„Ich gebe mich gern der Hoffnung hin, daß Eure Heiligkeit, wenn von der wahren Lage der Dinge unterrichtet, Ihre Autorität werden anwenden wollen, um der unter bedauerlicher Entstellung der Wahrheit und unter Mißbrauch des priesterlichen Ansehens betriebenen Agitation ein Ende zu machen. Die Religion Jesu Christo hat, wie ich Euer Heiligkeit vor Gott bezeuge, mit diesen Umtrieben nichts zu tun, auch nicht die Wahrheit, zu deren von Eurer Heiligkeit angerufenem Panier Ich Mich rückhaltlos bekenne. Noch eine Äußerung in dem

Schreiben Eurer Heiligkeit kann Ich nicht ohne Widerspruch übergehen, nämlich, daß jeder, der die Taufe empfangen hat, dem Papste angehöre. Der evangelische Glaube, zu dem Ich Mich, wie Eurer Heiligkeit bekannt sein muß, gleich Meinen Vorfahren und der Mehrheit Meiner Untertanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herrn Christus anzunehmen." [22])

Diese in dem letzten Satz vertretene Meinung entsprach Bismarcks Auffassung. Er schrieb am 6. Januar 1888 an den Prinzen Wilhelm von Preußen:

„Ich bin ein gläubiger Christ, aber ich fürchte, daß ich in meinem Glauben irre werden könnte, wenn ich, wie der Katholik, auf priesterliche Vermittlung zu Gott beschränkt wäre."

Das war zwar an sich richtig, wenn man sich „Gott" nicht als Person denkt und weiß, daß das Göttliche überhaupt nicht durch Priester „vermittelt", sondern nur erlebt werden kann. Aber Priester, katholische wie evangelische — bedürfen des Glaubens an eine solche „Vermittlung" ihrerseits. Ihre Daseinsberechtigung wäre sonst in Frage gestellt.

Die evangelische Kirche widerstrebte daher den neuen Kirchengesetzen ebenso wie die „Alleinseligmachende". Der Oberkirchenrat von Berlin hatte bereits bei den ersten Beratungen Einspruch erhoben und verlangt, „daß die Anwendung der Gesetze auf die evangelische Kirche überhaupt, mindestens aber das Gesetz über die kirchliche Disziplinargewalt, ausgeschlossen werde". Darauf konnte sich die Regierung aber gerechterweise nicht einlassen. Daher bildeten sich — wie sich der Abgeordnete von Gerlach ausdrückte — „geschlossene evangelisch-katholische Reihen" gegen die Regierung. Man erlebte auch hier wieder einmal, was der Dichter Georg Herwegh in einem Epigramm meinte:

„Ob sie katholisch geschoren, ob evangelisch gescheitelt,
Gleichviel: immer gerät man den Gesellen ins Haar!"

[22]) Zitat der Briefstellen bei Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", Politische Geschichte von 1871—1890, Leipzig 1893, Seite 89. Der ganze Briefwechsel bei L. Hahn: „Geschichte des Kulturkampfes in Preußen", Berlin 1881, Seite 130 ff., und „Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten 1848—1934", herausgegeben von Johannes Hohlfeld, 1. Band, 3. Aufl., Berlin 1934, Seite 122—124.

*Auswirkungen der Maigesetze*

Während die Maigesetze vom preußischen Herren- und Abgeordnetenhaus beraten und angenommen wurden, begann in Frankreich der Aufmarsch des Klerus. Am 20. Juni 1873 fand eine große Wallfahrt der Pariser Bevölkerung nach Paray-le-Monial statt. Die Teilnehmer sangen dabei ein eigens dafür gedichtetes Lied, dessen Kehrreim lautete: „Siegreicher Gott, rette Frankreich und Rom, im Namen des heiligen Herzens". Sie flehten dabei zum „Himmel", daß er den „Papst befreie" — der sich ja „der Gefangene im Vatikan" nannte — und „mache Frankreich wieder zur herrschenden Nation in Europa". Es handelte sich also um eine der eigentümlichen religiös-politischen Veranstaltungen. In diesem Falle gegen das neue Deutsche Reich. Diese Wallfahrt wurde der Auftakt zu weiteren Prozessionen gleicher Art. Sie wiederholten und steigerten sich, als der Graf von Chambord Ansprüche auf den französischen Königsthron erhob. [1]) Der Klerus betrieb eine wachsende Propaganda für die

---

[1]) Graf Chambord, früher Herzog von Bordeaux genannt, war der Sohn des im Jahre 1820 ermordeten Herzogs von Berry. Der Graf war im Jahre 1820 geboren und von dem französischen König Karl X. (1824—1830) — unter dessen Regierung Algerien annektiert wurde — zum Thronerben erklärt worden. Er war — wie Karl X. — klerikal eingestellt, und infolgedessen ein Gegner Gambettas und der 3. französischen Republik. Der Klerus erwartete durch ihn einen neuen Aufstieg zur Macht, die mit dem Sturz des 2. Kaiserreichs im Jahre 1870 verlorengegangen war.
Aus der Wallfahrt nach Paray-le-Monial entstanden die bekannten „Eucharistischen Kongresse", die heute noch abgehalten werden.
Auf dem „Eucharistischen Kongreß" im August des Jahres 1960 zu München erklärte der Bundesverteidigungsminister Franz Joseph Strauß: „Wir wissen, daß die Macht hinter dem Eisernen Vorhang in den Händen von Männern ist, für die Verantwortung vor Gott keine Rolle spielt. Dafür sind wir Soldaten, daß diese Macht nicht gegen uns gebraucht werden kann, daß die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergeht." („Süddeutsche Zeitung" vom 8. August 1960.)
So etwa dachte man auch im Jahre 1873 in Frankreich, als man die Urveranstaltung der „Eucharistischen Kongresse", die Wallfahrt nach Paray-le-Monial gegen das Deutsche Reich inszenierte. Nach damaliger französisch-klerikaler Auffassung war „die Macht in Deutschland in den Händen von Männern, für die Verantwortung

Monarchie und die damit verbundene Erneuerung des jesuitischen Einflusses auf die Regierung. Frankreich wurde „dem heiligsten Herzen Jesu“ und „der Jungfrau Maria“ geweiht. Die Losung hieß: „Wiedererlangung der alten Größe Frankreichs unter der legitimen Monarchie, Befreiung des Heiligen Vaters und Wiederherstellung des Kirchenstaates.“

Diese religiös-politische Propaganda wurde von der Gattin des im Jahre 1870 in Sedan kapitulierenden Marschalls Mac Mahon gefördert. Sie war eine fanatische Katholikin und wurde – wie die Kaiserin Eugenie – völlig vom Klerus beherrscht. Der Marschall Mac Mahon war am 24. Mai 1873 – nach dem Rücktritt der Regierung Thiers – zum Präsidenten der 3. Französischen Republik gewählt worden. Damit wurde die Wieder-Klerikalisierung Frankreichs eingeleitet. Die Mehrheit des Staatsrates stand bereits unter jesuitisch-klerikalem Einfluß. Etwa 100 Mitglieder der Nationalversammlung richteten eine Ergebenheits-Kundgebung an den Papst. Darin wurde erklärt, „die Streitkräfte Frankreichs und das Blut seiner Söhne würden ihm zur Verfügung stehen“. Pius IX. beantwortete diese Erklärung am 24. Juni 1873. Er gab seiner begreiflichen Freude Ausdruck, „daß die Mutter der Gnaden auf wunderbare Weise die französische Nation aus dem Schlaf geweckt hat. Dies berechtige zu der Hoffnung ... auf eine vollständige Wiederherstellung der Größe und des Ruhmes Frankreichs“. [2])

Man erkennt hier klar und deutlich, wie sich die Tätigkeit der aus dem Deutschen Reich ausgewiesenen Jesuiten in Frankreich auswirkte. Der Jesuit Rudolf Cornely schrieb daher ebenso höhnisch wie aufschlußreich in der Jesuitenzeitschrift „Stimmen aus Maria Laach“, daß die Jesuiten „die tönernen Füße bemerkt haben, auf welchen der eherne Koloß der neuen Germania

---

vor Gott keine Rolle spielt“. Auch die Franzosen sollten damals dafür Soldaten werden, „daß diese Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergeht“.

[2]) F. W. Ghillany: „Europäische Chronik“, Leipzig 1878, 5. Band, Seite 386/387, 396, 398.

steht". [3]) Papst Pius IX. sagte am 18. Januar 1874 — am 3. Jahrestag der Reichsgründung durch Bismarck — in einer Ansprache an die deutschen Rompilger unter anderem:

„Bismarck ist die Schlange im Paradiese der Menschheit. Durch diese Schlange wird das deutsche Volk verführt, mehr sein zu wollen als Gott selbst, und dieser Selbstüberhebung wird eine Erniedrigung folgen, wie noch kein Volk sie hat kosten müssen. Nicht wir, nur der Ewige weiß, ob nicht das Sandkorn an den Bergen der ewigen Vergeltung sich schon gelöst hat, das im Niedergange zum Bergsturz wachsend, in einigen Jahren an die tönernen Füße dieses Reiches anrennen und es in Trümmer wandeln wird; dieses Reich, das wie der Turm zu Babel Gott zum Trotze errichtet wurde und zur Verherrlichung Gottes vergehen wird."

Man sieht, der Papst übernahm die jesuitische Metapher von den „tönernen Füßen" und wiederholte das Gleichnis von dem „sich lösenden Steinchen", das er bereits in seiner Ansprache vom 24. Juni 1872 gebraucht hatte.

Aus der religiösen Ausdrucksweise in die Sprache der Tatsachen zurückübersetzt, heißt das: der Vatikan bzw. der Jesuitenorden wird eine Koalition der katholischen und der von ihm beeinflußten übrigen Staaten gegen Deutschland erstreben, deren vereinigte militärische Macht dieses Deutsche Reich wieder zerstören wird. Und so geschah es! Nur die vom Papst angenommene Frist war zu kurz bemessen. Erst im Jahre 1914 war diese Koalition so stark und die durch Zentrumspartei und Sozialdemokraten verhinderte deutsche Rüstung so vernachlässigt, daß der „Bergsturz" erfolgen, das heißt der Krieg begonnen werden konnte. Der Ausgang ist bekannt. Er diente aber nicht nur der „Verherrlichung Gottes", sondern führte auch zur Enthüllung der überstaatlichen Politik des Vatikans! Der Zentrumsabgeordnete Nacken erklärte im Jahre 1918 stolz: „Wir vom Zentrum haben die Revolution gemacht", während Papst Benedikt XV. triumphierend zu dem Schriftsteller Emil Ludwig sagte: „Es ist Luther,

---

[3]) Rudolf Cornely S. J.: „Rezensionen" in der Zeitschrift „Stimmen aus Maria Laach", Freiburg i. B. 1873, Heft 4, Seite 389 ff.

der den Krieg (1914—1918) verloren hat!" Dabei dürfen wir aber die Mitwirkung der Sozialdemokratie nicht vergessen!

Unter diesen Umständen ist der von Papst Pius IX. am 7. August 1873 an Kaiser Wilhelm I. gerichtete Brief verständlich. Die Haltung der deutschen Kaiserin Augusta berechtigte den Klerus zu den schönsten Hoffnungen. Ihre Abneigung gegen Bismarck und ihre Zuneigung zu den Katholiken verstärkten sich. Der französische Gesandte in Berlin, de Gontaut-Biron, erfreute sich ihrer besonderen Gunst. Er nutzte sie — durchaus verständlich — als Diplomat, zum Vorteil Frankreichs und des Klerikalismus aus. Am 6. September 1877 klärte Bismarck den Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst über diese Machenschaften der Kaiserin auf. Er sagte:

„Er finde die Kaiserin seit fünfzehn Jahren überall als Gegnerin. Sie lasse sich Korrespondenzen schreiben, die sie dann dem Kaiser vorlese, und zwar beim Frühstück, und immer nach dem Frühstück erhalte er unangenehme Handbillette des Kaisers. Der Kaiser sei im Prinzip mit der Kirchenpolitik einverstanden, im einzelnen mache er Schwierigkeiten, veranlaßt durch die Einmischung der Kaiserin ... Alles, was der Reichsregierung feindlich sei, werde von der Kaiserin unterstützt. Solange Gontaut (der französische Gesandte) in Berlin sei, bestehe eine Art Gegenministerium, mit dem er zu kämpfen habe." [4])

Unter diesen Umständen und unter dem Eindruck der wachsenden Hetze der klerikalen Presse gegen Deutschland, dem die erneuten französischen Rüstungen Nachdruck verliehen, bat Bismarck zu Beginn der Jahres 1874 den französischen Gesandten in Berlin, Gontaut-Biron, zu einer Unterredung zu sich. Diese Unterredung fand am 13. Januar 1874 statt. Da sich die klerikale Propaganda in Frankreich nicht nur gegen das Deutsche Reich, sondern auch als monarchistische Propaganda gegen die republikanische Regierung in Frankreich richtete, glaubte Bismarck zu einer Aufklärung über die Gesamtlage und deren Hintergründe berechtigt zu sein. Diese Aufklärung beleuchtete die Verhältnisse. Sie zeigte die Ursachen der im Jahre 1875 brennend werdenden

[4]) Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst: „Denkwürdigkeiten", herausgegeben von Friedrich Curtius, Stuttgart 1906/1907, 2. Band, Seite 220.

„Krieg-in-Sicht"-Krise. Bismarck sagte nach den Aufzeichnungen des französischen Gesandten etwa folgendes:

„In Frankreich, wie überall heutzutage, sucht die klerikale Partei die Herrschaft über den Staat an sich zu reißen. Hier (in Deutschland) haben wir den offenen Kampf mit der römischen Kirche. Der Papst, dem seine Unfehlbarkeit zu Kopf gestiegen ist, hat den Rechten des Staates mit aller Entschiedenheit den Krieg erklärt. Wir sehen uns einem halsstarrigen Widerstand gegenüber, der das in Glaubens- und Religionssachen sehr empfindliche Gewissen unseres Kaisers (Wilhelm I.) beunruhigt. Wir können die deutschen Katholiken nicht stillschweigend dem Joch einer fremden Macht überlassen und zusehen, wie sie ihren Widerstand gegen die Staatsgewalt auf Anstachelungen von außen her stützen ... Was uns aus Frankreich darüber gemeldet wird, hat noch besonders ernsten Charakter ... In bayerischen Zeitungen habe ich sogar gelesen, daß man nur abwarten will, bis die klerikale Partei in Frankreich ans Ruder kommt, um dann die katholische Opposition in Bayern zu verstärken und zu organisieren. Wenn die Bischöfe den Befehl von Rom empfangen, unsere Untertanen zur Rebellion anzureizen und wenn zu ihrer Erleichterung auch noch ständige Angriffe von Frankreich gegen die deutsche Politik ausgehen, dann fühlen wir uns bedroht ... Sind Sie sich darüber klar, daß die ganze Stellung der katholischen Kirche sich seit dem vatikanischen Konzil (1870) geändert hat? — Die Bischöfe sind nicht mehr selbständig, sie sind nur noch Trabanten und Werkzeuge des Papstes. Vor dem Unfehlbarkeitsdogma hatten sie gewisse Freiheiten ... In allem unterstehen sie dem Willen des Papstes, und ein Wort von Pius IX. genügt, um die ganze katholische Welt in Verwirrung zu stürzen. Auf die gegen uns gerichtete letzte Enzyklika hin haben schon etwa zehn Ihrer Bischöfe Hirtenbriefe erlassen ... wenn die Staatsgewalten sich dem nicht widersetzen, (werden sie) einen richtigen Kreuzzug gegen uns veranstalten. Da sehen Sie, wie gefährlich es wäre, wenn ultramontane Enflüsse in Ihrer Regierung hochkämen ... Ein Bischof hat mir versichert, daß er und seine Kollegen es eher zum Bürgerkrieg kommen lassen, als sich den letzten in Preußen durchgegangenen Gesetzen (den Maigesetzen) fügen würden ... Es ist der Kampf um die Freiheit des Staates, wie ihn das mittelalterliche Reich gegen das Papsttum geführt hat ... Hüten Sie sich, daß die Massen nicht im Namen der verfolgten katholischen Religion fanatisiert werden, dann würde die klerikale Partei die Macht an sich reißen und alle römischen Angelegenheiten zu ihren machen, was Sie unweigerlich in einen Krieg gegen uns verwickeln würde ... In den eben von mir angedeuteten Tendenzen und Tatsachen sehe ich einen

frühzeitigen Wink, der vielleicht unseren beiden Ländern nützlich sein kann." [5])

Dieses von dem französischen Gesandten aufgezeichnete Gesprächs-Protokoll läßt die berechtigte Besorgnis Bismarcks über die überstaatlichen Einflüsse Roms erkennen. Aus dem Schreiben seines Sohnes Herbert von Bismarck an den deutschen Gesandten in Paris vom 30. Oktober 1877 geht dies noch deutlicher hervor. Es heißt darin:

„Die Masse des Volkes ist, wie in allen Ländern der Welt, so auch in Frankreich und Deutschland, friedliebend, und wenn man von den Parisern und den jesuitischen Elementen absieht, so kann man wohl dreist behaupten, daß die französische Nation einer neuen kriegerischen Verwicklung ebenso abgeneigt ist, als die deutsche ... Die Gefahr läge nur darin, daß die französische Armee im Dienste des Vatikans zu einem Kreuzzug gegen Deutschland aufgeboten würde, sei es unter den jetzigen Machthabern, sei es unter einem an die Spitze gekommenen Prätendenten (des Grafen Chambord) ... Eine ultramontane Regierung — möge sie heißen, wie sie wolle — wäre an sich gar nicht imstande, einen Krieg mit uns nicht zu führen, sobald die Jesuiten es für zweckdienlich halten, daß er geführt werde. Auf die Wünsche und Dispositionen einer solchen Regierung käme es nicht an, denn sie müßte eben den von Rom kommenden Weisungen gehorchen; unter einem klerikalen Regime ist die französische Armee nichts anderes, als ‚Soldaten des Papstes', die auf seinen Befehl marschieren werden, wohin die Jesuiten sie dirigieren wollen.

Ähnliches haben wir im Sommer 1870 schon einmal erlebt. Das Eintreten einer solchen Möglichkeit zu verhüten liegt aber in den Zielen der Politik meines Vaters — soweit wir das können, ohne uns in innere französische Angelegenheiten zu mischen." [6])

In diesem Sinne stellte in unserer Zeit Stalin die bekannte Frage: „Wieviel Divisionen hat der Papst?" Er meinte damit vermutlich: welche Regierungen stehen unter dem Einfluß des Vatikans, so daß sie ihre Heere in dessen Dienst zu einem Kreuz-

---

[5]) André Dreux: „*Dernières Années de l'Ambassade en Allemagne de Mr. Gontaut-Biron*", Paris 1907, p. 356 seq. Außerdem: Autorisierte Übersetzung „Meine Botschafterzeit am Berliner Hofe 1872—1877", von Vicomte de Gontaut-Biron, Berlin 1909, Seite 378 ff.

[6]) „Aus Bismarcks Briefwechsel", Stuttgart 1901, Seite 495/496.

zug — gegen Rußland — nach den Weisungen der Jesuiten einsetzen würden.

Bismarcks Sorge betraf also das Wohlergehen beider Völker. Er hatte die überstaatliche Macht Roms sehr wohl erkannt und schätzte den politischen Einfluß des Vatikans und des Klerikalismus richtig ein. Als ihn daher der französische Gesandte in jener Unterredung beruhigen wollte, indem er sagte: „Die Bischöfe sind sehr hoch angesehen bei uns (in Frankreich), aber weder sie noch die Geistlichen haben wirklichen Einfluß auf Staats- und Gemeinde-Angelegenheiten", erwiderte Bismarck lachend: „Ich würde eine Provinz opfern, wenn Sie mit dem, was Sie über die Ungefährlichkeit des Klerus sagen, recht hätten!"

Bismarck konnte sich bei seinen Vermutungen über eine durch den Einfluß der Jesuiten entstehende Kriegsgefahr auf deren amtlich verkündete Lehren und Forderungen stützen. Der Jesuit Antonius Ballerini schrieb:

„Der Krieg ist erlaubt, wenn die Untertanen in Ketzerei oder Unglauben verfallen, andere mit sich reißen und so Uneinigkeit im Staat oder in der Provinz erregen."

Das war nach jesuitischer Wertung in Deutschland der Fall. Der Jesuit Paul Laymann lehrte in seiner immer wieder aufgelegten Moraltheologie dazu:

„Ist Hoffnung auf Vermehrung der Kirche vorhanden, so muß er (der Fürst, bzw. Regierung) angreifen, auch wenn er selbst den Krieg nicht unternähme." [7])

Die Auffassung Bismarcks von der entstehenden Kriegsgefahr bestätigte der klerikale Zentrumsführer Ludwig Windthorst am 4. Dezember 1874 im Deutschen Reichstag. Er sagte: „Ich habe allerdings für mich die Überzeugung, daß wir einem Kriege entgegensteuern." Er sagte aber natürlich kein Wort über die jesuitische Hetze gegen Deutschland im In- und Ausland.

Im Inlande wurde diese Hetze von der katholischen Zentrums-

---

[7]) Antonius Ballerini S. J.: „*Opus theologicum morale, edidet Dominicus Palmieri*", *Ed. II, Prati 1892, II. 670;* P. Laymann S. J.: „*Theologia moralis*", *Monachii 1625, lib. 2, tr. 3, c. 12, n. 5.*

partei durchgeführt. Denn — so schrieb Konstantin Schlottmann damals — die Männer der Zentrumspartei" waren es, die nach der Ausweisung der Jesuiten begannen,

„... die wütende Leidenschaft des großen Haufens zu schüren. Ja, ihr Einfluß war der stärkere, da sie neben ihrem Eifer für das Ansehen der Kirche den Ruhm der Bildung und der politischen Umsicht genossen. Wenn sie wegen der Vertreibung der Jesuiten Krieg auf Leben und Tod dem Reiche ansagten, wenn sie unter dem Schutz parlamentarischer Redefreiheit die grobe Unwahrheit verbreiteten, die Maigesetze seien zur Vernichtung der Kirche erdacht, so hallten ihre Worte durch den Mund zahlreicher Hetzkapläne in den römisch-katholischen Vereinen fort." [8])

In solcher Lage mußte die Regierung die unterwühlende Hetze des Klerus wenigstens im Innern unterbinden. Außerdem hatte es sich gezeigt, daß die im Vorjahre erlassenen Gesetze Lücken hatten, die vom Klerus benutzt wurden, um sie zu umgehen.

So war dem Erzbischof von Posen, Graf Ledochowski, das Gehalt gesperrt worden, da er gegen die Gesetze verstieß. Zuwendungen des Adels ermöglichten ihm die Fortführung seines Amtes. Es wurde gemäß dem Gesetze ein Verfahren auf Amtsenthebung eingeleitet. Er erschien nicht zur Verhandlung, verweigerte die Zahlung der verwirkten Strafsummen und setzte seine Hetze gegen den Staat fort. Jetzt wurde er verhaftet und ins Gefängnis abgeführt. Ähnlich erging es den Bischöfen von Köln und Trier. Sie zogen es vor, die verhängten Geldstrafen „abzusitzen", um sich auf diese Weise als „Märtyrer" feiern zu lassen, was denn auch geschah.

Diese Zustände erforderten neue gesetzliche Maßnahmen. Zur Ergänzung der „Maigesetze" des Jahres 1873 wurden die „Maigesetze" des Jahres 1874 erlassen. Das Gesetz vom 4. Mai verhinderte die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern; das Gesetz vom 20. Mai regelte die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer, und das Gesetz vom 21. Mai verschärfte das vorjährige Gesetz über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen.

---

[8]) Konstantin Schlottmann: „Der deutsche Gewissenskampf gegen den Vatikanismus", Halle 1882, Seite 127.

Zuvor war bereits das neue Personenstandsgesetz erlassen worden. Dieses wichtige Gesetz bestimmte, daß alle Beurkundungen des Personenstandes, also über Geburt, Aufgebot, Eheschließung und Sterbefall, allein durch die Standesämter zu erfolgen hätten. Das Gesetz hob damit alle die Eheschließung betreffenden kirchlichen Bestimmungen auf. Eine Ehe konnte nun ohne Mitwirkung eines Priesters geschlossen werden. Diese staatliche Eheschließung war bereits in Frankreich nach der Revolution von 1789 eingeführt worden. Viele Staaten waren darin gefolgt. Schwerwiegende Gründe hatten dazu geführt. Ein hervorragendes Beispiel, wie die Priester das Recht, diese Handlungen vorzunehmen, ausnutzten, bietet deren Verhalten in Mexiko, bevor der Präsident Juarez die staatliche Eheschließung im Jahre 1861 einführte. Der mexikanische Gesandte Luis de la Rosa stellte fest,

„daß es unbestreitbar in Mexiko ist, daß, um sich verheiraten zu können, sich viele wirkliche Arme zu persönlichem Dienste auf lange Zeit verkaufen, um nur jene Gebühren (für die Trauung) herbeischaffen zu können und während dieser Zeit die größten Entbehrungen zu erdulden haben ... Im allgemeinen kann als Regel angenommen werden, daß auf dem Lande jeder Tagelöhner, der sich verheiratet, infolge der Stolgebühren für seine ganze Lebenszeit ruiniert wird, und bei seinem Tode seiner Familie neue Schulden durch sein Begräbnis aufbürdet. Die Beweise für diese traurige Tatsache kann man zu Tausenden in den Rechnungsbüchern unserer Landgüter finden." *)

Der preußische Gesandte in Mexiko, von Richthofen, hat diese Angaben des Mexikaners nachgeprüft, bestätigt und ergänzt. Er schreibt:

„Es gibt Geistliche, welche die Weiber, die sich verheiraten wollen, unter dem Prätext (Vorwand), sie zuvor noch in den Grundsätzen der Religion fester zu machen, in ihrem Hause monatelang zurückhalten, teils um sie zu Feldarbeiten im eigenen Interesse zu verwenden und die Stolgebühr teilweise vorher abzuarbeiten, teils aus noch weit verwerflicheren Absichten, und es ist nicht allzu selten, daß sich solchergestalt in einem Pfarrhause 20 bis 30 Weiber zusammengehäuft finden; wer sich dem nicht unterwerfen will, der kann Strafe befürchten, wie

---

*) Luis de la Rosa: „*Observaciones sobre la administracion pública del estado de Zacatecas*", Baltimore 1851.

denn auch diese diejenigen Weiber bedroht, die sich nicht unbedingt den Wünschen des geistlichen Herrn fügen." [10])

Wir haben dieses besonders krasse Beispiel gewählt, um zu zeigen, wie sich die priesterliche Herrschsucht zu entwickeln vermag. Im Jahre 1868 wies Franz Grillparzer darauf hin, als er das österreichische Konkordat — das dann gekündigt wurde — bekämpfte. Denn er stellte fest, „daß das Konkordat in Österreich ein großes Unglück für die Untertanen war, weil es die Erziehung, den Unterricht, die Ehe, alle bürgerlichen und menschlichen Verhältnisse mehr oder weniger unter die Herrschaft einer Kirche gebracht hat, die notgedrungen ist, sich aller Verstandesentwicklung entgegenzusetzen, weil nur der Unverstand ihre übernatürlichen Voraussetzungen annehmen kann." [11])

Was Grillparzer mit Recht für ein „großes Unglück" hielt, war durch das neue Personenstandsgesetz — in Verbindung mit den Maigesetzen — größtenteils beseitigt. Nur die standesamtliche Eheschließung war gesetzmäßig. Ob sich die Verehelichten außerdem einer kirchlichen Trauung unterziehen wollten, stand in ihrem Ermessen. Die kirchliche Trauung war rechtlich wirkungslos geworden. Die Kirche ist heute bestrebt, den früheren Zustand durch die ihr hörigen Parteien in den Parlamenten wiederherzustellen. Daher ist das oben angeführte mexikanische Beispiel jener Zeit recht beachtenswert.

Dieses neue Personenstandsgestz wurde indessen nicht von der Regierung, sondern vom Reichstag eingebracht und von der Mehrheit beschlossen. Der Bundesrat stimmte zu. Es wurde also Reichsgesetz. Kaiser Wilhelm I., ja selbst Bismarck hatten sogar gewisse Bedenken dagegen. Sie befürchteten eine Verminderung des kirchlichen Einflusses im Volk. Das war zweifellos richtig. Die Einwirkung auf die Eheleute war der Kirche genommen oder doch sehr eingeschränkt. Wer aus der Kirche ausgetreten war, brauchte sie zuvor dennoch im Fall seiner Verehelichung. Das war jetzt

---

[10]) von Richthofen: „Die äußeren und inneren politischen Zustände der Republik Mexiko", Berlin 1859, Seite 215.

[11]) Sämtliche Werke, 5. Ausgabe, Stuttgart o. J., 14. Band, Seite 180.

vorbei. Daher hatte Kaiser Wilhelm I. einen Zusatz zu dem Gesetz verlangt. Dieser besagte, daß „die kirchlichen Verpflichtungen in bezug auf Taufe und Trauung durch dieses Gesetz nicht berührt würden." [12]) Der Gedanke Nietzsches: „Ferne bleibe mir auch der Gott, der heranhinkt, zu segnen, was er nicht zusammenfügte", lag dem Kaiser und Bismarck völlig fern.

Am 23. August 1876 erklärte Kaiser Wilhelm I. auch den evangelischen Geistlichen in Züllichau: „Sie haben im Vaterlande eine große und wichtige Aufgabe. Sie müssen die Religion im Volke erhalten und kräftigen." [13])

Der österreichische Erzherzog Maximilian, der zeitweilige Kaiser von Mexiko, schrieb indessen:

„Nur nie sagen: die Religion sei für das Volk gut (wenn einer selbst nicht gläubig ist), das ist der infamste Hochmut und die große Gewissenlosigkeit; ein Aufgeklärter, der so spricht, steht mit dem Sklavenhalter auf einer moralischen Stufe." [14])

Aber der Kaiser Wilhelm I. war durch die fortgesetzte Beeinflussung der Kaiserin Augusta in dieser Beziehung besonders ängstlich. Man wies ihn auf die Freidenker hin, die nicht nur antichristlich, sondern auch antimonarchisch eingestellt wären, wie man heute die Freidenker für Kommunisten erklärt. Noch im Jahre 1885 hielt man Bismarck im Reichstag entgegen, die Ausweisung der Jesuiten sei angesichts der wachsenden Sozialdemokratie ein Fehler gewesen, da diese am Jesuitismus gescheitert wäre. Bismarck erwiderte:

„Der Herr Vorredner hat gesagt, die Jesuiten wären die Klippe, an welcher die Sozialdemokratie scheitern würde. In keiner Weise — das glaube ich nicht; die Jesuiten werden schließlich die Führer der Sozialdemokraten sein, und ich halte es nicht für bewiesen, daß nicht unter den heutigen Führern schon einige sein können, die ihre Weisungen ganz wo anders her als vom Papst empfangen, auch nicht von dem Zentrum der roten Internationale, sondern von dem von beiden unabhängig stehenden Elemente des Jesuiten-Zentrums . . ."

---

[12]) Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", Leipzig 1893, Seite 95.
[13]) Paul Dehn: „Wilhelm I. als Erzieher", Halle 1906, Seite 249.
[14]) Ferdinand Max von Österreich: „Aus meinem Leben", 6. Band, Leipzig 1867.

Nun, der große Staatsmann hat auch hier recht behalten. Denn wir haben es erlebt, daß in unseren Tagen sozialdemokratische Führer und prominente Jesuiten einander nähergekommen sind. Ja, führende Sozialdemokraten haben sogar den Papst in Rom aufgesucht, um vermutlich dessen Weisungen für ihre zukünftige politische Haltung einzuholen.

Durch dieses neue Personenstandsgesetz und die bereits im Vorjahre gesetzlich geregelte Möglichkeit des Kirchenaustritts konnte sich jetzt jeder Deutsche von der Kirche unabhängig machen. Damit war ein großer Schritt zur Befreiung aus der priesterlichen Bevormundung getan. Jetzt hätte eine entsprechende Aufklärung einsetzen müssen. Das wurde indessen nicht nur versäumt, sondern es wurde nicht einmal gewollt, da man sich über das Wesen des Christentums und der Religion überhaupt nicht klar war.

Der scharf beobachtende zeitgenössische Kritiker Johannes Scherr erkannte die sich entwickelnde politische Lage bereits im Jahre 1872. Er schrieb am 9. August jenes Jahres zornvoll in sein Tagebuch:

„Wenn man das stupid-schadenfrohe Feixen und Grinsen beobachtet, womit die Stimmführer unserer Lumpogagie innerhalb und außerhalb Deutschlands jede Wolke und jedes Wölkchen begrüßen, welches am Horizont des neuen Reiches bedrohlich aufsteigt oder aufzusteigen scheint, wenn man sieht, wie es diesen Elenden schon in den Füßen juckt, Hand in Hand mit Franzosen und Jesuiten auf den ersehnten und gewünschten Trümmern ihres Vaterlandes die Höllentriumphkarmagnole des Verrats zu tanzen — so überschleicht einen das Gefühl unsäglichen Ekels ... Allein der Ekel darf uns doch nicht abhalten, die Gefahren, welche durch das lumpagogische Gebahren signalisiert werden, ins Auge zu fassen und im Auge zu behalten .... Nach dem täglich erwarteten Hingange des aus der Schule schwatzenden Pio Nono (Pius IX.) soll ein neuer, tatkräftigerer Jesuitenpapst fabriziert werden, welcher die mittelalterliche Bannblitz- und Interdiktsdonnermaschine gegen das Deutsche Reich in Bewegung setzen wird. Etwa von Frankreich aus, dessen ‚republikanische' Regierung ja augenscheinlich mit dem Jesuitismus eine schöne Seele ist. Man wird ... den deutschen Katholiken ‚unfehlbar' gebieten, in den Franzosen ihre wahren Brüder zu

sehen, mit welchen sie sich zur Vernichtung des ‚ketzerischen' Reiches verbinden müßten. Den Boden für dieses Bündnis sollen in deutschen Landen die Herren vom Reichstagszentrum (die Zentrumspartei), die deutschen Bischöfe und all das widernationale Geziefer legen und verbreiten, welches in der ultramontanen Presse krabbelt, in Bauern- und Gesellenvereinen wühlt und in Beichtstühlen Gänse mit Dogmen stopft." [15])

Was Scherr bereits im Jahre 1872 kommen sah, trat schon im Jahre 1875 ein, als die sogenannte „Krieg-in-Sicht-Krise" ihren Höhepunkt erreichte. Nur Bismarcks genialer Staatskunst war es zu danken, daß der Krieg damals vermieden wurde. Das entlastet aber jene von Scherr in berechtigtem Zorn gebrandmarkten Personen und Kreise nicht von der Schuld an dieser Kriegshetze.

Wie Scherr als zeitgenössischer politischer Beobachter in der neutralen Schweiz die von den Jesuiten betriebene Einkreisungspolitik gegen Deutschland richtig erkannte, so erkannte er auch, daß die klerikale Hetze gegen das Deutsche Reich und zumal gegen Bismarck in den katholischen Gesellen-, Bauern- und anderen Vereinen betrieben wurde. Prof. Böthlingk hat später dazu geschrieben:

„Die Organisation ihrer Laienbataillone war durch Bruderschaften aller Grade, durch von Priestern gebildete und geleitete katholische Gesellen-, Arbeiter-, Männer-, Frauen-, Jünglings- und Jungfrauen-Vereine, durch den ‚katholischen Volksverein', der die katholischen Organisationen zum wirksamsten politischen Vorstoße vereinigte, längst so weit gediehen, daß, solange man die Priester derart Politik machen ließ, sie eine geschlossene Phalanx darstellten, gegen die die staatlichen Organe verzweifelt wenig auszurichten vermochten." [16])

Das zeigte sich jetzt. Der katholische Gesellenverein zu Salzwedel wurde von dem Missionspfarrer Störmann betreut oder — in diesem Fall richtiger — behetzt. Pfarrer Störmann — *nomen atque omen* — war wirklich ein Mann, der störte. Er hielt nämlich in diesem Verein Vorträge über die „Maigesetze" und ihre

[15]) Johannes Scherr: „Sommertagebuch 1872", Zürich 1873, Seite 259/260.
[16]) Arthur Böthlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom", Berlin 1911, Seite 271.

Auswirkungen. Diese gipfelten in der stets wiederholten Erklärung: „Die Religion ist in Gefahr — Bismarck ist schuld daran!“ [17])

Unter den Zuhörern bei jenen hetzerischen Vorträgen befand sich auch der 21jährige Böttchergeselle Kullmann. Dieser junge Katholik war von Jugend an als roh, frech, trotzig, heimtückisch und rachsüchtig bekannt. Für die Religion hatte er bis zu seiner Mitgliedschaft in dem kaholischen Gesellenverein nur wenig Sinn und Neigung bekundet. Jetzt entwickelte sicht aber bei ihm ein gewisser Fanatismus, der bei seiner Charakterveranlagung gefährlich werden mußte. Er reiste nach Berlin, um Bismarck zu ermorden. Da er jedoch dort keine Gelegenheit fand, reiste er nach Bad Kissingen, wo sich Bismarck zu einer Kur aufhielt.

Am 13. Juli 1874 wollte Bismarck — wie gewohnt — um 13 Uhr zur Saline fahren. Zahlreiche Kurgäste säumten die Straßen, um dem verehrten Reichskanzler zu huldigen. Unterwegs mußte der Wagen kurz halten. Ein katholischer Landgeistlicher stand auf der Fahrbahn und wich nicht aus! Da fiel plötzlich ein Schuß. Bismarck hatte aber im gleichen Augenblick den Kopf seitwärts gewandt, um, die Hand an die Mütze gelegt, militärisch zu grüßen. Daher traf die mörderische Kugel nicht den Kopf des

---

[17]) Welcher Unsinn und welche Unwahrheiten die katholischen Pfarrer bei ihrer Hetze gegen Bismarck und die Staatsregierung vorbrachten und den Katholiken zumuten konnten, hat der Abgeordnete Dr. von Sybel am 8. Mai 1874 im Reichstag erläutert. Er sagte: „Während der Wahlbewegung für Landtag und Reichstag ist es in Bonn vorgekommen, daß mit höchstem Nachdruck erzählt wurde: das ist alles noch gar nichts, was der Bismarck eigentlich will, das ist, er will selbst Papst werden. In einem Dorfe, Bonn gegenüber, in Beuel, wurde in einer Versammlung ländlicher Wähler auseinandergesetzt, daß Bismarck allerdings ein sehr schlimmer Mensch wäre, aber doch noch weit schlimmer seien die Liberalen drüben in Bonn; denn der Bismarck, der wollte doch zuletzt nichts anderes als den Papst gefangenhalten, die Liberalen aber hätten die Absicht, daß der Papst nach Deutschland geschleppt, daß ihm der Bauch aufgeschlitzt und die Eingeweide herausgewunden würden. Durch die ganze Rheinprovinz ist zur Zeit die Sage verbreitet, daß am 15. Mai 1874 alle katholischen Kirchen des Landes geschlossen und diejenigen Katholiken, die dann nicht protestantisch werden wollen, eingesperrt werden würden. Im Kreis Saarbrücken ist das durch diese Vorstellung gepeinigte Volk wieder einigermaßen getröstet worden durch die weitere Verheißung, vierzehn Tage später, am 1. Juni, kämen die Franzosen, um die hart bedrängte Kirche wieder aufzurichten.“ (Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm“, 2. Band, Seite 578/579, Anmerkung, Berlin 1892.) Man sieht, daß diese von den Geistlichen verbreitete Flüsterpropaganda im engsten Zusammenhang mit den erneuten deutsch-französischen Spannungen stand.

Reichskanzlers, sondern streifte nur das Gelenk der erhobenen Hand. Der Attentäter, der Böttchergeselle Kullmann, wurde festgenommen und von der Volksmenge fast gelyncht.

Bismarck begab sich am gleichen Tage um 15 Uhr in das Gefängnis. Dort fragte er den Attentäter, welche Gründe ihn zu der Tat bewogen hätten. Kullmann erwiderte kaltblütig, er habe den Reichskanzler „wegen der Kirchengesetze" ermorden wollen. Außerdem — so erklärte er — habe Bismarck „seine Fraktion (die Zentrumsfraktion) beleidigt". Persönlich hatte Kullmann natürlich keine Ahnung von dem Inhalt und der Bedeutung der „Maigesetze". Er kannte nur die Ausführungen des Pfarrers Störmann und handelte unter dem Eindruck von dessen hetzerischen Redensarten. Bei der späteren Vernehmung hatte der Mordbube frech und zynisch erklärt: „Ich habe mich einexerziert und schon oft, ja hundertmal aus der Pistole geschossen; aber der Kerl (Bismarck war gemeint) hat eine Bewegung gemacht, und so habe ich gefehlt". Er bedauerte, „nicht ordentlich, nicht besser getroffen zu haben, diesen liberalen Schuft, diesen liberalen Philister, der die Jesuiten aus dem Lande vertrieb".[18])

Am Abend des 13. Juli 1874 versammelte sich vor der Wohnung Bismarcks eine zahlreiche Volksmenge und verlangte ihn zu sehen. Er trat auf den Balkon hinaus und dankte der jubelnden Bevölkerung für die Teilnahme. Er sagte dabei:

„... Weiter ein Wort über die Sache zu reden, geziemt sich nicht mir — sie ist dem Urteil des Richters übergeben. Das aber darf ich wohl sagen, daß der Schlag, der gegen mich gerichtet war, nicht meiner Person galt, sondern der Sache, der ich mein Leben gewidmet habe: der Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands. Und wenn ich auch für die große Sache hätte sterben müssen, was wäre es weiter gewesen, als was Tausenden unserer Landsleute passiert ist, die vor drei Jahren ihr Blut und Leben auf dem Schlachtfelde ließen? Das große Werk aber, das ich mit meinen schwachen Kräften habe mit

---

[18]) Vorstehende Angaben nach der Anklageschrift und nach dem Bericht der „Nationalzeitung" d. J. bei Ludwig Hahn: „Fürst Bismarck", Berlin 1878—1890, 2. Band, Seite 694 ff.; Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", Leipzig 1893, Seite 97 ff.; Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm", Berlin 1892, 2. Band, Seite 579/581.

beginnen helfen, wird nicht durch solche Mittel zugrunde gerichtet werden, wie das ist, wovor mich Gott gnädiglich bewahrt hat. Es wird vollendet werden durch die Kraft des geeinten deutschen Volkes."

Während die katholische Zeitung „Germania" schrieb, „Fürst Bismarck könne sich nicht wundern, wenn der Unwille sich in dem einen oder anderen Kopfe zum Plan einer verbrecherischen Gewalttat verdichte", suchten andere katholische Blätter den Vorfall als „inszeniert" hinzustellen. Ja, noch in unseren Tagen versuchte die katholische „Ruhrwacht" vom 13. Dezember 1951 den Mordanschlag zu verharmlosen. Das Blatt schrieb:

„Als im Jahre 1874 ein Halbirrer in Bad Kissingen ein Attentat auf Bismarck versuchte, benutzte dieser die Gelegenheit, den mißglückten Mordversuch zu Unrecht einer Oppositionspartei an die Rockschöße zu hängen."

Der französische Botschafter Gontaut-Biron berichtet in einem Schreiben vom 24. Oktober 1875, der ehemalige deutsche Botschafter Graf Redern habe ihm gesagt, Bismarck werde den Kaiser auf einer geplanten Reise nach Italien nicht begleiten. Als Grund nannte er „die Angst der Fürstin Bismarck, ihn (Bismarck) auf dieser Reise Mordanschlägen ausgesetzt zu sehen". Jedenfalls wurde die Hetze gegen Bismarck derartig betrieben, daß Attentate durchaus möglich waren. Wenn indessen die „Ruhrwacht" solche fanatischen Katholiken als „Halbirre" bezeichnet — wir haben nichts dagegen! Ihre Inspiratoren wußten jedoch sehr wohl, was die Hetze bewirken konnte.

Aber die Auslegung jener Zeitung unserer Tage beruht auf der Auseinandersetzung im Reichstag, als der katholische Zentrumsabgeordnete Jörg am 4. Dezember 1874 auf das Attentat zurückkam und rügte, daß „aus Anlaß der Freveltat eines halbverrückten Menschen ein guter Teil der deutschen Denkernation nahezu ins Delirieren geraten war".[19])

---

[19]) Bei dieser Bemerkung muß man unwillkürlich an die antisemitischen Schmierereien denken, nach denen die ganze Welt „ins Delirieren geraten war". Dabei sind jene Schmierereien zweifellos nicht so schwerwiegend wie ein Mordversuch, wenn auch jeder vernünftige Mensch sie verurteilt.

Bismarck griff jene Bemerkung auf, um den Vorfall einmal zu klären. Er sagte:

„Der Herr Vorredner (der Abgeordnete Jörg) hat den Mörder (Kullmann) einen halbverrückten Menschen genannt. Ich kann Ihnen versichern, daß der Mann, den ich selbst gesprochen habe, vollständig im Besitze seiner geistigen Fähigkeiten ist. Ich begreife, daß der Herr Vorredner jede Gemeinschaft in den Gedanken anderer mit einem solchen Menschen scheut und ihn weit von sich weist. Ich bin überzeugt, das wird auch vor dem Attentat des Herrn Vorredners Absicht gewesen sein, und der Herr Vorredner wird gewiß nie im Innersten seiner Seele auch nur den leisesten Wunsch gehabt haben: wenn dieser Kanzler einmal irgendwie verunglücken könnte. Ich bin überzeugt, er hat das nie gedacht. Aber mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest. Er nennt Sie seine Fraktion."

Bei diesen Worten erhob sich lärmender Widerspruch bei den Zentrumsabgeordneten. Das veranlaßte Bismarck fortzufahren:

„Ich erzähle Ihnen ja nur die geschichtlichen Tatsachen; seien Sie doch entrüstet über die Momente, die dazu Anlaß gegeben haben, daß so etwas geschehen konnte, aber nicht, wenn man Ihnen die einfachen Tatsachen erzählt, wohin ein zorniges, undurchgebildetes Gemüt kommt, wenn es auf diese Weise gehetzt wird, wie dieser Kullmann in Salzwedel von dem Pfarrer Störmann — der nicht mehr am Leben ist — gehetzt worden ist. Kurz und gut, ich beabsichtige ja nur und bin dazu bereit, sofern Sie es wünschen, dieses Thema jederzeit wieder aufzunehmen; ich fürchte dasselbe nicht, aber ich habe es hier nicht angeregt; der Herr Vorredner hat es angeregt!"

Und jetzt berichtete Bismarck über die Unterredung, die er mit dem Mordbuben geführt hatte. Er sagte:

„Der Mann hat bei der einzigen Unterredung, die ich mit ihm gehabt habe, wo ich ihn fragte, wenn Sie mich nicht gekannt haben, warum haben Sie mich denn umbringen wollen — darauf hat er mir geantwortet: wegen der Kirchengesetze in Deutschland. Ich habe ihn weiter gefragt, ob er denn glaubte, damit die Sache zu verbessern. Darauf hat er gesagt: bei uns ist es schon so schlimm — es kann nicht schlimmer werden. Ich habe mich überzeugt gehalten, daß er diese Redensart irgendwo in Vereinen aufgeschnappt hat. Und dann hat er noch gesagt: Sie haben meine Fraktion beleidigt! (Große Heiterkeit.) Ich fragte, welches ist denn Ihre Fraktion? Darauf hat er mir vor

Zeugen gesagt: die Zentrumsfraktion im Reichstag. (Heiterkeit, Pfui! im Zentrum.) Ja, meine Herren, verstoßen Sie den Mann wie Sie wollen! Er hängt sich an Ihre Rockschöße!"

Nach diesen Worten entstand ein allgemeiner Tumult. Im Zentrum erklangen fortgesetzte „Pfui-Rufe", während links und rechts „Bravo-Rufe" ertönten. Es gelang dem Reichstagspräsidenten von Forkenbeck nur allmählich, mit der Glocke Ruhe herzustellen. Nachdem er sich Gehör verschafft hatte, sagte er: „Ich bitte um Ruhe — und muß bemerken, das der Ausdruck ‚Pfui!' nicht parlamentarisch ist. Der Herr Reichskanzler hat das Wort."

Bismarck erläuterte die Rüge:

„Meine Herren! Der Herr Präsident hat schon gerügt, was ich von dem Herrn Abgeordneten, der dort auf der zweiten Bank sitzt, rügen wollte — oder vielmehr, rügen ist nicht mein Beruf, aber ich wollte meine Meinung darüber äußern. ‚Pfui!' ist ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung. Meine Herren, glauben Sie nicht, daß mir diese Gefühle fernliegen; ich bin nur zu höflich, um sie auszusprechen."

Im Protokoll heißt es zu diesen Worten:

„Lebhaftes Bravo von links und rechts. Aufregung. Präsident: ‚Ich bitte um Ruhe!' Fortdauernde Unruhe. Mehrere Mitglieder der Linken auf den Abgeordneten Graf Ballestrem auf der zweiten Bank des Zentrums zeigend: ‚Der ist es gewesen! Der hat Pfui gerufen!' Große Aufregung und Lärm. Glocke des Präsidenten." [20])

Nachdem die Ruhe wiederhergestellt worden war, griff der Zentrumsführer Ludwig Windthorst Bismarck an. Er entschuldigte gewissermaßen den „unglücklichen Kullmann", indem er sagte:

„Wenn die politischen und kirchlichen Streitigkeiten zu einem Siedepunkt gelangen, dann muß man sich nicht wundern, wenn hie und da unglückliche Menschen zu einem wahnsinnigen Unternehmen hingerissen werden. Das liegt eben in der unglücklichen Konstellation, und diejenigen mögen es sich zuschreiben, welche diese Konstellation herbeiführen."

So ähnlich hatte auch die katholische Zeitung „Germania" das

---

[20]) Stenographische Berichte des deutschen Reichstages neben den dazugehörigen Drucksachen des Jahres 1874; Hans Blum, a. a. O., Seite 98/99; Arthur Böthlingk, a. a. O., Seite 280/286; Oncken, a. a. O., Seite 581/583.

Attentat zu entschuldigen gesucht. An sich war das richtig. Aber — und das fällt uns heute bei derartigen Vorkommnissen auf — wenn es sich um irgendwelche Ausschreitungen „unglücklicher Menschen", den heutigen Verhältnissen entsprechend, gegen die Kirche oder Synagoge handelt, dann wird die „unglückliche Konstellation" nicht berücksichtigt, dann wird nicht gesagt, „diejenigen mögen es sich zuschreiben, welche diese Konstellation herbeiführen". Im Gegenteil! Dann wird das ganze deutsche Volk in aller Welt beschimpft. Also: hier wird nach dem Wort des Terentius verfahren: *„Duo cum faciunt idem, non est idem"*. (Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.)

Windthorst beschuldigte Bismarck, durch seine Unterredung mit dem Attentäter und seine Ansprache in Kissingen eine Pressehetze gegen das Zentrum ausgelöst zu haben. Man habe dem Zentrumsabgeordneten Mallinckrodt — ein besonders eifriger Klerikaler — einen Strick geschickt und ihm empfohlen, bald davon Gebrauch zu machen. Bismarck entgegnete:

„Wenn der Herr Vorredner (Windthorst) abwarten will, bis auch er einige Male angeschossen wird (Heiterkeit), wie das mir passiert ist, so wird er vielleicht in dem Augenblick auch nicht zuerst daran denken, eine Parole für offiziöse Zeitungen auszugeben, so nahe ihm die Beschäftigung auch sonst liegen mag. Ich habe damals — die Worte sind oft genug wiederholt worden, um mir im Gedächtnis zu bleiben — ich habe gesagt: die Tat galt nicht meiner Person, sondern der Sache, die ich vertrete. — War ich dazu nicht berechtigt, wenn mir drei Stunden vorher der Täter dies ausdrücklich selbst sagte? — Er sagte, er habe meine Person gar nicht gekannt, auch gar keine Abneigung gehabt, sondern stehe nur der Sache gegenüber, die ich vertrete, — derselbe Täter, dessen ganze Papiere in einem aufregenden Gedichte aus den Eichsfelder Blättern (eine klerikale Zeitschrift) — ich will den Gegenstand des Gedichtes hier nicht nennen — bestanden, das aber nur der Sache galt." [21])

Dann kennzeichnete Bismarck die klerikale Pressehetze gegen seine Person und sagte:

„Daß die Presse an dem Attentat unschuldig wäre, kann man sicher

[21]) Stenographische Berichte, a. a. O.: Böthlingk, a. a. O., Seite 284; Oncken, a. a. O., Seite 583.

nicht sagen. Wenn ich nur die Hälfte der Schändlichkeiten, die von mir in ultramontanen Blättern gedruckt werden, von irgend einem Menschen glaubte, so wüßte ich selbst nicht, was ich täte."

In einer gegen Windthorst und das Zentrum gerichteten Rede sagte der Abgeordnete Lasker: „Meine Herren, ich will diese Politik (des Zentrums) kennzeichnen, damit fortan alle Angriffe dieser Herren vor Deutschland als das erscheinen, was sie sind, und nicht, wofür sie sich ausgeben — als Verbrechen gegen das Vaterland!"

Und der Abgeordnete Beseler stellte abschließend fest:

„Das deutsche Volk hat gesprochen, es hat sein Urteil, sein Verdikt abgegeben, in Übereinstimmung mit den Geschworenen in Würzburg, aber nicht über den Verbrecher, sondern über diejenigen, welche nicht die Tat getan, aber die Veranlassung der Tat gewesen sind, und dem Herrn Reichskanzler rufe ich zu, möge er sich nicht irren lassen durch die Anfeindungen, die ihn auch hier verfolgen. Nicht bloß der Ruhm der Zukunft, sondern auch die herzliche Bewunderung, die Verehrung der deutschen Nation sind ihm gesichert, sie bezeugen ihm, daß dieses Attentat so gewirkt hat, wie es die Vorsehung wollte, nämlich zur Kräftigung des Reichs und zur höheren Ehre des Reichskanzlers." [22])

Arthur Böthlingk hat zu dieser Reichstagsdebatte geschrieben:

„Dies der denkwürdige Vorgang, der selbst in Bismarcks Geschichte an dramatischer Zuspitzung und Tragik seinesgleichen sucht. Der germanische Recke, der Schöpfer des Reiches, von eigenen Volksgenossen bis aufs Blut befehdet, nur weil er — auch dem päpstlichen Rom gegenüber — die nationale, politische Selbständigkeit zu wahren trachtete. Wie dereinst Hermann den Cherusker, so hätten auch ihn die Römlinge deutscher Zunge am liebsten kurzer Hand erschlagen. Da ein von ihnen fanatisierter Ruchloser ihn wirklich, ihrem innersten Herzenswunsche entsprechend ‚niederzuknallen' unternimmt, haben sie mit diesem angeblich nichts gemein, fügen sie zu dem Mordanschlag noch Hohn und Spott ... Indes — letzten Endes siegt die Wahrheit. Den fanatisch-klerikalen Mordbuben konnten sie deswegen nicht von sich abschütteln. Er blieb nicht nur an ihren Rockschößen hängen, sondern war ihres Geistes Geschöpf, ihre Kreatur, seine Tat ihre Tat. Als solche wird sie in den Annalen der Geschichte verzeichnet bleiben." [23])

---

[22]) Deutscher Reichstag 1874/1875, 2. Session, Band 1, Seite 481—490; Oncken, a. a. O, Seite 583/584.

[23]) Böthlingk, a. a. O., Seite 285/286.

Um jedoch auch hier die „demokratischen Spielregeln“ zu beachten, bringen wir dazu die Meinung des heute besonders oft zitierten Heinrich Heine. Dieser drückte sich einmal folgendermaßen aus:

„Ich darf es freimütig gestehen, daß ich in dem Kampfe Preußens mit der katholischen Partei nur Ersterem den Sieg wünsche. Denn eine Niederlage würde hier notwendig zur Folge haben, daß einige deutsche Provinzen, die Rheinlande, für Deutschland verlorengingen. — Was kümmert es aber die frommen Leute in München, ob man am Rhein Deutsch oder Französisch spricht; für sie ist es hinreichend, daß man dort lateinisch die Messe singt. Pfaffen haben kein Vaterland, sie haben nur einen Vater, einen Papa in Rom.“ [24])

Ja, der König Ernst August von Hannover wollte sogar — nach dem Brief Alexanders von Humboldt an Varnhagen — gewisse Professoren in diese Gruppe der „Vaterlandslosen“ einbezogen wissen. Er soll gesagt haben: „Gelehrte haben gar kein Vaterland; Professoren, Huren und Tänzerinnen kann man überall für Geld haben.“ Bei manchen Geschichtsdarstellungen gewisser Professoren könnte man heute zuweilen der Versuchung erliegen, diesem König zuzustimmen.

Angesichts jener Entrüstung der katholischen Zentrumsabgeordneten im Deutschen Reichstag von 1874 und der heute wieder angestellten Versuche, den Mordanschlag auf Bismarck als eine Tat hinzustellen, die der katholischen Moralauffassung widerspricht, ist es aber doch wohl angebracht, eine kurze Betrachtung der katholischen Moraltheologie einzuschalten. Man könnte nämlich die Frage stellen: war jene Entrüstung der Zentrumsabgeordneten berechtigt? — Diese Frage ist im Zusammenhang mit dem „Kulturkampf“ sehr wichtig. Damals wurde — wie wir sahen — der Zusammenhang zwischen der katholischen Moraltheologie und dem „Tyrannenmord“ scharf zurückgewiesen. Ja, der Zentrumsführer Dr. Lieber erklärte noch auf der 39. Generalversammlung der Katholiken zu Mainz (vom 28. August bis 1. September 1892) zu dieser Frage:

---

[24]) Heinrich Heine, sämtliche Werke, 12. Band, Seite 203, Hamburg 1867.

„Man ist ja so weit gegangen, auch noch in unseren Tagen wieder in gegnerischen Blättern das alte Märchen vom Tyrannenmord aufzuwärmen, wahrscheinlich, um Eindruck nach unten zu machen."

Nun, in „unseren Tagen", nämlich im Jahre 1951, hat man dieses „Märchen" allerdings in die Wirklichkeit erhoben, „wahrscheinlich um Eindruck nach oben zu machen". Denn es handelte sich dabei um den Anschlag auf Hitler vom 20. Juli 1944. Der katholische Theologe Prof. Dr. Angermair hat in einer Ansprache zu München betont, daß der Fürsten- bzw. „Tyrannenmord" nach der katholischen Moraltheologie gestattet, ja sogar unter Umständen Pflicht sei. Er erklärte laut „Weilheimer Tagblatt" vom 12. November 1951:

„die katholische Moraltheologie kenne nicht nur den Widerstand gegen eine das Volk schädigende Staatsgewalt und den Tyrannenmord, sondern mache gewaltsame Mittel auch zur Pflicht."

Diese Meinung des katholischen Theologen ist nach den vorliegenden moraltheologischen Werken anerkannter katholischer Theologen — zumal der Jesuiten — richtig. Wer das bestreitet oder bezweifelt, kennt eben jene Werke nicht und kann folglich nicht mitreden. Wir können diese Lehren und die Fälle, in denen sie Anwendung fanden, hier nicht ausführlich darstellen. Es würde Aufgabe und Raum dieses Buches überschreiten. [25])

Es kann nämlich nicht bezweifelt werden, daß Bismarck nach den Lehren der katholischen Theologie als ein „Tyrann" galt.

---

[25]) Zwei Beispiele mögen die zweierlei Auffassungen vom Wesen eines Tyrannen kurz erläutern: Der spanische König Philipp II. (1556—1598) ließ zahllose unschuldige Menschen beiderlei Geschlechts als „Ketzer" lebendig verbrennen und vernichtete jede Freiheit in den von ihm beherrschten Ländern. Nach allgemein menschlichem Urteil war er einer der größten Tyrannen der Geschichte.

Nach moraltheologischer Wertung war er jedoch — trotz gelegentlicher Streitigkeiten mit dem Papst — kein Tyrann.

Der französische König Heinrich IV. (1589—1610) gewährte durch das Edikt von Nantes (1598) Religionsfreiheit und war einer der besten Könige Frankreichs. Nach allgemein menschlichem Urteil war er kein Tyrann.

Nach moraltheologischer Wertung war er jedoch — trotz seines Übertritts zur katholischen Kirche — ein Tyrann.

Daher wurde er denn auch von dem aufgehetzten fanatischen Katholiken Franz Ravaillac ermordet, wie Kullmann Bismarck ermorden wollte. Jener Mord wurde — ganz der Moraltheologie entsprechend — überschwenglich gepriesen.

Ebenso war — nach gleicher Auffassung — die damalige Regierung des Deutschen Reiches „eine das Volk schädigende Staatsgewalt". Diesen „Tyrannen" durch Mord, diese „das Volk schädigende Staatsgewalt" gewaltsam zu beseitigen, war also — nach den Darstellungen des katholischen Theologen Prof. Angermair und den Lehren der katholischen Moraltheologie — „Pflicht" eines Katholiken.

Papst Pius IX. hatte am 18. Januar 1874 in seiner Ansprache an die deutschen Rompilger Bismarck als „die Schlange im Paradiese der Menschheit" bezeichnet, durch die „das deutsche Volk verführt" werde. Das heißt — der mythologischen Bildsprache entkleidet — Bismarck ist der „Teufel", denn dieser sprach ja nach hebräischer Mythologie und christlichem Glauben durch die Schlange. Tatsächlich beherrschte der Glaube, daß sich der Teufel in Bismarck verkörpert habe bzw. durch ihn spreche, nicht nur primitive Katholiken, sondern hohe Geistliche. So erklärte der Professor der Moraltheologie, der Jesuit Stentrup, den Theologiestudenten in Ditton Hall (England), der Bischof Korum von Trier habe ihm gesagt, als er einmal zu einer Besprechung mit Bismarck gehen mußte, habe er zuvor Gott angerufen, als ginge er zu einer „Besprechung mit dem leibhaftigen Gott-sei-bei-uns", das heißt dem „Teufel". Die Jesuiten Lehmkuhl, Rathgeb und Pütz haben die Frage ernsthaft erörtert, ob Bismarck wohl vom „Teufel" besessen sei.[26]) Dazu könnte man mit dem bekannten Wort aus dem Evangelium nach Lukas (23, 31) sagen: „Denn wenn man dies am grünen Holze tut" — das heißt solchen Unsinn lehrt und glaubt — „was soll am dürren geschehen?" — das heißt, was soll man von den so Belehrten erwarten!

Aber ganz abgesehen von dem damals blühenden Teufelsglauben, den der Taxil-Vaughan-Schwindel so tragikomisch ans Licht brachte, hatte Papst Pius IX. Bismarck in seiner Weihnachtsallokution als den „modernen Attila" und „zweiten Nero"

---

[26]) Jener Theologiestudent, der dies berichtet, war der später aus dem Orden austretende und diesen bekämpfende Graf Paul von Hoensbroech. Vgl. Hoensbroech: „Der Jesuitenorden", Bern 1926, 1. Band, Seite 159.

bezeichnet. Diese beiden geschichtlichen Gestalten wurden aber sinnverwandt und sinnvertretend für den Begriff „Tyrann" gebraucht. Daraus folgt also, daß auch Bismarck — nach solchen Erklärungen des „unfehlbaren" Papstes — in katholischen Kreisen als „Tyrann" angesehen wurde. Und — so belehrte uns der katholische Moraltheologe Prof. Dr. Angermair im Jahre 1951 — die katholische Moraltheologie kenne nicht nur den Tyrannenmord, sondern mache ihn sogar unter Umständen zur Pflicht. Demgemäß wäre also auch der als „Tyrann" angesehene Bismarck in Übereinstimmung mit den moraltheologischen Grundsätzen zu beseitigen gewesen. *Quod erat demonstrandum* — was zu beweisen war. Daher war auch die Entrüstung jener Zentrumsabgeordneten im Reichstag ganz unberechtigt.

Aber schon Schiller sagt von derartigen Mordtaten: „Man hat Exempel, daß man den Mord liebt und den Mörder straft", bzw. ihn verleugnet, wenn die Tat geschehen ist.

Das Attentat auf Bismarck hatte in ganz Deutschland eine Welle der Empörung ausgelöst. Der Zusammenhang des Mordanschlags mit den Kirchengesetzen war unverkennbar. Als im Jahre 1872 Papst Pius IX. dem Kardinal Hohenlohe die Anerkennung als Botschafter des Deutschen Reiches beim Vatikan verweigert hatte, forderte der Reichstag die Aufhebung einer deutschen Botschaft beim Vatikan überhaupt und zukünftig. Bismarck hatte diesen Schritt jedoch vermieden, da er damals noch hoffte, zu einem *modus vivendi* — einem leidlichen Verhältnis mit dem Vatikan zu gelangen. Er hatte die empörte Reichstagsmehrheit mit den Worten beruhigt: „Seien Sie außer Sorge, nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig." Der Posten für den Aufwand dieser Botschaft blieb daher im Budget bestehen, obgleich es einstweilen keinen Botschafter beim Vatikan gab. Ein Beweis dafür, daß Bismarck den Frieden wollte und wünschte, während der Vatikan fortfuhr, den Kampf gegen das Deutsche Reich zu schüren.

Jetzt wurde dieser Posten jedoch auf Veranlassung Bismarcks gestrichen. Damit war — wie der Zentrums-Führer Ludw. Windt-

horst richtig sagte — der Bruch mit dem Vatikan vollzogen. Bismarck erläuterte seine geänderte Auffassung in der Sitzung des Reichstages vom 5. Dezember 1874. Er erklärte:

„Solange das Haupt der römischen Kirche diejenigen seiner Diener, die unabhängig von dieser ihrer Eigenschaft Untertanen eines Staates, des Deutschen Reiches sind, in ihrem auflehnenden Verhalten gegen die Gesetze ihres eigenen Vaterlandes ermutigt und unterstützt, ja diese Auflehnung von ihnen als eine geschworene Dienstpflicht fordert, solange ist es eine Anstandspflicht für das Deutsche Reich, eine Macht, die solche Ansprüche erhebt, nicht nur nicht anzuerkennen, sondern auch nicht den Schein auf sich zu laden, als beabsichtige es diese Anerkennung in der Zukunft auszusprechen, ohne daß diese unerfüllbaren und für jedes geordnete Staatssystem unannehmbaren Ansprüche zuvor in irgendeiner Weise gelöst werden."

Zur Begründung seiner Auffassung und zur Begegnung der Einsprüche der Vertreter der Zentrums-Partei kennzeichnete Bismarck dann das Verhalten der römischen Kurie vor dem Krieg von 1870. Er sagte:

„Und ich kann Ihnen da noch Spezialdaten anführen, die zeigen, daß schon vor dem Kriege 1870 die Aussicht auf diesen Kampf bei den eingeweihtesten Mitgliedern der römischen Politik ziemlich feststand.

Ich will eine bestimmte Tatsache nennen, die mir verbürgt worden ist, und die sich in den amtlichen Akten einer deutschen Regierung befindet. Diese deutsche Regierung[27]) hatte Anlaß, mit dem damaligen Nuntius in München, Meglia, zu verhandeln über gewisse Arrangements in ihrem eigenen Staate, und im Laufe des Gesprächs bekam sie von diesem, wie es scheint, nicht so verschwiegenen Prälaten unter anderem die Bemerkung zu hören: ‚Wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen, uns kann doch nichts mehr helfen als die Revolution.' (Bewegung.)

Ich werde die Beweise dafür in der Öffentlichkeit zu liefern imstande sein, und der Nuntius wird ja, da er diese Bemerkung unzweifel-

27) Diese Regierung war die württembergische. Was Bismarck hier vorbringt, bestätigte der damalige württembergische Minister Freiherr von Varnbüler. Er übermittelte den Ausspruch des Nuntius Meglia, der damals über die schwierige Lage der Kirche klagte. Der Nuntius sagte: „Die katholische Kirche kommt zu ihrem Recht nur in Amerika, in England etwa und in Belgien, der Kirche kann einzig und allein die Revolution helfen." (Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm", 2. Band, Seite 586, Berlin 1892.)

haft erfahren wird — er ist jetzt in Paris —, sich darüber auslassen können. Diese Revolution fand allerdings nicht statt, dagegen kam der Krieg von 1870. Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist, daß das Konzil deshalb abgekürzt ist, daß die Durchführung der Konzilsbeschlüsse — vielleicht auch ihre Vervollständigung — in ganz anderem Sinne ausgefallen wäre, wenn die Franzosen gesiegt hätten, daß man damals in Rom — wie auch anderswo — auf den Sieg der Franzosen als auf eine ganz sichere Sache rechnete, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die katholischen Einflüsse, die dort in berechtigter oder unberechtigter Weise — — ich will nicht sagen ‚katholischen', sondern die römisch-politischen, jesuitischen Einflüsse, die dort berechtigter oder unberechtigter Weise tätig waren, den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben, ein Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde, und der ihn fast überwältigte — daß eine halbe Stunde der Frieden dort fest beschlossen war, und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Prinzipien nachgewiesen ist — über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können. Denn Sie können mir wohl glauben, daß ich diese Sache nachgerade nicht bloß aus aufgefundenen Papieren, sondern auch aus Mitteilungen, die ich aus den betreffenden Kreisen selbst habe, sehr genau weiß." [28])

Dieser Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan — die allerdings nur noch theoretisch bestanden — wurde von der Reichstagsmehrheit lebhaft begrüßt. Nur die Zentrums-Partei und einige unbelehrbare evangelische Konservative stimmten dagegen.

Der französische Botschafter Gontaut-Biron beobachtete diese Entwicklung sehr aufmerksam. Er konnte am 24. Oktober 1875 seiner Regierung berichten, „der Kanzler fange an, sich über den andauernden Widerstand der Katholiken und ebenso der orthodoxen Protestanten zu beunruhigen, der — nach Ansicht des Grafen Redern — ebenso stark sei wie der der Bischöfe". Die Opposition des Reichstages wuchs in demselben Maße wie die am Hof. Auch der Kronprinz und die Kronprinzessin wurden durch

[28]) Stenographische Berichte des deutschen Reichstages nebst den dazugehörigen Drucksachen von 1874; Otto von Bismarck: „Die gesammelten Werke", Berlin 1924. Die jesuitischen Einflüsse, von denen Bismarck hier sprach, sind durch namhafte französische Forscher bestätigt.

den Einfluß der Kaiserin und der Geistlichkeit zu Gegnern Bismarcks.

Am 5. Februar 1875 erließ der Papst Pius IX. eine Enzyklika gegen den Staat. In diesem Rundschreiben erklärte er alle bisher erlassenen preußischen Staatsgesetze für ungültig *(irritas)*. Die Auflehnung gegen diese Gesetze wurde den Katholiken bei Strafe des Kirchenbannes zur Pflicht gemacht. Der Papst behauptete nämlich, daß diese Gesetze

„... die göttliche Verfassung der Kirche vollständig umstürzen und die heiligen Gerechtsamen der Bischöfe gänzlich zugrunde richten".

Er wolle — so hieß es weiter — für die durch „gottlose Gewalt" niedergetretene „kirchliche Freiheit" mit aller Entschiedenheit und mit der „Autorität des göttlichen Rechts" eintreten.

„Um diese Pflicht unseres Amtes zu erfüllen, erklären Wir durch dieses Schreiben ganz offen allen, welche es angeht, und dem ganzen katholischen Erdkreise, daß jene Gesetze ungültig sind, da sie der göttlichen Einrichtung ganz und gar widerstreiten ..."

Schließlich wandte sich der Papst gegen

„die gottlosen Menschen, welche, allein gestützt auf den Schutz der bürgerlichen Gewalt, verwegen Pfarrkirchen in Besitz genommen und den heiligen Dienst in denselben auszuüben wagen. Im Gegenteil erklären wir jene Gottlosen und alle, welche in Zukunft sich durch ein ähnliches Verbrechen in die Regierung der Kirchen eingedrängt haben, rechtlich und tatsächlich der größeren Exkommunikation verfallen; und Wir ermahnen die frommen Gläubigen, daß sie sich von dem Gottesdienst derselben fernhalten, von ihnen die Sakramente nicht empfangen und so sich vorsichtig des Umganges mit denselben enthalten, damit nicht der böse Sauerteig die gute Masse verderbe." [29])

Diese Enzyklika entsprach voll und ganz den Lehren der Jesuiten. Der Jesuit Joh. Petr. Gury hatte u. a. erklärt, daß die Geistlichen den Staatsgesetzen nicht zu gehorchen brauchten, welche „der kirchlichen Immunität, ihrem Stande oder den

---

[29]) Der ganze Text wurde am 18. März 1875 im Preußischen Abgeordnetenhaus verlesen und gelangte auf diese Weise in die stenographischen Berichte des Preußischen Landtages von 1875. Die hier gebrachten Auszüge bei Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", Leipzig 1893, Seite 101/102.

Kirchengesetzen entgegengesetzt sind." [30]) Noch im Jahre 1898 — also nach Beendigung des sogenannten „Kulturkampfes" — schrieb der Jesuitengeneral Franz Xaver Wernz, „daß der römische Papst bürgerliche Gesetze, die dem göttlichen und kanonischen Recht zuwider sind, für null und nichtig erklären kann", da „der Staat der Kirche indirekt unterworfen sei". [31])

Die katholische Zeitung „Germania" begrüßte diese Enzyklika des Papstes und schrieb dazu, „die Liberalen mögen daraus lernen, daß auf seiten Roms bis zur Vernichtung gekämpft wird". Man schrieb vorsichtig „die Liberalen" und meinte — was jeder damals begriff — den Staat, das Deutsche Reich! Schon im Jahre 1871 hatte Johannes Scherr als aufmerksamer politischer Beobachter in seinen „Briefen vom Zürichberg" zu dieser Entwicklung in Deutschland geschrieben:

„Mit einer geradezu beispiellosen Frechheit geht der Jesuitismus vor, um den Staat zu zerstören oder denselben wenigstens nur noch zu dulden, falls er sich herbeiläßt, eine Rolle zu spielen, wie Spanien im 17. Jahrhundert sie gespielt hat, das heißt, den diensteifrigen und erbarmungslosen Familiar (Diener) der ‚freien Kirche' zu machen.

Gibt es Mittel, dieser ‚Freiheit' der Kirche Widerstand zu leisten, sie niederzukämpfen und ihr die Fesseln der Vernunft anzulegen? Allerdings. Gibt es Menschen, Staatsmänner, Parteien, Regierungen, Völker, Fürsten, welche die Einsicht, den Willen und die Tatkraft besitzen, von diesen Mitteln Gebrauch zu machen? Das ist die Frage, und zwar scheint mir, eine höchst fragwürdige Frage. Leider auch eine Hamlet-Zweifelsfrage." [32])

Der Historiker Wilhelm Oncken schrieb zu dieser „Freiheit der Kirche", die Pius IX. in seiner Enzyklika forderte und vor der Scherr warnte: „Der Wahn, daß man zum Frieden mit Rom gelange, wenn man ihm nur Freiheit und nichts als Freiheit gewähre, war das Unglück Preußens gewesen" und — so muß man

---

[30]) Joh. Petr. Gury: „*Compendium theologiae moralis*", übersetzt von J. G. Wesselack, Regensburg 1868, Seite 43.

[31]) Fr. Xaver Wernz: „*Jus decretalium*", *Romae 1898, I, pag. 147 et 216.*

[32]) Johannes Scherr: „Hammerschläge und Historien", 3. Aufl., 1. Band, Seite 200/201, Zürich 1878.

heute ergänzen — ist es geworden! Aber Bismarck — so schrieb Oncken weiter — „war vollständig frei von diesem Aberglauben", dem heute, neben anderem Aberglauben, fast alle Politiker — trotz der grausamen geschichtlichen Erfahrungen — verfallen sind.

Durch jene Enzyklika des Papstes Pius IX. war eine Lage entstanden, die man *mutatis mutandis* mit der Lage vergleichen könnte, in der sich England befand, als Papst Pius V. (1566—1572) die Bulle „*Regnans in excelsis*" vom 25. Februar 1570 gegen die Königin Elisabeth I. von England schleuderte. Der englische Lord-Kanzler, Burleigh, erklärte dazu im Parlament: „Gewissensfreiheit ist im allgemeinen eine gute Sache, aber nach dem Schritt, den der Papst jetzt getan hat, ist die Religion zu einem Gegenstande der Politik geworden. Der Staat ist in Gefahr, und der Thron der Königin ist erschüttert." [33])

„Die Religion ist zu einem Gegenstand der Politik geworden!" Das wußten klarblickende Staatsmänner also schon vor 400 Jahren. Heute hat man es vergessen oder ist unfähig, klar zu sehen.

Eines der Mittel, den Widerstand der Bischöfe zu brechen, sollte das sogenannte „Brotkorb-Gesetz", das Gesetz betreffend „die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen" vom 22. April 1875 sein. Einstellung der Leistungen konnte überall dort verfügt werden, wo sich die Bischöfe und Geistlichen nicht ausdrücklich zur Anerkennung und Achtung der Staatsgesetze verpflichteten. Das war ein harter Schlag. Denn abgesehen von manchen Naturalleistungen, Amtswohnungen usw. zahlte die preußische Regierung jährlich 1 700 000 Mark (Gold) an die katholische Geistlichkeit. Diese Summe entspricht etwa, an Kaufkraft gemessen, 10 Millionen Mark heutiger Währung. Außerdem stellten die staatlichen Behörden ihre Mitwirkung bei der Eintreibung von rückständigen oder verweigerten Kirchensteuern in allen von diesem Sperrgesetz betroffenen Diözesen ein. Bismarck begründete diese

---

[33]) J. A. Froude: „*History of England, etc.*", London 1856—1870, t. 10, p. 196.

Maßnahmen grundsätzlich damit, daß er kurz und bündig erklärte, es sei „des Staates nicht würdig, seine erklärten Feinde gegen sich selbst zu besolden".

Selbstverständlich stieß auch diese Gesetzesvorlage im Preußischen Abgeordnetenhaus auf den heftigen Widerstand der Zentrumspartei und aller Klerikalen in den anderen Parteien. Der evangelische Abgeordnete von Gerlach begründete seinen Widerstand mit der altgewohnten Phrase: man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen. Diesen Satz griff Bismarck in seiner Erwiderung auf. Er sagte:

„Der Satz, um den es sich handelt, ist nur die Frage: soll man dem Papst mehr dienen als dem König? Zwischen dem Papst und Gott ist denn doch für mich ein wesentlicher Unterschied. Es handelt sich nur darum: sollen wir in weltlichen Dingen, wo es sich um unser Seelenheil in keiner Weise handelt, dem Papst mehr dienen als dem König?... Der Vorredner hat den Kultusminister auch auf seine Erfolglosigkeit hingewiesen. Wir sind beide einig, nicht in dem Streben nach Erfolg, sondern in der Pflichterfüllung, beide im Begriff, Gott mehr zu dienen als den Menschen, jeder nach seiner Weise, wie er es glaubt. Auf den Erfolg kommt es nicht an. Auch dieses Gesetz wird keinen nennenswerten Erfolg haben. Der Papst, und zehnmal der Jesuitenorden, sind viel zu reich, als daß es ihnen auf diese Summe ankommen könnte. Ich erwarte also keinen großen Erfolg. Aber wir tun unsere Pflicht, indem wir die Unabhängigkeit des Staates und der Nation gegen diese äußeren Einwirkungen schützen, indem wir die Geistesfreiheit der Nation gegen die Ränke des römischen Jesuitenordens und des Papstes vertreten ..." [34])

Bismarck erläuterte bei dieser Gelegenheit — was heute sooft übersehen wird — den Reichtum der Jesuiten und des Papstes. Er sagte:

„Ich kann ja nicht allwissend sein, doch ist mir viel bewußt, wie jener sagt. Wenn man fünfundzwanzig Jahre in größeren politischen Geschäften zugebracht hat, so erfährt man eine Menge Dinge, und da glaube ich, mit einiger Sicherheit behaupten zu können, daß, wenn ich den Jesuitenorden zur Einkommensteuer einschätzen sollte, ich ihn augenblicklich nicht ganz so hoch wie das Vermögen des verstorbenen

---

[34]) Stenogramm des Preußischen Landtages von 1875; Hans Blum, a. a. O., Seite 103.

Rothschild, aber doch über die Hälfte desselben, das heißt etwa auf 250 bis 280 Millionen Taler, also zirka eine Milliarde Francs, im Kapital einschätzen würde. Wir können ja vielleicht später weiteres diskutieren. Wir sind auch nicht ganz ohne jesuitische Fühlung. Ich habe in meinem Leben die Freundschaft manches Jesuiten genossen und bin auch heute nicht ganz ohne Fühlung damit. Ich will nicht so weit gehen, zu sagen: von Zeit zu Zeit sehe ich die Alten gern (Heiterkeit), und die Jesuiten brechen auch nicht gleich alles ab, und ich glaube, ziemlich unterrichtet zu sein. Das Vermögen des Papstes ist allerdings weit davon entfernt, diese Ziffer zu erreichen, indessen doch groß genug, den Papst außer Bedürfnis gegenüber der italienischen Regierung zu setzen, und er hat bisher das, was sie ihm bietet, nicht berührt. Der Peterspfennig allein, inklusive der freiwilligen Gaben, die in dieselbe Kategorie gehören, hat im vorigen Jahre 12 Millionen Francs eingetragen: davon kann man als Bischof leben und kann auch unter Umständen politische Zwecke unterstützen, man kann auch Anleihen machen — kurz und gut, damit will ich die Ziffer des päpstlichen Vermögens nicht erschöpfen, ich sage bloß: aus dieser einen Quelle. (Zum Zentrum gewandt:) Die Herren werden darüber mehr wissen, wieviel jeder dazu beiträgt und wie die Sache erhoben wird. (Heiterkeit.)"

Schon damals konnte man auf diesem Wege keinen Erfolg erhoffen. Heute hat sich dieser Reichtum des Jesuitenordens und des Vatikans erheblich vervielfacht. Der Vatikan ist eine der größten Finanzmächte der Erde. Dieses „Sperrgesetz" mußte daher erfolglos sein. Das hatte Bismarck sehr wohl erkannt. Er tat aber dennoch — und das sei bedacht — „seine Pflicht, indem er die Geistesfreiheit gegen den Jesuitenorden und den Papst vertrat". Er sah aber nicht, daß deren Macht in den Suggestionen der Gläubigen beruhte. Und diese Suggestionen waren nur behutsam, durch geeignete Aufklärung zu beseitigen. Eine solche Aufklärung unterblieb jedoch. Wo sie indessen erfolgte, blieb sie rein akademisch und drang nicht ins Volk. Sie hätte aber bei diesem „Kulturkampf" im Vordergrund stehen müssen, wenn man überhaupt an einen „Erfolg" denken wollte.

Dieses „Sperrgesetz" wurde noch durch weitere Gesetze ergänzt. Das Gesetz vom 31. Mai 1875 betraf „die geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche". Durch dieses Gesetz wurden alle Orden aufgehoben,

außer denen, die sich jeder politischen Tätigkeit enthielten und sich nur der Krankenpflege widmeten. Damit wurden zumal die dem Jesuitenorden affiliierten Orden der Redemptoristen und Lazaristen getroffen. Der Kultusminister Dr. Falk erinnerte bei der Begründung dieser Gesetzesvorlage an die bekannte Äußerung des Katholikenführers Freiherr von Buß aus dem Jahre 1851: „Mit einem Netz von katholischen Vereinen werden wir den altprotestantischen Herd in Preußen von Osten und Westen umklammern und durch eine Unzahl von Klöstern diese Klammern befestigen, und damit den Protestantismus erdrücken ... und die Hohenzollern unschädlich machen." Das erstere wird heute in derselben Weise fortgeführt, das letztere ist erreicht: der preußische Staat ist vernichtet. Werden die Leser nun einsehen, wie wichtig diese Betrachtungen sind? — Ohne die Kenntnis der sich über Jahrhunderte fortsetzenden zielstrebigen Politik des Jesuitismus ist auch die heutige Politik nicht zu verstehen.

Ein weiteres Gesetz, das Gesetz vom 20. Juni 1875, regelte „die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden". Und das Gesetz vom 4. Juli 1875, betreffend „die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen", förderte und unterstützte die Altkatholiken, die der Papst in seiner angriffsfreudigen Enzyklika exkommuniziert und ihnen die Abhaltung ihrer Gottesdienste untersagt hatte.

Diese Gesetze erforderten indessen die Aufhebung der Artikel 15, 16, 18 der Preußischen Verfassung. Der Gesetzentwurf bestand nur in einem Artikel:

„Die Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 sind aufgehoben. Die Rechtsordnung der evangelischen und katholischen Kirche, sowie der anderen Religionsgemeinschaften im Staat, regelt sich nach den Gesetzen des Staates."

Das Gesetz wurde am 9. April 1875 vom König genehmigt und am 19. April 1875 mit 275 gegen 90 Stimmen der Klerikalen im Preußischen Abgeordnetenhaus angenommen. Bismarck begründete die Vorlage mit den veränderten Verhältnissen zwischen dem Papst und den Bischöfen. Er zeigte, daß die Bischöfe durch

die Konzilbeschlüsse und das Unfehlbarkeitsdogma dem Papst völlig unterworfen seien. Am 14. April 1875 sagte er im Preußischen Herrenhaus zu dieser veränderten Lage:

„Es ist kein Zweifel, die Bischöfe sind nur noch die Präfekten des Papstes; er kann sich lokal an die Stelle eines jeden setzen, er kann einen jeden ersetzen, respektive absetzen. Wir haben gefunden, daß die Bischöfe ihre als christliche Wahrheit erkannte Überzeugung auf Befehl des Papstes bereitwillig geopfert haben; sie haben gar nicht einmal mehr das Recht, etwas anderes zu denken als der Papst. Ein Soldat hat doch das Recht, wenn ihm ‚halb rechts' befohlen wird, bei sich zu denken: das ist ein törichter Befehl, aber er gehorcht. Der Bischof darf das nicht einmal denken." (Heiterkeit.)

Am 16. April 1875 erklärte Bismarck im Preußischen Abgeordnetenhaus zu diesem Gesetz, der Papst sei zu einem unumschränkten Monarchen geworden. „Dieser Monarch" – so sagte er weiter –

„befindet sich außerdem bei uns an der Spitze einer geschlossenen Partei, die wählt und abstimmt nach seinem Willen, der durch die von ihm abhängigen, nie anders wie der Papst zu denken berechtigten Priester kundgegeben wird. Der Papst hat in Preußen seine offiziöse Presse, besser bedient wie die des Staates, wohlfeiler, ausgedehnter, zugänglicher. Er hat uns mit einem Netz von Vereinen und Kongregationen übersponnen, deren Einfluß sehr wirksam ist, kurz, es gibt kaum, seitdem wir verfassungsmäßig sind, jemand, der mit jenem Apparat so mächtig auf unsere preußischen Verhältnisse einwirken kann, der in Preußen persönlich und autokratisch so mächtig wäre als dieser hohe italienische Prälat, mit seinem Rat des italienischen Klerus umgeben. Und diese Macht steht einem Ausländer zu, gewählt von italienischen oder mehr als zur Hälfte italienisierten Prälaten, die mit dem Deutschen Reich und mit dem Königreich Preußen sehr wenig zu tun haben. Auf diesem Boden steht nun ein so mächtiger Monarch mit einem Programm, welches dem des Staates schnurstracks entgegensteht..."

Bismarck verglich jene Artikel der Verfassung mit einer „Bresche", durch die eine solche Macht eindringen könne, und sagte:

„Diese Bresche muß überschüttet werden. Sobald das geschehen ist, werde ich kein eifrigeres Bemühen haben, als den Frieden selbst mit

dem Zentrum, namentlich aber mit dem sehr viel mäßiger gesinnten römischen Stuhl zu suchen. Und ich hoffe, ihn dann auch mit Gottes Hilfe zu finden, und werde dann, so lange mir das Leben gegeben ist, dazu beitragen, den Kampf — den angriffsweise zu führen wir eine Weile genötigt gewesen sind — demnächst nur verteidigungsweise fortzusetzen und den Angriff mehr der Schulbildung als der Politik zu überlassen." (Bravo.)

Wie der Papst im Jahre 1873, hatten sich die Bischöfe vor der Schlußberatung über diese Gesetze im Parlament an den Kaiser Wilhelm I. gewandt. Sie hofften mit vorausgesetzter Unterstützung der Kaiserin-Königin Augusta und ihren katholischen Hofschranzen, den Kaiser als König von Preußen gegen Bismarck aufzubringen, um durch eine Regierungskrise die Gesetze zu verhindern. Auch dieser Versuch scheiterte. Im Auftrage des Königs beantwortete das Staatsministerium diese Eingabe. Es hieß in dieser Antwort unter anderem:

„Die Forderung, daß der König, nachdem er die Sperrgesetzvorlage mit seiner ausdrücklichen Genehmigung an den Landtag hat gelangen lassen, diesem Gesetze, nach Annahme durch den Landtag, die Sanktion verweigern solle, ist um so befremdlicher, als die Herren Bischöfe selbst nicht glauben werden, daß die Zuwendungen, um deren Zurückhaltung es sich handelt, vom Staate jemals bewilligt worden wären, wenn bei der Bewilligung den Bischöfen und Geistlichen das Recht hätte vorbehalten werden sollen, je nach päpstlichem Befinden den Gesetzen des Staates gehorsam zu sein oder nicht."

Jetzt sahen die Bischöfe, daß sie auch auf diesem Wege nichts erreichen konnten. Sie erklärten sich daher zögernd bereit, die von ihnen geforderte ausdrückliche Erklärung, die Staatsgesetze anzuerkennen, abzugeben. Aber zweifellos gaben sie diese Erklärung mit der bekannten *reservatio mentalis*, mit dem heimlichen Vorbehalt ab, den die jesuitische Morallehre für solche Fälle für berechtigt erklärt hat und vorsieht. Immerhin konnte man auch hier, mit Hinsicht auf das „Sperrgesetz" und die Einstellung der Zahlungen an die Bischöfe mit Schillers Worten sagen, „allmächtig ist doch das Gold, auch Mohren kann's bleichen", ja in diesem Falle sogar Bischöfe gefügig machen!

Die Bischöfe hatten zwar die „ausdrückliche Erklärung", die

Staatsgesetze künftig anerkennen und befolgen zu wollen, abgegeben. Aber sie hatten durch den bekannten Vorbehalt „wie es einem Bischof geziemt“ – ausgesprochen oder nicht – diese Erklärung wieder aufgehoben. Außerdem kamen ihnen dabei die jesuitischen Lehren von der *„reservatio mentalis“* und der *„tacita mentis restrictio“*, das heißt der Lügen in der Form des geistigen Vorbehaltes, zu Hilfe. Denn die *aequivocatio* oder *amphibologia*, die Zweideutigkeit, ist sogar beim Eid erlaubt. Nachdem der für die Katholiken „unfehlbare“ Papst die preußischen Staatsgesetze *ex cathedra*, das heißt aus dem Lehramt für ungültig erklärt, ja deren Befolgung sogar mit dem Kirchenbann bedroht hatte, mußten diese Katholiken in einen unheilvollen seelischen Zwiespalt geraten. Und für solche seelischen Zwiespältigkeiten hatten die Jesuiten – das war der Grund, weshalb man ihnen nur allzuoft willig Gehör schenkte – verschmitzt ausgeklügelte Lösungen bereit. Hier konnte eben nur eine schonende, aber bis zu den letzten Ursachen des Glaubens vorstoßende Aufklärung helfen. Diese Aufklärung erfolgte jedoch nicht, oder doch nicht in geeigneter und ausreichender Weise. So konnten die Priester und zumal die katholische Zentrumspartei teilweise recht unerfreuliche Vorkommnisse gegen den Staat ausbeuten.

Die halbamtliche „Provinzialkorrespondenz“ hatte sich denn auch – wie die Regierung selbst – gründlich geirrt, wenn sie am 28. Juli 1875 erwartungsvoll schrieb:

„Die Wendung in dem Verhalten der Bischöfe reicht weit über dieses Gesetz hinaus. Zum ersten Male haben sie jetzt tatsächlich den Grundsatz aufgegeben, daß die Kirche nicht die Hand zur Ausführung eines vom Staate einseitig erlassenen Gesetzes über kirchliche Angelegenheiten bieten dürfe. Wenn aber die grundsätzliche Unmöglichkeit erst in einem Falle aufgegeben ist, so hat sie keine absolut hindernde Bedeutung mehr. Das ‚Niemals‘, welches von den Bischöfen noch vor kurzem dem jetzigen Gesetze entgegengestellt wurde, kann ebenso leicht wie für dieses auch für andere Gesetze seine Kraft verlieren.“

Wir lächeln heute über solche Einfältigkeit eines maßgeblichen Regierungsblattes. Zwischen dieser Einfalt und unseren Erkenntnissen liegen bittere, Volk und Staat gefährdende Erfahrungen.

Werden sie heute wenigstens genutzt werden? — Leider eine Frage und — eine „Hamlet"-Zweifelsfrage, nach dem „Sein oder Nichtsein" von Völkern und Staaten! Auch damals — wie einst und immer — galt und gilt jener entscheidende Satz aus dem programmatischen Werk der Jesuiten: *„Imago primi saeculi Societatis Jesu"* — *„Desperata pax est!"* (Frieden ist ausgeschlossen!), jeder Friede mit den „Ketzern" oder dem „ketzerischen" Staat!

Das Verhalten des zu Gefängnis verurteilten Bischofs Ledochowski war ein Vorbild für andere. Noch im Gefängnis hatte ihn der Papst in Anerkennung seines Widerstandes gegen den Staat und dessen Gesetze zum Kardinal ernannt. Nach der Verbüßung seiner Haft setzte Ledochowski seinen Kampf gegen den Staat vom Ausland fort. Er teilte unterstellten Geistlichen mit, „daß er die tätige Ausübung der bischöflichen Gewalt in seinen beiden Erzdiözesen wieder übernommen habe" und verlangte von den Pfarrern den Widerruf ihrer Erklärung über die Anerkennung der Kirchengesetze.

Unter diesen Umständen erfolgten weitere Verurteilungen von Priestern wegen der Übertretung der Maigesetze, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigungen des Kaisers und Königs oder Bismarcks. Auf diese Weise erledigten sich bis zum Jahre 1877 sechs von zwölf Bischofssitzen in Preußen. Da außerdem noch zwei Bischöfe gestorben waren, gab es deren nur noch vier, die ihr Amt versahen. Vierhundert Pfarreien waren ohne Pfarrer, die Priesterseminare mußten geschlossen werden. Die Erwartung, diese offenbaren Notstände werde die Kirche zum Einlenken veranlassen, hatte sich somit nicht erfüllt. Im Gegenteil! Prof. Arthur Böthlingk schrieb dazu:

„Auch in den friedlichsten Zeiten wissen die bischöflichen Hirtenbriefe von den Feinden und Leiden der Kirche nicht genug vorzudeklamieren. Jetzt war natürlich die Zeit Neros und Diokletians neu angebrochen, waren die Bischöfe und Pfarrer, welche unter das staatliche Strafgesetz fielen, — Märtyrer im Heiligenschein. Gar der arme Pio Nono selbst, der Gefangene im Vatikan! Je mehr die Staats-

autorität in bezug auf die Kirche erschüttert und untergraben wurde, desto besser! Ging darob der ketzerische Preußenstaat aus den Fugen, was konnten sich die Jünger Loyolas (die Jesuiten), die das Schifflein Petri lenkten, willkommeneres wünschen?" [35])

Je mehr man sich diese Verhältnisse vergegenwärtigt, je mehr man die Tatsachen erwägt, je mehr kommt man zu der Überzeugung, daß jener „Kulturkampf" falsch geführt wurde. Vielleicht ist die Kritik des Diplomaten Kurd v. Schlözer richtig. Dieser schrieb nämlich im Jahre 1885 an seinen Bruder:

„Die Maigesetze sind ein echt Berliner Juristengewächs, verfaßt ohne Kenntnis der katholischen Verhältnisse, manchmal auch des Kirchenrechts; Falk — gänzlich ungeeignet für diese Aufgabe — sah alles durch fremde Augengläser (Achenbach, Förster, Hübler, der Vater der Gesetze). Wir griffen teilweise in die inneren kirchlichen Freiheiten ein. Und dann die Ausführung! Da begannen die Schwierigkeiten! Man hat Geistliche bestraft, weil sie Beichtigern die Absolution verweigert hatten. (Wegen Stellung zu den Maigesetzen.) So hat man die Priester zu Märtyrern gemacht und hierdurch das ganze Volk in Bewegung gebracht." [36])

Allerdings! Statt dessen hätte man dieses Volk in geeigneter Weise aufklären sollen. Denn nur durch eine solche Aufklärung über das Wesen des Christentums und die Zusammenhänge zwischen Religion und Politik ist es möglich, den Völkern und Staaten, den Einzelnen und der Menschheit die Freiheit des Geistes und des Gewissens zu verschaffen. Allerdings ist das weder durch Zwang noch in einigen Jahren zu erreichen. Schon Schiller sagte von der charakterlichen Erhebung der Staatsbürger, es sei „eine Arbeit für mehr als ein Jahrhundert". Das gilt von der Befreiung von religiösen Vorurteilen und priesterlicher Bevormundung erst recht. Aber — auch das forderte Schiller — „man lege Hand an!" Ein solches Werk muß in einer Generation begonnen werden, damit es folgende Generationen fortführen und schließlich vollenden können.

---

[35]) Arthur Böthlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom", Berlin 1911, Seite 332/333.
[36]) Kurd von Schlözer: „Letzte römische Briefe", Berlin 1924, Seite 68.

## *Die „Krieg-in-Sicht"-Krise*

Wir haben die im Jahre 1873 beginnende politische Wirksamkeit der Jesuiten in Frankreich gezeigt. Mit der Hetze gegen Deutschland verbanden sie die Propaganda für die Wiederherstellung der Monarchie in diesem Lande und den Rachekrieg gegen das Deutsche Reich. Bismarck hatte den französischen Gesandten in Berlin, Gontaut-Biron, vor dieser Gefahr gewarnt. Der Gesandte erfreute sich jedoch der Gunst der deutschen Kaiserin Augusta. Bismarck hat über die in diesen Kreisen gegen ihn gesponnenen Intrigen geschrieben:

„Gontaut, ein geschickter und liebenswürdiger Diplomat aus alter Familie, fand bei der Kaiserin Augusta Anknüpfungspunkte einerseits in deren Vorliebe für katholische Elemente in und neben dem Zentrum (der Zentrumspartei), mit denen die Regierung im Kampfe stand, andererseits in seiner Eigenschaft als Franzose ... Ihre Majestät hatte französisch sprechende Diener, ihr französischer Vorleser Gérard fand Eingang in die kaiserliche Familie und Korrespondenz[1]) ... Es war zur Zeit Friedrich Wilhelms III. eine interessante Unterbrechung der Einförmigkeit, wenn jemand katholisch war ... Heutzutage kann man durch die Kundgebung, katholisch zu sein, in keinem Berliner Kreise mehr Aufsehen erregen oder auch nur einen Eindruck machen. Nur die Kaiserin Augusta ist von ihren Jugendeindrücken nicht frei geworden. Ein katholischer Geistlicher erschien ihr vornehmer als ein evangelischer von gleichem Range und von gleicher Bedeutung ... Daß die Kaiserin in der Person Gérards einen französischen geheimen Agenten zu ihrem Vorleser nahm, ist eine Abnormität, deren Möglichkeit ohne das Vertrauen, welches Gontaut durch seine Geschicklichkeit und durch die Mitwirkung eines Teiles der katholischen Umgebung Ihrer Majestät genoß, nicht verständlich ist. Für die französische Politik und die Stellung des französischen Botschafters in Berlin war es natürlich ein

---

[1]) Gérard war wahrscheinlich von Gontaut an die Kaiserin empfohlen. Er unterhielt einen lebhaften Briefwechsel mit Gambetta. Nach Paris zurückgekehrt, wurde Gérard Legationssekretär in Madrid, Geschäftsträger in Rom und im Jahre 1890 Gesandter in Montenegro.

erheblicher Vorteil, einen Mann wie Gérard in dem kaiserlichen Haushalte zu sehen." [2])

Schon bei ihrer ersten Begegnung mit dem französischen Botschafter hatte Kaiserin Augusta diesem ihre volle Unterstützung zugesagt. Gontaut hat selbst geschrieben, die Kaiserin hätte ihm gesagt, „Ihre Situation ist schwierig, aber Sie können auf mich zählen". Auf diese Weise kam am kaiserlichen Hof ein Bündnis gegen Bismarck zustande. Auch die Kronprinzessin — als Engländerin besonders bigott — trat diesem Bündnis bei. Es war zumal der „Kulturkampf", der hier wirksam wurde. Mit dem Eintreten für den Katholizismus in Deutschland entwickelte sich bei der Kaiserin die Neigung zu dem klerikalen französischen Präsidenten Mac Mahon. Und dementsprechend bestand eine Abneigung gegen die Republik in Frankreich und die Demokratie an sich.

Die republikanische Regierung Frankreichs war gegen eine neue kriegerische Verwicklung mit Deutschland. Daher erfüllten Bismarck die jesuitischen Umtriebe für die Monarchie in diesem Lande mit wachsender Sorge. Der französische Gesandte Gontaut-Biron war ein Anhänger der monarchistisch-legitimistischen Partei. Sein Zusammenwirken mit der deutschen Kaiserin und den klerikalen Kreisen in Deutschland konnte gefährlich werden.

Der Gedanke, der den Vatikan und die Jesuiten bei ihren politischen Bestrebungen leitete, war die Wiederherstellung des im Jahre 1870 von der italienischen Regierung dem Königreich Italien einverleibten Kirchenstaates, der weltlichen Herrschaft des Papstes. Die Weigerung des neuen Deutschen Reiches, seine Machtmittel für den Vatikan und gegen die italienische Regierung einzusetzen, war der erste Anlaß zu dem Zerwürfnis mit Bismarck und darüber hinaus zu dem sogenannten „Kulturkampf" gewesen.

Bereits im Jahre 1870 hatte sich die Kaiserin Augusta — damals nur Königin von Preußen — für das Eingreifen des Königs zu-

---

[2]) „Gedanken und Erinnerungen", 2. Band, Seite 170/172, Stuttgart 1898.

gunsten des Vatikans eingesetzt. Sie hatte den König Wilhelm geradezu beschworen, dem Papst zu helfen. [3])

Vielleicht hätte Kaiser Wilhelm I. doch noch dem Einfluß der Kaiserin nachgegeben, wenn er nicht Protektor der Freimaurerei gewesen wäre. Aber er hat seine Verpflichtungen gegenüber der Freimaurerei stets mit „einer fast religiösen Treue" erfüllt. Der Kirchenstaat war indessen nach den Zielen und dem Willen der italienischen Freimaurer von der italienischen Regierung annektiert worden. Und — so sagte der Landesgroßmeister Graf Dohna im Jahre 1911 am 28. Oktober, als ihm von den Vorbereitungen ausländischer Freimaurer zur Entfesselung des ersten Weltkrieges Mitteilungen gemacht wurden, — „es gibt nur eine Freimaurerei!" [4])

Auch für Wilhelm I. gab es nur eine Freimaurerei, und Papst Pius IX. war der heftigste Gegner der Freimaurer jener Zeit.

Der spätere preußische Gesandte beim Vatikan, Kurd v. Schlözer, berichtete immer wieder, daß die jesuitische Partei ihr altes Ziel, die Wiedergewinnung des Kirchenstaates, verfolge und zu diesem Zweck die Kriegsbereitschaft in Europa aufrechterhalte. Am 23. Juni 1891 erhielt Schlözer folgende geheime Mitteilung aus Paris:

„Wir erwarten mit Ungeduld die Erneuerung des Dreibundes (Deutschland-Italien-Österreich), dann wird die Allianz (Frankreich-Rußland) abgeschlossen. Auf Leo XIII. rechnen wir sicher, ebenso im Todesfall auf seinen Nachfolger — *dans notre jeu nous pouvons compter sur Leon XIII et nous croyons que son successeur continuera sa politique* —. Wann der Krieg ausbrechen wird, wissen wir nicht, aber — verbunden mit Rußland und der moralischen Macht des Papsttums haben wir alle Aussicht, einen Kampf siegreich zu bestehen, den man hinausschieben, aber nicht vermeiden kann. Bleibt Italien seinem Bundesgenossen (Deutschland) treu, dann setzen wir den Papst in seine unabhängige Stellung wieder ein ... Seien Sie sicher — wir werden nicht angreifen. Das besorgt eine andere Macht. — *Ce n'est pas nous*

---

[3]) Sie nahm später geheime Beziehungen zum Vatikan auf. (P. M. Baumgarten: „Römische und andere Erinnerungen", Düsseldorf 1927.)

[4]) Dr. Paul Köthner: „Femstern" 1925, Nr. 8.

*qui attaquerons, soyez en sûr, cette besogne sera faite par une autre puissance.*" [5])

Im Jahre 1875 bestand aber noch kein Bündnis mit Rußland. Im Gegenteil. Der russische Zar Alexander II. stand fest zu dem „Drei-Kaiser-Abkommen" des Jahres 1873, das im Falle eines Angriffs von anderer Seite wechselseitige Verständigung vorsah. Außerdem war das französische Heer nicht gerüstet und das Volk — von den klerikalen Fanatikern abgesehen — nicht kriegswillig. Immerhin bereiteten die französischen Rüstungen und die Kriegshetze der klerikalen Presse dem deutschen Generalstab gewisse Sorgen. Ja, es wurden sogar Erörterungen über einen möglichen Krieg angestellt. Bismarck mußte seine ganze Autorität aufbieten, um derartige Äußerungen deutscherseits zu unterbinden. Er verbat sich sehr energisch die Einmischung des Generalstabs in die Außenpolitik. Am 13. August 1875 schrieb er an Kaiser Wilhelm I., Moltke und andere hätten wohl

„akademisch von der Nützlichkeit eines rechtzeitigen Angriffs auf Frankreich gesprochen, obschon ich es nicht weiß ... Man kann ja sagen, daß es für den Frieden nicht förderlich ist, wenn Frankreich die Sicherheit habe, daß es unter keinen Umständen angegriffen wird, es mag tun, was es will. Ich würde noch heut, wie 1867 in der Luxemburger Frage, Eurer Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn

---

[5]) Kurd von Schlözer: „Letzte römische Briefe", Berlin 1924, Seite 167/168. Der Nachfolger Leos XIII. war Pius X. (1903—1914), unter dessen Pontifikat der erste Weltkrieg begann, der durch den Angriff Österreichs auf Serbien — nach dem Mord des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand — ausgelöst wurde. Der bayerische Gesandte beim Vatikan, von Ritter, telegrafierte dazu am 24. Juli 1914, 18 Uhr 35, an die bayerische Regierung: „Papst billigt scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien und schätzt im Kriegsfalle mit Rußland russische und französische Armee nicht hoch ein ..." („Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch", im Auftrag des bayerischen Landtages herausgegeben von Dr. P. Dirr, 3. Aufl., Seite 206, München 1925.)
Das in dem französischen Geheimbericht genannte Bündnis zwischen Rußland und Frankreich war am 22. August 1891 geschlossen worden. Aber Italien blieb „seinem Bundesgenossen" (Deutschland) nicht „treu". Daher wurde der Kirchenstaat im Jahre 1918 noch nicht wiederhergestellt. Das geschah erst durch den faschistischen Diktator Mussolini im Jahre 1929.
Die Zusammenhänge sind zwar deutlich erkennbar. Aber — so schrieb von Schlözer bereits: „Die politische Dummheit der Deutschen ist so riesengroß, daß man sie nicht zu fassen vermag." (A. a. O., Seite 148.) Vielleicht hatte er recht.

bald beginnen werde ... Aber es ist auch nicht nützlich, dem Gegner die Sicherheit zu geben, daß man seinen Angriff jedenfalls abwarten werde ... Dagegen haben alle Ultramontanen und ihre Freunde uns heimlich und öffentlich in der Presse angeklagt, den Krieg in kurzer Frist zu wollen, und der französische Botschafter, der in diesen Kreisen lebt, hat die Lügen derselben als sichere Nachrichten nach Paris gegeben." [6])

Gontaut-Biron hat denn auch in seinem Buch „Meine Botschafterzeit am Berliner Hofe" alles getan, um den Eindruck zu erwecken, Bismarck habe damals den Krieg gewollt. Und der Übersetzer, ein General z. D. v. Pfaff — *nomen atque omen* —, hat durch entsprechende Zusammenstellung der Berichte alles getan, um jenen Eindruck zu vertiefen.

Jenen klerikalen Lügen gegenüber — die heute zuweilen wieder vorgebracht werden — hat ein Gegner Bismarcks, der Diplomat Friedrich von Holstein, erklärt:

„Er (Bismarck) hatte fürs Deutsche Reich und für sich so viel erworben, daß er keine Lust hatte, nochmal eine hohe Partie zu spielen. Ich selber hörte ihn sagen: ‚Man weiß, wo ein Krieg anfängt, man weiß nicht, wo er aufhört'. Deshalb hat nach meiner festen Überzeugung Bismarck im Frühjahr 1875 nicht die entfernteste Absicht gehabt, einen Krieg mit Frankreich zu provozieren. Er wollte lediglich die Franzosen einschüchtern und ihnen die Ungezogenheiten abgewöhnen, die sie sich fortgesetzt seit dem Kriege (von 1870/71) gegen uns erlaubten ... Die Franzosen konnten unter den Umständen sich beunruhigt fühlen, aber Bismarck dachte nicht an Krieg ... Nach meiner festen Überzeugung hat Fürst Bismarck gar nicht daran gedacht, den Krieg zu wollen. Nicht nur fehlen alle positiven Anzeichen für eine solche Absicht, sondern Fürst Bismarck hat auch später in allen Fällen, wo wirklich Krieg in Sicht war, die eifrigste Friedensliebe gezeigt." [7])

Um jene jesuitischen Kriegshetzer bloßzustellen und die Franzosen auf die möglicherweise entstehenden Gefahren aufmerksam zu machen, war der berühmt gewordene, von Konstantin Rößler geschriebene und von Lothar Bucher inspirierte „Krieg-in-Sicht"-

---

[6]) „Kaiser Wilhelm I. und Bismarck", Stuttgart 1901, Seite 259/260.
[7]) „Die geheimen Papiere Friedrichs von Holstein", 1. Band, Seite 92 und 116/117, Göttingen 1956.

Aufsatz in der liberal-konservativen Zeitung „Post" vom 8. April 1875 erschienen. Darin hieß es unter anderem:

„Wir halten es für sehr wahrscheinlich, daß Mac Mahons bald darauf (nach dem Brief des Thronanwärters Graf Chambord) ausgesprochene Forderung, seiner Präsidentschaft eine bestimmte Dauer zu verleihen, deren Umfang der Marschall anfangs auf zehn Jahre bemessen wollte, vor allem dem Wunsche Mac Mahons entsprang, den Revanchekrieg als Staatsoberhaupt zu erleben und zu leiten ... Wir denken (aber) nicht so gering von der Einsicht der republikanischen Führer, um zu glauben, daß diese Männer sich nicht sagen, was ein unter klerikalen Auspizien durch klerikale Diplomatie und klerikale Generale zum Ziele geleiteter Revanchekrieg aus der Republik machen würde ...

Wenn wir demnach unsere an die Spitze gestellte Frage: Ist der Krieg in Sicht? beantworten sollen, so müssen wir sagen: Der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolke sich zerstreut. Ob es den ultramontanen Intrigen in Österreich gelingt, Andrassy (den österreichischen Außenminister) zu stürzen, ist nicht nur an sich fraglich, es ist auch fraglich, welche Wirkung dieser Sturz auf die Bevölkerung in Ungarn wie in Österreich haben würde ... Was Italien betrifft, so weiß man, daß im Sinne der meisten Italiener das Papsttum beides ist: ein nationaler Feind und ein nationaler Stolz ... Das Papsttum ist doch im Grunde nichts anderes als die Weltherrschaft der italienischen Prälatur, wie dies kürzlich der Abgeordnete Gneist ausdrückte. Um den Preis, daß das Papsttum zugunsten Italiens auf seinen italienischen Landbesitz verzichtet, um seine Weltherrschaft, ungestört von Italien, allein ins Auge zu fassen, wird der größte Teil der höheren Klassen Italiens zu einem Bündnis gegen Deutschland vollkommen bereit sein."

Es wurde hier also auf das bereits von Napoleon III. vor 1870 erstrebte Bündnis Frankreich-Italien-Österreich hingewiesen. Wie damals wurden dabei wieder jesuitische Machenschaften als treibende Kräfte in Betracht gezogen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 10. April 1875 schrieb in diesem Zusammenhang: „Daß es in den beiden Ländern (Italien und Österreich) eine päpstliche Partei gibt, und daß Jesuitenzöglinge nicht Deutschlands Freunde sind, weiß alle Welt." Heute hat man das allerdings wieder vergessen!

Wie eng der Klerikalismus mit dieser Krieg-in-Sicht-Krise zu-

sammenhing, geht auch aus dem Gespräch hervor, das der russische Diplomat Fürst Gortschakow mit dem französischen Gesandten Gontaut-Biron in Berlin führte. Gortschakow war mit dem Zaren nach Berlin gekommen, um die Lage zu entspannen. Er sagte im Hinblick auf französische Äußerungen: „Gestatten Sie mir die Bemerkung, daß ein Punkt Ihre besondere Vorsicht erfordert, das ist der Ultramontanismus. Vermeiden Sie Kundgebungen zu seinen Gunsten." Und an solchen Kundgebungen fehlte es in Frankreich nicht.

Am 11. April 1875 — also drei Tage nachdem jener Aufsatz in der „Post" erschienen war — sagte Bismarck in einer Abendgesellschaft in Berlin:

„Es ist mir lieb, daß er (der Aufsatz) in einem unabhängigen Blatt — nicht offiziösen — steht, und daß ich ihn nicht zu verantworten habe. Es ist ganz nützlich, wenn gelegentlich einmal ein recht helles Schlaglicht auf die verwirrte Situation geworfen wird. Von Krieg ist gar keine Rede. Im heutigen Staatsanzeiger werden Sie ein Kollektivschreiben der preußischen Bischöfe lesen, was enorm frech ist; wir werden es beantworten mit Aufhebung der Artikel 15, 16, 18 (der preußischen Verfassung). Falk (der preußische Kultusminister) geht zu langsam und zaghaft vor; wir müssen reine Bahn machen, das heißt wir wollen jetzt die Sache zum Biegen oder Brechen bringen."

Der Übermittler dieser Unterredung, Dr. Lucius von Ballhausen, erläutert dieses Gespräch, jener Aufsatz sei „zwar vom Auswärtigen Amt nicht inspiriert, aber gern gesehen. Bismarck schien des friedlichen Erfolges sowohl jenes Postartikels wie der kirchenpolitischen Kämpfe gewiß". [8])

Am 9. Februar 1876 kam Bismarck im Reichstag noch einmal auf jenen Postartikel zurück. Er sagte:

„... Auf Zeitungsartikel hin führt kein Mensch Krieg, und wer für die Beängstigung der Börse im vorigen Frühjahr die Artikel einiger durchaus nicht offiziöser Blätter hat schreiben lassen, weiß ich nicht, ich meine die ‚Post' — um sie beim Namen zu nennen — für die habe ich meines Wissens niemals einen Artikel schreiben lassen, am allerwenigsten den, der ‚Krieg in Sicht' überschrieben war —, aber ich habe den

---

[8]) Lucius von Ballhausen: „Bismarck-Erinnerungen", Stuttgart 1920, Seite 71 ff.

Artikel nicht getadelt, denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgendeinem Lande eine Minorität zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Majorität darauf aufmerksam wird, denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten, oder in absoluten Staaten durch Beherrscher oder Kabinette entzündet. Aber der ist ganz gewiß nicht des Krieges, der Brandlegung nicht verdächtig, der zuerst ‚Feuer' schreit ..." [9])

Ganz gewiß! Als im Jahre 1930 von einer Minorität — in der wiederum Jesuiten wirkten — ein Krieg geplant wurde, veröffentlichte Ludendorff seine Schrift „Weltkrieg droht". Sie wurde in alle europäischen Sprachen übersetzt und machte die Majoritäten der betroffenen Länder aufmerksam, wie Bismarck es im Jahre 1875 für richtig hielt. Luuendorff schrieb damals:

„Gelingt es aber durch Verbreitung dieser Schrift im In- und Auslande, den Weltkrieg für die nächsten Jahre zu verhindern, so bleibt dennoch die Gefahr bestehen, daß er danach jederzeit kommt, so lange die überstaatlichen Mächte an der Herrschaft bleiben. Sollten ihre heutigen Waffen, zum Beispiel der Faschismus, einmal stumpf werden, so schmieden sie andere und zeigen sie den ahnungslosen Völkern durch ihre Hörigen, die sie zu Führern und Diktatoren des Volkes machen, als vermeintlichen Weg zur endlichen Rettung. Diese überstaatlichen Mächte wollen den Freiheitsdrang der Völker im Blut ersticken ... Ob meine Warnung, ob die geschmiedeten (geistigen) Waffen zum Freiheitskampf aber dem gesamten Deutschen Volk und anderen Völkern der Erde Rettung werden können, das hängt von ihnen ab. Mein Amt an ihnen ist erfüllt, indem ich sie belehrte."

Sie ließen sich aber nicht belehren! Das deutsche Volk ließ sich von Hitler betören. Die Folgen — vor denen Ludendorff bis zu seinem Tode gewarnt hat — sind genau nach seiner Voraussage und seinen Erkenntnissen entsprechend eingetreten. [10])

---

[9]) „Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten", 1. Band: Das Reich Bismarcks, 3. Aufl., Berlin 1934, Seite 130; H. Kohl: „Bismarck-Regesten", Leipzig 1891/1892, 2. Band, Seite 121.

[10]) Ludendorff richtete am 1. Februar 1933 bei der Betrauung Hitlers mit dem Reichskanzleramt an Reichspräsident von Hindenburg folgendes Telegramm: „Sie haben durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler einem der größten Demagogen aller Zeiten unser heiliges deutsches Vaterland ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stoßen und unsere Nation in unfaßliches Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden Sie wegen dieser Handlung im Grabe verfluchen."

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 17. April 1875 schrieb über die Wirkung jenes Artikels der „Post":

„Die Pariser Presse hebt vorwurfsvoll und mit Bedauern den alarmierenden Charakter der viel besprochenen Betrachtungen in der ‚Kölnischen Zeitung', der ‚Post' hervor und zieht auch die ‚National-Zeitung' und uns in Mitleidenschaft. Aber mit Stillschweigen übergeht sie die feststehende Tatsache, daß es die französische Presse war, die auf der ganzen Linie — von der legitimistischen ‚Union' bis zur radikalen ‚Rappel' — bis zu dem Augenblick des Bekanntwerdens des Artikels der ‚Post' fast täglich wiederholt hat, wie Frankreich unmöglich in der Lage verharren könne, die ihm der Friedensschluß mit Deutschland bereitet habe, und wie es Pflicht einer jeden französischen Regierung sei, einen Revanchekrieg gegen Deutschland mit Aufwand aller Kräfte vorzubereiten ... Wir wollen wünschen, daß die abkühlende Wirkung von Dauer sein möge, was wir indessen erfahrungsgemäß haben in Zweifel zu ziehen." [11])

Allerdings! Aber zunächst wurde die klerikale Kriegshetze — auf die Bismarck den französischen Gesandten bereits am 13. Januar 1874 hingewiesen hatte [12]) — doch etwas gedämpft. Am 10. Mai 1875 besuchte der Zar Alexander II. Berlin und hatte eine längere, betont freundschaftliche Besprechung mit Bismarck. Das war eine indirekte Warnung an Frankreich. Der Republikaner Gambetta — er hatte aus seinen Erfahrungen des Jahres 1870 gelernt — erklärte am 28. Februar 1876 nach den französischen Wahlen, dieses Ergebnis sei „die Auflehnung des französischen Geistes gegen den römischen Klerikalismus". Jetzt standen den kriegslüsternen 90 Bonapartisten und 80 Royalisten 360 friedenwünschende Republikaner gegenüber. Noch einmal versuchte der klerikale Marschall-Präsident MacMahon am 25. Juli 1877 durch die Auflösung der Abgeordnetenkammer die monarchistisch-klerikale Mehrheit zurückzugewinnen. Diese Absicht schlug, trotz einer ausgedehnten klerikalen Wahlbeeinflussung, fehl. Das Ergebnis bestätigte, was Gambetta am 9. Oktober 1877 in Paris erklärt hatte: „Der Klerikalismus ist der Feind! Wenn das all-

---

11) Deutsche Reichsgeschichte, a. a. O., Seite 129.
12) Vgl. das Gespräch Bismarcks mit dem französischen Gesandten.

gemeine Stimmrecht die Welt auffordert, sein Werk zu betrachten, so hat es die Pflicht zu erklären: der Klerikalismus ist der Besiegte!“

Es ist allerdings möglich, daß Gontaut-Biron recht hatte, als er zu dem Großherzog von Baden sagte, „Gambetta ist Opportunist“, jener Ruf hätte zwar „für das Ausland etwas Verführerisches“, aber „das ist nur ein Teil des Programms der Radikalen ... Der Marschall (Mac Mahon) will nicht, daß diese Lehren triumphieren.“ Mit diesen Drohungen des Radikalismus gelang es immer wieder, die Fürsten auf die klerikale Seite zu ziehen. Das gelang besonders bei der Großherzogin von Baden, die eine erbitterte Gegnerin Bismarcks wurde.

Aber das waren einstweilen innere französische Angelegenheiten. Für Deutschland war es wichtig, daß die klerikalen Einflüsse auf die französische Regierung ausgeschaltet wurden. Das geschah. Der Friede war noch einmal durch Bismarcks Staatskunst gerettet.

Damals war „der Klerikalismus der Besiegte“ — wie Gambetta sagte —, heute ist der ihm verwandte Faschismus besiegt. Wie damals neue Ideologien gebildet wurden, die 1914 zum Kriege gegen Deutschland führten, sind heute neue Ideologien entstanden, die jene ahnungslosen Völker wieder in Kriege verwickeln können. Und — der Klerikalismus ist wieder eine Macht.

Bekanntlich folgte im altgriechischen Theater der Tragödie das Satyrspiel; nach dem erschütternden Ernst der befreiende Spaß. Nachdem wir gesehen haben, wie der „Kulturkampf“ fast zum Kriege geführt hätte, beschäftigt uns jetzt eine humorvolle Begebenheit im Rahmen dieses „Kulturkampfes“, nämlich die „Erscheinung der Mutter Gottes“ im Walde von Marpingen bei Trier.

Dieser Fall bewies unwidersprechlich, wie richtig der zeitgenössische politische Beobachter Johannes Scherr das religiöse Klima erkannt hatte. Er schrieb nämlich damals, es müsse „der Papalismus nicht durch die Konfessionalbrille angesehen — weder durch die römische noch durch die lutherische —, sondern mit den

bloßen hellen Augen eines Mannes von Geist und Wissen" betrachtet werden. Aber — so meinte er — das geschähe eben nicht. Geschieht es heute? — ? Scherr urteilte:

„Im Gegenteil, in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, wo die europäische Gesellschaft nach stupider Straußenart den Kopf in den Wusthaufen kirchlicher Dogmen steckt, um die herantobende wilde Jagd des Kommunismus nicht zu sehen, — in dieser 2. Hälfte unseres Jahrhunderts ist trotz Naturwissenschafterei, Eisenbahnen, Telegraphen und Börsenschwindel das Papsttum noch immer eine Weltmacht, ja vielleicht mehr als je eine Weltmacht. Die Ursache liegt nahe: im genauen Verhältnis zum Anwachsen der Bevölkerungen hat auch der wahre und wirkliche ‚Fels Petri', das heißt die Dummheit der Menschen und Völker, an Massenhaftigkeit zugenommen ...

Hier liegt die Gefahr. Allerdings war die Gemeinde der Vernunft von allen Gemeinden allenthalben und allzeit die kleinste, wie sie es heute noch ist; aber mit dem Anwachsen der Zahl der Massen ist auch ihre Macht und sind ihre Ansprüche entsprechend gewachsen. Sie glauben sich nur zu zählen zu brauchen, um nicht nur etwas, sondern alles zu sein ...

So darf sich denn das Papsttum — diese Fangzange, womit der Jesuitismus nach der Weltherrschaft langt — mit allen seinen märchenhaften Ansprüchen und Forderungen getrost auf den genannten ‚Fels Petri' stützen. Die ‚Pforten der Hölle' werden denselben nicht überwältigen, das heißt, die Wissenschaft wird nicht imstande sein, durch diese Dummheitsdicke einen Tunnel zu bohren, welcher dem Lokomotiv des gesunden Menschenverstandes freie Bahn schaffte." [13])

Nun, es ist heute — in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts — nicht viel anders. Nur versuchen die Vertreter der Wissenschaft gar nicht mehr einen solchen „Tunnel" anzulegen. Im Gegenteil! Sie suchen alle diejenigen, die sich damit abmühen, an der Arbeit zu hindern. Honorare, Titel, Ämter und Würden bedeuten für sie viel mehr als die Geistesfreiheit. Sie stehen als gedungene Söldner vor dem ‚Felsen Petri' und sind damit beschäftigt, dessen Fundament erneut zu untermauern. Scherrs Beobachtungen in jenen Jahren des „Kulturkampfes" waren zwar nicht gerade hoffnungsvoll, aber sie entsprachen der Wirklichkeit.

---

[13]) Johannes Scherr: „Hammerschläge und Historien", 3. Aufl., 1. Band, Seite 310/312, Zürich 1878.

Das bewiesen diese „Erscheinungen der Mutter Gottes“, diesseits und jenseits der deutschen Grenzen.

Die „Mutter Gottes“ war schon im Jahre 1872 in Gereuth „erschienen“, um ihr Mißfallen über das Jesuitengesetz zum Ausdruck zu bringen, das heißt unmythologisch gesprochen, die Pfarrer suchten auf diese Weise die Bevölkerung zu fanatisieren und gegen die Regierung aufzuhetzen.

Jetzt „erschien“ die Madonna am 3. Juli 1876 in Marpingen.

Bereits im Jahre 1874 war es bei St. Wendel (Rheinprovinz) zu Unruhen der fanatisierten Bevölkerung gekommen. Ein Pfarrer mußte wegen fortgesetzten Verstoßes gegen die Kirchengesetze verhaftet werden. Darauf erfolgten in dieser Gegend mancherlei „Wunder“. Eine Dame begann plötzlich nach dem Bericht eines Pfarrers „Blut zu schwitzen“, und ein Schulmädchen behauptete, die „Mutter Gottes“ gesehen zu haben. Die „Blutschwitzerin“ wurde als Betrügerin entlarvt, das Kind bekannte sich vor den Eltern als Lügnerin. Die beiden an dem Schwindel beteiligten Pfarrer wurden gerichtlich belangt und gesetzmäßig zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Mit diesen „Wundern“ war es also nichts.

Als nun aber in dem bekannten „Erscheinungsort“ Lourdes eine neue Kapelle geweiht wurde und die klerikale Presse mit verzückten Berichten angefüllt war, erzählten plötzlich drei achtjährige Mädchen, sie hätten am 3. Juli 1876 die „Mutter Gottes“ im Walde von Marpingen erblickt. Sie beschrieben dann die „Erscheinung“ und – o welches „Wunder“! – sie entsprach völlig dem Bilde, welches der Ortspfarrer selbst gemalt und den Kindern in eingebildetem Künstlerstolz gezeigt hatte. Es war eine schöne Frau mit dem Jesuskindlein auf dem Arm. Wie reizend! Nun, vielleicht war diese schöne Frau bereits dem Pfarrer „erschienen“, um ihm als Modell zu dienen.

Um sich den Kindern gegenüber besonders eindrucksvoll auszuweisen, hatte die „Erscheinung“ gesagt, sie sei die „unbefleckte Empfängnis“. Das war die seit Jahrhunderten umstrittene, erst im Jahre 1854 von Papst Pius IX. zum Dogma erhobene Zeu-

gungslegende der „Jungfrau Maria". Wer wollte nun noch zweifeln?! — Mit den gleichen Worten hatte sich ja die „Mutter Gottes" im Jahre 1858 der 13jährigen, psychopathisch veranlagten Bernadette Soubirons in Lourdes vorgestellt. [14]) Und diese „Erscheinung" hatte der Papst ausdrücklich bestätigt, das Lourdeswasser hatte den Ort und die Kirche außerordentlich bereichert.

Soweit vollzog sich dies „Wunder" in der bereits bekannten Weise, wie nach einem Regiebuch. Aber außer dem Kind, das die „Mutter Gottes" auf dem Arm trug — weil sie der Pfarrer so gemalt hatte — „sahen" die Kinder später — wie der protestantische Pfarrer Längin berichtete —

„. . . über dem Haupte der Mutter Gottes den Heiligen Geist schwebend und hörten eine Stimme: dies ist mein lieber Sohn; dann folgten himmlische Prozessionen, ein Leichenzug; auch den Teufel sahen sie in weißer und schwarzer Gestalt, der die Jungfrau aufforderte, vor ihm niederzufallen." [15])

Ob dieser „Teufel" Bismarcks Züge trug — wie eine geschnitzte Teufelsfratze in dem Chorgestühl der Pfarrkirche zu Gramastetten (Ober-Österreich) — ist nicht berichtet. Die Kinder hatten ja keine Ahnung, wie Bismarck aussah. Dagegen wiesen die Farben des „Teufels" — schwarz-weiß — auf die preußischen Landesfarben hin.

Neben dem politischen Zweck, die Gläubigen zu fanatisieren, um den Kampf gegen den Staat zu gewinnen, bildete das Geschäft einen besonderen Anreiz, wie bei den Passionsspielen und ähnlichen Veranstaltungen. Denn nach so „heiligen Wundern" setzte — wie in Lourdes auch — der „Heilbetrieb" mit dem „heiligen Quellwasser" ein. Aus diesem Grunde „erscheint" die „Mutter Gottes" vorsorglich auch immer in der Nähe einer Quelle. Während der päpstliche Nuntius Meglia — derselbe, der eine Revolu-

---

[14]) Moritz Meschler S. J.: „Novene zu Unserer Lieben Frau von Lourdes", Freiburg i. B. 1913, Seite 31—36.

[15]) Georg Längin: „Der Wunder- und Dämonenglaube der Gegenwart im Zusammenhang mit Religion und Christentum", Leipzig 1887, Seite 18; Arthur Böthlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom", Berlin 1911, Seite 334; Karl von Hase: „Handbuch der protestantischen Polemik", 6. Aufl., Seite 388, Leipzig 1894.

tion in Deutschland entfesseln wollte — im Jahre 1876 die Bildsäule der Maria in Lourdes krönte, schickte der Papst den Kaplan Prinz Radziwill — den späteren Bischof — nach Marpingen, um vorerst den päpstlichen Segen zu überbringen. So vorsichtig war der Papst nach dem Schwindel von Gereuth doch gewesen. Immerhin war dieser päpstliche Segen eine begreifliche Aufmunterung für die Marpinger Erscheinungsgläubigen, in dem frommen Treiben fortzufahren. Das geschah denn auch. Der Pfarrer Georg Längin hat dazu geschrieben:

„Nun strömten bald Tausende zu dem neuen Gnadenorte und schöpften aus der sich alsbald heilskräftig erwiesenen Quelle. Der Klerus der Umgegend errichtete einen schwunghaften heimlichen Handel mit Versendung des Gnadenwassers bis nach Amerika, und die ‚Germania' (eine der größten katholischen Zeitungen) war unermüdlich in der Anpreisung des großen Wunders. Bei den wiederholt aufgenommenen gerichtlichen Verhandlungen wurden zwar im Jahre 1879 die Kinder und die Helfershelfer beim Obergericht freigesprochen, allein es wurden ausdrücklich die angeblichen Erscheinungen ‚für schändliche Täuschung' erkannt. Die Wunderheilungen aber ergaben sich bei der gerichtlichen Untersuchung teils als ganz natürliche Heilungen, teils als schwindlerische, auf bloßer Einbildung oder nackter Erfindung beruhende Agitationsmittel. — Den Versuchen, auf sechs anderen benachbarten Dörfern ähnliche Erscheinungen und Wunder ins Werk zu setzen, trat der Klerus selbst entgegen, vielleicht um Marpingen vor gefährlicher Konkurrenz zu bewahren oder weil zu viel Wundererscheinungen in einer Gegend die ganze Sache nur in Mißkredit bringen konnten." [16])

Das war vermutlich auch der Grund, daß der Betrieb später eingestellt wurde. Denn auch Lourdes fürchtete diese „gefährliche Konkurrenz". Dennoch kam ein Pfarrer aus dem Ermland im Sommer 1877 nach Marpingen, der selbst bereits einen Namen als „Teufelsaustreiber" genoß. Nach seiner Rückkehr schilderte er seinen Kommunion-Schülerinnen diese Pilgerreise so lebendig, daß diese auch eine „Mutter Gottes erblickten". Kommentar überflüssig!

---

[16]) A. a. O., Seite 18/19.

Die Ansammlungen an dem „Gnadenorte“ nahmen schließlich solchen Umfang an, daß — wie einst in Gereuth — Soldaten eingesetzt werden mußten. Böthlingk schreibt dazu:

„Die Aufregung, welche sich im Gefolge dieser Vorgänge besonders der Gemeinde Marpingen bemächtigte, die auf dem besten Wege war, ein Gnadenort zu werden, bewirkte, daß selbst Militär ins Quartier gelegt wurde, bis es mit der Erscheinung der Mutter Gottes vorüber war. Die Polizeibehörden schritten um so energischer ein, als die Bewegung sich als Kundgebung gegen die Maigesetze und damit gegen das preußische Staatswesen kennzeichnete ... Ohne die Intervention des bösen Bürgermeisters und des von ihm requirierten Militärs, mit nachfolgender Gerichtsverhandlung, wären die Marpinger schwerlich um ihre Madonna gekommen.“ [17])

Dieser Erscheinungs-Schwindel — von dem die Kirche nach der Entlarvung selbstverständlich mit fadenscheinigen Erklärungen wieder abrückte — hatte klar erkennbare politische Ziele. Wäre er geglückt, hätte er die katholischen Massen fanatisiert. Vermutlich wäre dann jene Revolution ausgebrochen, die der päpstliche Nuntius Meglia dem Staat seinerzeit in München angedroht hatte. Diesem Ziel diente auch die Rede des Papstes an die deutschen Rompilger im September 1875. Der Papst sagte:

„Die Absicht des Deutschen Reiches sei darauf gerichtet, die katholische Religion nicht bloß von seinen Grenzen, sondern überhaupt vom Erdboden zu vertreiben. Zu diesem Zwecke setze es die grausamsten, härtesten und ungerechtesten Mittel in Bewegung, die nur unsinniger Fanatismus eingeben könne. Aber auch auf sein, des Papstes, Gebet und die Fürsprache der Jungfrau Maria und aller Heiligen werde Gott von seinem Schlummer erwachen und der Kirche den Sieg verleihen.“ [18])

---

[17]) Böthlingk, a. a. O., Seite 335/336.

[18]) Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks“, Leipzig 1893, Seite 112. Das hier von dem Papst gewählte Bild des „schlummernden Gottes“ erinnert merkwürdig an ein altes französisches Mysterienspiel, in dem der Tod Christi dargestellt wird, während „Gottvater“ auf seinem Thron eingeschlafen ist. Ein Engel weckt ihn mit den Worten: „*Votre fils bien aimé est mort et vous dormez comme un ivrogne*“ (Euer geliebter Sohn ist gestorben, und Ihr schlaft wie ein Betrunkener). Und der erwachende „Gottvater“ erwidert: „*Diable m'emporte, qui en savais rien*“ (Der Teufel hole mich, ich wußte nichts davon). Dieses Spiel wurde von den Geistlichen des Mittelalters inszeniert. (Beauchamps: „*Recherches sur les théâtres de France*“, 1735, t. I, p. 235; Parfait: „*Histoire du théâtre français*“, 1745, t. I, p. 227; bei Johannes Scherr: „Allgemeine Geschichte der Literatur“, 6. Aufl., 1. Band, Seite 219, Stuttgart 1880.)

Wenn ein Papst — oder überhaupt ein Priester — sich über die Anwendung „grausamster, härtester und ungerechtester Mittel" eines „unsinnigen Fanatismus" beklagt, so muß man — angesichts der Inquisition, Hexenprozesse und Ketzerverbrennungen — mit den Worten des römischen Satirikers Juvenalis (60—140) sagen: *„Quis tulerit Gracchos de seditione querentes"* (Sat. II, 24); das heißt, wer hört auf den, der gegen das ereifert, was er selbst tut! Aber ganz abgesehen davon war diese Behauptung eine Unwahrheit, und da man annehmen muß, daß der Papst über die Gesetze und die Maßnahmen des Staates zu ihrer Durchführung genau unterrichtet war, eine bewußte Unwahrheit, also: eine Lüge! Das ist besonders schwerwiegend, weil dieser Papst — laut *„Observateur catholique"* 1866, p. 357 — von sich selbst die biblischen Worte gebrauchte: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben!"

Kein Wunder, daß nach solchen Reden ein solches „Wunder" wie die „Marien-Erscheinung" möglich war! Am 26. Juni 1877 sagte Bismarck zu einigen württembergischen Pastoren:

„In diesen Kämpfen (mit der Kirche) fällt insbesondere der Schule eine wichtige Aufgabe zu; von ihr wird eine langsame, aber sichere Wirkung ausgehen. Gegen solche Dinge, wie die Geschichten in Marpingen und Lourdes, da reichen wir doch mit anderen Mitteln nicht aus, mit Gendarmen schon gar nicht, da kann nur von der Schule die Heilung ausgehen." [19])

Sehr richtig gebrauchte Bismarck im Zusammenhang mit den „Mutter-Gottes-Erscheinungen" das Wort „Heilung". Denn solche Wahngläubigen sind — wie wir seit Kraepelin wissen — „induziert Irre", das heißt Psychopathen. Daß solche „Heilung" nur von der Schule ausgehen könnte und müßte, hatte Bismarck schon in seiner Rede am 16. April 1875 im Preußischen Abgeordnetenhaus angedeutet. Er sagte, daß es besser sei, den „Angriff mehr der Schulbildung als der Politik zu überlassen". Das hatte Scherr bereits drei Jahre zuvor als das beste Mittel erkannt und

---

[19]) von Poschinger, a. a. O., Seite 42.

empfohlen, damit „die Geziefersdhaft Loyolas nicht gewaltsam hinausgeschmissen zu werden braucht, sondern nur lustig hinausgelacht wird". Solche Aufgabe erfüllt natürlich nur eine freie Schule, niemals eine „Bekenntnisschule", wo solche Erscheinungsgläubigkeit noch gefördert wird. Schon damals wies der Kirchenhistoriker von Hase darauf hin, daß es unter den Erscheinungsgläubigen auch solche gibt, „besonders aus der Aristokratie, die wohl nicht ohne Schulkenntnisse sind". Denn schließlich — so meinte er und konnte seinen Spott nicht unterdrücken —

„dürften die Gläubigen sich wundern, daß die Gottesmutter, wenn sie nun einmal den freundlichen Willen und die Gelegenheit dazu hat, sich auf unserer armen Erde sehen zu lassen, daß sie nicht recht vielen Juden, Protestanten, dazu auch einigen Gelehrten erscheine; das würde eine große Bekehrung zur katholischen Kirche geben." [20])

Allerdings! Es müßte doch denkenden Katholiken — es gibt auch solche — wenigstens auffallen, daß die „Mutter Gottes" immer nur Kindern, Ganz- oder Halbirren erscheint. Warum nicht einmal den Ungläubigen, die über derartige „Erscheinungen" nur lächeln oder spotten?! — Das gilt für alle diese Erscheinungen, vom Mittelalter bis zur Neuzeit, von dem *Bernense facinus*, dem Schwindel von Bern (1509), von La Salette, Lourdes, Marpingen, Fatima und Heroldsbach in neuester Zeit. Aber was soll man von Katholiken denken oder sagen, die einen Lappen von einem alten Kleidungsstück des Papstes Pius IX., eine Krume Weißbrot von seinem Tische — sie befand sich im Besitz einer gräflichen Familie Schlesiens — als „heilkräftige" Reliquien verehrten?! [21]) — Nun, Voltaire sagte: „Der Pöbel hat den Aberglauben geschaffen; die anständigen Leute zerstören ihn!"

Aber die deutsche Kaiserin Augusta wollte diesen Aberglauben erhalten, ja verewigt wissen. Am 27. Oktober 1877 schrieb der Staatssekretär von Bülow an Bismarck, „die Kaiserin habe von

---

[20]) von Hase, a. a. O., Seite 389.

[21]) „Deutscher Merkur", Jahrgang 1873, Seite 321; 1877, Seite 352; 1878, Seite 225: Bericht des Bischofs von Verona in der „*Unità cattolica*" im „Brixener Kirchenblatt" von 1878, Nr. 17.

dem Minister Falk eine Reiseunterstützung für einen ultramontanen Maler verlangen lassen, der nicht nur selbst darum bitten wolle, sondern mit Gemälden zur Verherrlichung von Marpingen beschäftigt sei". Es ist also durchaus verständlich, wenn Kaiser Wilhelm I. nach einem Gespräch mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm — dem späteren Kaiser Friedrich III. — und der Kaiserin Augusta über den „alten ehrwürdigen Papst", wehmütig zu seinem Sohn sagte: „Über diese Dinge ist deine Mutter in dieser Zeit wieder unzurechnungsfähig."

Heute wissen wir nach den Erkenntnissen des bekannten Psychiaters Kraepelin über die Möglichkeit des „induzierten Irresein" infolge religiöser Unterweisungen, daß diese Bemerkung Kaiser Wilhelms I. durchaus richtig war. [22])

Dieses „induzierte Irresein" läßt sich beim Okkultismus sowohl wie bei der Religion nachweisen. Nach den Forschungen des Psychiaters Prof. Kraepelin kann es beim Religionsunterricht entstehen, das heißt im Gehirn des Kindes gewissermaßen eine Insel bilden, auf der sich religiöse Vorstellungen festwurzeln, die unter gewissen Umständen lebenslänglich jeder kritischen Untersuchung entzogen bleiben, während ein solcher Mensch auf anderen Gebieten hervorragenden Scharfsinn besitzen kann.

Solche Menschen sind nicht etwa „geisteskrank" — wie die Jesuiten-Zeitung „*Civiltà cattolica*" einmal die Ungläubigen bezeichnete — sondern bei ihnen besteht nur auf religiösem Gebiet eine Art „partieller Gehirnlähmung", wie der Philosoph Arthur Schopenhauer diese möglichen Folgeerscheinungen des Religionsunterrichts einmal gekennzeichnet hat. (Parerga und Paralipomena, 2, 15.)

---

[22]) Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen", 1. Band, Seite 125/126, Stuttgart 1898.

Zwei Ereignisse bewirkten eine entscheidende Wende in diesem sogenannten „Kulturkampf": der Tod des Papstes Pius IX. und der Sturz des klerikalen Marschalls Mac Mahon als Präsident der Französischen Republik. Sein Nachfolger wurde der freidenkerische Republikaner Jules Grévy. Damit war die Hoffnung der monarchistisch-klerikalen Partei in Frankreich vereitelt. Bismarcks Friedenspolitik war gesichert. [1])

Nach der päpstlichen Enzyklika vom 5. Februar 1875 — mit welcher der Papst die preußischen Staatsgesetze für ungültig und für Katholiken unverbindlich erklärte — hatte Bismarck die Regierungen von England, Frankreich, Belgien, Italien und Österreich erneut auf die Gefahren hingewiesen, die durch solche Eingriffe des Vatikans in die Gesetzgebung der Staaten entstehen müßten. Schon nach dem Kullmann-Attentat hatte Bismarck in seiner Antwort auf das Glückwunschschreiben des Zaren Alexander II. jene Gefahren erwähnt. Er schrieb unter anderem:

„Die Geschichte der wesentlich katholischen Länder, wie Spanien, Frankreich, Italien, Polen, Irland, Südamerika, zeigt uns, daß überall die klerikalen Aspirationen unvereinbar sind mit der Stabilität und der Regierungsordnung und mit der glücklichen Entwicklung, deren sich akatholische Länder erfreuen." [2])

Es war verständlich, daß sich Bismarck bei dieser diplomatischen Aktion zumal an die italienische Regierung wandte. Diese war seit 1870 — seit der Einverleibung des Kirchenstaates in das Königreich — ebenfalls mit dem Vatikan zerfallen. Dieser diplomatische Schritt Bismarcks bereitete dem Papst große Sorge. Man befürchtete im Vatikan, die italienische Regierung könnte die

---

[1]) Vgl. den Brief Herbert von Bismarcks an den deutschen Gesandten in Paris vom 30. Oktober 1877.

[2]) Siegfried von Kardorff: „Bismarck im Kampf um sein Werk", Berlin 1943, Seite 36, bei Georg Franz: „Kulturkampf", München o. J., Seite 237.

preußische Maigesetzgebung nachahmen. Der italienische Ministerpräsident Minghetti (1818—1886) wurde von dem „Osservatore Romano" als „Mandatar" Bismarcks bezeichnet. Er hatte erklärt: „Wir wollen die Freiheit der Kirche, aber innerhalb des Kreises und der Grenzen, welche der Staat vorschreibt." [3]) So hatte es auch Cavour gemeint, als er noch kurz vor seinem Ende — er wurde vermutlich vergiftet — sagte: *„Libera chiesa in libero stato"* (freie Kirche im freien Staat).

Als man mit dem Ableben des Papstes Pius IX. rechnete, besuchte der italienische Kammerpräsident Francesco Crispi Berlin, um mit Bismarck über die Nachfolge im Vatikan zu sprechen. In der Unterredung am 24. September 1877 wollte er Bismarck veranlassen, sich für die Wahl eines bestimmten Kardinals einzusetzen. Denn — so sagte er — „es kann nicht ohne Interesse für Sie sein, was sich im Vatikan ereignet". Bismarck erwiderte:

„Für mich hat es wenig zu bedeuten, wer der Nachfolger Pius IX. sein wird. Ein liberaler Papst würde vielleicht schlimmer sein als ein reaktionärer. Der Schaden liegt in der Konstitution. Die Persönlichkeit, wer sie auch immer sein möge, und welche Ansichten und Neigungen sie auch besitze, wird wenig oder gar keinen Einfluß auf die Haltung des Heiligen Stuhles haben. Wer im Vatikan herrscht, ist die Kurie."

„Das ist nur zu wahr" — gab Crispi zu —, „und Sie haben dies in dem herben Kampfe erprobt, den Sie von 1870 an mit dem katholischen Klerus ausfechten mußten. Wir Italiener sind Ihnen dankbar dafür."

„Aber ich kann der italienischen Regierung nicht gleichermaßen dankbar sein", — rügte Bismarck — „Sie haben den Papst in Watte gewickelt, und niemand kann ihn treffen. Seit dem März 1875 haben wir die italienische Regierung auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die das Gesetz über die Garantien des heiligen Stuhles für die anderen Mächte enthält. Die Frage ist offen geblieben."

„Sie werden wissen" — entschuldigte sich Crispi —, „daß ich dieses Gesetz bei seiner Diskussion im Parlament bekämpft habe." [4])

---

[3]) Bericht aus Rom Nr. 55/XXIII vom 13. November 1875, Päpstlicher Stuhl, Bayerisches Geheimes Staatsarchiv, bei Georg Franz, a. a. O., Seite 239.

[4]) Francesco Crispi: „Memoiren, Erinnerungen und Dokumente", herausgegeben von C. Palamenghi-Crispi, deutsche Übersetzung von W. Wichmann, Berlin 1912, Seite 57 ff. Bei dem erwähnten Gesetz handelt es sich um das Gesetz vom 13. Mai 1871.

Nachdem Papst Pius IX., wie erwartet, am 7. Februar 1878 gestorben war, folgte ihm Graf Pecci als Papst Leo XIII. (1878–1903), ein Schüler der Jesuiten. Er galt als versöhnlich und ernannte den Kardinal Franchi zum Kardinal-Staatssekretär. Dieser war stets für eine Verständigungspolitik eingetreten. Die Lage der katholischen Kirche in Deutschland war inzwischen noch schwieriger geworden. Wegen der nicht befolgten Anzeigepflicht waren 1400 Pfarrstellen unbesetzt. Auf der anderen Seite erwuchsen dem Staat durch die Zentrumspartei, mit der sich die Sozialdemokraten verbanden, immer größere Schwierigkeiten. Auch andere Parteien, in denen freimaurerische Einflüsse wirksam waren, traten gegen die Regierung auf. In einem Gespräch mit dem Schriftsteller Moritz Busch hat Bismarck diese Erscheinungen in jenem Zusammenhang näher erläutert. [5])

Papst Leo XIII. übersandte dem Kaiser Wilhelm I. ein ehrerbietiges Schreiben, in dem er die entstandene Lage berührte. Der Papst schrieb unter anderem:

„Da Wir zu unserem Bedauern die Beziehungen, welche in früherer Zeit so glücklich zwischen dem heiligen Stuhl und Eurer Majestät bestanden, nicht mehr vorfinden, so wenden Wir uns an Ihre Hochherzigkeit, um zu erlangen, daß der Friede und die Ruhe des Gewissens diesem (dem römisch-katholischen) beträchtlichen Teile Ihrer Untertanen wiedergegeben werde, und die katholischen Untertanen Eurer Majestät

---

[5]) Moritz Busch: „Tagebuchblätter", 3. Band, Seite 148/149, Leipzig 1899.
Es ist bemerkenswert, daß der Frontwechsel jener Parteien, in denen freimaurerische Einflüsse feststellbar sind, die Bismarck aber bisher im „Kulturkampf" unterstützt hatten, sich jetzt vollzog, nachdem der Freimaurer Leon Gambetta für ganz Europa hörbar erklärt hatte: „Der Klerikalismus ist besiegt!" Jetzt wurde Gambetta Vertreter der Revanchepolitik, die dann von der französischen Freimaurerei allgemein vertreten wurde, als Kaiser Wilhelm II. der Freimaurerei nicht beitrat, wie sein Großvater Wilhelm I. und sein Vater Friedrich III. Papst Leo XIII. hatte die Freimaurerei in seiner Enzyklika „*Humanum genus*" vom 20. April 1884 mit aller Schärfe verdammt. Als Kaiser Wilhelm II. den Papst besuchte, äußerte dieser, „Deutschland müsse das Schwert der katholischen Kirche werden" („Ereignisse und Gestalten", Seite 177). Damit sind die hintergründigen Fronten gekennzeichnet. Napoleon I. hat eine ähnliche Verschiebung erlebt. Er sagte auf St. Helena zu Las Cases: „Die Freimaurer tun einiges Gute. Sie haben die Revolution unterstützt, und noch in letzter Zeit haben sie dazu beigetragen, die Macht des Papstes und den Einfluß des Klerus zu vermindern. Sobald aber die Gesinnung eines Volkes gegen die Regierung ist, sucht jede Gesellschaft ihr zu schaden."

werden nicht verfehlen, wie es Ihnen ja auch der Glaube vorschreibt, zu dem sie sich bekennen, sich mit der gewissenhaftesten Ergebenheit achtungsvoll und treu gegen Eure Majestät zu zeigen. In vollster Überzeugung von der Gerechtigkeit Eurer Majestät rufen Wir Gott den Herrn an, daß er Ihnen die Fülle seiner himmlischen Gaben verleihe, und flehen ihn an, er wolle Eurer Majestät mit Uns durch die Bande der vollkommensten christlichen Liebe vereinigen." [6])

Das klang versöhnlich und war — angesichts der veränderten Lage in Frankreich — auch wohl so gemeint. Der Kaiser erwiderte diesen Brief und erklärte die Gründe der entstandenen Spannungen. Nach den beiden auf den Kaiser unternommenen Attentaten erneuerte der Papst den Briefwechsel, als er seine Teilnahme zum Ausdruck brachte. Diesen Brief beantwortete Kronprinz Friedrich Wilhelm, indem er auf die anderen Briefe zurückkam. Er schrieb unter anderem:

„Nach dem Inhalt des letzteren muß ich leider annehmen, daß Ew. Heiligkeit die in dem Schreiben Meines Herrn Vaters vom 24. März ausgedrückte Hoffnung nicht glauben erfüllen zu können, daß Ew. Heiligkeit den Dienern Ihrer Kirche den Gehorsam gegen die Gesetze und gegen die Obrigkeit ihres Landes empfehlen würden. Dem dagegen in Ihrem Schreiben vom 17. April ausgesprochenen Verlangen, die Verfassung und die Gesetze Preußens nach den Satzungen der römisch-katholischen Kirche abzuändern, wird kein preußischer Monarch entsprechen können, weil die Unabhängigkeit der Monarchie, deren Wahrung Mir gegenwärtig als ein Erbe meiner Väter und als eine Pflicht gegen Mein Land obliegt, eine Minderung erleiden würde, wenn die freie Bewegung ihrer Gesetzgebung einer außerhalb derselben stehenden Macht (dem Vatikan) untergeordnet werden sollte." [7])

Der „unfehlbare" Papst „konnte" also nicht einmal anordnen, daß die Bischöfe sich den Gesetzen des Landes, in dem sie wirkten, zu fügen hätten, das heißt der Tatsächlichkeit entsprechend: er wollte es nicht! Dagegen wollte er die katholische Zentrumspartei gestärkt wissen, damit diese noch wirkungsvoller gegen die Staatsregierung arbeiten konnte. Der Staat sollte indessen seine

---

[6]) Böthlingk, a. a. O., Seite 339.

[7]) Blum, a. a. O., Seite 381; der ganze Brief des Kaisers und der des Kronprinzen in „Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten", 1. Band: „Das Reich Bismarcks", 3. Aufl., Seite 144 und 145, Berlin 1934.

Gesetzgebung nach den Satzungen und Wünschen der katholischen Kirche einrichten.

Im Juli 1878 begannen auf Betreiben des Kardinalstaatssekretärs Franchi Verhandlungen zwischen Bismarck und dem päpstlichen Nuntius Masella in Bad Kissingen. Ein Konkordat war nicht vorgesehen, da Franchi dies für überflüssig hielt. Es handelte sich nur um die Maigesetze und zumal um das Gesetz über die Anzeigepflicht der Geistlichen bei Amtsantritt oder Amtsveränderung, was in beiden Fällen von der Zustimmung des Staates abhängig war. Dieses Gesetz hatte zu zahlreichen Verurteilungen wegen der Nichtbefolgung geführt. Wie entgegenkommend Bismarck war, geht aus dem Bericht des Nuntius hervor. Er soll demnach gesagt haben:

„Ich bin bereit, Ihnen viel zu geben, und auch ein wenig nach Canossa zu gehen, man spricht bereits davon, daß ich mich auf dem Wege dahin befinde; und wenn ich nicht nach Canossa gegangen bin, so ist dieses zu mir gekommen." [8])

Beide sollen bei diesen Worten herzlich gelacht haben. Jedenfalls begannen die Verhandlungen in gutem Einvernehmen. Ja, selbst das von den Jesuiten so hartnäckig bekämpfte Gesetz über die Anzeigepflicht wurde schließlich von Franchi zugestanden. Erst am 12. April 1880 wurde dazu folgende amtliche und aufklärende Erklärung des Preußischen Staatsministeriums veröffentlicht. Es hieß darin:

„Die ursprünglichen Franchischen Vorbedingungen, auf Grund deren vor zwei Jahren die ersten Vorbesprechungen des Reichskanzlers mit dem Nuntius Masella eingeleitet wurden, beruhten auf dem Gedanken, daß beide Teile durch tatsächliche Zugeständnisse auf dem Gebiete des praktischen Lebens eine Annäherung versuchen sollten. Als solche Zugeständnisse wurden damals bezeichnet auf römischer Seite die Anerkennung der Anzeigepflicht bei der Anstellung von Geistlichen, auf preußischer Seite die Wiederherstellung des diplomatischen Verkehrs. Dieses Programm schien beim Beginn der Kissinger Besprechungen der Genehmigung beider Teile sicher zu sein." [9])

---

[8]) Graf Eduardo Soderini: „Leo XIII, und der deutsche Kulturkampf", Innsbruck und Wien 1934, Seite 101, bei Georg Franz, a. a. O., Seite 249.
[9]) Blum, a. a. O., Seite 382.

„Da ereilte", — so schrieb Blum dazu — „Franchi das Unglück, welches schon so viele maßvolle Politiker der Kurie betraf, die den Jesuiten in der Versöhnlichkeit gegen die staatliche Gewalt zu weit gingen: Franchi starb urplötzlich am 1. August 1878." Auch die Andeutungen Bismarcks und des Historikers Wilhelm Oncken legen die Vermutung nahe, daß der Tod des Kardinals nicht natürlich gewesen ist. [10]) An seine Stelle trat der Kardinal Nina. Dieser stand im Dienste der jesuitischen Partei im Vatikan. Und die Jesuiten — so hatte der Kardinal Hohenlohe bereits am 15. September 1869 aus Rom geschrieben — „setzen ihr gottloses Treiben fort" und „hetzen den Papst" — damals war es Pius IX. — „gegen alle Regierungen, damit er, mit allen Regierungen verfeindet, nie mehr auf einen grünen Zweig komme", das heißt, nie ihrer Hilfe entraten kann, so daß ihr Einfluß gesichert bleibt. Das geschah auch jetzt wieder! Jedenfalls konnte man mit Schillers Worten, bei vertauschten Namen und auf den Jesuitengeneral bezogen, zum Tode des Kardinals Franchi sagen: „Dieser Franchi starb Euch sehr gelegen!"

Papst Leo XIII. (1878—1903) ist als der „Friedenspapst" überschwenglich gefeiert worden. Aber diese friedliche Gesinnung hatte politische Gründe. Er zeigte stets eine lächelnde Miene. Und ein Mann, der immer lächelt, wird allgemein für freundlich, milde und friedfertig gehalten. Trifft dies einmal nicht zu, so ist das um so erstaunlicher. So erstaunlich, daß Shakespeare seinen Hamlet in dem gleichnamigen Drama sagen läßt: *„My tables, — meet it is I set it down, that one may smile, and smile, and be a villian"* (Schreibtafel her, — ich muß mir's niederschreiben, daß einer lächeln kann und immer lächeln und doch ein Schurke sein). Damit soll nun aber nicht etwa gesagt sein, daß dieser stets lächelnde Papst ein Schurke gewesen ist — es gibt ja heute manche lächelnde Staatsmänner —, es soll nur auf eine äußerliche Eigentümlichkeit hingewiesen sein, welche eine der Ursachen gewesen

[10]) Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen", 2. Band, Seite 126/127, Stuttgart 1898; Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm", 2. Band, Seite 721, Berlin 1892.

ist, die jenen Papst als besonders friedlich und milde erscheinen ließen.

Ja, es mag sogar sein, daß Leo XIII. von sich aus friedlich gesonnen war. Aber er war den Jesuiten nicht jesuitisch genug. Die Jesuiten Pachtler, Aschenbrenner und Cathrein — besonders angesehene Vertreter ihres Ordens — haben ihn zunächst als „schlechten Papst" bezeichnet, der die Kirche, das heißt natürlich den Jesuitenorden, schädige. Der Papst wurde denn auch bald gezwungen, den Forderungen der Jesuiten zu entsprechen.[11])

Daher genehmigte Leo XIII. — und das kennzeichnet seine Denkweise —, daß einer seiner Hausprälaten, Felix Cadene, in einer theologisch-politischen Monatsschrift, die das Wappen des Papstes auf der Titelseite trug, schrieb:

„Fern sei es deshalb von uns, daß wir, unklar gemacht durch die Dunkelheit des Liberalismus, der sich in das Gewand der Klugheit kleidet, schwächliche Gründe aufzusuchen, um die heilige Inquisition zu verteidigen. Fort mit den Redensarten von der damaligen Zeit, von der Härte der Sitte, von übertriebenem Eifer, als ob unsere heilige Mutter, die Kirche, sei es in Spanien, sei es anderswo, entschuldigt werden müßte wegen der Taten der heiligen Inquisition! Der glücklichen Wachsamkeit der heiligen Inquisition ist der religiöse Friede und die Glaubensfestigket zuzuschreiben, die das spanische Volk ziert. O ihr gesegneten Flammen der Scheiterhaufen! Durch euch wurden, nach Vertilgung weniger und ganz und gar verderbter Menschen, tausende und tausende von Seelen aus dem Schlunde des Irrtums und der ewigen Verdammnis gerettet; durch euch ist auch die bürgerliche Gesellschaft, gesichert gegen Zwietracht und Bürgerkrieg, durch Jahrzehnte hindurch glücklich und unversehrt erhalten worden![12])

Das entsprach voll und ganz den jesuitischen Lehren. Zwanzig Jahre vorher hatte der Jesuit J. L. Wenig, der Rektor der Universität Innsbruck, geschrieben,

„... daß sich die kirchliche Inquisition mit den modernen Ideen über Toleranz, Aufklärung und Humanität nicht vereinbaren läßt; aber

---

[11]) Hugo Koch: „Katholizismus und Jesuitismus", München 1913, Seite 27/29.

[12]) „*Analecta ecclesiastici*", *Revue Romaine, Romae 1895*, Januarheft, p. 30/32; Übersetzt von Paul von Hoensbroech: „Das Papsttum in seiner sozialkulturellen Wirksamkeit", 5. Aufl., 1. Band, Seite 155/156, Leipzig 1905.

dessen ungeachtet rufe ich: es lebe die kirchliche Inquisition! Denn jene Ideen sind nicht bloß unchristlich, sondern auch unvernünftig." [13])

Die Übereinstimmung der Standpunkte beider Veröffentlichungen ist unverkennbar. Man erkennt daran, wie sehr auch Papst Leo XIII. von den Jesuiten beeinflußt wurde. Das zeigt auch die von ihm gegen die Freimaurer erlassene Enzyklika *„Humanum genus"* vom 20. April 1884. Darin heißt es zum Beispiel unter anderem:

„Es ist schon so weit gekommen, daß in der Zukunft alles zu befürchten ist, zwar nicht für die Kirche, denn sie hat ein viel zu festes Fundament, als daß sie durch Menschenmacht erschüttert werden könnte, wohl aber für jene Staaten, in denen die Freimaurersekte, oder andere ähnliche Geheimbünde, die sich nur als die Büttel und Handlanger jener ersten entpuppen, gar mächtig sind ... Wie es unsere Vorgänger des öfteren bestimmt haben, möge niemand es für erlaubt halten, aus irgend welchem Grunde dem Freimaurerbunde beizutreten, wenn er auf sein Seelenheil den Wert legt, den er ihm beimessen muß." [14])

---

[13]) J. L. Wenig S. J.: „Über die kirchliche und politische Inquisition", Innsbruck 1875, Seite 74.
Diese Auffassung und die daraus abgeleiteten Folgen haben die Jesuiten späterer Zeit immer wieder vertreten. Der Jesuit Marianus de Luca forderte im Jahre 1901: „Der Staat hat die Pflicht, den Ketzer (also die Protestanten) auf Befehl und Auftrag der Kirche mit dem Tode zu bestrafen. Er kann den ihm von der Kirche überlieferten Ketzer von dieser Strafe nicht befreien. Der Todesstrafe verfallen nicht nur diejenigen, die als Erwachsene vom Glauben abgefallen sind, sondern alle diejenigen, die der mit der Muttermilch eingesogenen Ketzerei hartnäckig anhangen." (*Marianus de Luca: „Institut. iuris eccles. publici", Romae 1901, I, pag. 143. 145 seq., 261 seq.*)

[14]) Der Papst behauptete in dieser Enzyklika, in der Freimaurerei „wird die Todesstrafe nicht selten vollzogen, wenn einer überführt wird, ihr Geheimnis verraten oder das Befohlene nicht ausgeführt zu haben, und dies geschieht mit solch einer Frechheit und Schlauheit, daß nur zu häufig der Mörder dem wachsamen Auge der strafenden Gerechtigkeit entschlüpft. Heucheln und sich im Dunkeln verbergen wollen, andere wie Sklaven mit den festesten Banden an sich zu ketten, ohne den Grund klar erkennen zu lassen, Leute, welche sich einem fremden Willen verkauft haben, als Werkzeug zu jeder Freveltat zu gebrauchen, ihnen die Mordwaffe in die Hand zu drücken, nachdem man sich der Straflosigkeit versichert hat — das ist etwas so Entsetzliches, daß es die Natur nicht dulden kann."
Was der Papst hier theoretisch feststellte, hat der Prozeß gegen die Attentäter von Sarajewo praktisch erwiesen. Die Mörder des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand gaben in den Verhandlungen am 12. und 13. Oktober 1914 zu, daß die Freimaurerei den Mord — der bekanntlich zum 1. Weltkrieg führte — geplant und durchgeführt hat. („Der Prozeß gegen die Attentäter von Sarajewo", nach dem amtlichen Stenogramm der Gerichtsverhandlung. Sonderabdruck aus dem „Archiv für Strafrecht und Strafprozeß", Berlin 1918, Seiten 12, 14 und 33.)

Der Papst bezog also auch in dieser Beziehung die Stellung der Jesuiten, die seit Entstehung der Freimaurerlogen die Freimaurerei bekämpften. Was aber der Papst den Freimaurern vorwarf, konnten diese *vice versa* den Jesuiten vorwerfen. Das gilt auch für die Beseitigung unliebsamer Fürsten durch Mord. [15])

Es entsprach der Einstellung des Papstes gegen die Freimaurerei, wenn der Kardinalstaatssekretär Franchi die wachsende Zusammenarbeit der katholischen Zentrumspartei mit den Sozialdemokraten entschieden mißbilligte. Es heißt in dem Bericht des bayerischen Gesandten beim Vatikan:

„Der Kardinal spricht den Sozialdemokraten das Recht ab, als politische Partei behandelt zu werden. Nach seiner Auffassung sind dieselben einfache, die öffentliche Ordnung und Ruhe gefährdende und die Grundlagen aller lebensfähigen Staatseinrichtungen untergrabende Missetäter.“ [16])

Diese Auffassung entsprang zweifellos der Erkenntnis, daß in Deutschland immer mehr Freimaurer in führende Stellungen der Sozialdemokratie gelangten, während in Frankreich — nachdem der Freimaurer Gambetta wieder zur Macht gelangt war — der Klerus ebenfalls durch die Freimaurerei bedrängt wurde. In dieser Lage suchte Franchi zu einem Ausgleich mit Bismarck zu kommen.

Jene Erklärung Franchis gegen die Sozialdemokraten erleichterte Bismarck wiederum die Durchführung des Sozialistengesetzes, wie ihm die Enzyklika gegen die Freimaurerei zweifellos auch willkommen war. Er war nicht Freimaurer, hatte aber bereits in einem Brief an Savigny erklärt, die Freimaurer seien eine Macht, „gegen die ich nicht aufkomme“. Eine Macht, die um so gefährlicher wäre, weil „man niemand ansehen kann, wer dazu gehört“ (Rede im Reichstag von 28. November 1885). Er hatte oft erlebt,

[15]) Wir verweisen auf die Schriften der Jesuiten Ad. Tanner: „*Universa Theologia scholastica*“; Joh. Mariana: „*De rege et regis institutione*“; Franc. Suarez: „*Defensio fidei catholica*“; Clarus Bonarscius: „*Amphith. honoris*“ etc.

[16]) Bericht aus Rom Nr. 50/XXIX vom 14. Juni 1878; Päpstlicher Stuhl, Bayerisches Geheimes Staatsarchiv und Bericht aus Berlin vom 27. September 1878, MA III, Preußen, ebenda; bei Georg Franz: „Kulturkampf“, München o. J., Seite 350.

daß „hochgradige Freimaurer" — wie der General Stosch und andere —, „die nichts taugten, aber hohe Grade hatten", in einflußreiche Staatsstellungen aufrückten, ohne daß er es hindern konnte. (Gespräch mit Moritz Busch am 9. März 1880.)

Das Sozialistengesetz war — wie alle Ausnahmegesetze gestern, heute und morgen — völlig erfolglos. Es bewirkte nicht nur das Gegenteil, sondern die internationale Freimaurerei begann in verstärkter Weise gegen die Reichsregierung zu arbeiten. Man muß bei dieser politischen Entwicklung stets der Erklärung des Großmeisters des „Eklektischen Freimaurerbundes" — einer maßgeblichen freimaurerischen Behörde —, des Prof. Gervinus, eingedenk sein. Er sagte, es werde „in der Zukunft das Deutsche Reich hervorgehen" und „durch die Logen ... zur Republik heranreifen ... In dieser Bundesgestalt werde die deutsche Republik in ihrer Lage, in der Mitte der Völker der Vereinigten Staaten Europas, ihren Beruf finden." [17]) Als die Freimaurerei Bismarck bei der Begründung des deutschen Reiches unterstützte, geschah das, weil diese deutsche Einheit auf dem Wege zu dem freimaurerischen Ziel — der Republik — lag. Diese Republik wurde im Jahre 1918 von der katholischen Zentrumspartei und der sozialdemokratischen Partei gemeinsam geschaffen, während diese Republik — nach dem faschistisch-nationalsozialistischen Intermezzo — heute „in dieser Bundesgestalt" ihren „Beruf" in den „Vereinigten Staaten Europas" finden wird. Man sieht, wie solche überstaatlichen Pläne über lange Zeiträume hinweg verwirklicht werden. Aber die guten Deutschen leben weiter als „Eintagsfliegen" dahin und finden im „Wirtschaftswunder" ihr unsägliches Genügen.

Als Papst Pius IX. — der Vorgänger Leos XIII. — seine Enzy-

---

[17]) Karl Diedler (Freimaurer): „Freimaurer-Denkschrift über die politische Wirksamkeit des Freimaurer-Bundes". Als Geheimschrift gedruckt, Berlin 1864, Seite 5/6. Thomas Mann schrieb in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen" im Jahre 1918: „Die Geschichtsforschung wird lehren, welche Rolle das internationale Illuminatentum, die Freimaurer-Weltloge, unter Ausschluß der ahnungslosen Deutschen natürlich, bei der geistigen Vorbereitung und wirklichen Entfesselung des Weltkrieges der ‚Zivilisation' gegen Deutschland gespielt hat." (Seite 34 ff.) Hier kann nicht darauf eingegangen werden.

klika gegen die Freimaurerei vom 21. November 1873 losgelassen hatte, wies der freimaurerische Dichter Emil Rittershaus diesen Angriff des Papstes in einem Gedicht „Dem Papste" zurück. Dieses schloß mit den Worten:

„Und willst du, armer Alter, wutgeschwollen,
In Ewigkeit uns zu vernichten streben: —
Die Maurerei, sie sieht dich lächelnd grollen,
Und will die Narrheit dir, o Papst, vergeben." [18])

Die Enzyklika *„Humanum genus"* beantworteten die Freimaurer sehr wirksam durch den von ihnen aufgezogenen Taxil-Vaughan-Schwindel. Durch diesen 12 Jahre hindurch betriebenen Schwindel wurde der teufelsgläubige Papst Leo XIII. mit dem gesamten Klerus vor der ganzen Welt beschämend bloßgestellt. Der französische Schriftsteller Gabriel Jogand — alias Leo Taxil —, der Verfasser dieser teilweise obszönen Schriften über die Wirksamkeit des Teufels im 19. Jahrhundert und zumal in der Freimaurerei, erklärte später, bei der Aufklärung des Schwindels: „Ich wollte der Welt zeigen, was alles in der Kirche möglich ist, die sich rühmt, ein unfehlbares Oberhaupt zu besitzen." Dr. Hacks — einer der Manager jenes Schwindels — erklärte einem Pressevertreter:

„Als die gegen die Freimaurer als Verbündete Satans gerichtete Enzyklika *Humanum genus* erschien, kam ich auf den Gedanken, daß dies ein richtiger Stoff sei, um aus der bekannten Leichtgläubigkeit und unergründlichen Dummheit der Katholiken Geld zu schlagen ... Ich verständigte mich also mit Leo Taxil und verfaßte mit ihm den ‚Teufel im 19. Jahrhundert' ... Die Katholiken verschlangen das Ganze ohne jede Schwierigkeit ... Manchmal, wenn ich eine etwas gar zu unglaubhafte Geschichte aufs Tapet brachte, wie zum Beispiel die Geschichte der Schlange, die mit ihrem Schwanz Prophezeiungen auf den Rücken Diana Vaughans schrieb, oder die Geschichte des Teufels, der, um einen Freimaurer zu heiraten, sich in eine junge Dame verwandelt und am Abend als Krokodil Klavier spielte, sagten mir meine Mitarbeiter, denen vor Lachen die Tränen in den Augen standen: Teuerster, Sie gehen zu weit! Sie verderben uns den ganzen Spaß! Ich antwortete

---

[18]) „Freimaurerische Dichtungen", 6. Aufl., Seite 111, Leipzig 1897.

Ihnen: Bah! Lassen Sie mich nur gewähren. Das wird schon gehen. Und es ging in der Tat! ... Tatsächlich war das die denkbar verwegenste Herausforderung der menschlichen Dummheit. Sie sehen aber, daß ich nicht unrichtig gerechnet habe ..." [19])

Diese von blühendem Blödsinn strotzenden Schriften las Papst Leo XIII. nicht nur eifrig, sondern empfahl sie der gesamten katholischen Welt zur Lektüre. Ja, er empfing den Schwindler Taxil sogar in einer Privataudienz und ermunterte ihn, mit seinen „Enthüllungen" über die Tätigkeit des Teufels und der Freimaurerei fortzufahren. Der Taxil-Vaughan-Schwindel war ein freimaurerisches Satyrspiel, das den ernsten Teil des Kulturkampfes, den Bismarck geführt hatte, abschloß. Wie zuversichtlich die Freimaurerei über den Ausgang dieses Kampfes war, zeigt der Untertitel der Schrift von Bräunlich: „Verzweiflungskampf der römischen Priesterherrschaft um ihren Bestand" und jener der Findelschen Schrift: „Die Notlage des Papsttums". Heute kämpft aber die Freimaurerei „einen Verzweiflungskampf um ihren Bestand"!

Damals schrieb Findel — ein prominenter Freimaurer — in der genannten Schrift:

„Lange hat man (die katholische Klerisei) ungestraft zu Gunsten weltlicher Herrschaftsgelüste und politischer Parteibestrebungen, Lehre

---

[19]) P. Bräunlich: „Leo Taxil. Ein Miniaturbild aus dem großen Verzweiflungskampf der römischen Priesterherrschaft um ihren Bestand", München 1899; P. Bräunlich: „Leo Taxils weltgeschichtlich denkwürdige Schelmenstreiche", Camburg/Saale 1924/1925; von Hoensbroech: „Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit", 5. Aufl., 1. Band, Seite 362/363, Leipzig 1905; J. Riecks: „Leo XIII. und der Satanskult", Berlin 1897, Seite 79 ff.; J. G. Findel (Freimaurer): „Die katholische Klerisei auf der Leimruthe", Leipzig 1897.
Wir können hier auf die zahlreichen Schriften jenes Schwindler-Konsortiums nicht eingehen. Wir teilen nur noch mit, daß in der Schrift „Die Geheimnisse der Hölle oder Miß Diana Vaughan, ihre Bekehrung und ihre Enthüllungen über die Freimaurerei ..." der Brief des Kardinal-Vikars Parrochi an die Miß Diana Vaughan vom 16. Dezember 1895 abgedruckt ist, in dem es u. a. heißt: „... Seine Heiligkeit hat mir aufgetragen, Ihnen zu danken und Ihnen seinen besonderen Segen zu schikken ... Glauben Sie mir, daß ich Sie nicht vergessen werde in meinen Gebeten, namentlich im heiligen Meßopfer ..."
Nun, der „hochwürdige" Herr und der „heilige Vater" haben sich vergeblich bemüht, denn diese „Miß Diana Vaughan" hat nie existiert, sondern war von jenen freimaurerischen Schriftstellern ebenso erfunden, wie die „Geheimnisse der Hölle" und der übrige Blödsinn.

und Nachfolge Jesu als wurstige Nebensache behandelt, mit zynischer Roheit den deutschen Reformator beschimpft, Protestantismus und Freimaurertum bekämpft, nach Kräften die Schule zu unterjochen gestrebt, dem deutschen Kaiserreiche, wo man konnte, ein Bein gestellt und hochmütig in die Welt hinausgeschrien: ‚Katholisch ist Trumpf!'" (Einleitung.)

Angesichts des Kampfes der Freimaurerei gegen den Jesuitismus sah sich der Vatikan veranlaßt, seinen Kampf gegen den Staat abzubauen, das heißt nach einem *modus vivendi* zu suchen. Auf der einen Seite erwuchs dem Papst durch den Kampf der deutschen Reichsregierung gegen die Sozialisten eine wichtige Hilfe; auf der anderen Seite wurde Bismarck, durch die wachsenden Schwierigkeiten mit den Parteien bedrängt, genötigt, Frieden mit dem Vatikan zu suchen. Er selbst hat diese Lage am 15. März 1883 einmal geschildert. Er sagte:

„Ich möchte, daß Sie einmal den Vorwurf ins Auge faßten und widerlegten, daß ich in dem Streite mit der Kurie inkonsequent verfahren sei, daß ich meine Ansichten und Ziele in der römischen Kirchenfrage gewechselt habe, und in andern. Das kann nur der tadeln, der nie leitender Minister gewesen ist. Wer das längere Zeit ist, der wird seine ursprünglichen Gedanken niemals ganz und unverändert festhalten können und durchzuführen suchen. Er steht Situationen gegenüber, die nicht immer dieselben sind — im Leben, dem Werden —, bei denen er sich heute so und morgen vielleicht schon anders einrichten muß. Wechselte die Situation, so mußte ich einen anderen Plan machen. Die Situation wechselte aber vorzüglich durch die Unbeständigkeit der Parteien, und trifft also hier jemand eine Schuld, so sind es die."

Bismarck erklärte dann die Gegnerschaft der katholischen Zentrumspartei und den Widerstand der konservativen Partei. „Ich erinnere an das Schulaufsichtsgesetz und die ‚Reichsglocke' mit ihren Verleumdungen." Er fuhr dann fort:

„Und wie hierdurch die Situation verändert wurde, so auch 1878 durch den Abfall der Liberalen. Auch hier war's der Neid und Wunsch, auch zu gelten und zu herrschen. Man unterstützte mich nicht mehr oder nur lau. Man sah es gern, daß ich durch die Opposition des Zentrums geschwächt und gezwungen wurde, mit mir handeln zu lassen. Der Fortschritt verband sich gegen mich mit dem Zentrum. Die Sezessionisten taten ungefähr desgleichen. Die Nationalliberalen schwiegen von

jetzt an im Kampfe mit Rom; die Verlegenheiten, die aus ihm erwuchsen, waren ihnen recht, sie wollten eine schwache Regierung, damit sie stärker erschienen. Mit dem Ausfall der Liberalen aus der Rechnung der Regierung ist die natürliche Folge gegeben, daß die Opposition gegen Rom und seine Ansprüche schwächer bei mir werden mußte ..." [20])

Es mag also unter diesen Umständen zutreffen, wenn Friedrich von Holstein in seinen Erinnerungen schreibt: „Als ich im Frühjahr 1876 nach Berlin kam, fand ich, daß Bismarck den Kulturkampf satt hatte, während Bucher als Dezernent für Kirchensachen noch eifrig hetzte." Holstein gefiel dieser Kampf ebensowenig wie der für das Bestehen des Reiches so wichtige sogenannte „Rückversicherungsvertrag" mit Rußland, den Bismarck später abschloß. Nach Bismarcks Entlassung wurde dieser Vertrag, trotz russischer Bereitschaft, durch die unheilvolle Wirksamkeit Holsteins, „der grauen Eminenz", nicht wieder erneuert. Dadurch entstand dann das für Deutschland so gefährliche Bündnis zwischen Frankreich und Rußland. Bucher dagegen wußte vermutlich, was die Jesuiten planten. Er schrieb im Jahre 1883 über das, was in dem jesuitischen *„Collegium germanicum"* gelehrt wurde:

„Mit den Patronen und Zöglingen einer Anstalt, auf der Jurisprudenz, gekräftigt durch Vorlesungen über Jesuitenmoral, gelehrt wird, wird eine Regierung, gleichviel ob sie protestantisch oder katholisch ist, nie auf Frieden rechnen können, sondern nur auf einen Waffenstillstand und auch auf einen solchen nur so lange, wie er in den Augen der Kurie ein geringeres Übel ist als der Kampf." [21])

Jetzt bedurfte der Vatikan dieses Waffenstillstands, weil ihm die Freimaurerei und der Sozialismus zu mächtig wurden. Als die Freimaurerei später den Kampf gegen die Kurie aufgab, ja als sich Bismarcks Vermutung bestätigte, daß „die Jesuiten schließlich die Führer der Sozialdemokraten" werden und von ihnen Weisungen erhalten würden (Rede im Reichstag vom 28. November 1885), bedurfte der Vatikan dieses Waffenstillstands nicht mehr, sondern nahm den Kampf wieder auf. Damals — im Jahre 1878 — erhielten jene Führer der Sozialdemokraten jedoch ihre

---

[20]) Moritz Busch: „Tagebuchblätter", Leipzig 1899, 3. Band, Seite 148/149.

[21]) Moritz Busch, a. a. O., Seite 150.

Weisungen allein von der Freimaurerei und bekämpften die Kurie. Den ehrgeizigen, geltungsbedürftigen Führern von Parteien mag die Tragweite solcher überstaatlichen Beeinflussung und Leitung nicht immer bewußt sein, von den Parteiangehörigen ganz zu schweigen.

In Anbetracht aller dieser Umstände und Verhältnisse wuchs der Wille zum Verhandeln auf beiden Seiten. Aber — so sagte Goethe — „fangt einmal mit Rom nur an, da seid ihr angeführt!" Denn — so sagte er weiter im „Tasso" —:

„Rom will alles nehmen, geben nichts;
Und kommt man hin, um etwas zu erhalten,
Erhält man nichts, man bringe denn was hin,
Und glücklich, wenn man da noch was erhält."

Daher sind die darauffolgenden Worte: „Denn welcher Kluge fänd' im Vatikan nicht seinen Meister?" auch ironisch und als Warnung vor der hinterhältigen Verhandlungsweise des Vatikans zu bewerten. So faßte es Bismarck jedenfalls auf, als er am 9. Januar 1886 sagte, „daß auch ich, wie jeder andere Kluge, an Klugheit im Vatikan meinen Meister finde, bestreite ich hier gar nicht; ich strebe auch gar nicht, mit dem Vatikan an Klugheit und Schlauheit zu wetteifern". Vielleicht gibt es heute „Staatsmänner", die sich zu einem solchen Wettstreit in dieser Arena hergeben. Bismarck war sich zu gut dafür!

Der plötzliche, unerwartete Tod des verhandlungs- und gebebereiten Kardinalstaatssekretärs Franchi — man sprach allgemein von einer Vergiftung — unterbrach die begonnenen Verhandlungen mit dem Nuntius Masella. Die Gespräche wurden im Herbst 1879 in Bad Gastein von Bismarck und dem päpstlichen Nuntius und späteren Kardinalstaatssekretär Jacobini fortgeführt.. Papst Leo XIII. stimmte der so hart umstrittenen Frage der Anzeigepflicht für die Geistlichen in seinem Breve vom 24. Januar 1880 schließlich zu.

Bismarck blieb jedoch mißtrauisch. Er sagte zu diesem Entgegenkommen des Papstes:

„Ja, da kann man sagen, daß man die Nachgiebigkeit Leos nicht zu

hoch schätzen darf. Nicht bloß die ‚Germania', sondern auch die Fortschrittsblätter tun das, aber nur der Opposition wegen, damit sie sagen können: seht, die Kurie will den Frieden, aber der Reichskanzler will nicht. Der jetzige Papst ist allerdings verständiger und vielleicht milder als der vorige, aber seine Äußerungen in dem Briefe (vom 24. Januar 1880) sind doch sehr vieldeutig und im ganzen mehr akademisch als praktisch. Was hilft uns das, wenn er sagt: ‚Ich glaube, ich werde in dies oder das einwilligen können?' ... Und wer bürgt uns dafür, daß das so zu deuten ist, wie es gedeutet wird? Dann aber, wer steht uns dafür, daß der Nachfolger ebenso denkt? Das ist tausend Jahre so gewesen in der Kirche und wird so bleiben, solche Ansprüche. Ein Papst kann die alte Politik friedfertiger treiben, einer gröber und gebieterischer, im Grund und Wesen ist's immer dieselbe. Die Maigesetze müssen bleiben, aber wir können sie, wenn man in Rom Mäßigung zeigt, gelinde handhaben — ein *modus vivendi.* Manche Leute möchten aber unter allen Umständen Frieden haben, auch mit einem Canossa — aus Bequemlichkeit. So zum Beispiel der Minister des Innern und der Kronprinz. Der möchte vor allem Ruhe haben ... Der will nicht in die Schlacht." [22])

Der Kronprinz Friedrich Wilhelm — der spätere Kaiser Friedrich III. — war zweifellos von seiner Mutter, der deutschen Kaiserin Augusta, beeinflußt, als er darauf drängte, den Frieden mit dem Vatikan herzustellen. Die Kaiserin — wir haben schon öfter darauf hingewiesen „— war von ihrer katholischen Umgebung beeinflußt und von vornherein Bismarcks heftige Gegnerin beim Kirchenkampf gewesen. Der Kronprinz besuchte denn auch auf ihre Veranlassung im Jahre 1882 den Papst.

In diesem Zusammenhang mögen auch die von dem Kronprinzen angeregten Forschungen über die Herkunft und Ziele der Freimaurerei zu bewerten sein. Friedrich Wilhelm war — wie sein Vater, der Kaiser Wilhelm I. — Freimaurer und Ordensgroßmeister der Großen Landesloge. Er beauftragte den Freimaurer Ad. Schiffmann, nach den Ursprüngen und Zielen der Freimaurerei zu forschen. Schiffmann wurden dabei nicht nur die größten Schwierigkeiten bereitet, sondern ihm wurde der Zutritt zu den Logenarchiven untersagt. Schließlich wurde er unter der Begrün-

---

[22]) Moritz Busch, a. a. O., 2. Band, Seite 576.

dung, die „Geheimnisse der Hochgrade preisgegeben zu haben", von der Freimaurerei ausgeschlossen.

Diese Behinderung seiner Bemühungen, die Geheimnisse und Ziele der Freimaurerei zu ergründen, bewogen den Kronprinzen, sein freimaurerisches Amt des Ordensgroßmeisters am 7. März 1874 niederzulegen. Er blieb indessen Protektor der altpreußischen Logen.[23])

Bei diesen Verhandlungen zeigte sich die zweiachsige Politik des Vatikans. Während der Papst — bzw. der Kardinalstaatssekretär — und Bismarck gegenseitig Zugeständnisse vereinbarten, um daraus einen *modus vivendi* zu gestalten, hetzte die katholische Zentrumspartei nach wie vor gegen die Regierung. In seiner Note vom 20. April 1880 an den deutschen Botschafter in Wien, der mit dem päpstlichen Nuntius Jacobini dort unverbindlich verhandelte, beschwerte sich Bismarck über diesen fortgesetzten Kampf der Zentrumspartei. Er stellte fest, daß trotz der Vorbesprechungen mit dem Vatikan diese katholische Partei im Bunde mit dem katholischen Adel, den Priestern und Sozialisten die Regierung nach wie vor bekämpfte.[24]) Ein Wort des Papstes und der Bischöfe — so meinte er — müßte diesen Kampf doch beendigen können. Die Regierung könne zwar friedlichen Bestrebungen friedlich entgegenkommen, sie könne sich aber nicht durch Drohungen zwingen lassen, wie es geschehe. Das würde einer Abdankung gleichkommen. Wörtlich heißt es in jener Note:

„Die Andeutung von endgültigen oder sonstigen Beschlüssen, wie Abbruch der Verhandlungen und jede andere Drohung macht auf uns

---

[23]) „Allgemeines Handbuch der Freimaurerei", herausgegeben vom Verein deutscher Freimaurer, 2. Band, Seite 198/199 und 315/316, Leipzig 1901. Der Leser sieht, dem Ordensgroßmeister waren die letzten freimaurerischen Ziele nicht bekannt. Er konnte sie selbst als deutscher Kronprinz und späterer Kaiser nicht ergründen. Seinen Beauftragten entfernte man aus der Freimaurerei, als dessen Forschungen den Hochgraden gefährlich wurden. Was werden nun schon die einfachen Freimaurer von jenen Zielen erfahren!

[24]) Heute haben die Nachkommen dieses katholischen Adels, der zumal in Schlesien saß, ihre Güter infolge der politischen Entwicklung, die damals begann, verloren. Unerbittlich schreitet die Nemesis durch die Geschichte. Sie kommt spät, meistens sehr spät, aber — sie kommt! Auch heute noch.

keinen Eindruck. Die katholische Partei hat in bezug auf Agitation im Lande ihr Pulver zu früh verschossen; die Wühlereien der Geistlichen und ihre wohlfeilen Blätter haben in den ersten Jahren des Konflikts alles versucht, was möglich war, die Regierung des Königs in den Augen seiner Untertanen herabzusetzen und ihre Tätigkeit zu hemmen; die klerikale Presse hat darin mehr geleistet als die sozialistische und ist in der Wahl der Mittel ebensowenig bedenklich gewesen, wie diese. Was auf diesem Wege uns Unangenehmes und Gefährliches bereitet werden konnte, haben wir bereits erduldet und müssen das Fernere erdulden, wenn die Geistlichkeit diese Rolle fortsetzt, welche sie dem Staat und der Bevölkerung mehr und mehr entfremdet... Bis jetzt sind wir es, die praktisch entgegengekommen sind; die polizeilichen, die gerichtlichen Verfolgungen sind eingestellt, soweit das Gesetz es uns erlaubt; wir haben den Staatsanwälten und der Polizei, soweit wir es können, Stillschweigen und Enthaltung auferlegt, und beabsichtigen Gesetze vorzulegen, welche uns das in größerem Maße gestatten sollen; die Kirche aber läßt ihre Anwälte im Reichstage und Landtage und in der Presse den großen und kleinen Krieg in etwas milderen Formen, aber mit derselben sachlichen Entschiedenheit fortsetzen wie früher. Es tut mir sehr leid, wenn der Papst glaubt, durch Kampf und Drohungen mehr von uns erreichen zu können, als durch freundliches Nachgeben,... aber in bezug auf die Gleichheit der Zugeständnisse, das Vorgehen *pari passu* in derselben ist unser staatliches *non possumus* (wir können nicht) ebenso zwingend wie das kirchliche." [25])

In den ersten Maitagen des Jahres 1880 reiste der Zentrumsführer Majunke nach Rom, um die Weisungen des Papstes für das weitere Verhalten der Zentrumspartei einzuholen. Eine solche Weisung lautete:

„In kirchenpolitischer Beziehung muß das Zentrum beständig verlangen, daß die kirchenfeindlichen Gesetze abgeschafft oder im Einverständnis mit dem Heiligen Stuhl abgeändert werden; es muß erklären, daß die Katholiken des Landes nicht ruhen werden, bis sie zu diesem Rechtsstandpunkt kommen." [26])

Wie das zu verstehen war, hat Papst Leo XIII. in seinen an

---

[25]) Wilhelm Oncken: „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm", 2. Band, Seite 726/727, Berlin 1892.

[26]) P. Majunke: „Geschichte des Kulturkampfes in Preußen", Paderborn 1886, Seite 663/665; Oncken, a. a. O., Seite 728, Anmerkung; Karl Bachem: „Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei", Köln 1926—1932, 3. Band, Seite 408, bei Georg Franz: „Kulturkampf", München o. J., Seite 259.

die amerikanischen Katholiken gerichteten Hirtenbriefen vom 7. Februar 1885 und 10. Januar 1890 erklärt. Es heißt darin unter anderem:

„Stehen die Bestimmungen irgendeines Staates im Widerspruch zu den Erlassen der Kirche, oder schädigen sie oder stellen die Autorität des Papstes in Frage, so ist es Pflicht jedes Katholiken, sich ihnen zu widersetzen, Sünde, sich ihnen zu unterwerfen ... Alle Katholiken müssen sich als tätige Elemente in dem täglichen politischen Leben jener Länder, in denen sie leben, fühlbar machen. Sie sollten sich mit aller Macht bemühen, daß die Verfassungen jener Staaten, in denen sie leben, nach den Grundzügen der wahren Kirche umgewandelt werden ... Alle Katholiken, die den Anspruch auf diesen stolzen Namen erheben, müssen für dieses Endziel wirken und arbeiten, bis jeder Staat nach dem von uns beschriebenen Vorbild umgewandelt ist.“ [27])

Das galt grundsätzlich, und daher auch für die Katholiken Deutschlands. Die katholische Zentrumspartei handelte nach diesen päpstlichen Anweisungen.

Der Parteiführer L. Windthorst schaltete sich geheim in die von dem deutschen Botschafter in Wien mit dem Nuntius Jacobini geführten Verhandlungen ein. Windthorst führte Besprechungen mit dem Nuntius und „suchte den Widerstand der Kurie gegen den Kanzler zu bestärken. Dazu war ihm als Mittelsmann auch sein Freund Onno Klopp behilflich.“

Es zeigte sich also klar und deutlich, daß die Zentrumspartei – sie nannte sich im Jahre 1852 noch ehrlich „Katholische Fraktion“ – die Partei des Vatikans war; das heißt die Partei einer ausländischen Macht im deutschen Parlament. Demgemäß traten bei allen Verhandlungen die deutschen Erfordernisse zugunsten der vatikanischen Forderungen zurück. Mit seiner Partei im deutschen Parlament handelte der Vatikan im Gegensatz zu den der Regierung gegenüber gemachten Zusagen. Am 25. November 1881 schrieb Bismarck an den neuen Kultusminister von Goßler:

---

[27]) R. Ch. Darwin: „Die Entwicklung des Priestertums und der Priesterreiche“, Leipzig 1929, Seite 359/360.

„Was hilft uns die theoretische Parteinahme des römischen Stuhles gegen die Sozialisten, wenn die katholische Fraktion im Lande, unter lauter Bekennung ihrer Ergebung in den Willen des Papstes, in allen ihren Abstimmungen den Sozialisten wie jeder anderen subversiven Tendenz öffentlich Beistand leistet?"

Dennoch begann die Regierung die von Bismarck in der oben wiedergegebenen Note angedeuteten Gesetze zur Milderung der „Maigesetze" auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen. Der Abbau des „Kulturkampfes" begann.

Die hin- und hergehenden Verhandlungen zwischen dem Vatikan und Bismarck wurden wesentlich gefördert durch zwei Dekrete des französischen Präsidenten Grévy vom 30. März 1880. Die Dekrete bestimmten die Ausweisung der Jesuiten aus Frankreich und legten den Kongregationen erhebliche Beschränkungen auf. Diese antiklerikale Entwicklung in Frankreich war eine Folge der bis zum Lächerlichen betriebenen kirchlichen Propaganda. Allerdings war die Freimaurerei an dem entbrennenden Kampf gegen den Klerikalismus wesentlich beteiligt, seit der Freimaurer Léon Gambetta am 3. Mai 1877 die Parole ausgegeben hatte: „Der Klerikalismus, das ist der Feind!" Aber — so urteilte Max von Boehn — „erst der katholische Klerus, dessen verbohrter Feindschaft der gesunde Menschenverstand jeden Tag mehr abhanden kam, hat die Republik antiklerikal gemacht, was sie von Anfang an durchaus nicht war." [28]) Jetzt wurde in Frankreich die Aufhebung der klösterlichen Institute gefordert, da dort ein staatsfeindlicher Geist herrsche und herangebildet werde. Der französische Innenminister Waldeck-Rousseau erklärte, jeder Staat müsse notwendig und dauernd antiklerikal sein.

Ein weiteres Ereignis, das den Vatikan mit Sorge erfüllte, war der Beitritt Italiens zu dem Bündnis Deutschland—Österreich, die Herstellung des Dreibundes dieser Staaten im Jahre 1882. Der

---

[28]) Max von Boehn: „Vom Kaiserreich zur Republik", eine französische Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1917, Seite 407. Die beste Bestätigung dieses Satzes ist das Gelingen des Taxil-Vaughan-Schwindels, durch den nicht nur die katholische Geistlichkeit, sondern auch der teufelsgläubige Papst Leo XIII. dem Gelächter Europas preisgegeben wurde.

österreichische Kaiser riet dem Papst, gute Beziehungen zu Deutschland herzustellen. Der Papst benutzte den Geburtstag des Kaisers Wilhelm I., um in einem Glückwunschschreiben die Hoffnung auf einen baldigen Frieden mit dem Staat zum Ausdruck zu bringen. Der Kaiser antwortete im gleichen Sinne. Der Zentrumsführer L. Windthorst war durch diesen neuen versöhnenden Schritt des Papstes geradezu niedergeschmettert, nachdem er alles aufgeboten hatte, diesen Frieden zu verhindern. Bismarck hatte zu den immer wieder seit dem Jahre 1878 stockenden Verhandlungen erklärt:

„Der Kulturkampf ist zu Ende. Durch die Maigesetze ist der Boden des Landrechts, den König Friedrich Wilhelm IV. verspielt hatte, zurückgewonnen. Der friderizianische Standpunkt ist zurückerobert. Wir haben die Maigesetze und können warten." [29])

Ebenso erklärte der Papst dem bayerischen Gesandten beim Vatikan:

„Ich strebe aufrichtig eine Einigung an. Sollte trotz meiner beharrlichen Bemühungen die preußische Regierung dieselben unmöglich machen, so werde ich, vertrauend auf den Beistand Gottes, den Kampf fortführen und die Ereignisse abwarten." [30])

Somit beschränkten sich beide Parteien zunächst auf ein Zuwarten. Inzwischen wurde — dem Wunsch des Papstes entsprechend — wieder eine preußische Gesandtschaft beim Vatikan errichtet. Der neuernannte Gesandte, Kurd von Schlözer, führte die eingeleiteten Verhandlungen mit Geschick und Erfolg weiter. Die gänzliche Aufhebung der Maigesetze, die der Vatikan und die Zentrumspartei ursprünglich verlangten, wurde zwar nicht zugestanden. In drei großen Gesetzesvorlagen zur Herbeiführung des Friedens wurden die Maigesetze jedoch ganz erheblich gemildert oder ließen den zuständigen Behörden sehr viele Möglichkeiten zu einer kirchenfreundlichen Auslegung der Bestimmungen. Ja, man konnte schon fast sagen, jene Gesetze seien

---

[29]) Georg Franz: „Kulturkampf", München o. J., Seite 261.
[30]) Bayerisches Geheimes Staatsarchiv, Bericht Nr. 28/X vom 9. März 1883, Politisches Archiv Nr. 206, bei Georg Franz, a. a. O., Seite 265.

durch die neuen „Friedensgesetze“ aufgehoben, obgleich sie fortbestanden. Dadurch wurde der Friede mit dem Vatikan eingeleitet.

Bei diesen hin- und hergehenden geheimen Verhandlungen konnte es nicht überraschen, daß die wißbegierige Presse beider Seiten, ihrer Einstellung entsprechend, Stellung nahm. So brachte der liberale „Hamburgische Correspondent“ vom 31. Juli 1884 den Aufsatz seines römischen Berichterstatters, der sich auf eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter beim Vatikan, von Schlözer, bezog. Es heißt darin unter anderem:

„Herr von Schlözer betonte, es sei geraten, allen Nachrichten, die über den Stand der Unterhandlungen zwischen der Kurie und der preußischen Regierung verbreitet würden, zu mißtrauen, selbst dann, wenn solche den Berichterstattern fremder Blätter direkt im Sekretariat des Vatikans mitgeteilt seien. Die Monsignori der Kurie befolgten die Taktik, nur dann authentische Nachrichten zu geben, wenn es im Interesse des Vatikans für nützlich befunden werde, sie ließen aber auch falsche Nachrichten verbreiten, wenn damit ihren Zwecken gedient würde.

Eine baldige Erledigung der beregten Frage sei nicht zu hoffen, weil der Kurie gar nichts daran liege, dieselbe und den Kirchenzwist überhaupt zu beseitigen; leiste der letztere doch den Intrigen Vorschub, welche gegen das Deutsche Reich und dessen Regierung in der päpstlichen Residenz fortwährend gesponnen würden.

Die Interessen der Religion und die der neun Millionen deutscher Katholiken lägen den die Kurie dirigierenden Prälaten wenig oder gar nicht am Herzen. Alles handle sich bei ihnen um hierarchische, um politische Interessen ...“ (Schlözer, a. a. O. S. 49.)

Diese Veröffentlichung war v. Schlözer bei seiner Vermittlung natürlich sehr unangenehm, und er rückte als geschickter Diplomat denn auch sofort davon ab. Indessen hetzte die klerikale Presse und die klerikale Zentrumspartei weiter gegen die Regierung. Bismarck hatte schon im Jahre 1878 die Ursachen dieses Umstandes dem König Ludwig II. von Bayern geschildert. Er schrieb:

„Der Papst besitzt die Mittel nicht, durch welche er uns die nötigen Gegenleistungen machen könnte; die Zentrumspartei, die staatsfeind-

liche Presse, die polnische Agitation, gehorchen dem Papste nicht, auch wenn Seine Heiligkeit diesen Elementen befehlen wollte, die Regierung zu unterstützen. Die im Zentrum vereinten Kräfte fechten zwar jetzt unter päpstlicher Flagge, sind aber an sich staatsfeindlich, auch wenn die Flagge der Katholizität aufhört sie zu decken; ihr Zusammenhang mit der Fortschrittspartei und den Sozialisten auf der Basis der Feindschaft gegen den Staat ist von dem Kirchenstreit unabhängig ... Unter diesen Umständen fehlt dem römischen Stuhl die Möglichkeit, uns für die Konzessionen, die er von uns verlangt, ein Äquivalent zu bieten, namentlich da er über den Einfluß der Jesuiten auf deutsche Verhältnisse gegenwärtig nicht verfügt. Die Machtlosigkeit des Papstes ohne diesen Beistand hat sich besonders bei den Nachwahlen erkennen lassen, wo die katholischen Stimmen, gegen den Willen des Papstes, für sozialistische Kandidaten abgegeben wurden, und der Dr. Moufang in Mainz (Domkapitular) öffentlich Verpflichtungen in dieser Richtung einging." [31])

Das wurde dann noch gefährlicher. Denn — so sagt Bismarck weiter darüber:

„Nachdem die Freisinnigen den von ihnen mehr wie von mir betriebenen ‚Kulturkampf', dessen Vorkämpfer Virchow und Genossen gewesen waren, nicht nur aufgegeben hatten, sondern im Parlament wie in den Wahlen das Zentrum unterstützten, war letzterem gegenüber die Regierung in der Minorität."

Es galt also der Zentrumspartei die „päpstliche Flagge" zu nehmen, das heißt den Anspruch, für den Katholizismus einzutreten, gegenstandslos zu machen. Dazu war es nötig, den Frieden mit dem Vatikan herzustellen. Die Gelegenheit zu einem Schritt in dieser Richtung bot sich Bismarck im Jahre 1885 bei dem zwischen Deutschland und Spanien ausgebrochenen Streit über die Besetzung der Karolinen-Inseln. Bismarck war persönlich einer Kolonisation abgeneigt. Er sagte:

„Wir haben nicht den Ehrgeiz, Kolonien zu schaffen, aber unsere Handelsniederlassungen, gegründet von Privatleuten, können nicht willkürlich der Vorteile beraubt werden, die sie genießen; wir dürfen das nicht dulden."

---

[31]) Brief vom 12. August 1878 an König Ludwig II., abgedruckt in Otto von Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen", Stuttgart 1898, 1. Band, Seite 364/365.

Das war bei der Besetzung der Karolinen gegeben. Aber Spanien erhob Einspruch und berief sich dabei auf die Bulle des Papstes Alexander VI. vom Jahre 1493, durch die der Papst Spanien die Herrschaft über jenen Teil der Erde zugesprochen hatte. Bismarck schlug daher Papst Leo XIII. zum Schiedsrichter bei diesem Streit vor. Diese Anrufung des Papstes war jedoch in gewisser Weise eine Anerkennung seiner weltlichen Souveränität. Der Papst sprach die Inseln Spanien zu, sicherte aber dem Deutschen Reich die Handelsfreiheit und Eigentumsrechte. Dieser diplomatische Schachzug Bismarcks beendete zwar den „Kulturkampf". Aber es war ein beschämender Rückzug, der nur dadurch entschuldbar war, daß die Parteien den Kanzler — noch beschämender — im Stich ließen, während die Intrigen der Kaiserin Augusta allmählich unerträglich wurden.

Der Papst war über diese plötzliche Wendung so sehr erfreut, daß er Bismarck mit einem persönlichen Handschreiben vom 31. Dezember 1885 den höchsten päpstlichen Orden, den Christus-Orden, verlieh. [32])

Das Schreiben des Papstes war in lateinischer Sprache abgefaßt und an „den hervorragenden Mann, den Fürsten Otto von Bismarck, den Kanzler des großen Deutschen Kaiserreiches" gerichtet. Es heißt darin,

„... daß auf Deinen Rat und Antrieb hin Uns die sehr willkommene Gelegenheit geboten wurde, der Eintracht halber ein sehr edles Amt zu verwalten ... wodurch insbesondere die Katholiken auf dem ganzen Erdkreise erfreut waren, die es mit Staunen erfüllt haben wird, daß ihrem Vater und Hirten eine derartige Ehre erwiesen wurde. Deine Staatsklugheit hat sehr viel dazu beigetragen, dem Deutschen Reiche seine Größe zu verschaffen, welche heute die Welt zugesteht und anerkennt. Das aber, was Du zur Zeit in das Auge fassest, ist selbstver-

---

[32]) Johannes Scherr schrieb dazu im Jahre 1886: „Es sah fast wie eine Reminiszenz an jene päpstliche Teilung der Erde aus, wenn der deutsche Reichskanzler den Papst als Schiedsrichter in jener Streitsache anrief. Ein diplomatischer Schachzug? Wohl; aber es gibt bekanntlich Schachzüge, die viel weniger harmlos sind und wirken, als sie aussehen. Kanossa liegt in der Welt sehr zerstreut. Ein Stück davon könnte ja gelegentlich auch einmal in der Wilhelmstraße (dem Reichskanzlerpalais) liegen." („Gestalten und Geschichten", Berlin 1886, Seite 25, Anmerkung.)

ständlich, daß das Reich von Tag zu Tag fester stehe und blühe, mit Macht zur Dauer und mit Hilfsmitteln ausgestattet ... Wir flehen inständigst, daß Dir alles glücklich gelingen möge!" [33])

Das war ein anderer Ton wie der, den sein Vorgänger, Papst Pius IX., anschlug. Der „unfehlbare" Pius IX. hatte Bismarck am 18. Januar 1874 „die Schlange im Paradiese der Menschheit" genannt und gesagt, daß „dieses Reich, das Gott zum Trotze errichtet wurde, zur Verherrlichung Gottes vergehen wird". Zwischen diesen Äußerungen jener beiden „Stellvertreter Christi" besteht also ein sehr wesentlicher Unterschied! Man könnte daher wohl meinen, Papst Leo XIII. habe bei der Abfassung seines Briefes an die Worte Ciceros gedacht: *„Epistola non erubescit"* (ein Brief errötet nicht). Da dieser Papst aber dem Kaiser Wilhelm II. bei dessen Besuch im Vatikan im Jahre 1888 sagte: „Deutschland muß einmal das Schwert der katholischen Kirche werden", so könnten die in seinem Schreiben von 31. Dezember 1885 zum Ausdruck gebrachten Wünsche allerdings auch von dieser Hoffnung beseelt gewesen sein. Denn zu jener Zeit konnte sich der Vatikan weder auf Frankreich noch auf Italien verlassen. Die Regierungen beider Länder wurden von freimaurerischen Einflüssen beherrscht. Ja, auf den Straßen Roms rief man Kaiser Wilhelm II. nach seinem Papstbesuch antiklerikale Schlagworte zu. Denn er hatte sich ja geweigert, der Freimaurerei beizutreten, wie es sein Vater und Großvater getan hatten.

Georg Franz hat über jenen diplomatischen Schritt Bismarcks sehr richtig geschrieben:

„Die Anrufung des Papstes als Mittler in einer Streitfrage bedeutete die Anerkennung der tatsächlichen Souveränität des Papstes. Dies war um so bedeutungsvoller, als seit der Besetzung Roms durch die italienischen Truppen und dem Ende der weltlichen Herrschaft des Papsttums eine so eindeutige Anerkennung der Idee der päpstlichen Souverä-

[33]) Der Brief beginnt mit den Worten: „*Leo P. P. XIII, Excelso viro, Othoni Bismarck Principi, Imperii Germanici Magno Cancellario Salutem*". Lateinischer Text bei Karl Mirbt: „Quellen zur Geschichte des Papsttums und des römischen Katholizismus", Tübingen 1901; Übersetzung der zitierten Stelle bei Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", Seite 622, Leipzig 1893.

nität nicht mehr erfolgt war. So bildete die von Kaiser Wilhelm und König Alfons (von Spanien) angebotene Mittlerrolle ein bedeutendes Ereignis in der internationalen Politik, das dem Ansehen des Heiligen Stuhles in hohem Maße förderlich war." [34])

Wenn wir uns erinnern, daß Papst Pius IX. nach jener Besetzung Roms im Jahre 1870 erwartete, das neue Deutsche Reich würde Italien zwingen, die weltliche Herrschaft des Papstes wiederherzustellen, und daß sich die deutsche Kaiserin Augusta noch immer dafür einsetzte, so ist dieser Brief Leos XIII. an Bismarck politisch verständlich. Ja, vielleicht leitete den Papst bei der Ordensverleihung auch der Gedanke an das so oft bewährte politische Mittel der Menschenführung, das der junge Schiller in den Worten ausdrückte: „Menschen angelst du mit Gold, Weibern und Kronen!" (Fiesko 2, 19.) Aber bei Bismarck verfing weder das eine noch das andere. Man lebte noch im 19. und nicht in der Mitte des 20. Jahrhunderts! Bismarck wollte mit dieser Verbindung zum Papst die wachsende Opposition der katholischen Zentrumspartei dämpfen. Am 27. Januar 1887 betonte er in einem Gespräch — als er sich wieder einmal über die Lügen dieser Zentrumspartei beschwert hatte — sein gutes Verhältnis zum Papst und sagte, er hat

„Ursache an meine Billigkeit zu glauben. Ich sagte, ich würde noch weiter gehen, und meinte damit, ich würde selbst einen päpstlichen Nuntius in Berlin gern sehen. Aber der Kaiser will nicht, der denkt, da muß er auf seine alten Tage noch katholisch werden. Auch die Minister sind dagegen, aber ohne Grund. Ich fürchte mich nicht, im Gegenteil, es würde dadurch besser werden. Jetzt ist Windthorst der Nuntius, der Vater der Lügen. Wir wissen jetzt genau, wie er's mit Rom treibt, wir haben Briefe von ihm in den Händen. Ein wirklicher Nuntius könnte nicht so lügen gegen uns und den Papst, der wohlwollend und vernünftig ist." [35])

Allerdings war der Papst angesichts der Verhältnisse „wohlwollend und vernünftig". Er wußte, daß die von ihm geförderte Zentrumspartei ihre Schuldigkeit tun würde. Außerdem glaubte

---

[34]) Georg Franz, a. a. O., Seite 265/266.

[35]) Moritz Busch: „Tagebuchblätter", 3. Band, Seite 216, Leipzig 1899.

er zweifellos, das Deutsche Reich allmählich doch noch unter die Botmäßigkeit des Vatikans bringen zu können.

Der Historiker Heinrich v. Sybel hat von der Zentrumspartei gesagt:

„Unsere Zentrumsmänner haben wohl gefragt, was denn die Ursache gewesen, daß sie noch Anfang 1871 von dem Kaiser mit aller Huld empfangen worden, daß dann 1872 der Staat den Kampf gegen sie eröffnet habe, was in aller Welt denn unterdessen vorgefallen sei, um eine solche Sinnesänderung herbeizuführen? — Ist diese Verwunderung in der Tat bei ihnen ernst gemeint? — Ist es wirklich nur ein Fehler überklugen Scharfsinns, das Allereinfachste und Offenkundigste nicht zu sehen? — Eine durch ganz Europa verzweigte, streng disziplinierte, den päpstlichen Befehlen unbedingt unterwürfige Partei bietet sechs Jahre lang alle Mittel auf, um Preußens Erhebung und Deutschlands Einheit zu hindern. Unmittelbar nach Deutschlands Sieg constituieren sich dann die deutschen Genossen dieser Partei als parlamentarische Fraktion, um hier, wie ihre Aufrufe offen sagen, die Interessen des Papstes wahrzunehmen, desselben Papstes, dessen Diener und Werkzeuge allerorten gegen die deutsche Sache mit leidenschaftlicher Erbitterung unter den Waffen stehen. Wahrhaftig, über Höflichkeit und Menschenverstand geht doch die Zumutung hinaus, gegen diesen Zusammenhang die Augen verschließen, und in der Bildung der Zentrumspartei etwas anderes finden zu sollen, als die Erklärung, daß der alte klerikale Kriegszustand gegen Deutschlands Einheit fortdauere.[86])

Heute ist diese Einheit Deutschlands zerschlagen! Das klerikale Kriegsziel wäre also demnach erreicht? — Dann kann auch nur ein Narr glauben, daß die Wiedervereinigung Deutschlands von jener Seite gefördert werden würde. Es sei denn — das ist schon einmal angedeutet — um den Preis einer völligen Rekatholisierung eines solchen wiedervereinigten Deutschlands.

Die Verleihung des Christus-Ordens an Bismarck und sein dabei gezeigtes Verhalten hat katholische Historiker oft veranlaßt, zu meinen, Bismarck hätte den „Kulturkampf“ eigentlich nie gewollt und den Kampf gegen die Kirche nur unter dem Druck des Liberalismus geführt. Da man die Bedeutung Bismarcks nicht leugnen kann, möchte man ihm auf diese Weise ein gewisses Alibi

---

[86]) Heinrich von Sybel: „Klerikale Politik im 19. Jahrhundert“, Bonn 1874, Seite 108/109.

verschaffen. Das ist falsch. Schon Ed. Heyck hat dies widerlegt und gesagt:

„Es wäre schwächlich zu sagen, Bismarck habe den Liberalen zuliebe den Kulturkampf führen müssen ... Er hat ihn geführt als seinen Kampf, zur Abwehr gegen die Macht einer hierarchisch-aggressiven Zentrumspartei und zum Schutz für den staatsfreundlichen Teil des Katholizismus." [37])

Auf die Rückgewinnung des von Friedrich Wilhelm IV. preisgegebenen preußischen Landrechtes und des friderizianischen Standpunktes der Kirche gegenüber ist bereits oben hingewiesen. Weiter hat Bismarck gesagt:

„Im Jahre 1886 gelang es, die von mir teils erstrebte, teils als zulässig erkannte Gegenreformation zum Abschluß zu bringen, den *modus vivendi* zu erreichen, der immer noch, verglichen mit dem *status quo* vor 1871, ein für den Staat günstiges Ergebnis des ganzen Kulturkampfes aufweist." [38])

Das war allerdings richtig. Die kirchenpolitischen Artikel der preußischen Verfassung waren beseitigt, die katholische Abteilung im Kultusministerium war verschwunden. Die Gesetze über die staatliche Eheschließung und die Schulaufsicht, der Kanzelparagraph und das Jesuitengesetz, das Gesetz über die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden, das Kirchenaustrittsgesetz und das Gesetz über die Altkatholiken blieben bestehen. Ebenso blieben die gesetzlichen Bestimmungen über die Anzeigepflicht der Kirche und das Einspruchsrecht des Staates bei der Besetzung der Pfarrstellen in Kraft.

Zum 90. Geburtstag Kaiser Wilhelms I. entsandte Papst Leo XIII. den Monsignore Galimberti nach Berlin, um die Glückwünsche des Papstes zu überbringen. Insgeheim sollte er jedoch versuchen, Bismarck für die Wiederherstellung des Kirchenstaates zu gewinnen. Das war die eigentliche Absicht des Papstes gewesen, die seinen Friedensbestrebungen zugrunde lag. Die Kaiserin Augusta — die seit dem Jahre 1870 unentwegt für die Wie-

---

[37]) Ed. Heyck: „Bismarck", Bielefeld 1922, Seite 115.

[38]) „Gedanken und Erinnerungen", 2. Band, Seite 135.

derherstellung des Kirchenstaates gewirkt hatte — glaubte ihr Ziel jetzt erreichen zu können. Als man die Tafel aufhob, sagte sie mit besonderer Betonung zu dem päpstlichen Herrn: „Achten Sie, Monsignore, recht auf diese Tafel, es ist das eine historische Mittagstafel gewesen, denn es ist heute das erste Mal, daß ein Abgesandter des Papstes gekommen ist, sich an die Tafel des Königs von Preußen zu setzen." [39])

Allerdings! Das war ein historisch-symbolisches Ereignis. Es hatte schwerwiegende Folgen für Preußen und für Deutschland. Die Kaiserin Augusta hat wesentlich zur Herbeiführung dieser „historischen Mittagstafel" beigetragen. Bereits am 11. April 1877 sagte Bismarck zu dem Schriftsteller Moritz Busch, die Kaiserin habe sich „am Rhein mit den klerikalen Kreisen eingelassen, ... und wenn sie nicht schon katholisch ist, so wird sie's nächstens. Wir wissen, daß sie mit Mermillod persönlich verhandelt hat und früher während des Krieges (1870/71) mit Dupanloup brieflich." [40])

Nach der Beendigung des „Kulturkampfes" trat die Kaiserin in enge Beziehungen zu Papst Leo XIII. Der päpstliche Geheimkämmerer Baumgarten unterhielt diese Verbindung mit geheimen Schreiben, die durch den königlich-preußischen Kammerherrn von Knesebeck der Kaiserin übermittelt wurden. Der Papst übersandte Augusta stets seinen „besonderen apostolischen Segen". [41])

---

[39]) Arthur Böthlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom", Berlin 1911, Seite 431, v. Schlözer, a. a. O. Seite 100.

[40]) Der Kardinal Mermillod (1824—1892) war im Jesuitenkolleg zu Freiburg (Schweiz) ausgebildet worden. Er betrieb in der Schweiz eine derartig staatsgefährdende Propaganda, daß ihn der schweizerische Bundesrat des Landes verwies.
Dupanloup (1802—1878) war Bischof von Orléans. Er war außerordentlich fanatisch, klerikal und politisch tätig. Er hetzte mit anderen französischen Bischöfen derartig gegen Deutschland und Kaiser Wilhelm I., daß Bismarck deswegen mit dem französischen Gesandten Gontaut-Biron verhandeln mußte.
Mit solchen Feinden Deutschlands stand die Kaiserin Augusta in enger Verbindung! Man hat Mühe, angesichts solcher Tatsachen, dieser Frau gegenüber nicht in einen ganz anderen Ton zu verfallen. Nur das Urteil Kaiser Wilhelms I., sie sei in „diesen Dingen" eben „unzurechnungsfähig", vermag ihr Verhalten zu erklären.

[41]) P. M. Baumgarten: „Römische und andere Erinnerungen", Düsseldorf 1927.

## *Das Ende*

Am 9. Mai 1888 erklärte Papst Leo XIII. im öffentlichen Konsistorium den Kampf, „welcher die Kirche schädigte und dem Staat nicht nützte", für beendet. Ob dieser Friede — so schrieb Bismarck —

„von Dauer sein wird und die konfessionellen Kämpfe nun ruhen werden, kann nur die Zeit lehren. Es hängt das von kirchlichen Stimmungen ab und von dem Grade der Streitbarkeit nicht bloß des jedesmaligen Papstes und seiner leitenden Ratgeber, sondern auch der deutschen Bischöfe und der mehr oder weniger hochkirchlichen Richtung, welche im Wechsel der Zeit in der katholischen Bevölkerung herrscht."

Diese „hochkirchliche Richtung" wird heute unter offenbarer Beihilfe der politischen Parteien und der Regierung mit allen Mitteln gefördert. Auch die Sozialdemokratische Partei marschiert in dieser Richtung. Als Bismarck den Kampf mit der Kirche führte, wurde er von den Sozialdemokraten nicht unterstützt. Im Gegenteil, diese gingen mit dem klerikalen Zentrum zusammen. Der sozialdemokratische Führer August Bebel begründete diese Haltung im Jahre 1873 und sagte, es sei

„nach alledem der Kampf zwischen Staatsgewalt und Klerus kein ernster, und zwar, weil es in beiderseitigem Interesse liegt, ihn nicht über gewisse Grenzen auszudehnen, so sind doch die Mittel, womit man den Klerus zu bekämpfen sucht, entschieden zu verwerfen ... Es bleibt für die Bourgeoisie wie für die Regierung, da keine von beiden den einzig wirksamen und radikalen Weg gegen kirchliche Umtriebe — Trennung der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staat und Hebung des Volksunterrichts auf die höchste Stufe der Vollkommenheit — ergreifen kann, nichts anderes übrig, als der brutale Gewaltweg gegen unbequeme kirchliche Opposition." [1])

---

[1]) August Bebel: „Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage", Leipzig 1873; zitiert nach Karl Kautsky: „Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche", Hamburg 1947, Seite 33.

Wir haben bereits auf die Notwendigkeit einer kirchenfreien Schule hingewiesen. Das war eines der Haupterfordernisse, wenn der Staat den „Kulturkampf" gewinnen wollte. Nach dessen Beendigung behauptete die Sozialdemokratie, diesen Kampf für ein kirchenfreies Schulwesen und gegen den Klerikalismus allein zu führen. Der Sozialdemokrat und Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts", Heinrich Ströbel, schrieb als Fortsetzer des Werkes „Wider die Pfaffenherrschaft" von Emil Rosenow:

„In der letzten Zeit zeigt sich das Bürgertum immer rührender besorgt, dem Volke die Religion, den Trost des alle Leiden der kapitalistischen Wirklichkeit wettmachenden Jenseits zu erhalten ... Haben sich doch zum Beispiel in Deutschland alle bürgerlichen Parteien darauf geeinigt, die Volksschule der Geistlichkeit zu überantworten.

Dadurch, daß sich auch heute die herrschenden Klassen der Kirche und der Religion als eines Instrumentes zur Gefügigmachung der nichtbesitzenden Klassen bedienen, ist die Aussicht geschwunden, daß die Wissenschaft noch innerhalb unserer Gesellchaftsordnung mit der Pfaffenherrschaft aufräumen werde ... Die größte Lehre der Geschichte ist aber die, daß kein ‚Gott', wie seine herrschgierigen ‚Stellvertreter' behaupten, die Menschheit erlösen kann, sondern daß die Menschheit in unermüdlichem Ringen sich selbst erlösen muß!" [2])

Nun, die Sozialdemokratie hat diese „größte Lehre der Geschichte" nicht befolgt. Denn heute – im Jahre 1963 – kann man jenen Vorwurf, den Ströbel dem sogenannten Bürgertum machte, genauso berechtigt der Sozialdemokratie machen. Ja, man kann mit seinen eigenen Worten – dem Verhalten der SPD entsprechend – sagen: „In der letzten Zeit zeigt sich die Sozialdemokratie immer rührender besorgt, dem Volke die Religion zu erhalten." „Die Aussicht ist geschwunden, daß die Wissenschaft" – oder die Sozialdemokratie – „mit der Pfaffenherrschaft aufräumen werde." Im Jahre 1902 schrieb zwar der Sozialdemokrat Karl Kautsky noch sehr sendungsbewußt, indem er einen Unter-

---

[2]) Emil Rosenow: „Wider die Pfaffenherrschaft", fortgeführt von Heinrich Ströbel, 2. Band, Seite 782/783, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin o. J.

schied zwischen einer „reaktionären Demokratie" und der „sozialen Demokratie", das heißt der Sozialdemokratie, machte:

„Es ist richtig, die Führer der reaktionären Demokratie sind vor eine unmögliche Aufgabe gestellt, sie können nicht halten, was sie versprechen und entpuppen sich daher früher oder später als Narren oder Schwindler ... Die Kirche mit der jahrtausendjährigen Erfahrung und ihrem gewaltigen, den Verstand unterjochenden Mechanismus, mit ihrem Hinweis auf das Jenseits, wenn das Diesseits versagt, ist ja gerade geschaffen, Hoffnungslosen, ökonomischem und moralischem Elend einen Halt zu geben ... Aber auch in den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie selbst gewinnt der Klerikalismus an Boden."

Nun, heute sehen wir, wie der Klerikalismus „auch in den verschiedenen Schichten der Sozialdemokratie selbst an Boden gewinnt". Das zeigen die seit einigen Jahren wiederholten Zusammenkünfte der Jesuiten mit führenden Sozialdemokraten. Infolgedessen konnte der Oberbürgermeister von Berlin, Willy Brandt, als sozialdemokratischer Kandidat für das Bundeskanzleramt im Jahre 1960 den Papst Johannes XXIII. aufsuchen. Sozialdemokrat und Papst besprachen und verständigten sich. Allgemeine Pressephrasen verschleierten dieses Ereignis. Aber die Tatsache, daß ein führender Sozialdemokrat vom Papst in einer geheimen Privataudienz empfangen wurde, bekundet die Stellung der Sozialdemokratie zum Papsttum und zum Katholizismus. Ja, wir erkennen an dieser Entwicklung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus, daß hinsichtlich des damals für richtig erkannten Kampfes gegen die Ansprüche der Kirche, die „Führer der sozialen Demokratie" auch „nicht halten können, was sie versprechen" und sich daher „früher oder später als Narren oder Schwindler entpuppen" müssen. Auch sie werden die von Bebel genannten Forderungen nicht zur Durchführung bringen können. Dagegen hat ein anderer Demokrat jener Zeit – kein „liberaler" oder „sozialer", kein christlicher, sondern ein deutscher Demokrat – über die Ergebnisse dieses „Kulturkampfes" geschrieben, es werde die Zeit kommen,

„... wo eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche als unausweichliche Notwendigkeit sich darstellt. Diese Ausein-

andersetzung muß und wird zur vollständigen Trennung der beiden Anstalten führen, mögen sich noch so viele Bedenken dagegen geltend machen. Warum ist der sogenannte ‚Kulturkampf' so kläglich mißlungen? — Weil gegen ein Prinzip, was der Papalismus ist, mit Erfolg nur wieder ein Prinzip ins Feld geführt werden kann, nicht aber eine prinziplose Opportunitätspolitik, welche ‚von Fall zu Fall' mit einem nimmersatten und nie zu versöhnenden Feinde hinüber und herüber um dauerlose gegenseitige Gefälligkeiten marktet. Sooft der Staat in einem ‚*Do-ut-des*'-Schacher (eine Politik der gegenseitigen Konzessionen) mit der Kirche sich einläßt, wird er der verlierende Teil sein.

Die Schwankungen in der Kulturkampfführung haben in die innere Reichspolitik überhaupt eine unleugbare Unstetheit gebracht. Aber der traurige Notbehelf, heute diese, morgen jene Partei gegen die andere auszuspielen, konnte nicht vorhalten und hat auch wesentlich mit dazu beigetragen, das Ansehen des Reichstages herabzumindern. Diese Herabminderung ist aber ein Schaden für unser Land, weil nur ein kräftiges und geachtetes Nationalparlament dem wieder so lustig sich mausigmachenden Partikularismus die Stange halten kann." [3])

Das schrieb Johannes Scherr als der zeitgenössische politische Beobachter. Er war zwar Republikaner und Demokrat. Aber er war — obwohl von Haus aus Katholik — ein deutscher Demokrat, der — so schrieb er — „Deutschland von der Stellung, welche es endlich (im Jahre 1871) in der Welt erlangt hat, nicht wieder herabgebracht sehen" wollte. Und — so meinte er —

„in diesem Wollen können Republikaner und Monarchisten, Demokraten und Aristokraten, Föderalisten und Unionisten aufrichtig sich zusammenfinden und fest zusammenstehen. Dagegen finden in dieser großen Partei allerdings keinen Platz die Affiliierten der römischen und der lutherischen Jesuiterei, die völkersolidarischen Chimäriker, die unfehlbaren Päpste des Sozialismus und die noch unfehlbareren Bonzen der Kommunisterei, die kosmopolitischen Vorzimmerlinge römischer Kardinäle . . ." [4])

Aber diese „Partei" wollte man nicht. Sie hatte ja keine „Abgeordneten" und infolgedessen keine Ministersitze zu vergeben!

---

[3]) Johannes Scherr: „Offener Brief an M. C. in M." in „Gestalten und Geschichten", Berlin 1886.

[4]) Johannes Scherr: „Briefe vom Zürichberg" in „Hammerschläge und Historien", 3. Aufl., 1. Band, Seite 138/139, Zürich 1878.

Der Parteienkampf und das Parteiwesen wurde Selbstzweck. Das Ergebnis ist bekannt.

Der „Kulturkampf“ wurde denn auch ein willkommener Vorwand für den Kampf der Parteien um oder gegen die Regierung. Der Diplomat Kurd v. Schlözer — der deutsche Gesandte beim Vatikan — schrieb im Jahre 1886 an seinen Bruder:

„Dem Zentrum liegt an dem Friedensschlusse nichts. Es ist aus dem Widerstreit zwischen Rom und Berlin entstanden und sollte von Rechts wegen absterben, sobald der Friede geschlossen ist. Es wird aber, fürchte ich, bei den Machtgelüsten seiner Führer zu einer rein oppositionellen, demagogischen Partei und hierdurch langsam nach links gedrängt, wird also etwas ganz anderes, als ursprünglich in ihm lag.“

„Für Bismarck ist es immer wieder die größte Enttäuschung, daß er sich nicht auf die Deutschen verlassen kann. Hier liegt der Schlüssel zu seiner Politik: Unabhängigkeit und Stärke nach außen, und zu seinen angeblichen Schwankungen, die Dummköpfe ihm vorwerfen. Er hatte sich in den deutschen Bischöfen getäuscht, aber auch in der katholischen Kirche. Ich hatte hierin wiederholt Sprünge (Meinungsverschiedenheiten) mit ihm. Mit seinem starken Vaterlandsgefühl steht er allein. Ein Feldherr, dessen Soldaten sich gegenseitig totschlagen. Der kirchenpolitische Streit führte zu einer Auflösung der Ordnung und zur Unterwühlung der staatlichen Macht. Hetze gegen den Staat im Staat. Das ging nicht mehr. Das Zentrum sieht, daß das Wasser von der Parteimühle abgleitet. Das vertragen die Herren Führer nicht.“ (A. a. O. Seite 80 und 84/85.)

Man kann also Bismarck nicht tadeln, wie es sooft geschehen ist und heute noch öfter geschieht. Aber der französische Zeitgenosse Bismarcks, der Publizist Paul de Cassagnac, schrieb anläßlich der Entlassung Bismarcks: „Nein, die Deutschen sind kein großes Volk. Das Pantheon, das Himmelszelt, wäre uns nicht groß genug gewesen, um diesen Mann hineinzusetzen.“

Wenn jedoch die Katholiken in völliger Verkennung der historischen und politischen Tatsachen in dem Scheitern dieses teilweise falsch geführten „Kulturkampfes“ die Hand ihres „Gottes“ zu sehen glauben, so ist dies ein leicht aufzuklärender Irrtum. Ein Irrtum, der in ihren Suggestionen beruht. Der wackere und wahr-

heitsliebende Johannes Scherr hat zur Zeit dieses „Kulturkampfes" von dem Katholizismus geschrieben:

„Dieser kann nicht anders sein, als er ist. Der ‚Fels Petri' ist kein leeres Wort. Starr, stolz, schroff, unveränderlich, unwandelbar, mit einem Worte steinern, so ist die katholische Kirche und so wird sie bleiben. — Wie lange? — Wer kann das sagen? — Auch sie wird dereinst vergehen, weil eben auch sie wie alles Menschliche die Signatur der Vergänglichkeit trägt. Der ‚Fels Petri' wird in die Wogen des Zeitenstroms, welche seinen Fuß unablässig unterwühlen, hinabsinken. Mit den Geschlechtern der Menschen sterben ja auch ihre Religionen ab. Über jeden Olymp bricht einmal die ‚Götterdämmerung' herein. Wieviele Baalim sind schon zu den Toten geworfen worden! Auch der Papst-Baal wird es eines Tages werden ... Auch im christlichen Himmel wird es einst Nacht werden, auch die christliche Götterdynastie wird zu den depossedierten und depositierten gehören. Es wird eine Zeit kommen, wo die Menschen nur noch rein kunsthistorisch von den Madonnen Raffaels und Murillos reden, wie wir heutzutage von den Aphroditen des Apelles und des Praxiteles. Vordem hieß es eines Tages: der große Pan ist gestorben! Künftig wird es eines Tages heißen: der große Christ ist tot!" [5])

Fromme Katholiken werden vielleicht lieber jener Weissagung Glauben schenken, die dem St. Malachia, dem Erzbischof von Armagh (gestorben 1148), dem Freund des heiligen Bernhard, zugeschrieben wird, aber erst im 16. Jahrhundert schriftlich niedergelegt wurde. Diese Weissagung sagt nämlich — *mutatis mutandis* — dasselbe, was Scherr meinte. Nach dieser christlichen Prophezeiung folgen dem verstorbenen Papst Johannes XXIII. — der bei seiner Inthronisierung, der Betitelung jener Prophezeiung gemäß, *„Pastor et Nauta"* genannt wurde — nur noch fünf Päpste. Der letzte Papst — in der Prophezeiung Petrus Romanus genannt — wird eine heftig verfolgte Kirche zu leiten haben. Dann wird die „Siebenhügelstadt" — die „Ewige Stadt" völlig zerstört, und ein „schrecklicher Richter" wird das Volk richten. Diese apokalyptische Weissagung endet mythisch mit dem sogenannten „Jüngsten Gericht", das heißt der völligen Vernichtung der Erde

---

[5]) Johannes Scherr: „Blätter im Winde", Leipzig 1875, Seite 49/50.

und der Menschheit. Ein Atomkrieg könnte diese Prophezeiung allerdings verwirklichen. Für den Verfasser jener Weissagung war natürlich das Ende der Päpste und der katholischen Kirche gleichbedeutend mit dem Ende der Welt. Der klerikale J. de Maistre (1754—1821) sagte noch in seinem Buch *„Du Pape"* (Paris 1884), daß die christliche Welt, das ganze diesseitige Leben ohne den Papst undenkbar sei.

Der große Kirchenhistoriker Karl v. Hase schrieb zu dieser Prophezeiung und der Vergänglichkeit des Papsttums:

„Hat man die Peterskirche nicht unwürdig das sichtbare Sinnbild des Felsens Petri genannt, so gehören dazu auch die Sprünge in ihrer erhabenen Kuppel, um welche deshalb schon im vorigen Jahrhundert eiserne Reifen gelegt worden sind. Vielleicht noch würdiger könnte man den Felsen Petri dem wirklichen Felsen von Helgoland vergleichen, das einst auch ein heiliges Land, eine hohe Kultus- und Kulturstätte gewesen ist. Das Festland oder die Inseln rings umher sind bereits von der See allmählich verschlungen. Die Wellen schlagen oft wildtobend an die alten Felsen und haben schon manches Stück weggebröckelt oder unterhöhlt. Es kann noch manches Jahrhundert währen, bevor die Flut den gewaltigen Felsen aufgezehrt hat und über seine Stätte einsam dahinrauscht. Ohne daß die große Verheißung gerade dem Papsttum gälte, die Pforten der Hölle werden denselben nicht überwältigen: aber die Hochflut der Freiheit und die reinere religiöse Bildung." [6])

Jedenfalls ist das Scheitern falsch geführter „Kulturkämpfe", die wegen der mangelnden Einsicht in das Wesen des Christentums und das politische Wirken der Kirche scheitern mußten, kein Beweis für die ewige Dauer des Christentums und dessen Gottesbegriffs. Heinrich Heine verglich das Christentum im Jahre 1834 mit einem Talisman, der die Herrschenden gegen alle möglichen politischen und sozialen Revolutionen schützen sollte. Aber — so sagte er — „jener Talisman ist morsch, und kommen wird der Tag, wo er kläglich zerbricht". Er sah den jüdisch-christlichen Gottesbegriff durch die Philosophie Kants dahinschwinden und schrieb ironisch, „es ist der alte Jehovah selber, der sich zum

---

[6]) Karl von Hase: „Handbuch der protestantischen Polemik", 6. Aufl., Seite 304, Leipzig 1894.

Tode bereitet ... Man bringt die Sakramente einem sterbenden Gotte."[7])

Dementsprechend stellte Nietzsche fest, wir ständen „am Sterbebette des Christentums". Er hatte erkannt, was heute jeder erkennen kann: „Die wirklich aktiven Menschen sind jetzt innerlich ohne Christentum, und die mäßigeren und betrachtsameren Menschen des geistigen Mittelstandes besitzen nur noch ein zurechtgemachtes, nämlich ein wunderlich vereinfachtes Christentum." („Morgenröte".) Folglich — so sagte er von dem christlichen Gottesbegriff — „Gott ist tot, und wir müssen auch noch seinen Schatten besiegen." („Die fröhliche Wissenschaft".)

In diesem „Schatten" eines „toten Gottesbegriffes" gedeihen die Giftpflanzen Heuchelei, Kriecherei, Lüge und Unwahrhaftigkeit. Von der religiösen Geschäftigkeit der Jetztzeit darf man sich nicht irre machen lassen. „Geht es doch her, als lebten wir im ersten und nicht im letzten Jahrhundert des Christentums", meinte Schopenhauer angesichts der religiösen Betriebsamkeit in der Mitte der 19. Jahrhunderts. Mag er auch diese Entwicklung trotz seines philosophischen Pessimismus immer noch zu optimistisch beurteilt haben, aufzuhalten ist sie nicht mehr. Daran können auch alle staatlichen und pressegesetzlichen Maßnahmen nichts ändern. Denn — auch das hat Schopenhauer gesagt — „der Glaube ist wie die Liebe: er läßt sich nicht erzwingen. Daher ist es ein mißliches Unternehmen, ihn durch Staatsmaßregeln einführen oder befestigen zu wollen: denn, wie der Versuch, Liebe zu erzwingen, Haß erzeugt, so der, Glauben zu erzwingen, erst rechten Unglauben." Das erleben wir heute.

Der „Kulturkampf" des 19. Jahrhunderts hat immerhin so viel erreicht, daß alle diese Fragen einmal erörtert wurden. Zumal das politische Wirken des Vatikans, der Kirche und — *last, not least* — der Jesuiten wurde aus der verschwommenen religiösen Beleuchtung und dem berauschenden Weihrauchnebel in das helle Licht der Tatsächlichkeit gerückt. Auf diese Weise erkannten selbst

---

[7]) Heinrich Heine: „Über Deutschland", 1. Teil, sämtliche Werke, Hamburg 1867, 5. Band, Seite 266 und 177/178.

Politiker, was Friedrich der Große einst schrieb: „die Kirchengeschichte offenbart sich uns als ein Werk der Staatskunst, des Ehrgeizes und des Eigennutzes der Priester. Statt etwas Göttliches darin zu finden, trifft man nur auf lästerlichen Mißbrauch mit dem höchsten Wesen.“

Der französische Unterrichtsminister Emile Combes — einer der heftigsten französischen Gegner des Klerikalismus — sagte dem Fürsten Bülow später einmal, Bismarck habe den „Kulturkampf“ nur falsch begonnen. Er habe zuerst die Kurie angegriffen. Diese sei unüberwindlich. Die Franzosen hätten bei ihrem Kampf indessen mit dem „Krieg gegen Gott“ begonnen, und „wir werden siegen.“ [8])

Mit diesem „Krieg gegen Gott“ war der Atheismus gemeint, mit dem man heute noch in der kommunistischen Welt Erfolge zu erringen glaubt. Aber auch die französischen „Kulturkämpfer“ haben nicht gesiegt. Der „Kampf gegen Gott“ führte ebensowenig zum Ziel, wie der aufklärungslose Kampf Bismarcks gegen die Kurie. Freie Schulen, wie sie damals Scherr und Bebel für erforderlich hielten, entstanden nicht und konnten, trotz des staatlichen Schulaufsichtsgesetzes nicht entstehen. Das Christentum blieb unangetastet.

Aber — so sagte der Dichter Frank Wedekind in seinem Drama „Franziska“ —: „Gott läßt sich ja leider bis jetzt noch nicht interviewen, er läßt sich nicht fotografieren, wie andere Gewalthaber ... Er läßt sich nur erleben.“ Und dieses Erleben Gottes, des Göttlichen, kann immer nur das unmittelbare Eigenerlebnis eines jeden Menschen sein. Es kann niemals durch Dogmen, Lehren oder Predigten — und seien diese noch so durchdacht und wohlklingend — herbeigeführt werden.

Erst die Erkenntnis, daß Gott, das Göttliche, jenseits von Raum und Zeit und damit für die menschliche Vernunft unerkennbar ist, sich aber in der Seele des einzelnen Menschen offenbart und von diesem erlebt werden kann, entzieht den Priesterreligionen

---

[8]) Nach L. Frhr. v. Pastor: „Tagebücher, Briefe, Erinnerungen“, Heidelberg 1950, Seite 768, bei Georg Franz, a. a. O., Seite 283.

den Boden ihrer Wirksamkeit und damit deren Vertretern die Möglichkeit einer Beherrschung der Völker und Staaten. Zuerst müssen alle jene okkulten Wahnlehren, die Hoffnung auf den „Himmel“ und die Furcht vor der „Hölle“, als solche erkannt werden. Dann hat eine wahre, naturwissenschaftlich und philosophisch vertiefte Erkenntnis vom Wesen und Wirken des Göttlichen einzusetzen. Da solche Erkenntnisse fehlten, da der damals angebotene dürftige Materialismus das „metaphysische Bedürfnis des Menschen“ – wie Schopenhauer sich ausdrückte – nicht befriedigen konnte, mußte der „Kulturkampf“ notwendig scheitern.

Schufen die „Maigesetze“ des 19. Jahrhunderts schon priesterliche Märtyrer, so haben die politisch unsinnigen und menschlich verwerflichen Gewaltmaßnahmen des NS-Regimes gegen Kirchen und Priester in unserer Zeit eine Renaissance des politischen Katholizismus bewirkt, dessen Wirksamkeit sich bis in die höchsten Behörden der westlichen Regierungen erstreckt und zunehmend bemerkbar macht. Es entstand ein Kirchen-Christentum, das sich immer mehr zu einem Klerikalismus entwickelt. Die Herrschaft der Kirche und des Klerus über die Regierungen, die vor 100 Jahren in allen europäischen Staaten – selbst in katholischen Ländern, wie Spanien, Italien und Österreich – bekämpft und gebrochen wurde, hat sich unter diesen Umständen im sogenannten Westen erneut gefestigt. Dagegen sieht sich die Kirche heute einem politisch organisierten Materialismus gegenüber, dem sie nur noch ein politisch organisiertes Christentum entgegenzustellen vermag. Nicht einmal dem unpolitischen Materialismus kann das Christentum auf die Dauer widerstehen. Der Philosoph Eduard von Hartmann schrieb schon vor hundert Jahren in seiner „Philosophie des Unbewußten“, „nur eine Philosophie, welche allen Resultaten der Naturwissenschaft volle Rechnung trägt, und den an sich berechtigten Ausgangspunkt des Materialismus ohne Einschränkung in sich aufnimmt, – nur eine solche Philosophie kann hoffen, dem Materialismus Stand zu halten.“

Die „Frankfurter Allgemeine“ vom 11. Oktober 1952 (Nr. 236) schrieb in einem Bericht aus Rom, daß die Beziehungen des Vati-

kans zum „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" einst fest umrissen waren. „Die katholische Kirche" — so schrieb das Blatt weiter — „hat das nie ganz vergessen. Noch wenige Wochen vor seinem Tode sagte Leo XIII. Wilhelm II. im Frühjahr 1903 einmal, daß das Reich das Schwert der Kirche sein müsse.

Der Kaiser erzählte, daß er den damals schon Dreiundneunzigjährigen von dem Gespräch habe abbringen wollen; das Römische Reich Deutscher Nation bestände nicht mehr. Die Voraussetzungen seien andere geworden. Der Greis sei jedoch in seinem Gedankengang geblieben. So war die Niederlage der Mittelmächte im ersten Weltkrieg, vor allem auch durch die Auflösung der habsburgischen Monarchie, ein schwerer Schlag für die katholische Kirche. Um wieviel schwerer noch wiegt der Hinfall weiter mittel- und osteuropäischer Gebiete an den Bolschewismus nach dem Ende des zweiten Weltkrieges für sie?"

Was die Kirche indessen nach dem zweiten Weltkrieg in Westeuropa an politischer Macht zurückgewonnen hat, verliert sie an religiöser Wirkung. Das Christentum wird zu einer Ideologie des Staates oder gar einer politischen Partei. Auf sich selbst angewiesen, ohne staatliche Hilfe, hätte es heute nicht mehr das feste religiöse Fundament, das es noch im 19. Jahrhundert während des „Kulturkampfes" besaß, und von dem aus es den Kampf mit dem Staat bestehen und überstehen konnte. Daher wird es den politisch organisierten und erweiterten „Kulturkampf" des 20. Jahrhunderts — der heute zwischen „Ost" und „West" entbrannt ist — kaum überdauern. Denn als politische Ideologie ist es der kommunistischen Ideologie offenbar nicht gewachsen.

So könnte sich Heinrich Heines Voraussage erfüllen: jener „Talisman", der die Herrschenden gegen politische und soziale Revolutionen schützen sollte, „ist morsch, und kommen wird der Tag, wo er kläglich zerbricht".

# INHALTSVERZEICHNIS

Eine aufschlußreiche Darstellung und Dokumentation über das Verhältnis des Vatikans zu den Hohenzollernkaisern.

Aus Besprechungen der ersten Auflage:

„Gegenüber den meist verschwommenen, allgemeinen Vorstellungen ... gibt dieses Buch in seinen einzelnen Abschnitten und durch die Fülle seiner Zitate eine durchaus sachgebundene Schilderung, die den Umfang des gesamten Problems sichtbar macht und sich nicht in einigen wenigen Feststellungen apodiktischer Art oder in vagen Thesen verliert." (Österr. Rundfunk, Studio Klagenfurt)

„Diese das Verhältnis des Vatikans zum Deutschen Reich ... aus liberaler Grundeinstellung behandelnde Publikation bringt eine Fülle entsprechenden Dokumentationsmaterials, das durch verbindende Texte erläutert bzw. untermauert wird." (Hochschule für politische Wissenschaften, München)

„Wenn diese Zusammenstellung auch nicht gerade den ungeteilten Beifall der katholischen Geistlichkeit finden dürfte – an ihrem Wahrheitsgehalt ist kaum zu zweifeln." (Heilbronner Stimme)

„Ein hochinteressantes Kapitel Geschichte und eine hochinteressante Zusammenstellung von Quellentexten." (Flensburger Tageblatt)

Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur